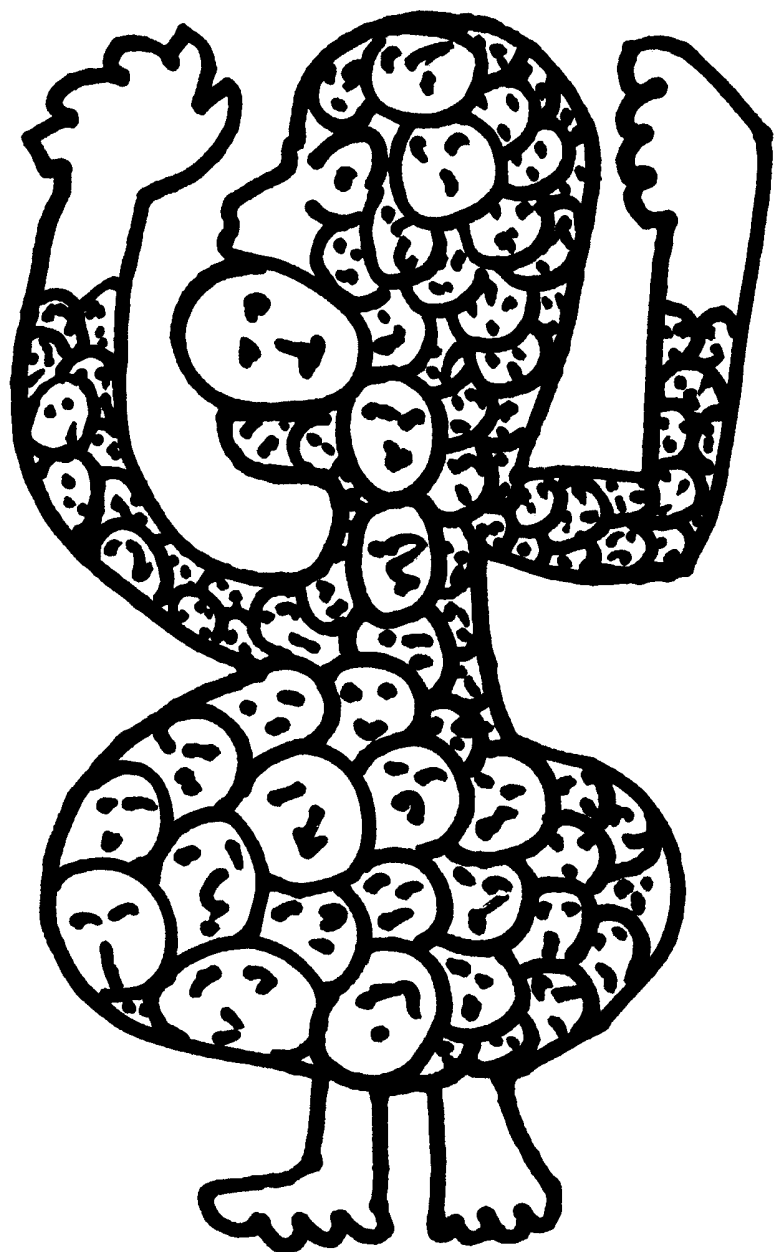


Die freundliche Zivilgesellschaft



Redaktion diskus (Hg.)

Die freundliche Zivilgesellschaft

Rassismus und Nationalismus in Deutschland

Edition ID-Archiv
Berlin - Amsterdam

Inhalt

Redaktion diskus (Hg.)
Die freundliche Zivilgesellschaft
Rassismus und Nationalismus in Deutschland

Edition ID-Archiv 1992
Schliemannstr. 23
O - 1058 Berlin
ISBN: 3-89408-019-1

Textzusammenstellung:
Thomas Atzert, Andreas Fanizadeh, Jost Müller
Frankfurt

Vorwort:
Andreas Fanizadeh, Jost Müller

Umschlagentwurf:
Norbert Löderbusch, Berlin

Frontispizzeichnung:
Gerry Gleason, Belfast

Satz & Layout
seb, Hamburg

Druck:
Winddruck, Siegen

Buchhandelsauslieferungen:
BRD: Rotation Vertrieb, Mehringdamm 51, W-1000 Berlin 61
Schweiz: Pinkus Genossenschaft, Postfach, CH-8025 Zürich
Österreich: Monte Verita, Löwengasse 31, A-1030 Wien

I. Rassismus

Vorwort	7
<i>Andreas Fanizadeh</i> Die multikulturellen Freunde und ihre Gesellschaft	13
<i>Jost Müller</i> Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus	25
<i>Dagmar Ganßloser</i> »Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen« Migrationspolitik und verschärftes Ausländergesetz in der BRD	45
<i>Stephan Bundschuh</i> »Bist du Jude? Wieso lebst du dann?« Zu Raul Hilbergs ›Die Vernichtung der europäischen Juden‹	53
<i>Andreas Fanizadeh</i> Staatlich regulierter Rassismus	67
<i>Alex Demirovic</i> Vom Vorurteil zum Neo-Rassismus Das Objekt ›Rassismus‹ in Ideologiekritik und Ideologietheorie	73
<i>Cornelia Eichhorn</i> »Frauen sind die Neger aller Völker« Überlegungen zu Feminismus, Sexismus und Rassismus	95

II. Nationalismus

<i>Stefan Gandler</i>	
Was passiert in Alemania?	105
<i>Walter Grab</i>	
Gefahren des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen	121
<i>Rainer Trampert</i>	
Die heutige Demonstration ist ermutigend	133
<i>Andreas Fanizadeh</i>	
»Was soll denn das dumme Zeug hier?«	
»Nie wieder Deutschland« und die politische Öffentlichkeit	139
<i>Gerhard Fischer</i>	
Vom Aussterben bedroht und doch übervölkert	
Die Diskussion um ein Einwanderungsgesetz	147
<i>Jost Müller</i>	
Agonie ohne Ende	
Vom unheimlichen Verschwinden der Nationen in Europa	153

Vorwort

Wer heute artig den Begriff »Zivilgesellschaft« im Munde führt, kann sich der Zustimmung liberaler und ehemaliger linker Citoyen sicher sein. Der Begriff ist schillernd genug, um in allerlei Handwerkskästen für politische Bildung einen angemessenen Platz zu finden. Niemand weiß so recht, ob er sich eher von der »civil society«, dem friedlichen Zusammenschluß der Wirtschaftsbürger nach der klassischen Staatslehre John Lockes oder von der um ihre kritisch-analytische Spitze beraubte »società civile«, dem Sammelbegriff für die Apparate und Träger kapitalistischer Hegemonie im Sinne des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci herleitet. So konnte er leicht zum Versatzstück im politischen Tagesgeschäft der metropolitanen Intellektuellen avancieren, suggeriert er doch Welttoffenheit ebenso wie Realitätssinn. Nicht erst seit dem Zusammenbruch der osteuropäischen Regimes meint beides vor allem und zuletzt kapitalistische Marktwirtschaft und repräsentative Demokratie, also die bestehende gesellschaftliche Ordnung und ihre bundesrepublikanische Verfaßtheit. Zivilgesellschaft in ihrer gegenwärtigen Bedeutung ist zum Legitimationsbegriff geworden, der zwischen dem bereits Vergangenen, dem Aufbrechen der »formierten« BRD-Gesellschaft Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre und dem nicht mehr Gegenwärtigen, der »postnationalen Identität« und der »toleranten« Politik des Konsumismus Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre oszilliert.

Für Migrantinnen und Migranten erwies sich die Bundesrepublik ohnehin weniger weltoffen; ihre Realität ist durch eine rigide Migrationspolitik und ein restriktives Ausländergesetz bestimmt (»*Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen*«). Eine solche Politik und Gesetzgebung als institutionellen Rassismus zu kennzeichnen, ist auf seiten der TheoretikerInnen einer zivilen Gesellschaft verpönt. Sie bevorzugen den Begriff der Fremdenfeindlichkeit, um die Artikulationen des Rassismus und ihre Transformationen in den westlich kapitalistischen Gesellschaften von ihren Funktionen in Ökonomie und Politik zu trennen und von der Verknüpfung von Kultur und Ethnie oder »Rasse« abzusehen (*Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus*). Dies erlaubt, Fremdenfeindlichkeit oder Xenophobie ins Allgemein-Menschliche, ins Überhistorische zu verschieben, um sie als eine Gefahr für jede menschliche Gesellschaft darzustellen,

die sich nicht nach den Maßstäben bürgerlicher Verfassungen zivilisiere. Darüber hinaus beinhaltet der Begriff der Fremdenfeindlichkeit eine soziale Zuschreibung, nach der jene sich zuallererst in der Vorurteilsstruktur der subalternen Klassen als dumpfes Ressentiment und als deren »Haß auf Differenz« äußere. Damit bleibt nicht nur der Rassismus der herrschenden Eliten, sondern auch die differentialistische Form des Neorassismus, der den Herrschenden wie den Beherrschten eigen geworden ist, theoretisch unerklärbar (*Vom Vorurteil zum Neo-Rassismus*). Aber auch praktisch hat sich nach dem Anschluß der DDR gezeigt, daß der Rassismus nicht allein Wahnbild faschistischer und neonazistischer Ideologen ist, sondern ein aktuell aktivierbares Potential bundesrepublikanischer Zivilgesellschaft darstellt, das die Flüchtlinge aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die auf den Artikel 16 des Grundgesetzes hoffen, brutal zu spüren bekommen (*Staatlich regulierter Rassismus*). Wenn nun der Verfassungstext unter lautstarker Europa-Rhetorik dieser Verfassungswirklichkeit angepaßt werden soll, um den Artikel 16 als ein antifaschistisches Relikt, als eines der wenigen direkten Zugeständnisse an die aus dem nationalsozialistischen Deutschland Geflüchteten zu beseitigen, so liegt dies in der Logik des deutschen Anschlußnationalismus der vergangenen zwei Jahre.

Diejenigen, die sich im Jahre 1990 hinstellten, um vor dem Hintergrund historischer Kontinuitäten und Traditionen (*Gefahren des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen*) oder aktueller Bezüge und theoretischer Überlegungen (*Was passiert in Alemania?*) vor dem deutschen Nationalismus zu warnen, wurden kurzerhand unrealistischer Positionen geziehen. Wenn Realismus heißt, sich den herrschenden Bedingungen und Gegebenheiten anzupassen, statt sie zu kritisieren und verändern zu wollen, waren die Kampagne »Nie wieder Deutschland« und die Demonstration vom 12. Mai 1990 in Frankfurt am Main hoffnungslos unrealistisch. Doch sie blieben einer der wenigen Versuche, sich des deutschen Nationalismus zu erwehren (*Die heutige Demonstration ist ermutigend*). Die Reaktionen der politischen Öffentlichkeit auf die Demonstration schließlich zeigten, wie eng die Räume »zivilen Ungehorsams«, gar außerparlamentarischer Aktivitäten, die sich dem präambulierten Verfassungsgebot nicht unterordnen wollten, künftig zu denken seien. Unter den Auspizien dieser hermetischen Öffentlichkeit waren die Initiativen zu einer linksliberalen Verfassungsdiskussion tatsächlich unrealistisch, denn die herrschenden Eliten – bar jeder Nötigung von seiten der politischen Opposition – mochten nicht diskutieren. Die Demonstrierenden andererseits wurden polizeitaktisch ausgekontert; ihr »Nie wieder Deutschland« war überdies selten mehr als das symmetrische Gegenbild des deutschen Nationalismus, das selbst einer mystifizierenden Kritik des »Deutschen«

verhaftet blieb (»*Was soll denn das dumme Zeug hier?*«). Sowohl die soziale Realität in der BRD wie in der DDR als auch die »europäische Modernisierung« in Zusammenhang der innerimperialistischen Konkurrenz mit den USA und Japan konnten somit nicht in den Blick genommen werden.

Unwillkürlich öffnete man den liberalen und linken Kritikerinnen und Kritikern sperrangelweit die Tore: sie setzten auf die Zivilisierung des deutschen Nationalismus durch supranationale Staatstrukturen im vereinten Europa. Daß diese Tendenz sich allerdings mit dem Bestreben zu einer politischen Hegemonie der vergrößerten Bundesrepublik in Europa verbindet, ist ihrem Realitätssinn fern (Agonie ohne Ende). Nach ihrer Prognose schließlich hätte der Zusammenbruch der UdSSR und des »Vielvölkerstaates« Jugoslawien zu einer »europäischen Zivilgesellschaft« führen sollen, obgleich sich dort vor allem die Tendenz zur Renationalisierung geltend macht, die nicht zuletzt durch die Politik der Bundesregierung forciert wird. Ihre Forderung nach einem Einwanderungsgesetz gliedert sich in diesen nationalen Konsens ein (*Vom Aussterben bedroht und doch überbevölkert*). Mittels Quotierung der Einwanderung soll die Migration gehegt werden, um sowohl den Interessen des deutschen Kapitals nach geregelter Zufuhr von Arbeitskräften zu genügen als auch die Nerven der völkischen Deutschen mit »Fremden« nicht überzustrapazieren. Soviel zivilisierte Rücksichtnahme auf Rassisten und Nationalisten rächt sich, wenn tatsächlich Hand an die Verfassung gelegt wird. Nationalismus und Rassismus allein dem organisierten Rechtsextremismus zuschieben zu wollen, läßt verkennen, daß Zivilisierung immer auch Marginalisierung und Ausgrenzung bedeutet. Doch selbst in dieser Hinsicht gilt die Sorge der LiebhaberInnen von Zivilgesellschaft in erster Linie den Deutschen, nämlich den »Modernisierungsverlierern«, die durch rasante ökonomische und technologische Veränderungen sich bedroht fühlten und ihren Haß auf die prickelnde »Risikogesellschaft« verständlicherweise in faschistischer und neonazistischer Denkmalsart freien Lauf ließen. Die Diagnose ist beschränkt: Rassismus und Nationalismus dienen ebenso der Absicherung eines »Besitzstandes«, der Familie, des Bildungsprivilegs und der »eigenen« Kultur.

»Multikultur« hieß die Zauberformel der letzten zwei, drei Jahre, mit der liberale PolitikerInnen den Rassismus in der Bundesrepublik einzudämmen versuchten. VertreterInnen des Multikulturalismus von der Union bis zu den Grünen plädierten dafür, die Einwanderung an die Arbeitskraft-Nachfrage zu koppeln. Um die Stabilität und Leistungsfähigkeit der »deutschen Wirtschaft« nicht zu gefährden, sollten die durch die Maschen eines Einwanderungsgesetzes Geschlüpften integriert und nach und nach mit den vollen Staatsbürgerrechten ausgezeichnet

werden. Ohnehin, so versicherten die Multikulturellen, würden die Eingewanderten nur die weiterhin massenhaft anfallende unqualifizierte und schlecht entlohnte Arbeit verrichten, für die sich hierzulande keine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften mehr fände. Die in ihren Augen berechnete, weil kulturell begründete »Angst vor den Fremden« sei den Deutschen durch Aufklärung abzugewöhnen und könne ohne strukturelle Veränderungen abgebaut werden. Außerdem würden die exotischen Fremden den deutschen Speisezetteln ungemein bereichern. Eine Idee, die vor allem Boutiquenbesitzer und Werbefritzen, Stadtillustrierte und das Metropolentrotteltum begeisterte. Tabak- und Bekleidungs-multis wie Stuyvesant oder Benetton kreierten den Schmuck- bzw. Edelmigranten als aufregende »Erlebnisvariante« konsumistischer Monokultur. Auch Rassisten halten sich an solche Bilder und knüppeln mit großer Vorliebe auf die weniger schmucken, dafür schlechter bemittelten und ausstaffierten Migranten und Asylbewerber ein.

In der multikulturalistischen Propaganda erfolgte die Zurschaustellung »kulturellen Differenzen« in geradezu ontologischer Weise, wurden kollektive »kulturelle Identitäten« konstruiert und fixiert, im Gegenzug ökonomische, soziale und politische Ungleichheiten zwischen Individuen, Gruppen und Klassen ausgeblendet. So sorgte auch ein wohlmeinender linker Multikulturalismus für die Verbreitung kulturalistischer Rassismen und wird bereits in den Publikationen einer »ethnopluralistischen« Neuen Rechten positiv und zwar konsequent völkisch aufgegriffen. Mithin sondierte die renationalisierte und staatsfixierte Parlamentslinke das Terrain für die Hegemonie der politischen Rechten (*Die multikulturelle Gesellschaft und ihre Freunde*).

Auch der zweite Golfkrieg wurde zum Kampf zweier Kulturen hochgepuscht. Ein imperialistischer Krieg zwischen den kapitalistischen Zentren nebst Vassallen und einem Staat der Peripherie um die ökonomische und politische Hegemonie in der Golfregion geriet zur Auseinandersetzung europäisch-amerikanischer »Rationalität« versus arabisch-islamischer »Despotie«. Nicht wenige Freundinnen und Freunde der Zivilgesellschaft mutierten in kürzester Zeit zu kleinen Feldmarschällen, verfielen der Arabophobie und verwechselten die Massakrierung irakischer Soldaten und Zivilisten, die Zerstörung der Ökonomien und der Umwelt rund um den persischen Golf mit dem Kampf der Alliierten gegen Nazi-Deutschland. Schon in den Jahren zuvor hatte sich die Linke nach den Fehlschlägen in den siebziger Jahren von der Analyse weltweit und nationalstaatlich vermittelter imperialistischer Gewaltverhältnisse verabschiedet. Deutlich wurde dies auch, als der linksparlamentarische Mainstream ab Mitte der achtziger Jahre die Forderung nach offenen Grenzen für alle fallen ließ und statt dessen heute mit allergrößter

Selbstverständlichkeit nationales Territorium und Besitzstand gegen sogenannte »Wirtschaftsflüchtlinge« verteidigt. Ein Bemühen, das auf die Verfestigung globaler imperialistischer Machtverhältnisse zielt und jeglichen strukturellen Zusammenhang nationalstaatlich verankerter Kapitalakkumulation dreist bestreitet, oder wie in jüngster Zeit wieder vermehrt, die ungleiche Entwicklung zum kulturellen, mentalitätsgeschichtlichen oder anthropologischen Problem der Bewohnerinnen und Bewohner der peripheren Staaten verklärt. Strukturelle Zusammenhänge zwischen Fluchtgründen und Fluchtzielen werden schlichtweg geleugnet. Während des zweiten Golfkrieges hingegen reichte gar der Vergleich zweier Bilder aus, um weiter Auseinanderliegendes miteinander zu verbinden: die Fotos zeigten das eine Mal den Kinder streichelnden Adolf Hitler, das andere Mal desgleichen den Saddam Hussein und dienten »Experten« und Öffentlichkeit monatlang dazu, über die Ähnlichkeit zweier Regimes zu schwadronieren. Wer an die beste aller Welten, die kapitalistische Ökonomie und deren europäisch-amerikanische Hochkultur glaubt, ist geradezu gezwungen, Nationalismus und Antisemitismus zu exterritorialisieren. Stand doch der funktional und arbeitsteilig durchgeführte Völkermord an den europäischen Juden für die praktische Widerlegung bürokratisch-rationaler Zivilisation und deren politisch-ökonomischen Herrschaftsstrukturen, auf der nicht nur die vernichtende Macht des Nationalsozialismus fußt (*»Bist du Jude? Wieso lebst du dann?«*).

Identifikatorische Bezüge herzustellen, sich der Geschichte qua falscher Analogien zu bemächtigen, ist ein beliebtes Unterfangen um etwaiger Kritik aus dem Weg zu gehen. So wurden im zweiten Golfkrieg aus den Irakischen deutsche Nazis, aus den Alliierten Menschenrechtskämpfer und aus dem militärisch und politisch potenten Staat Israel ein vorbehaltlos zu beschützendes, weil wehrloses Opfer. Unter diesen Prämissen lief im vereinigten Deutschland die erste Phase der inneren Mobilmachung für künftige militärische Interventionen. Herrschaftskritische Antimilitaristinnen oder Pazifisten wurden kurzerhand zu Wegbereitern totalitärer Regimes umdefiniert. Aber auch der überwiegende Teil der linken, außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik erklärt sich selbst und seine Praxis für gewöhnlich durch die moralische Identifikation mit den jeweiligen Opfern von Unterdrückung und Ausbeutung. Das Opfer auch Täter sein können und sich eine kollektive nationalistische Parteinahme von links verbietet, zeigte sich an der Vielschichtigkeit der unterschiedlichen Interessen im Nahen Osten. Gruppen, die mit der PLO-Fahne in die bundesdeutschen Anti-Kriegsdemonstrationen zogen, und dies obwohl sich eine nationalchauvinistische und allen Opportunitätsgründen offene PLO-Führung mit dem irakischen Regime verbündet hatte, hielten

nach den ersten Raketenangriffen auf Israel, spätestens aber bei den Demonstrationen gegen die irakischen Massaker an den Kurdinnen und Kurden nur noch die Fahnenstange in der Hand. Hinter derartigen Identifikationen steht nicht selten selbst die eurozentristische Vorstellung homogener Völker auch in den drei Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika, die es in der internationalen Solidaritätsarbeit gerade zu kritisieren gilt.

Die »Opfer-Täter«-Metaphorik wie die Homogenisierung unter Auslassung sozialer Unterschiede findet sich ebenso in der feministischen Theorie und Praxis. Die biologistische Konstruktion der Frau als »universelles Opfer« verstellt dabei sowohl den Blick auf die Geschlechterbeziehung als ein soziales Machtverhältnis als auch auf die Verknüpfungen von Sexismus und Rassismus (*»Frauen sind die Neger aller Völker«*). Im bundesrepublikanischen Feminismus war die eurozentristische Sicht bisher dominant; erst seit Migrantinnen sich gegen ihre zivilgesellschaftliche Vereinnahmung wenden, wird dieser Eurozentrismus offengelegt und kritisiert.

Der vorliegende Sammelband enthält eine Auswahl von Beiträgen, die in den vergangenen zwei Jahren in der Frankfurter Zeitschrift *diskus* erschienen sind. Er ist als Diskussionsbändchen gedacht, das die Themen Rassismus und Nationalismus in theoretischer wie in journalistischer und kritisch kommentierender Form darstellt und behandelt. Die Texte beleuchten sicherlich nicht alle Aspekte dieser Themen und sind auch durch den Rahmen bestimmt, den eine vierteljährlich erscheinende StudentInnen-Zeitschrift wie der *diskus* ermöglicht.

Andreas Fanizadeh **Die multikulturellen Freunde und ihre Gesellschaft.**

Von der harten Flohmarktschule

Wer von Multikultur spricht, meint gemeinhin Monokultur. Das hat in Frankreich ein Le Pen sofort begriffen, als er zum Schrecken von SOS-Racisme sich deren Parole vom »droit à la différence« zu eigen machte und damit weit wirkungsvoller als die »Antirassisten« operierte. SOS-Racisme änderte die Parole und sprach fortan von einem »droit à la ressemblance«, einem Recht auf Ähnlichkeit, und macht ansonsten weiter wie gehabt.

Wer in der Bundesrepublik über Multikultur spricht, meint Deutschland. Dies findet – in der Form different, im Inhalt aber sehr ähnlich – seinen Ausdruck bei Martin Walser und Günther Gaus, Hans Magnus Enzensberger und Edgar Reitz. Aber nicht um jene Poetenschar soll es hier gehen, die einst über die kubanische Revolution schrieb, dann auf Suche nach Urbanität den Globus bereiste und schließlich die Heimat entdeckte, sondern um jene Prominenz, die im eigentlich politischen Bereich das Gemeinwohl fest im Blick hat. Da sich die Politik aber im kulturalisierten Gewande zu artikulieren pflegt, muß vom Flohmarkt ebenso wie von der Zwillingforschung, von amerikanischen Kasernen und folkloristischen Festen, von Kant und Beckenbauer berichtet werden. In der Gesamtheit ihrer Vorlieben wollen die Freunde der multikulturellen Gesellschaft beschrieben sein.

Von der konservativen Multikultur ...

»Mit 80 Millionen Einwohnern sind wir das größte Volk in Europa. Ein Potential, aus dem dann der gesamtdeutsche Bundestrainer Berti Vogts eine schlagkräftige Mannschaft zusammenstellen kann. Ich erhoffe mir vor allem aus der DDR Impulse. Die DDR ist in vielen Entwicklungen hinter der Bundesrepublik zurück – was im Fußball durchaus positiv sein kann. Dort drüben blüht noch der Straßenfußball mit unentdeckten und unverdorbenen Talenten. Deshalb glaube ich, daß wir schon bald eine Nationalmannschaft kriegen werden, die Europa beherrscht. Trotz der Italiener.« (Franz Beckenbauer)

Hat Franz Beckenbauer die Thesen Heiner Geißlers begriffen? Müßte der Nationaltrainer nicht von der größten Nation sprechen, auch wenn er das »größte Volk« meint? Geißler plädierte im *Spiegel*¹ für eine multikulturelle Gesellschaft. Was er darunter versteht, referierte er über sieben Seiten unter der Überschrift: »Meise zu Meise?« Demnach haben die Deutschen ein Hauptproblem: sie vergeisen und zeigen nicht genug Nachwuchs. Dadurch dürfte demnächst ein akuter Arbeitskräftemangel zu befürchten sein: »Auch die Steigerung der Frauenerwerbquote, die immer wieder ins Feld geführt wird, kann nicht weiterhelfen ... Die Folge (würde) wahrscheinlich sein, daß noch weniger Kinder auf die Welt kommen.«

Gegen die Vergreisung der Bevölkerung, im Geißlerschen Sinne von Bevölkerung als Arbeitskräftereservoir, helfe nur verstärkter Zuzug von Ausländern. Vorbild sei das Einwanderungsland Amerika: »... die Amerikaner sehen in den Einwanderern vornehmlich die Chance zu einer Regeneration der intellektuellen und ökonomischen Ressourcen ihres Landes.« Der ehemals zweitmächtigste Mann der CDU zitiert den Vorstandsvorsitzenden von Daimler Benz, Edzard Reuter (SPD). Dieser erklärte in einem Vortrag vor dem Verein deutscher Lebensversicherer: »Eine Öffnung der Grenzen für unbegrenzte Einwanderung ist gewiß kein Patentrezept. Läßt man sie aber im richtigen Maße zu, kann allein dies auf Dauer die Anpassungslasten erheblich vermindern und dazu führen, daß unerträgliche Folgen des Geburtenrückgangs vermieden werden.« Mit Reuter ist sich Geißler einig, daß allein Angebot von und Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft dafür bestimmend seien, ob und in welchem Maße die Bundesrepublik (oder Deutschland) im gegebenen Fall Einwanderungsland ist (oder nicht). Die Zahl der Einwanderer, schreibt Geißler, »müßte die Bundesregierung von Jahr zu Jahr regeln und nach Bedarf erhöhen. – Dies setzt aber voraus, daß die Asylfrage geklärt wird und der unkontrollierte Zugang verhindert wird.« Der frühere CDU-Generalsekretär ist bemüht, die Grundlagen des politisch-ökonomischen Systems zu stabilisieren, da er weiß: »... der wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland, ihre starke Stellung in Europa und in der Welt sind nicht das Ergebnis des deutschen Nationalcharakters, sondern die Resultate einer Verfassung, in der die freie Entfaltung der Persönlichkeit und der Sozialstaatsgedanke in der Sozialen Marktwirtschaft eine allen anderen politischen Ordnungen überlegene Symbiose eingegangen sind.« Ausschließlich solche Ausländer, die die Wirtschaft brauchen kann, sollen reingelassen werden. Mit der Integration in den Arbeitsmarkt soll die Integration in die Gesamtgesellschaft einhergehen. Um sozialen Störungen, etwa einer fortdauernden Fremdenfeindlichkeit gegen die

neuen Arbeitskräfte entgegenzuwirken, fordert Geißler für sie die Doppelstaatsbürgerschaft und die rechtliche Gleichstellung im Staat. Voraussetzung dafür wären die Beherrschung der deutschen Sprache und die Loyalität zur Verfassung, sprich zum Staat. Deutschstämmigkeit als das geltende Kriterium für die Zugehörigkeit zur Nation soll abgelöst werden, statt dessen sieht Geißler wie auch Habermas alte und neue Deutsche zu einer Nation von »Verfassungspatrioten« werden. Hat Franz Beckenbauer also doch nicht begriffen und muß Berti Vogts künftig von der größten Nation reden, wenn er das größte Volk meint? Oder sagt Beckenbauer doch, was Geißler meint?

Um diejenigen, die sich als deutsches Volk fühlen, auf den Weg zur Nation zu führen, appelliert Geißler zunächst an die Ängste der Volksseele. Nachdem er mittels Zahlenkolonnen belegt hat, wie sehr das gehegte Kollektiv der Deutschen in seinem Bestand gefährdet sei, schüchert er seine Leser erst einmal gänzlich ein, indem er donnert:

»Wir werden künftig mehr Ausländer bei uns haben. Es gehört zu einer glaubwürdigen Politik, dies dem deutschen Volk auch zu sagen. Man kann es noch härter sagen: Wir brauchen Ausländer in beiden deutschen Staaten, um die Zukunft Deutschlands zu sichern. Darauf muß sich die deutsche Bevölkerung einstellen.«

Die beängstigten Leser brauchen aber nur fünf Zeilen weiterzulesen, um umso beruhigter aufatmen zu können. »In Wirklichkeit aber«, meint Geißler, »nehmen Ausländer den Deutschen keinen Arbeitsplatz weg. Sie sind vielmehr, wie Meinhard Miegel vom Institut für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) in Bonn feststellt, Lückenbüßer für die Abkrustungen des Arbeitsmarktes, der von sich aus nicht mehr in der Lage ist, Angebot von und Nachfrage nach Arbeit zur Deckung zu bringen. Die Ausländer sind im eigentlichen Sinne des Wortes Resteverwerter deutscher Wohnungen und deutscher Arbeitsplätze, die von den Deutschen selber mangels Qualität oder mangels finanzieller Ausstattung oder Entlohnung gar nicht mehr genutzt werden.

Mit dem Erfolg jenes Appells an die Raffgier und den Unterdrückermut der Bevölkerung ist zu rechnen. Quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen ist eine westdeutsche Solidargemeinschaft zu mobilisieren, wenn es um die Ausbeutung dritter geht. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: die Bevölkerung in Westdeutschland stellt nur einen besondern Fall dar, bildet aber im Vergleich zu den Bevölkerungen anderer entwickelter kapitalistischer Gesellschaften keine Ausnahme.

Geißler redet von einer Großmacht Deutschland im wirtschaftlich vereinigten Westeuropa. Er schreibt: »Heute kommt es darauf an, daß die Deutschen, wie

Golo Mann sagt, ein europäischer Teilstamm sind.« Und schnell jubelt er diesem »Teilstamm« noch alle jene Errungenschaften unter, zu dem die Deutschen so gut wie nichts beigetragen haben: »Alles wichtige war das Ergebnis europäischer Arbeit, europäischer Politik, europäischer Kultur: die universale Geltung der Menschenrechte, ebenso wie die Entdeckung Amerikas und der übrigen Welt.«

Im Kern plädieren Geißler und seine multikulturellen Freunde in der CDU (Rommel, Süßmuth, Blüm, Weizsäcker) für einen Rassismus nach außen und Gleichheitsbehandlung im Inneren der Festung Europa. Unter Multikultur firmiert ein ideologischer Entwurf zur Sicherung der materiellen Privilegien der Bevölkerung der ersten Welt. Um ökonomisch unrentable Flüchtlingen und Hungerleider aus aller Welt abweisen zu können, müssen sich die bürgerlichen Ideologen diskriminierender Begriffe bedienen (»Teilstamm«, »große europäische Kultur« etc.), da die real-existierende materielle Ungleichheit der Menschen sich eben nicht durch Begriffe wie Fortschritt, Freiheit und universales Menschenrecht ausreichend legitimieren läßt. Geißler hat keine Schwierigkeiten, von Menschenrechten und einer Verschärfung des Asylrechts gleichzeitig zu reden. Um die notwendige Systemstabilität im Innern zu sichern, werden die unterschiedlichen Gruppen eines Territoriums zu einer abstrakten Gemeinschaft vereint (Teilstamm, Europa, die Nation, die Deutschen), mit einer gemeinsamen projektiven Vergangenheit versehen (große Kulturnation) und wird das gemeinsame Interesse betont, das in der Ausbeutung dritter besteht. Arbeitnehmer und Unternehmer verschmelzen zu einer Volksgemeinschaft, deren Anliegen es ist, den erreichten Besitzstand zu wahren und nach Möglichkeit das Wohlstandsgefälle gegen »die Fremden« aus der zweiten und dritten Welt auszubauen.

Indem Geißler Menschen nur als Wirtschaftssubjekte begreift, steht es um sie im Falle einer Krise schlecht. Auf Gedeih und Verderb ist ihr Wohlergehen an die wirtschaftliche Entwicklung gebunden. Als »Lückenbüßer« geholt Arbeitsimmigranten werden überflüssig, ist die Lücke einmal geschlossen und der Bedarf an Arbeitskräften gedeckt.

Ein ideologisches wie materiell verunsichertes Wirtschaftssubjekt, daß sich in seiner Existenz gefährdet fühlt, hat die Neigung, immer gerade die zu Feinden zu erklären, die ihm am ähnlichsten (nächsten) sind. »Das Gerede von den verschiedenen Kulturen«, schreibt Wolfgang Pohrt², »welches unterstellt, ein Italiener und ein Deutscher hätten miteinander Schwierigkeiten, weil der eine Goethe und Beethoven im Kopf hat und der andere Verdi und Pavese, dient dazu, der Feindschaft gegen Ausländer edle Motive nachzusagen, während es in Wahrheit dafür nur einen niederen Beweggrund gibt, nämlich den blanken Futterneid.« Die »Aus-

länder«, die »Fremden« werden demnach nicht gehaßt, weil sie es verdienen, sondern weil sie verdienen.

In Geißlers Plädoyer für eine multikulturelle Gesellschaft ist der Rassismus immanent angelegt. Wie alle, die von Multikultur reden, versteht er sich als Antirassist. Aber sein Denken ist in den bestehenden Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen verhaftet, die den Menschen das rassistische Denken von klein auf lehren. Da nützt es wenig, wenn die Schattenseiten der kapitalistischen Marktwirtschaft kulturalistisch zugedeckt werden. Für die Zurichtung der Subjekte im Alltag gibt es auf Dauer keinen billigen Ausgleich in der Freizeit. Geißler mag manchen Satz in fortschrittlicher Absicht gesagt haben. Für einen Jesuitenzögling ist zumindest folgender bemerkenswert:

»Mancher sieht es gern, daß Boris Becker nicht mit einer Mulattin, sondern mit einer Hamburgerin befreundet ist. Aber in der multikulturellen Gesellschaft, die inzwischen schon globalen Charakter hat, muß es der Hans nicht länger mit der Grete treiben.« Klar, der Hans kann sich sein Thaimädchen schon jetzt am Kiosk kaufen, und gerade deshalb könnte es dem Otto eines Tages einfallen, dem fremden *Ding* eins auf den Kopf zu hauen.

Franz Beckenbauer hat zwar den Heiner Geißler nicht begriffen, doch kommt dasselbe heraus, wenn der eine vom »größten Volk« und der andere von »Verfassungspatrioten« spricht. Schwere Zeiten nur für Berti Vogts, der künftig Golo Mann zitieren muß, wenn er Deutschland im Kopf hat.

... zur alternativen Multikultur

Heiner Geißler möchte mit der Vernunft der ökonomistischen Ordnung den Rassismus zügeln, damit dieser für die ökonomisch-politischen Ausbaupläne EG-Deutschlands nicht zum Stolperstein wird.

Die Antirassisten von Grünen und SPD hauen in dieselbe Kerbe, wenn sie kulturelle Unterschiede einmal als eine Bedrohung und dann wieder als die erfrischende Variante herausstellen.

So meint Rosi Wolf-Almanansreh vom Amt für Multikulturelles in Frankfurt, daß »die Ängste vor Überfremdung« der Bevölkerung ernstzunehmen seien. »Die Internationalisierung« Frankfurts erkläre die 6,9 % Stimmen für die NPD bei den letzten Kommunalwahlen. Jetzt komme es darauf an, den Leuten ihre Ängste vor den »Fremden« zu nehmen, und sie mit »fremder Kultur« vertraut zu machen.³ Und Stadtrat Daniel Cohn-Bendit will den FrankfurterInnen ihren »Modernisierungsschock« mit Literaturhaus, Palais Jalta, Moschee, zentralen und dezentralen Folkloreabenden auskurieren. Mit ihrem penetranten Beharren darauf, die Unter-

schiede der Kulturen stellten das Problem dar, das man nur vorführen müsse, um es zu beheben, machen sie die Leute erst auf eine Differenz von Norm und Abweichung unter den Menschen aufmerksam, die den Projektionen der Rassisten freien Lauf läßt.

Warum sollte jemand vor ihm bislang unbekanntes Tänzen, Kleidern, Sprachen, Religionen etc. »berechtigte Angst« empfinden? Die Angst, die jemand vor dem »Fremden« verspürt, stammt aus anderen Quellen, die ihm mit multikulturellen Werbeveranstaltungen nicht zu nehmen sind. Frankfurts Kulturdezernent Hilmar Hoffmann⁴ glaubt auf Rassisten mit der Größe fremder Kultur Eindruck machen zu können: »Die Türkei hat Nobelpreisträger, große Philosophen und bedeutende Literaten wie andere Länder auch; die anatolische Kunst ist mindestens ebenso alt und bedeutsam wie unsere eigene.« Aber der Rassist mag eben darum keine Türken, weil er mit der Gleichheit in einer ungleichen Gesellschaft schlecht leben kann.

»Multikulturalität in der Kommune«, meint Hoffmann, »kann eine Art Übungsfeld werden, ein Laboratorium für Überlebensformen. Diese Utopie gilt es als Chance zu begreifen.« Und er schreibt von Freiheit, wenn er Essen meint: »Wir empfinden die Vielfalt der Großstadt als besonderen Reiz, auch die Vielfalt ihrer Menschen als permanente Anregung, als stimulierende Erlebnis-Variante. Wer sich aussuchen kann, aus besonderem Anlaß indisch, französisch oder hessisch essen zu gehen, empfindet auch diese Freiheit ...« In solchen Beschreibungen wird erst die Kultur und hernach der Blumen- und Zeitungsverkäufer als Erlebnis-Variante so vielfältig, daß er kaum mehr von einem einfachen Menü in drei Gängen zu unterscheiden ist. Die feierabendländische »Multikultur« schreitet voran. Der pausbäckige Reporter des Europapokalspiels AC Mailand gegen Bayern München brachte sie auf den Punkt, als er in der Halbzeit grinsend von sich gab: »In der Auseinandersetzung zwischen Pizza und Schweinebraten, heute Null-Diät.«

In der zentralen Frage liegen die rot-grün Multikulturellen auf einer Linie mit Heiner Geißler. In seiner Antrittsrede vor den Frankfurter Stadtverordneten erklärte Cohn-Bendit⁵: »Wir werden uns natürlich dafür einsetzen, daß Flüchtlinge, die hier angekommen sind, und das sind wenige, würdig behandelt werden.« Daß dies energisch geschehen wäre, widerlegen die Szenen am Flughafen. Gemeint sind auch wohl nur diejenigen, die sich bis in die Frankfurter Innenstadt durchschlagen können. Solange die im Bund regierende Rechtskoalition dafür sorgt, daß dort nur wenige ankommen, die würdig zu behandeln wären, brauchen sich die grünen Realpolitiker die Finger nicht schmutzig zu machen.

Daß die Grünen allenfalls auch dazu bereit wären, dokumentierte Cohn-Bendit in einem *Spiegel*-Gespräch⁶, indem er befürwortet, die Mauern rund um West-Europa hochzuziehen: »Das ›allgemeine Bleiberecht‹ ist doch eine Phrase.« Freilich drückt er sich darum, Kriterien für die Einwanderungserlaubnis zu formulieren. Dafür sind die Kollegen von der CDU zuständig:

»*Spiegel*: Also wonach würden Sie denn die Einreisenden auswählen?

Cohn-Bendit: Ich weiß es nicht. Und ich will es nicht ...

Spiegel: Das alte Problem der Grünen: wieder nur ›Weg mit‹-Parolen.

Cohn-Bendit: Geduld. Erinnern Sie sich an die Atomdebatte: Erst mal haben die Grünen ›Weg mit der Atomenergie‹ gesagt. Und dann wurde Joschka Fischer Umweltminister, und man hat aus einer ›Weg mit‹-Parole eine Strategie des Ausstiegs gemacht.«

Die Grünen umschiffen oder verfestigen gar mit ihrer multikulturellen Politik den Rassismus und die soziale Ungleichheit. So sagt Cohn-Bendit den *Spiegel*-Lesern: »Aber ich hab genau solche Ängste vor dem Fremden. Und ich will keinem seine deutsche Kultur wegnehmen ... Ich bin nicht der liebe Gott. Ich kann nicht gewerkschaftliche Forderungen für jeden Asylbewerber oder jede Asylbewerberin vertreten.«

Das Hauptverdienst grün-alternativer Politik in den vergangenen Jahren war die Integration einer radikalen Opposition in den Systemblock der marktconformen Parteien. Diese Rückführung, die mit der Friedensbewegung⁷ ihren ersten Höhepunkt erreicht hatte, setzt sich mit dem Projekt Multikultur weiter fort. Wie einst die Friedensbewegung sich händchenhaltend versammelte, um die Bundesrepublik von amerikanischen Raketen, aber nicht vom eigenen Militär und der inländischen Rüstungsindustrie zu befreien, so sammeln sich heute die Tausende beim multikulturellen Fest. 12 000 sollen es allein beim Spektakel mit Udo Lindenberg und Miriam Makeba gewesen sein.

Was gefällt an der Musik von Miriam Makeba? Eine scheinbar nebensächliche Frage, denn um die Musik ging es diesen Abend nicht, sondern um die Hautfarbe. Die schwarze Frau war geladen, damit sich ein rosafarbenes Publikum einmal mehr vorduselnd konnte, ein geleisteter Obulus fürs Glotzen und Konsumieren eingängiger Musik nebst Farbtupfer genüge, um sich zum moralisch besseren Teil der Gesellschaft zählen zu dürfen. Eine schon manisch zu nennende Obsession, an der ein notorisch verdrängtes und schlechtes Gewissen die treibende Kraft zu sein scheint. Ebenso »rein und lauter« in den Absichten war die Solidarität der aufspielenden D-Rocker, die im Windschatten der Farbigen ihr Schnäppchen machten. Was den einen ihr Gemüt, ist den anderen ihr Kapital.

Im wirklichen Leben plagen die Multikulturellen ganz andere Sorgen. Mit rührender Mimikry tritt dabei auch der alte Antiamerikanismus wieder in Erscheinung. In *taz*, *Pflasterstrand* und *Frankfurter Rundschau* werden mit allergrößter Selbstverständlichkeit die Wohnungen US-amerikanischer Armeeangehöriger verschachert, selbstredend um wieder kein Wort über die Garnisonen des Nato-Partners BRD zu verlieren und ohne zu überlegen, was aus den Angestellten der Armee werden soll. Immerhin befreiten Amerikaner, Engländer und Sowjets dieses Land einmal vom Nationalsozialismus. Wer die fremde Armee ohne die eigene thematisiert, hegt chauvinistische Gefühle. So Klaus-Peter Klingelschmidt⁸, der in *taz* und *Pflasterstrand* zusammenschreibt, was die öffentliche Meinung sei. »Wenn«, verkündet er, »Neil McKinney aus Ohio und seine Saufkumpane dann zurück in die Prärie wollen, werden ihnen nicht besonders viele Tränen nachgeweint werden.« Großzügig fährt Klingelschmidt fort, daß, »wenn Bob Bradley aus Boston dann hierbleiben und ein Mitglied der multikulturellen ›community‹ Frankfurt werden will, auch kaum jemand etwas dagegen haben wird«. Bob Bradley wird die Gönnergeste richtig zu deuten wissen und sich – so er kann – schleunigst aus dem Staube machen, auch wenn ihn in den USA weit weniger Romantisches als ein Prärie-Leben erwartet.

»Der Flohmarkt war Frankfurts erste echte Multikultur«, schreibt *Pflasterstrand*-Chefredakteur Matthias Horx⁹, »alte Nazis vertrugen sich leidlich mit Hippies, Sinti verscherbelten ihren Kram Seite an Seite mit Tante Erna aus Bornheim«. Mit sentimentalem Kitsch vernebelt die Stadtilustrierte die Hirne ihrer Leser, um die Parole des Survival of the Fittest nicht gar so hart klingen zu lassen. Es ist die Wiederkehr des harten, aber guten Kapitalismus, der jedem seine Chance läßt. »Der Flohmarkt eröffnete Georg die Möglichkeit«, schreibt Horx, »seinen Lebensunterhalt mit dem Dealen von Räucherstäbchen anstelle von Haschisch zu verdienen, er ermöglichte es Dieter und Karla, Gerd und Barbara, via Lederjacken, gefärbten Nachthemden, Jugendstil-Lampen und selbstgestrickten Pull-overn, den Gang zum Sozialamt zu umgehen.« Und damit nicht genug, Horx setzt noch eins drauf: »Daß Elfie inzwischen einen gutgehenden Blumenladen und Dieter einen Designer-Kleider-Großhandel betreibt, haben sie nicht zuletzt der harten Flohmarkt-Schule zu verdanken.« Das ist der Stoff, aus dem die multikulturellen Träume sind.

Unter der programmatischen Überschrift »Keine Multikultur ohne Rassismus« gab Gerd Koenen¹⁰ im *Pflasterstrand* zum besten: »Die multikulturelle Gesellschaft entsteht auch und gerade dann, wenn die halb entvölkerte DDR sich demnächst in egal welcher Form mit der BRD zusammenschließt. Für polnische

Gastarbeiter, italienische Eisverkäufer, persische Teppichhändler und türkische Dönerbudenbesitzer wird sich mit dem Ende der sozialistischen Monokultur östlich der Elbe dann ein neues, großes Pionierland auf tun. Genau wie hier wird die multikulturelle Gesellschaft auch drüben aus haltbaren Ingredienzien gebacken sein: aus Eigennutz, Schweiß und Sex.« Koenens Chauvinismus zeichnet sich allerdings dadurch aus, daß er bejahend beim Namen nennt, was andere bestreiten.

Thomas Schmid¹¹, Kopf der Öko-Libertären in der Grünen Partei, meldete sich ebenfalls multikulturell zu Wort. Ein menschliches Dasein über die bestehenden Staatsgrenzen hinweg kann er sich gleich gar nicht mehr vorstellen. Im Gegenteil, er will »identitätsstiftende« Bande nach außen und innen verstärken. »Wir brauchen Grenzen«, meint der alternative Vordenker, »um nicht formlos zu werden, um nicht zu verfließen.« »Die imperiale Kultur der urbanen Zentren« soll zurückgedrängt werden und die »Vielfalt kultureller Initiativen in der Provinz und die noch immer lebendige Tradition von Vereinen« als »der realen kulturellen Vielfalt« gestärkt werden. Die Republikaner möchte er mit deren eigenen (noch nicht voll entwickelten) Logik schlagen. Er dürfte, wie SOS-Racisme in Frankreich mit Le Pen, bald Schwierigkeiten bekommen, sich von deren Parolen zu scheiden. In seinem Text nimmt das kulturalistisch gewendete Ressentiment bereits den heroischen Unterton der Spenglerschen Untergangsstimmung an. »Wir sitzen nicht alle im gleichen Boot«, sagt er, »und säßen wir darin, so wäre es nicht die endliche Befreiung der Menschheit, sondern das Ende.«

Auch andere prominente Grüne wie die Real-Politiker Udo Knapp und Winfried Kretschmann¹² überholen die Position Geißlers auf der Rechten und geben unter anderem Standards der Republikaner zum Besten: »Not und Armut gibt es nicht ... offene Grenzen befördern den Rassismus ... verständliche Wünsche nach Abgrenzung und Abwehr ... Zwischen dem Menschenrechtskatalog des Grundgesetzes und dem schiitischen Fundamentalismus gibt es keine dauerhafte Koexistenz« etc.

Ein gestandener Antisemit verfaßte die Titelgeschichte zu »Was heißt Multikulturell?« im *Pflasterstrand* 3/90. Dan Nitescu schreibt:

»Daß gesellschaftliche Ächtung den wirtschaftlichen Fortschritt einer Gruppe verhindern muß, ist eine Legende. Die Juden waren in ihrer Geschichte immer wieder Diskriminierungen ausgesetzt, trotzdem hat dies sie nicht daran gehindert, wirtschaftlich erfolgreich zu werden. Dasselbe gilt für chinesische, indische und levantinische Immigranten, die in ihrer neuen Heimat die Rolle der Juden spielten. (...) So wie die natürlichen Bodenschätze nicht gleichmäßig über die

Erdoberfläche verteilt sind, differieren auch die menschlichen Fähigkeiten. Schwarze sind im Sport und in der Unterhaltungsbranche überrepräsentiert, während die Juden in den intellektuellen Berufen und in der Geschäftswelt dominieren.« Allmählich verschwinden die tatsächlichen Grenzen.

Und was sagt der multikulturelle Dezernent und *Pflasterstrand*-Herausgeber dazu? »Dan Nitescu«, schreibt Cohn-Bendit im Editorial, »entwirft in diesem Heft die Vision einer faszinierenden, aber auch darwinistischen multikulturellen Gesellschaft. Debatten, wie Dan Nitescu sie mit seinem provokanten Text hervorgerufen wird, gehören auch zum multikulturellen Prozeß.« Die faszinierende Debatte blieb aus, zwei müde Leserbriefe erreichten die Redaktion, immerhin distanziert sich Rosi Almanansreh aus dem multikulturellen Amt schriftlich von Nitescus Vision.

Nitescu, der sich selbst als Aufklärer und Antirassist versteht, vertritt in seinem Text die freie Marktwirtschaft: »Wenn wir eine liberale Einwanderungspolitik wollen – und zugleich ein möglichst reibungsloses Miteinander – dann müssen wir einen Preis zahlen: Wir müssen lernen, mit der Armut (der anderen, versteht sich, A.F.) zu leben, ohne gleich in Ohnmacht zu fallen, wenn wir sie zu Gesicht bekommen ... Für viele Deutsche, die sprachbegabt sind und sich nicht scheuen, fremde Denkweisen kennenzulernen, bedeutet ein hoher Ausländeranteil auch die Chance einer vielversprechenden Karriere – sie können als Vorarbeiter eine leitende Funktion übernehmen ... Eine kosmopolitische Gesellschaft ist notwendigerweise konsumorientiert, kommerziell, kapitalistisch ... Die Rassen können nur auf dem Marktplatz friedlich zusammenkommen, dort wo sie einkaufen und verkaufen.«

Der *Pflasterstrand*-Autor spricht wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Er glaubt, was ihm sein Gefüge nicht durcheinander bringt, und ist von der eigenen, von »unserer« Leistungsfähigkeit im übrigen voll überzeugt. Im *Spiegel*¹³ konnte Nitescu kürzlich einen Bericht über Zwillingsforschung lesen, den er sicher auch gerne glauben wird. Die Zeitschrift berichtet zustimmend, daß amerikanische Wissenschaftler mit hoher Wahrscheinlichkeit bald belegen könnten, »daß die Neigungen zu Religiosität, politischem Radikalismus oder auch zu Toleranz in hohem Maße angeboren sind«. Aus welchem materiellen Interesse heraus Menschen meinen belegen zu müssen, daß es höhere und mindere Rassen der einen Gattung gäbe, ist der anfänglichen Kritik an Heiner Geißlers Denkfigur zu entnehmen.

Die insgeheimen Prämissen des multikulturellen Denkens markieren einen Rückfall weit hinter die Ideale der Aufklärung, auch wenn sich einer mit der Aura

eines »aufgeklärten Citoyen« versieht. So zitiert Heiner Geißler Kant, und selbst Kant, der den verhängnisvollen Spruch rechtfertigte, »räsoniert, so viel ihr wollt, und worüber ihr wollt; nur gehorcht«¹⁴, ist noch vor Geißler in Schutz zu nehmen. Kant begründet im Jahre 1759 seine Utopie einer befriedeten Welt mit dem am Ende mächtigen Interesse des Geldes. »Es ist der Handelsgeist«, schrieb er in seinem Entwurf zum ewigen Frieden¹⁵, »der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volkes bemächtigt.« Und »die Geldmacht«, von der Kant meinte, daß sie »wohl die zuverlässigste sein möchte«, werde die Regenten der Völker zur Vernunft zwingen, das heißt ihre Herrschsucht überwinden und für Frieden sorgen.

Geschichtlich ist es ein leichtes festzustellen, daß die Entwicklung der Ideen und Kräfte, auf die Kant setzte, entgegengesetzte Resultate zeitigte. Kant konnte in der Zeit despotischer Fürsten noch so argumentieren. Heiner Geißler, Berti Vogts, Daniel Cohn-Bendit müßten es besser wissen, frei nach Horkheimer:

Wer von der sozialen Gleichheit nicht reden will, sollte von der Freiheit schweigen.

Anmerkungen:

- 1 Heiner Geißler, Meise zu Meise? *Der Spiegel* 12/1990
- 2 Wolfgang Pohrt, *Zeitgeist Geisterzeit*. West-Berlin 1986, S. 48
- 3 Rosi Wolf-Almanansreh, Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Manuskript
- 4 Hilmar Hoffmann, Im Laboratorium fürs Überleben. *Süddeutsche Zeitung* vom 3.6.1989
- 5 Daniel Cohn-Bendit, Rede vor der Stadtverordnetenversammlung am 14.9.1989
- 6 Daniel Cohn-Bendit, Spiegel-Gespräch, *Der Spiegel* 22/1989
- 7 Immer noch lesenswert: Krise – Krieg und Friedensbewegung, *Revolutionäre Zellen/Rote Zora*, Januar 1984
- 8 *Pflasterstrand* 4/1990
- 9 *Pflasterstrand* 4/1990
- 10 *Pflasterstrand* 3/1990
- 11 Thomas Schmid, Multikulturelle Gesellschaft ... In: *Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Juni 1989, S. 541-546
- 12 Knapp/Kretschmann, Die Republikaner rechts liegen lassen. Bonn 1989
- 13 Zweites Ich. In: *Der Spiegel* 16/1990
- 14 Immanuel Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?
- 15 Ders., Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf

Jost Müller

Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus

In der vergangenen Dekade hat sich ein Rassismus aufgebaut, der scheinbar der Vergangenheit angehörte. Das erneut mächtige Auftreten dieses Rassismus der achtziger Jahre hat ganz Europa in einem autoritär-populistischen Netzwerk, bestehend aus den sich neu formierenden faschistischen Parteien, den Intellektuellenzirkeln der sogenannten Neuen Rechten, den neo-konservativen Regierungen samt politisch-juristischen Bürokratien bis hin zu den starken Worten am familiären Wohnzimmertisch, anscheinend schneller geeint, als dies im »europäischen Jahrzehnt« der Binnenmarkt vermochte. Die Artikulation fremden- und ausländergefeindlicher Politik in Gestalt des expliziten und impliziten Rassismus (vgl. Hall 1989:156) hat als Gegenreaktion die Karriere einer antirassistischen Politik befördert, die auf »multikulturelles Zusammenleben« setzt. Getragen ist diese Politik von der soziologischen Einschätzung: »Westeuropäer haben nicht mehr die Wahl, ob sie in einer multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft leben wollen. Sie tun es längst. Es bleibt nur noch zu entscheiden, ob die ethnischen Minderheiten durch Rassismus und Diskriminierung an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, oder ob sie ihren Kampf um Gleichberechtigung ohne Identitätsverlust erfolgreich beenden können« (Castles 1987:212). Im Spektrum sozialkonservativer (hierbei handelt es sich zum Beispiel in der BRD um den CDU-Modernisierungsflügel, dessen jesuitisch-sozialethische Orientierung bisher kaum analysiert ist), liberaler und sozialdemokratischer Parteifractionen, kirchlicher und gewerkschaftlicher Gruppierungen sowie liberaler und sozialreformerischer Sedimente der »Neuen sozialen Bewegungen« aus den siebziger Jahre ist die »multikulturelle Gesellschaft« als soziales Faktum und ethisches Ziel weitgehend anerkannt. Doch wie zum Trotz angesichts dieser sozialen Faktizität schallte es 1988 aus dem Bundesinnenministerium zurück: »Verzicht auf Homogenität der Gesellschaft« – »Die gemeinsame deutsche Geschichte, Tradition, Sprache und Kultur verlöre ihre einigende und prägende Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland würde sich nach und nach zu einem multinationalen und multikulturellen Gemeinwesen entwickeln, das auf Dauer mit den entsprechenden Minderheiten-

problemen belastet wäre. Schon im Interesse der Bewahrung des inneren Friedens, vornehmlich aber im nationalen Interesse muß einer solchen Entwicklung bereits im Ansatz begegnet werden« (Kommentar zum Entwurf für ein Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts. Stand: 1.2.1988. Zit.n. Micksch 1989:5f.).

Ein »multinationales und multikulturelles Gemeinwesen« ist im autoritär-populistischen Diskurs allemal eine *contradictio in adjecto*, denn wo sollte die »Gemeinschaft«, geschweige denn das »Wesen«, herrühren in einer »*multi-nationalen und -kulturellen Gesellschaft*«? Die Verwendung des Konjunktivs suggeriert eine »offene Situation«, die Raum für einen dynamischen Dezinismus gibt, durch den die statische »Gemeinschaft« bewahrt werden soll. Was sich im obigen Kommentar jedoch noch wie hölzerner Deutschnationalismus anhört, hat sich in dem Konzept des »Ethnopluralismus«¹ der Neuen Rechten unter der Parole »Mut zu Identität« zum Europa-Nationalismus transformiert: »Im Kampf gegen die universale Mischkultur muß man die nationalen europäischen Identitäten vereinigen, sie als einander ergänzend betrachten und sie nicht gegenüberstellen. Es gilt, die nationale Identität von oben (Europa) zu ergänzen und von unten (die Region) zu verankern. Mut zur Identität verfehlt das Modell einer heterogenen Welt homogener Völker, und nicht umgekehrt« (Krebs 1988:7). Auch hier verbindet sich eine dynamische Politik der »Homogenisierung« mit einer statischen Vorstellung von Identität.

Im Multikulturalismus ist das Verhältnis von Statik und Dynamik der Politik genau umgekehrt: die »Gesellschaft« soll sich dynamisch entwickeln und dazu bedarf es der statischen Anerkennung der sozialen Faktizität. Die multikulturalistische Ethik trägt so unverkennbar die Züge einer sozialen Apologetik, die beruhigt darauf hofft, gesellschaftliche Modernisierung werde das einigende Band um die »Vielfalt der kulturellen Identitäten« knüpfen, das sie in den Sog der kulturindustriellen Imitationen hineinzieht. Genau diese Apologetik hat eine Kritik auf den Plan gerufen, die an den Werten der universalistischen Kultur in der europäischen Aufklärung festhält. Diese Kritik weiß darum, daß der industrielle und pädagogische Multikulturalismus den »Fremdenhaß« nicht verhindert, aber sie äußert sich vor allem als Kulturkritik, die die Zerstörung der »Idee der Bildung, Weltoffenheit und Seelsorge« (Finkielkraut 1989:130) in der intellektuellen Kultur beklagt.

Die universalistische Ethik bestimmt auch die neuere Theorie-Diskussion über Neorassismus und Antirassismus in Frankreich. Freilich, die universalistische Strategie, den Rassismus ideologisch zu bekämpfen, ist so neu wiederum nicht (vgl. Memmi 1987:135ff.), und auch in der BRD kommt ein Historiker der »Uni-

versalgeschichte« des Rassismus zu dem Schluß: »Der Rassismus leugnet die Einheit der Menschheit in der Fülle ihrer unendlichen Varianten. Eine den Rassismus überwindende Haltung und Politik muß dagegen die Vielfalt der Menschheit in ihrer grundsätzlichen Einheit anerkennen. Das erfordert Toleranz und Relativierung der eigenen als absolut gesetzten Werte und Maßstäbe« (Geiss 1988:323f.).

Die Forderung nach Toleranz gegen die Macht des rassistischen »Vorurteils« in konkrete Politik umzumünzen, muß wohl das Dilemma einer universalistischen Ethik bleiben, wenn die Menschen nicht willens oder fähig sind, in der Relativierung durch die »Fremden«, die »Anderen« zu leben. Ein psychologisches Phänomen, das in der Auseinandersetzung mit dem Rassismus nur zu gut bekannt ist, und von Memmi so beschrieben wird: »Der Rassist ist ein Mensch, der Angst hat; er hat Angst, weil er der Angreifer ist, und er greift an, weil er Angst hat; ein Mensch, der Angst vor einem potentiellen Angriff hat oder glaubt, man greife ihn tatsächlich an; der schließlich angreift, um seine Angst zu bannen« (Memmi 1987:100).

Doch um eine Psychologie des Rassismus geht es mir im folgenden nicht, sondern um die Zusammenhänge von Kultur, menschlichem Körper, Nation, Staat und Ökonomie im Rassismus. Die Debatten um die multikulturalistische oder universalistische Ethik im Angesicht der rassistischen Tendenzen sind nicht einfach Spiegelfechtere; sie offenbaren die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus. Es ist notwendig, einige Gedanken zu der Bedeutungskonstitution von »Rasse« und den Wirkungsweisen des Rassismus zu formulieren, um sich in diesen Fallstricken nicht zu verheddern.

Ideologische Rassenkonstruktion

In neueren theoretischen Ansätzen zur Erklärung des sozialen Phänomens Rassismus wird in weitgehender Übereinstimmung festgestellt, daß sich die Bedeutung von »Rasse« in der Spaltung eines »Selbst« von den »Anderen« konstituiert (vgl. Miles 1989a; Kristeva 1988; Taguieff 1986). Bei der Bedeutungskonstitution von »Rasse« handelt es sich diesen Ansätzen folgend um einen Ein- und Ausschlußmodus, der gesellschaftlich koexistierende Gruppen von Individuen betrifft. Diese formale Bestimmung ist eine Abstraktion von den vielfältigen Artikulationen des Rassismus in Europa seit dem 18. Jahrhundert, die freilich dazu verleitet, ihre transhistorische Gültigkeit – zumindest für die sogenannte europäische Zivilisation oder abendländische Welt – anzunehmen. Hilfreich sind diese Ansätze vor allem, um sowohl den wohlfeilen, journalistischen Ökonomismus, der den Rassismus als Erscheinungsform von Wirtschaftskrise, Wohnungsnot, Modernisie-

rungsdruck deutet, als völlig unzulängliches Erklärungsmuster auszuweisen, als auch den teureren, akademischen Ökonomismus zurückzuweisen, der jede ideologische Konstruktion innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformationen auf die Warenform als soziale Kernstruktur reduzieren zu können glaubt. Es vermag allerdings weder theoretisch (Miles) noch historiographisch (Kristeva) zu überzeugen, etwa die Trennung der griechisch-römischen Welt von den »Barbaren« oder die christliche von der islamischen oder jüdischen Religionsgesellschaft nach dem gleichen Modus zu beschreiben, der dem Rassismus zugrunde liegt und sein Auftreten erst ermöglicht. Die Bedeutungskonstitution von ›Rasse‹ setzt vielmehr einen Typus von Subjektivität voraus, der sich der Bindungen an mythische und religiöse Gemeinwesen entzogen und historisch mit der Etablierung der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise verallgemeinert hat. Zu denken ist hierbei vor allem an die »Trennung des unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln« (Marx), die sich in drei Dimensionen vollzieht: nämlich ökonomisch als Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, politisch als Durchsetzung und Behauptung des staatlichen Gewaltmonopols und ideologisch als Konstitution freier Subjektivität. Das in diesem Sinne »freie Subjekt« lebt in der Ideologie, die das »imaginäre Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen« repräsentiert (Althusser 1977:133).

In Anlehnung an Althusser lassen sich zwei wesentliche Merkmale der ideologischen Konstruktion der ›Rassen‹ bestimmen: zum einen das strukturelle Merkmal der imaginären Form, zum anderen das funktionelle Merkmal, daß die Individuen als Subjekte in gesellschaftlich koexistierenden ›Gruppen‹ (Familie, Nation usw.) leben.

Unter Bezug auf das strukturelle Merkmal läßt sich abstrakt der Ein- und Ausschlußmodus der Rassenkonstruktion als imaginäre Form der Identifikation eines ›Selbst‹ und der Spaltung von den ›Anderen‹ definieren. Das Imaginäre knüpft sich dabei an Kennzeichen, die nach »zwei Aspekten« (Poliakov u.a. 1984:10), dem biologistischen und dem kulturalistischen Aspekt, zu unterscheiden sind, aber meist amalgamisiert auftreten. Die Bedeutung von ›Rasse‹ repräsentiert »ein spezifisches Profil biologischer und kultureller Eigenschaften« (Miles 1989b:354), das jedoch keineswegs eindeutig fixierbar ist. Das imaginäre ›Selbst‹ kann sich nur in der Spaltung von den ›Anderen‹ fixieren, das heißt, alle Zuschreibungen des eigenen ›Selbst‹ fungieren als negative Identifikationen der ›Anderen‹, die im Prozeß der Bedeutungskonstitution erst zusammengebracht werden müssen. Wenn aber das imaginäre ›Selbst‹ und die imaginären ›Anderen‹ sich in der Rassenkonstruktion derart bedingen und aneinander gekettet sind, dann kann

der Rassismus nicht als einfacher »Selbstbetrug« gefaßt werden, der den Rassisten »über sich selbst wie über die anderen« täuscht, »um an die eigene vollkommene Überlegenheit und die vollkommene Rechtmäßigkeit des eigenen Tuns zu glauben« (Memmi 1987:109). Die ideologische Konstruktion der ›Rassen‹ erfüllt vielmehr die »zentrale Funktion der Verkenning« (Balibar 1989:371; allgemein zum Begriff der Verkenning: Althusser 1977) des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs, der ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse der gesellschaftlichen Klassen(fractionen) und der internationalen imperialistischen Unterordnungsverhältnisse, indem sie die Individuen als Subjekte einer ›Rasse‹ oder ›Ethnie‹ zuschreibt und so »rassisch« transponiert.

Die Wieder- und Anerkennung der körperlichen (etwa der Hautfarbe) und kulturellen (etwa Name, Sprache, Kleidung oder auch vermeintliche Bildung) Stigmata bildet den primären Vorgang der Bedeutungskonstitution von ›Rasse‹, in der die sozialen Verhältnisse als »rassisch« fundiert artikuliert sind. Sekundär schreiben sich in die imaginäre Form der Identifikation des ›Selbst‹ und der Spaltung von den ›Anderen‹ psychologische, ästhetizistische und sexistische Elemente ein, die ihrerseits die Rassenkonstruktion dynamisieren und auf hygienische, ästhetische und sexuelle Normierungen der Alltagspraxis verschieben (vgl. historisch: Mosse 1987, 1978; systematisch: Elfferding 1989). Die primären und sekundären Elemente der Bedeutung von ›Rasse‹ erweisen die ideologische Konstruktion der ›Rassen‹ als gekennzeichnet durch eine ausgesprochene Fluidität.

Auch wenn die bisher vorgenommene abstrakte Bestimmung der Rassenkonstruktion zwar keinerlei Aussagen über konkrete Bedeutungen von ›Rasse‹ und konkrete Artikulationen des Rassismus im Ökonomischen, Politischen und Ideologischen zuläßt, kann dennoch bereits an dieser Stelle die Macht erahnt werden, die etwa die Blut-Metaphorik – in den Diskursen über Rassen von Gobineau (1853/1854) bis zu den Nationalsozialisten im »arischen Mythos« (Poliakov 1977) verdichtet – im Imaginären besitzt. Und es ist zu bedenken, daß diese Metaphorik – auf die körperlichen Befindlichkeiten der Subjekte verschoben – in brutale Gewalt umgeschlagen ist und umschlagen kann.

Ungeklärt bleibt aber auf der Grundlage der abstrakten Bestimmung der Bedeutungskonstitution von ›Rasse‹, wie die ideologische Konstruktion der ›Rassen‹ im politischen und ökonomischen Raum präsent ist. Um den Zusammenhang von Rassismus einerseits und Ökonomie und Staat andererseits aufzuzeigen, ist zunächst die Frage zu beantworten, ob der Rassismus eine Ideologie ist und ob der Ideologietheorie Althussters folgend von »rassistischen Subjekten« gesprochen werden kann?

Rassismus als Interdiskurs: Biologismus und Kulturalismus

Um den Rassismus in seinen vielfältigen Artikulationen zu bestimmen, möchte ich das theoretische Modell des »Interdiskurses« des französischen Philosophen Michel Pêcheux heranziehen (Pêcheux 1983; vgl. auch Pêcheux 1975). Interdiskurs ist bei Pêcheux als das soziohistorisch geprägte, diskursive Gedächtnis der Subjekte aufgefaßt, in das sich einerseits das »Vor-Konstruierte« (préconstruit), d.h. das Bereits-Gesagte als evidente Referenz der aktuellen Aussagen, und andererseits der »Quer-Diskurs« (discours-transvers), d.h. das Anderswo-Gesagte als eine Art Bedeutungsaxiom der aktuellen Aussagen einschreiben. Der Rassismus stellt im soziohistorischen Gedächtnis der Subjekte, die vorkonstruierten und querlaufenden Elemente zur Verfügung, die sich explizit oder implizit, ausgesprochen oder unausgesprochen, in der ideologischen Konstruktion der ›Rassen‹ aktualisieren. Allein die Bestimmung des strukturellen Merkmals der Identifikation des ›Selbst‹ und der Spaltung von den ›Anderen‹, also der imaginären Form der Rassenkonstruktion, ist keine hinreichende Begründung, von rassistischer Ideologie oder Rassenideologie zu sprechen. Zwischen der ideologischen Konstruktion der ›Rassen‹ und dem Rassismus ist logisch zu unterscheiden. Diese Unterscheidung meint nicht eine Wesen-Erscheinung-Relation, in der die Rassenkonstruktion den Wesenskern jeder historischen Artikulation des Rassismus bedeutet, sondern die Unterscheidung zwischen Abstraktion und Konkrektion. Rassismus realisiert die Rassenkonstruktion, indem er sie konkretisiert. Anders ausgedrückt: die ideologische Konstruktion der ›Rassen‹, die als abstrakte Formbestimmung dem Rassismus logisch vorausgeht, existiert nur in den historisch-konkreten Artikulationen des Rassismus. Die »rassische« Transposition der Subjekte ist bestimmt durch die jeweiligen Artikulationen des Rassismus, seiner evidenten und axiomatischen Konstitution der Bedeutung von ›Rasse‹; mithin sind die Zuschreibungen und Kennzeichen, in denen sich das imaginäre ›Selbst‹ von den imaginären ›Anderen‹ spaltet, diskursiv produziert. Im Gegensatz zu der Verwendung des Rassismus-Begriffes in der sozialwissenschaftlichen Literatur bezeichne ich also die Konstruktion der ›Rassen‹ als ideologisch, nicht jedoch den Rassismus als eine Ideologie. Die logische Unterscheidung zwischen Struktur und Funktion stützt meines Erachtens diese Differenzierung. Funktionelles Merkmal des Rassismus ist die fehlende Eigenständigkeit im Ensemble ideologischer Praxisformen. Wo und wann immer ›Rasse‹ artikuliert wird, ob im Parlament, in den Medien, der Schule, den Gewerkschaften, der Kirche oder der Familie, ist die imaginäre Form der Identifikation des ›Selbst‹ und der Spaltung von den ›Ade-

ren‹ eingelassen in die jeweils spezifischen Rituale, Handlungen und Aussagen, in denen sich verschiedene Ideologien materialisieren. Die Artikulationen des Rassismus reichen vom Spielverbot für die Kinder über die Erdkundebücher in der Schule und die sonntägliche Kollekte für die »Hungernden in der Dritten Welt« bis zu politischen Aussagen im autoritär-populistischen Diskurs, wie »Some people have felt swamped by immigrants. (...) Of course people can feel that they are being swamped.« (Thatcher) oder der wortschöpferischen Rede von der »durchmischten und durchrassten« westdeutschen Gesellschaft (Stoiber). In der Vielzahl der familiären, schulischen, religiösen, politischen, juristischen, kulturellen usw. Apparate sind die Artikulationen des Rassismus präsent, ohne daß die ideologische Konstruktion der ›Rassen‹ als deren Zentrum anzusehen wäre.

Das »rassistische Subjekt« ist eine Art Phantom; es tritt immer als Subjekt der ›Familie‹, der ›Nation‹, der ›Bildung‹, des ›Eigentums‹ und vor allem der ›Kultur‹ auf, die es als ›Eigenes‹ zu behaupten und vor den ›Anderen‹ zu schützen hat. Mit Pêcheux kann hinzugefügt werden, daß der Rassismus eine spezifische Verkettung der in den unterschiedlichen Kontexten produzierten Diskurse über Rassen herstellt, die die Bedeutungskonstitution von ›Rasse‹ im einen Diskurs durch die in den anderen stabilisiert. Diese quer-diskursive Verkettung ist deutlich in den Diskursen über die ›eigene‹ und die ›fremde‹ Kultur; in diesen Diskursen verschiebt sich der bedeutungsaxiomatische Akzent permanent zwischen dem Biologismus und dem Kulturalismus; die Aussagen über Kultur spielen teils wörtlich, teils ohne sie wörtlich zu reproduzieren, auf körperliche Stigmata an, die sich im soziohistorischen Gedächtnis an das Wort ›Rasse‹ knüpfen.² Umgekehrt aber ermöglicht diese quer-diskursive Verkettung auch die Übersetzung des biologistischen in einen kulturalistischen Rassismus.

Die Diskurse über Rassen sind ohne diese Übersetzung in ›Kultur‹ kaum denkbar, da sie sich so in die sozialen Praxisformen einschreiben. Mehr noch: die Verknüpfung von ›Rasse‹ und ›Kultur‹ ist in allen Artikulationen des Rassismus der dominante interdiskursive Effekt. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß seit dem Aufkommen des Begriffs ›Rasse‹ in der politisch-sozialen Sprache des 18. Jahrhunderts immer wieder die biologistische Lexikon-Definition in Aussagen über menschliche Kultur(en) umgesetzt wird (vgl. Conze 1984). Ein aktuelles Beispiel dieser Übersetzungstätigkeit zeigte sich Anfang 1982 in der vergleichenden Dokumentation der biologistischen Unterzeichner- und der kulturalistischen Öffentlichkeitsfassung des rassistischen »Heidelberger Manifests« (vom 17. Juni 1981) deutscher Professoren (vgl. Frankfurter Rundschau vom 4.3.1982). Neben diesen quer-laufenden Elementen, die den Rassismus im Ensemble der

ideologischen Apparate, Rituale und Handlungen verankern, existieren im sozio-historischen Gedächtnis die vor-konstruierten Elemente des Rassismus, die für die Bedeutungskonstitution von ›Rasse‹ als referentielle Evidenz funktionieren.

Im Hinblick auf das »Vor-Konstruierte« hält die Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts in Europa, gleichgültig ob wissenschaftlich, poetisch oder essayistisch, einen schier unerschöpflichen Fundus an rassistischen Artikulationen bereit. Das Spektrum erstreckt sich von der pseudowissenschaftlichen Physiognomik und Phrenologie, der sozialbiologischen Ausschöpfung von Darwins »struggle for existence« und »survival of the fittest«, der alten und neuen Rassenhygiene beziehungsweise Eugenik, der neueren IQ-Forschung über die Anthropologie und Ethnologie bis zu dem ästhetizistischen Rassismus eines Nietzsche oder Benn, um Beispiele aus dem Bereich der Philosophie und Literatur in Deutschland zu nennen; das Spektrum läßt sich im Rahmen dieser Thesen auch nicht annähernd umreißen. Es muß genügen, auf diesen historischen Fundus zu verweisen und ihn nicht aus den Augen zu verlieren; denn wenn von rassistischen Ideologien oder Rassenideologien die Rede ist, handelt es sich in den meisten Fällen um Verkürzungen auf den Biologismus (vgl. exemplarisch Lukács 1974:577ff.). Vor allem aber muß im Blick behalten werden, daß der Rassismus als Interdiskurs dem Ideologen explizit rassistischer Artikulationen eine flexible Strategie erlaubt, die seine theoretischen Konstruktionen in Alltagswissen überführt und tatsächlich »einer imaginären Überwindung des Grabens, der die Intellektuellen von den Massen trennt« (Balibar 1989:372), gleichzukommen scheint. Dieser Effekt des expliziten Rassismus ist jedoch weniger dem Biologismus geschuldet, als seiner Verbindung mit dem Kulturalismus: die Evidenz der Identität von ›Körper‹ und ›Kultur‹ (in äquivoker Bedeutung von ›Kultur‹: deskriptiv in der Bedeutung von ›Kultur der Völker‹ und hierarchisierend in der Bedeutung von ›ein Mensch von Kultur‹) läßt die Diskurse über Rassen zwischen Alltagswissen und Wissenschaft gleiten, ohne die sozialen Distinktions- und Distributionsmechanismen des Wissens außer Kraft zu setzen, die die Intellektuellen von den Massen abheben. Der Kulturalismus knüpft ein Band zwischen Familie, Religion und Nation, in dem er sie jener Identität von ›Körper‹ und ›Kultur‹ unterordnet. Der Rassismus als Interdiskurs bewegt sich auf diesem kulturalistischen Terrain quasi multifunktional, was aber auch den Kampf gegen ihn so äußerst schwierig macht.

Typen der historischen Formation des Rassismus

Historisch hat der Rassismus jedoch nicht nur vielfältige Artikulationen erfahren, sondern sich auch grundlegend transformiert. In der neueren Literatur wird meist

zwischen dem biologistisch fundierten historischen Rassismus vor allem des 19. Jahrhunderts und dem kulturalistisch fundierten »Neo-Rassismus« unterschieden – einem »Rassismus ohne Rassen«, »dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist« (Balibar 1989:373). In diesem Zusammenhang wird auch von »differentialistischem Rassismus« (Taguieff 1984,1986) gesprochen, ein Begriff, den ich für besser geeignet halte, die historische Transformation des Rassismus nach 1945, in der Epoche der »Entkolonialisierung« zu fassen, da ich den Kulturalismus als dominanten Effekt aller Artikulationen des Rassismus bestimmt habe. Der Begriff ›differentialistisch‹ verweist dagegen auf die Logik des Ein- und Ausschlußmodus, die den neuen Rassismus von den anderen historischen Formationen unterscheidet und mit dem Modus des gegenwärtigen Kulturalismus verbindet. Nach den Modi des herrschenden Kulturalismus lassen sich drei Typen der historischen Formationen des Rassismus unterscheiden:

– der *universelle Rassismus* des 18. Jahrhunderts, der von der Vorstellung des universellen, sich in Stufen vollziehenden Fortschritts der menschlichen Kultur als Ganzes geprägt ist, wobei die aus den Reiseberichten, größtenteils nur fragmentarisch bekannten Vergesellschaftungsformen in anderen Teilen des Globus als historische Vorstufen, »primitive« oder »barbarische« Vorformen des Zusammenlebens im »kultivierten« und »zivilisierten« Europa betrachtet werden (vgl. Melber 1989; Melber/Hauck 1989);

– der *superiore Rassismus* des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der eine ursprüngliche Hierarchie der »kulturschöpferischen« Superiorität Europas und der Inferiorität der »Völker aller anderen Kontinente« konstruierte, die teils verfallsgeschichtlich, teils nach dem Muster der Darwinschen Evolutionstheorie aufstiegs geschichtlich gedeutet wurde, wobei im Zuge der europäischen Nationalstaatsbildung sich dieser Rassismus auch auf die Grenzziehungen in Europa übertragen und ausdifferenziert hat (vgl. Mosse 1978);

– der *differenzielle Rassismus*, der sich nach 1945 im Zuge der »Entkolonialisierung« gebildet und seit der säkularen Krise des kapitalistischen Weltsystems Anfang der siebziger Jahre um die Migrationsprozesse in Europa sozial dynamisiert hat; es handelt sich hierbei um einen Rassismus, der weniger die Überlegenheit, sondern die Unvereinbarkeit der »eigenen« mit den »anderen«, »fremden« Kulturen behauptet und im Namen der »Erhaltung« aller kulturellen »Identitäten« und ihrer Differenzen für eine territoriale Trennung auftritt, wobei die »eigene«, nämlich die deutsche, französische, britische usw. oder gesamt-europäische Kultur in der Regel als die eigentlich bedrohte, daher zu schützende vorgestellt wird.

Es liegt auf der Hand, daß das gemeinsame Kennzeichen dieser drei Typen des Rassismus der *Eurozentrismus* (einschließlich des Rassismus in Nordamerika, Südafrika und Australien) ist; Rassismus produziert und reproduziert immer die kulturalistische Ideologie der Herrschenden, die eine »Vermischung« mit der »Kultur« der Beherrschten als Verfall und Zersetzung darstellt. In besonderer Weise gilt dies für den Antisemitismus, dessen Artikulationen immer stärker auf den Kulturalismus, also die kulturelle »Andersartigkeit«, denn auf den Biologismus abgestellt sind. Die antisemitische Darstellung der Zersetzung perpetuiert sich praktisch selbst in immer subtileren Formen: je weniger nämlich die Differenz körperlich und kulturell zu stigmatisieren ist, desto intensiver fahndet der Antisemit nach Indizien des Verfalls und der Zersetzung, die er den »Juden« zuschreibt. Der Antisemitismus folgt der differentialistischen Logik des Rassismus und ist in diesem Sinne »also differentialistisch par excellence« (Balibar 1989:376). Im nationalsozialistischen Antisemitismus allerdings verbindet sich diese differentialistische Logik mit der Behauptung »arischer« Superiorität und »jüdischer« Inferiorität; es handelt sich also um eine Misch- und Übergangsform von superiorem und differentiellem Rassismus, die einer doppelten Artikulation der ›Rasse‹, einer Verdopplung des Ein- und Ausschlußmodus gleichkommt. Letzteres ist mit der Vokabel »irrationalistisch« nur völlig unzureichend erfaßt. Die technisch brutalisierten Fahndungs- und Vernichtungspraktiken im Nationalsozialismus sind ohne diesen Hintergrund einer superioren und differentellen Artikulation der Identifikation des ›Selbst‹ und der Spaltung von den ›Anderen‹ keiner Beschreibung zugänglich.

Die imaginäre Form der Identifikation des ›Selbst‹ und der Spaltung von den ›Anderen‹ kennt prinzipiell keine Grenze der Gewalt, weil sie die Verkennung des eigenen ›Körpers‹ und der eigenen ›Kultur‹ sowie die der ›Anderen‹ bedeutet. Dies ist der eine wichtige Aspekt; aber die nationalsozialistischen Vernichtungslager bleiben einer Beschreibung auch dann unzugänglich, wenn die Funktion des Rassismus in der kapitalistischen Ökonomie und im kapitalistischen Staat ungeklärt ist. Der nationalsozialistische Antisemitismus und Rassismus hat die ökonomische und politische Funktion des Rassismus in den kapitalistischen Gesellschaftsformationen auf die Spitze getrieben und deren Konsequenzen in den Ausrottungspraktiken für die ›Nachgeborenen‹ zugleich unvorstellbar gemacht.

Funktion des Rassismus in Ökonomie und Politik

Rassismus ist kein universalgeschichtliches Phänomen; sein Auftreten ist an die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsformationen gebunden. Dies ist in

zweifacher Hinsicht zu verstehen: Zum einen lassen sich die spezifischen Artikulationen des Rassismus nicht umstandslos von einer nationalen Gesellschaftsformation auf andere nationale Gesellschaftsformationen übertragen, d.h. sie besitzen in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, den USA usw. zu differenzierende Gestalten. Es ist davon auszugehen, daß die historisch konkrete Funktion des Rassismus in Ökonomie und Politik sowie ihre Veränderungen ohne Berücksichtigung der jeweils verschiedenen nationalen Klassenkräfteverhältnisse, ihrer jeweils besonderen Verdichtung im strukturellen und institutionellen Aufbau des Staates und der jeweils unterschiedlichen Allokation der Arbeitskräfte und Segmentierung des nationalen Arbeitsmarktes nicht bestimmt werden kann (vgl. Omi/Winant 1986; Solomos 1989). So etablierte sich beispielsweise in der BRD seit Mitte der fünfziger Jahre ein spezifisches »Gastarbeitersystem«, das durch eine »hochorganisierte offizielle Anwerbemaschinerie« (Castles 1987:71) mit Anwerbebüros der Bundesanstalt für Arbeit und Anwerbeverträgen mit Staaten des Mittelmeerraumes gestützt war. Anfang der siebziger Jahre im Zusammenhang der ersten großen Wirtschaftskrise in der BRD konnte diese »Maschinerie« schnell gestoppt und für Maßnahmen der Arbeitskräfte-»Rückführung« umfunktioniert werden. Dieses »Gastarbeitersystem« ist im Unterschied zur Anwerbepolitik in Großbritannien, Frankreich oder den Niederlanden als Vorkehrung gegen den Status eines »Einwanderungslandes« errichtet worden. Der wichtige Aspekt ist, daß diese institutionelle Vorkehrung in der BRD die Artikulation des Rassismus eng mit den staatlich-administrativen Maßnahmen zur »Ausländerrückführung« und zur Abschiebung von politischen Flüchtlingen verklammert hat, so daß der gegen die zentrale Administration gerichtete Effekt des Rassismus in Großbritannien, Frankreich und vor allem in den USA hier nicht zum Tragen kommt. Rassistische Politik in der BRD ist auf spezifische Weise (auch an die juristischen und bevölkerungspolitischen Kontinuitäten des NS-Systems ist in diesem Zusammenhang zu denken) staatlich-administrativ artikuliert, nämlich als Appell an die administrative Machbarkeit und Durchsetzung der rassistischen Imperative.

Zum anderen läßt sich die Funktion des Rassismus in Ökonomie und Politik nach den drei von mir angeführten Typen seiner historischen Formation in groben Zügen skizzieren. Im Ökonomischen kann die funktionelle Eingliederung des Rassismus allgemein als »Ethnisierung der Weltarbeitskraft« (Wallerstein 1984:67) aufgefaßt werden. ›Ethnie‹ oder ›Rasse‹ bezeichnet im ökonomischen Raum die unterschiedlichen Varianten, in denen die Reproduktion der Arbeitskraft getrennt nach verschiedenen ›Kulturen‹ und deren besonderen, nationalen

und religiösen Formen der Alltagspraxis reguliert wird. Die Ethnisierung der Arbeitskräfte ist konstitutives Moment der nationalen und internationalen Arbeitsteilung innerhalb des kapitalistischen Weltsystems. Der universelle Rassismus bereitet in der abstrakten Menschenrechtsformel zwar einesteils die Abschaffung der Sklaverei als dominante Produktionsweise im Verhältnis von »Mutterland« und Kolonien mit vor, anderenteils befördert er sie jedoch wieder, indem (Sklaven-)Arbeit zur »Kultivierung der Wilden« hypostasiert wird. Der superiore Rassismus nimmt diese rassistische Artikulation des kolonialen Ausbeutungsverhältnisses auf und verstärkt sie durch die Behauptung einer »stammesgeschichtlichen Ungleichwertigkeit der fremden Kulturen«, mehr noch: der polygenetistische und -phyletistische Ursprungsmythos des superioren Rassismus trachtet sie zu verewigen. Zugleich besitzt der superiore Rassismus im Innern der »Mutterländer« die ökonomische Funktion, den expandierenden Arbeitsmarkt durch rassistische Artikulationen, in denen sich Elemente der nationalen, religiösen und kulturellen Stigmatisierung verschmelzen, zu regulieren und so auf die Hierarchisierung des Lohnsystems und die Segregation der vom Rassismus unterdrückten Arbeitskräfte zu wirken. Der differentielle Rassismus schließlich verbindet sich mit der etablierten Lohnhierarchie und fördert die gegenwärtig auseinandertriftende Tendenz des durch die Artikulation von »Ethnie« oder »Rasse« gespaltenen Lohnsystems (deutlich und drastischer als in der BRD ist dies Ergebnis von »Thatcherismus« und »Reaganomics«). Ins Auge zu fassen ist außerdem die Tendenz zur »ökonomischen Gettoisierung«, die neue Formen der Subsistenzproduktion hervorbringt und sich sowohl in den Städten der Metropolen als auch in großen Teilen der drei Kontinente Asien, Afrika und Südamerika als quasi abgekoppelte Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt etabliert. In diese ökonomische Tendenz ist der neue Rassismus als differentialistische Logik der gleichzeitigen Abkopplung und Abhängigkeit eingelassen.

Im Politischen ist der Rassismus funktionell in den kapitalistischen Staat eingegliedert: die ideologische Konstruktion der »Rassen«, die imaginäre Form der biologischen und kulturellen Stigmatisierung, in der sich das »Selbst« identifiziert und von den »Anderen« spaltet, ist in die Grenzziehung eingeschrieben, innerhalb derer der kapitalistische Staat die Einheit des »Volks-als-Nation« (Poulantzas) homogenisiert. Im Nationalstaat materialisiert sich die nationale Einheit in raumzeitlicher Ausdehnung »zur Historizität eines Territoriums und zur Territorialisierung einer Geschichte« (Poulantzas 1978:107), die den »fremden Körper« und die »fremde Kultur« ausschließt. Die rassistischen Aus- und Einschließungspraktiken, die die sozialen Beziehungen zwischen den »Rassen« oder »Ethnien« regeln, sind

dem kapitalistischen Staat inhärent, das heißt, sie verdichten sich im institutionellen System des Staates und werden von den staatlichen Institutionen ausgearbeitet (vgl. den »racial state“-Ansatz von Omi/Winant 1986:70ff.). Die Gettos, die Konzentrationslager und die Völkermorde sind die schrecklichen Manifestationen des totalitären Charakters des modernen Staates und der modernen Nation, in denen diese Praktiken nicht zuletzt aufgrund der Artikulationen des Rassismus herrschen.

Die enge Verzahnung des Nationalismus mit den Artikulationen des Rassismus ist jener nationalstaatlichen Beziehung von Geschichte und Territorium geschuldet, die die Tendenz hat, die Tradition und Kultur der vom Rassismus Beherrschten auszulöschen. Im universellen Rassismus ist die nationalstaatliche Beziehung zwischen Geschichte und Territorium zunächst kaum sichtbar; doch indem er die räumliche Verteilung der Menschen nach »Rassen« klassifiziert und in eine zeitliche Abfolge transformiert, produziert er ein Dispositiv aus Raum und Zeit, in dem die Artikulation der »Rassen« immer schon präsent ist. Der superiore Rassismus differenziert dieses Dispositiv aus, und im Zuge der europäischen Nationalstaatsbildung verschafft es ihm eine historische Geltung, die über den Prozeß der Umwandlung der Kolonien in Nationalstaaten und schließlich die Re-Nationalisierung in den Territorien der staatskapitalistischen Regimes bis heute weiterwirkt.

Doch gibt es gegenwärtig auch Tendenzen, die in Richtung einer neuen Formierung der Beziehung von Geschichte und Territorium weisen. Gemeint ist nicht nur die Bildung supranationaler Staaten, wie sie etwa in der staatlichen Vereinheitlichung Europas angestrebt ist, sondern auch die »innere« Territorialisierung des nationalen Raumes, die sich in der Politik der achtziger Jahre als Tendenz zur verstärkten »politischen Gettoisierung« in den Metropolen manifestierte. In diesem Zusammenhang erhielt der differentielle Rassismus eine wichtige Funktion in der Rechts- und Bevölkerungspolitik. Um den Komplex der Migrationsprozesse kristallisierte sich ein »institutioneller Rassismus« (vgl. Miles 1989a: 50ff., 84ff.; Miles 1989b: 362ff.), der von der Politik der »ethnisch-rassistischen Quotierung der Immigration« über die Initiativen zur »Ausländerrückkehrförderung« bis zur gewaltsamen Abschiebung und Schließung der Grenzen für Flüchtlinge aus den drei Kontinenten Afrika, Asien und Südamerika reicht.

Die implizit-institutionalisierte Form des differentiellen Rassismus, wie sie gegenwärtig in Gesetzestexten kodifiziert und in staatlichen Maßnahmen verdichtet ist, könnte allerdings in Zukunft in die explizit-dynamisierte Form im Sinne der Neuen Rechten übergehen, die eine Politik der Vertreibung, der gewaltsamen

Umkehrung der Migrationsprozesse der vergangenen vierzig Jahre bedeuten würde.

Kulturalisierung der Politik

An einer Stelle in seinen »Quaderni del carcere« hat Antonio Gramsci den Typus der totalitären Partei durch die Prädominanz der kulturellen Funktionen gegenüber der Politik gekennzeichnet, wonach alle politischen Fragen sich in kulturelle Formen kleiden, so daß sie als solche unlösbar werden (vgl. Gramsci 1975:1939). Was Gramsci im Blick auf die faschistische Partei als typologisches Kennzeichen notiert, setzt einen Prozeß voraus, der als Kulturalisierung der Politik zu beschreiben ist. Die kulturelle Strategie der Neuen Rechten treibt diesen Prozeß voran. Sie hat die Artikulation des differentiellen Rassismus seit Mitte der siebziger Jahre mit Erfolg forciert, indem sie alle Fragen, die die Veränderungen der nationalen Gesellschaftsformationen in Europa infolge der Migrationsprozesse aufwerfen, in der katastrophistischen Alternative von Verfall oder Erneuerung der europäischen, der deutschen, der britischen, der französischen, der italienischen usw. Kultur zugespitzt hat. Im Zentrum dieser Verschiebung auf die kulturalistische Ideologie des Eurozentrismus steht die »Retorsion« (Taguieff 1986:97), durch die Begriffe, Themen und Argumentationsstränge der Antirassisten gegen diese selbst gewendet werden, um den Gegner auf dem ihm eigenen ideologischen und diskursiven Terrain zu bekämpfen. Die Wiederaufnahme (reprise), Wandlung (retournement) und Aneignung-Enteignung (appropriation-dépossession) der Argumente, die der antirassistische Diskurs hervorbringt, im Diskurs des differentiellen Rassismus betrifft vor allem die Termini ›Rassismus‹ und ›Recht auf Differenz‹.

Der differentielle Rassismus der Neuen Rechten ist eurozentristisch nicht allein dadurch, daß er die ›Anderen‹ als Bedrohung der Identität des europäischen ›Selbst‹ darstellt, sondern auch, weil er die eigene europäische »Ethnizität« gegen den angeblichen Rassismus der ›Anderen‹ zu schützen hat. Dies geschieht durch die Denunziation des »Antirassismus als Träger des Rassismus« (vgl. etwa die Argumentation des Neuen Rechten Faye 1988). Rassismus wird als Wirkung des Hinweises auf seine vielfältige Existenz und des antirassistischen Widerstandes der Unterdrückten umgedeutet, wobei die Behauptung der kulturellen Identität Europas zum »eigentlichen Antirassismus« umformuliert wird. Man mag diese rhetorische Figur der Umkehrung von Ursache und Wirkung für absurd und demagogisch halten; zu bedenken ist allerdings, daß sie sich als höchst effektives Mittel zur Legitimation der Herrschaft des Eurozentrismus erweist.

Inzwischen hat sich diese Retorsion des Terminus ›Rassismus‹ massenmedial verbreitet. Der Verweis auf den angeblichen Rassismus der ›Anderen‹, etwa in Südafrika oder in den USA, auch in Frankreich und Großbritannien, reproduziert sie nahezu tagtäglich. Nicht weniger in der BRD, wenn man sich die massenmediale Berichterstattung über die »riots« in den »schwarzen ›town-ships‹ des südafrikanischen Apartheidsregimes«, in den US-amerikanischen Städten oder kürzlich im Zusammenhang der Einführung der Gemeinde-Kopf-Steuer in Großbritannien vergegenwärtigt.

Sicherlich gibt es im Widerstand gegen den herrschenden Rassismus auf seiten der Beherrschten eine Art Gegenidentifikation der ›Anderen‹ zur Macht der eurozentristischen Identifikation des ›Selbst‹, die in den unterschiedlichen Gestalten des ›kulturellen Nationalismus‹ das ›umgekehrte Selbst‹ darstellt. Die Dokumente von »Black Power« am Ende der sechziger Jahre in den USA sprechen diese Sprache (vgl. etwa Carmichael/Hamilton 1967). Das ›umgekehrte Selbst‹ ist aber kein Rassismus der ›Anderen‹, sondern die »Unterwerfung« unter die eurozentristische Rassenkonstruktion, »die ›Unterwerfung‹ der Opfer des Rassismus unter die Mystifikationen« des Eurozentrismus, die »sie fesseln und definieren« (Hall 1989:90f.). Identifikation und Gegenidentifikation gehorchen der kulturalistischen Ideologie der Herrschenden; die Retorsion spielt auf diesen ideologischen Mechanismus an und vertauscht die Positionen in der »Opfer- Täter«-Metaphorik.

Der Terminus ›Recht auf Differenz‹, der in den sechziger und siebziger Jahren im Diskurs der Linken über politische Selbstbestimmung fest verankert schien, hat durch die Strategie der Neuen Rechten in den achtziger Jahren eine signifikante Verschiebung auf den Kulturalismus erfahren, die diesen Terminus im Kontext des differentiellen Rassismus installierte. Die politische Artikulation des ›Rechts auf Differenz‹ mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Südamerika einerseits und mit den separatistischen und minoritären Bewegungen in Europa und Nordamerika andererseits stellte vor allem das Recht der Menschen heraus, gegen den »Nationalstaat«, die »Hegemonie der Supermächte« und das »international operierende Kapital« über sich selbst zu verfügen. Der Diskurs der Neuen Rechten über nationale Kultur nimmt den Terminus ›Recht auf Differenz‹ auf und verknüpft ihn mit einer statischen Fassung ›kultureller Identität‹. In dieser Artikulation geht das ›Recht auf Differenz‹ in die ›Pflicht zur Differenz‹ über, das heißt, den Menschen zu verfügen, so zu bleiben, wie sie waren, und da zu bleiben, wo sie herkommen. Innerhalb der diskursiven Verschiebung von ›Recht‹ auf ›Pflicht‹ substantialisiert sich der Begriff der Diffe-

renz zur kulturalistischen Aufteilung der menschlichen Gattung, die eine unveränderliche und unüberwindliche Schranke errichtet. Der Effekt dieser Retorsion ist eine Kulturalisierung der Politik: die Pflicht zur Erhaltung der nationalen Kultur absorbiert alle Fragen der politischen Selbstbestimmung – wie immer sie gestellt sind, die Neue Rechte skandiert die ›kulturelle Identität‹ als Antwort.

Hier finden sich die geheimen Korrespondenzen zwischen dem differentiellen Rassismus der Neuen Rechten und dem durch die multikulturalistische Ethik fundierten Antirassismus. Im multikulturalistischen Antirassismus scheint ein Konzept gefunden, daß gerade in der »Begegnung der Vielfalt der Kulturen« den Rassismus abzulösen und historisch zu überwinden sucht. Allerdings verdeckt die multikulturalistische Ethik, daß die »multikulturelle Gesellschaft« nicht auf der horizontalen, das hieße, der gleichgültigen, sondern auf der vertikalen, das heißt, der dominierten Koexistenz der verschiedenen ›Kulturen‹ beruht. Das Dominanzverhältnis besteht darin, daß die sozialen Bedingungen und Orte festgelegt und zugewiesen sind, die den verschiedenen ›Kulturen‹ das Koexistieren erst ermöglichen. Die Artikulation des differentiellen Rassismus im Ökonomischen und Politischen produziert und reproduziert das Dominanzverhältnis, indem sie das Dispositiv aus Raum und Zeit zur Verfügung stellt, in dem die ›eigene Kultur‹ von den ›fremden Kulturen‹ und diese in Bezug auf die Nähe und Ferne zur ›eigenen‹ voneinander getrennt werden. Die multikulturalistische Strategie – gerade indem sie die Bewahrung der ›kulturellen Identitäten‹ betont – bewegt sich innerhalb dieses Dispositiv; sie stellt die Differenz zwischen der ›eigenen‹ und den ›fremden‹ Kulturen immer wieder neu heraus und zementiert sie so. Die ideologische Konstruktion der ›Rassen‹, wie ich sie auffasse, bleibt ebenso unangetastet, wie die kulturalistische Ideologie, in der der Rassismus artikuliert wird. Mehr noch: die multikulturalistische Ethik transformiert die ökonomischen und politischen Spaltungen gleichfalls in kulturelle Differenzen!

Die Strategie des universalistischen Antirassismus kann dagegen immerhin die ideologiekritische Abwehr des »Rassenwahns« setzen; sie negiert die Aufteilung der menschlichen Gattung in dem allgemeingültigen und wahren Prinzip einer universalen Kultur. Allerdings formuliert sie so lediglich das Projekt einer von der Rassentrennung befreiten Kultur kosmopolitischer Individuen. Auch die neueren Ansätze zum sozialen Phänomen des Rassismus in Frankreich, seien sie durch die Kantsche Philosophie (Taguieff) oder die Freudsche Psychoanalyse (Kristeva) motiviert, stimmen in diese Perspektive ein. Die universalistische Ethik fordert ihren politischen Tribut, sie bleibt zu allgemein, um die soziohistorischen Bedingungen der Artikulation des differentiellen Rassismus in Ökonomie und

Politik zu bestimmen. So fällt sie zurück in die Ambivalenz, die die historische Aufklärung kennzeichnet: die kritische Formulierung der imperativen Gültigkeit der Menschenrechte und die eurozentristische Sicht der Persönlichkeitsbildung. Die Alternative kosmopolitischer Universalismus oder differentieller Rassismus, universale Kultur oder rassistische Barbarei, die der universalistische Antirassismus hervorruft, fördert schließlich ebenfalls eine Verschiebung auf den Kulturalismus.

Die Antworten des gewöhnlichen Antirassismus auf das verstärkte Auftreten des differentiellen Rassismus entkleiden die politischen Fragen nicht ihrer kulturellen Formen, die sie in dem Diskurs der Neuen Rechten annehmen, sondern suchen die Lösung auch in der Kultur. Multikulturalistische und universalistische Ethik sind in den Prozeß der Kulturalisierung der Politik so eingegliedert, daß sie als oppositionelle Positionen gegeneinander und gegen den herrschenden differentiellen Rassismus stehen, aber doch der kulturalistischen Ideologie unterworfen sind.

Der Widerstand gegen den Rassismus kennt jedoch auch andere Formen, die sich dieser Kulturalisierung entziehen. So bedienen sich beispielsweise die vom Rassismus unterdrückten Amerikaner der Rhetorik der ›Afrika-Amerikaner‹ und nutzen sie als Waffe in ihrem antiimperialistischen Befreiungskampf in den USA. Hierdurch aber wird zugleich die Linie der Hegemonie der ›Europa-Amerikaner‹ und die des gegenidentifizierten kulturellen Panafrika-Nationalismus von »Black Power« durchbrochen.³ Auch Frantz Fanon hat vor etwa dreißig Jahren darauf hingewiesen, daß im politischen Kampf gegen den Kolonialismus »die Tradition ihre Bedeutung« ändert, der Befreiungskampf »weder die Formen noch die Inhalte der Kultur unberührt« läßt (Fanon 1981:190,207). So lautet Fanons Kritik des Kulturalismus, der auf Traditionen sich versteift, die der politischen Praxis entgegenstehen. Fanon definiert ›Kultur‹, indem er ihre Bedeutung aus den Bedingungen des Kampfes gegen den Kolonialismus bestimmt. Wenn gleiches auch für den Kampf gegen den Rassismus in den Metropolen gelten soll, so kann es nicht Sache der weißen EuropäerInnen (sozusagen der Europa-EuropäerInnen) sein, den ›Anderen‹ eine ›kulturelle Identität‹ zuzuschreiben. Jede antirassistische Strategie, die den vom Rassismus Unterdrückten die Bestimmung der Bedeutung von ›Kultur‹ für ihren Widerstand aus der Hand schlägt, bleibt unverhohlen eurozentristisch.

Eine Antwort der radikalen, antitotalitären Linken auf den differentiellen Rassismus fehlt bisher. Wenn es richtig ist, daß die Zerstörung des Rassismus nicht nur die Revolte der von ihm Unterdrückten voraussetzt, sondern auch die »Zerset-

zung der rassistischen Gemeinschaft von innen her« (Balibar 1989:370) erforderlich macht, so kommt es also auch darauf an, die Evidenzen der Identifikation des ›Selbst‹ zu unterminieren. Das eurozentristische ›Selbst‹ als durchzogen von jener Differenz darzustellen, die Walter Benjamin in der Einsicht ausgedrückt hat, daß »niemals ein Dokument der Kultur (ist), ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein« (Benjamin 1980:696). Der herrschende Kulturalismus setzt dagegen die Barbarei immer aus sich heraus und schreibt sie den ›Anderen‹ zu. Bezogen auf die konkreten Artikulationen des differentiellen Rassismus könnte Antirassismus bedeuten, die Spaltungen zwischen Herrschenden und Beherrschten, die die ›kulturelle Identität‹ des Eurozentrismus raum-zeitlich als eine bestimmte Geschichte und ein bestimmtes Territorium homogenisiert, politisch in Funktion zu setzen. Erst wenn die Auflösung des herrschenden Kulturalismus einsetzt, wird der Prozeß der Kulturalisierung der Politik durchbrochen, ist der Prozeß tatsächlich offen, in dem die Artikulation von sozialer Ungerechtigkeit und sozialem Leid möglich werden kann.

Anmerkungen:

- 1 Der Terminus »Ethnopluralismus« bezeichnet im Diskurs der Neuen Rechten die Aufteilung der Menschen in durch die ›Ethnie‹ oder ›Rasse‹ bestimmte »Völker«, die in strikt getrennter Entwicklung und abgegrenzten Territorien »nebeneinanderleben« sollen. In ihm werden biologistische und kulturalistische Zuschreibungen gebündelt, die aus der IQ-Forschung (Jensenismus), Eugenik, Verhaltensforschung, Kultur- und Völkerpsychologie zusammengezogen sind. Bei dem Konzept des »Ethnopluralismus« handelt es sich um ein (Neu-)Ordnungsmodell gegen die »multirassistische und gemischtrassistische Gesellschaft«, das das Muster der südafrikanischen »Homelands« globalisiert. So dargestellt bereits Mitte der siebziger Jahre von einem Apologeten neuer Positionen (Bartsch 1975:45ff.).
- 2 Es wäre zum Beispiel lohnend, so explizit antirassistische Texte wie »Rasse und Zivilisation« des Ethnologen Michel Leiris von 1951 (Leiris 1985) oder »Rasse und Geschichte« des Anthropologen Claude Lévi-Strauss von 1952 (Lévi-Strauss 1975) unter diesem diskursanalytischen Aspekt zu untersuchen, da sich in ihnen das weltweit hegemoniale Verständnis der Differenzen zwischen den Kulturen nach dem zweiten Weltkrieg exemplarisch ausspricht.
- 3 Vgl. hierzu die sozialgeschichtliche Darstellung des Lebens der Asien-Amerikaner bei Takaki 1989. Den Hinweis auf diesen Autor ebenso wie das Argument der durchbrochenen Linie verdanke ich den Diskussionen über Rassismus mit Roger Keil, der die US-amerikanischen Verhältnisse viel besser kennt und mir unwissentlich den Anstoß gegeben hat, diese Thesen zu Rassismus und Antirassismus zu formulieren.

Literatur:

- Althusser, Louis 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie. Hamburg, Berlin
- Balibar, Etienne 1989: Gibt es einen »neuen Rassismus«? In: *Das Argument* 175. Und in: Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg 1990
- Bartsch, Günter 1975: Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten. Freiburg, Basel, Wien
- Benjamin, Walter 1980: Über den Begriff der Geschichte. In: Ders.: Gesammelte Schriften Bd.I,2 (wa 2). Frankfurt/M
- Castles, Stephen 1987: Migration und Rassismus in Westeuropa. Berlin
- Carmichael, Stokely/Hamilton, Charles V. 1967: Black Power. Die Politik der Befreiung in Amerika. Frankfurt/M, Hamburg
- Conze, Werner 1984: Art. ›Rasse‹. In: Brunner, Otto u.a. (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd.5. Stuttgart
- Elfferding, Wieland 1989: Funktion und Struktur des Rassismus. Eine Theorieskizze. In: Autrata, Otger u.a. (Hrsg.): Theorien über Rassismus. Eine Tübinger Veranstaltungsreihe. Hamburg 1989
- Fanon, Frantz 1981: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/M
- Faye, Guillaume 1988: Die neuen ideologischen Herausforderungen. In: Krebs, Pierre (Hrsg.) 1988
- Finkielkraut, Alain 1989: Die Niederlage des Denkens. Reinbek
- Hall, Stuart 1989: Ausgewählte Schriften. Hamburg, Berlin
- Geiss, Imanuel 1988: Geschichte des Rassismus. Frankfurt/M
- Gramsci, Antonio 1975: Quaderni del carcere. Edizione critica dell'Istituto Gramsci. Torino
- Krebs, Pierre (Hrsg.) 1988: Mut zur Identität. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit. Veröffentlichungen des Thule-Seminars e.V.; Bd.2. Struckum
- Kristeva, Julia 1988: Etrangers à nous-mêmes. Paris. Dt.: Fremde sind wir uns selbst. Frankfurt/M 1990
- Leiris, Michel 1985: Rasse und Zivilisation. In: Ders.: Die eigene und die fremde Kultur. Ethnologische Schriften Bd.1. Frankfurt/M 1985
- Lévi-Strauss, Claude 1975: Rasse und Geschichte. In: Ders.: Strukturelle Anthropologie II. Frankfurt/M 1975
- Lukács, Georg 1974: Die Zerstörung der Vernunft. Werke Bd.9. Darmstadt, Neuwied
- Melber, Henning 1989: Rassismus und eurozentristisches Zivilisationsmodell: Zur Entwicklungsgeschichte des kolonialen Blicks. In: Autrata, Otger u.a. (Hrsg.): Theorien über Rassismus. Eine Tübinger Veranstaltungsreihe. Hamburg 1989
- Melber, Henning/Hauck, Gerhard 1989: Kolonialer Blick und Rationalität der Aufklärung. In: *Peripherie* 37
- Memmi, Albert 1987: Rassismus. Frankfurt/M
- Micksch, Jürgen 1989: Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfalt. Eine Strategie gegen Nationalismus und Rassismus. Frankfurt/M
- Miles, Robert 1989a: Racism. London. Dt.: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Praxis eines

- Begriffs. Hamburg 1991
- Miles, Robert 1989b: Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus. In: *Das Argument* 175
- Mosse, George L. 1978: Rassismus. Ein Krankheitssymptom in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Königstein/Ts
- Mosse, George L. 1987: Nationalismus und Sexualität. Bürgerliche Moral und sexuelle Normen. Reinbek
- Omi, Michael/Winant, Howard 1986: Racial Formation in the United States. From the 1960s to the 1980s. New York, London
- Pêcheux, Michel 1975: Les vérités de La Palice. Linguistique, sémantique, philosophie. Paris
- Pêcheux, Michel 1983: Über die Rolle des Gedächtnisses als interdiskursives Material. Ein Forschungsprojekt im Rahmen der Diskursanalyse und Archivlektüre. In: Geier, Manfred/Woetzel, Herold (Hrsg.): Das Subjekt des Diskurses. Beiträge zur sprachlichen Bildung von Subjektivität und Intersubjektivität. Berlin 1983
- Poliakov, Léon 1977: Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus. München
- Poliakov, Léon u.a. 1984: Über Rassismus. Sechzehn Kapitel zur Anatomie, Geschichte und Deutung des Rassenwahns. Frankfurt/M, Berlin, Wien
- Poulantzas, Nicos 1978: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg
- Taguieff, Pierre-André 1984: Les présuppositions définitionnelles d'un indéfinissable: »le racisme«. In: *Mots*. Nr.8
- Taguieff, Pierre-André 1986: L'identité nationale saisie par les logiques de racisation. Aspects, figures et problèmes du racisme différentialiste. In: *Mots*. Nr.12
- Takaki, Ronald 1989: Strangers from a Different Shore. A History of Asian Americans. Boston
- Solomos, John 1989: Race and Racism in Contemporary Britain. London
- Wallerstein, Immanuel 1984: Der historische Kapitalismus. Berlin

Dagmar Ganßloser

»Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen«

Migrationspolitik und verschärftes Ausländergesetz in der BRD

Seit den dreißiger Jahren hatten sich in den USA fordistische Produktions- und Reproduktionsstrukturen herausgebildet, die sich in der Nachkriegszeit zunehmend auch in den entwickelten Ländern Westeuropas fest etablierten. Deren Grundlage war der »Übergang von einer ›extensiven‹ zu einer ›intensiven‹, auf tayloristischer Arbeitsorganisation und Massenproduktion von Konsumgütern gestützten Akkumulationsstrategie«. ¹ Durch Fließband- und Schichtarbeit, das heißt verstärkte Arbeitsteilung, entstand ein erheblich gesteigerter Bedarf an Arbeitskräften mit geringerer Qualifikation.

In der BRD konnte dieser zunächst durch die »Flüchtlingswellen« der Nachkriegszeit (sogenannte »Vertriebenenwelle« bis 1950 und die Zuwanderung aus der SBZ (sowjetische Besatzungszone) bzw. später aus der DDR), die etwa 9,7 Millionen Personen umfaßte ², kompensiert werden. Dann aber machte es die rapide fortschreitende ökonomische Expansion auch für die BRD erforderlich, den nationalen Arbeitsmarkt zu öffnen, um ihre internationale Konkurrenzfähigkeit weiterhin sichern zu können. Sie schloß sich also der im benachbarten Ausland bereits praktizierten gezielten Anwerbung von ArbeitsmigrantInnen aus den Ländern des Mittelmeerraumes an.

Zu diesem Zweck wurde 1955 der erste bilaterale Anwerbevertrag mit Italien abgeschlossen, dem bald weitere Verträge mit Spanien, Griechenland (beide 1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und zuletzt Jugoslawien (1968) folgen sollten. In den betreffenden Ländern sorgte dann die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) für die Einrichtung von Anwerbebüros, die sich »Deutsche Kommissionen« oder »Deutsche Verbindungsstellen« nannten. Sie bearbeiteten gegen die Entrichtung einer Gebühr die von der bundesdeutschen Industrie eingereichten Anträge, in denen der jeweilige Bedarf an der Ware »Arbeitskraft« angefordert wurde. Um die Industrie möglichst akkurat bedienen zu können, wurde neben der Qualifikation und dem Gesundheitszustand potenti-

eller ArbeitsmigrantInnen auch gleich noch deren strafrechtliche und insbesondere auch die politische Vergangenheit einer eingehenden Prüfung unterzogen. Den so Ausgewählten wurde von ihrem jeweiligen »Arbeitgeber« ein Jahresvertrag vorgelegt, der die Ausbezahlung des tariflich garantierten Mindestlohnes fest schrieb. Da die Industrie zu diesem Zeitpunkt noch verpflichtet war, für die Unterbringung der ArbeitsmigrantInnen zu sorgen, steht am Anfang der Arbeitsmigration in der BRD die hierzulande offensichtlich unvermeidliche »Unterbringung« in Holzbaracken auf dem Firmengelände.

Ökonomische und soziale Ausbeutung der ArbeitsmigrantInnen

Die bundesrepublikanischen Interessen waren durch die Einführung des »Gastarbeitersystems« in mehrfacher Hinsicht *optimal* bedient, boten sich doch im Hinblick auf die ArbeitsmigrantInnen vielgestaltige Ausbeutungsmöglichkeiten:

– Die monotonen, oft gesundheitsschädlichen Arbeitsplätze in der industriellen Produktion konnten durch die Requirierung der ArbeitsmigrantInnen besetzt gehalten werden. Bundesdeutsche ArbeiterInnen waren für diese Arbeitsplätze kaum mehr zu bekommen; ihnen hatte sich in der prosperierenden Republik mit dem insgesamt erhöhten Angebot an Arbeitsplätzen vermehrt die Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs eröffnet. Bekleideten ArbeitsmigrantInnen die gleichen Arbeitsplätze wie ihre bundesdeutschen KollegInnen, wurden sie oftmals schlechter bezahlt.³

– Darüber hinaus konnte durch den *Import von ArbeiterInnen* eine Arbeitskräfteknappheit größeren Umfangs unterbunden werden, die im Falle eines Arbeitskampfes auf Seiten der ArbeiterInnen der Durchsetzung höherer Lohnforderungen hätte dienen können.⁴ Die Industriellen konnten aufgrund der geringgehaltenen Lohnkosten eine entsprechend höhere Profitrate erzielen, die ihrerseits neue Investitionen ermöglichte und damit die Expansion weiter vorantrieb.

– Gleichzeitig waren die Vorteile, die die bundesdeutsche Wirtschaft aus der Arbeitsmigration zu ziehen verstand, nicht mit nennenswerten sozialen Folgekosten verbunden: Die ArbeitsmigrantInnen stellten ihre Arbeitskraft zur Steigerung des bundesdeutschen Bruttosozialprodukts zur Verfügung, nachdem zuvor ihre jeweiligen Herkunftsländer für ihre Schul- und Berufsausbildung hatten aufkommen müssen. Auch brachten die ArbeitsmigrantInnen zunächst keine Angehörigen mit, die soziale Leistungen (Schulen, Krankenhäuser, sozialer Wohnungsbau etc.) in der BRD in Anspruch hätten nehmen können, deren Finanzierung die ArbeitsmigrantInnen durch ihre Steuerzahlungen jedoch ebenso gewährleisteten wie ihre bundesdeutschen KollegInnen.

Die ArbeitsmigrantInnen wurden somit nicht nur Opfer der *unmittelbaren*, alle Lohnabhängigen betreffenden Ausbeutung, sondern darüber hinaus – gegen ihren Willen – auch zum *Instrument* der Industriellen bei der Durchsetzung einer insgesamt verschärften Ausbeutung aller ArbeiterInnen. Ergänzt durch die Maßnahme zur *sozialen* Ausbeutung, wurde den ArbeitsmigrantInnen dadurch unweigerlich der Platz am untersten Ende der gesellschaftlichen Hierarchie zugeordnet.

Flankierende juristische Instrumentarien

Da zunächst keine juristische Grundlage für die Behandlung der ArbeitsmigrantInnen vorhanden war, wurde kurzerhand auf die nationalsozialistische Ausländerpolizeiverordnung (APVO) von 1938 zurückgegriffen⁵, die schon den juristischen Rahmen für die Behandlung der ZwangsarbeiterInnen im Nationalsozialismus gegeben hatte. Sie enthielt drei Regelungsbereiche, von denen anfänglich nur der die Einreisesteuerung betreffende durch Bundesgesetz neu geregelt wurde. »Die anderen – und zudem bedeutenderen – Instrumentarien des Aufenthaltsrechtes und der Arbeitsmarktzulassung wurden dagegen allein auf bürokratischem Wege und damit außerhalb jeder öffentlichen Diskussion wiederbelebt«⁶. Die APVO räumte den ArbeitsmigrantInnen keinerlei BürgerInnenrechte ein und bestimmte, daß eine Aufenthaltserlaubnis nur denjenigen zu erteilen sei, »die aufgrund ihrer Persönlichkeit und des Zwecks ihres Aufenthaltes im Reichsgebiet die Gewähr dafür bieten, daß sie der ihnen gewährten Gastfreundschaft würdig sind« (§ 1 APVO von 1938). Der nahezu unbegrenzt auslegbare Text der APVO eröffnete den Behörden die Möglichkeit, fast willkürlich über die Erteilung bzw. die Verweigerung einer Aufenthaltserlaubnis zu verfügen. Für die ArbeitsmigrantInnen bedeutete das ein Leben in permanenter Rechtsunsicherheit.

Erst 1965 wurde die nationalsozialistische Ausländerpolizeiverordnung durch die Verabschiedung des Ausländergesetzes im Bundestag ersetzt, wodurch sich die Situation der Betroffenen allerdings nicht maßgeblich verbesserte: Die in diesem Gesetz enthaltene Formulierung »Die Aufenthaltserlaubnis kann erteilt werden, wenn die Abwesenheit des Ausländers die Belange der Bundesrepublik nicht beeinträchtigt«, sicherte der Ausländerpolizei auch weiterhin die uneingeschränkte Verfügungsgewalt im Umgang mit den MigrantInnen. Was unter den »Belangen der Bundesrepublik« zu verstehen sei, kann in der »Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes« nachgelesen werden; daß dort als Kriterien für die Vergabe einer Aufenthaltserlaubnis »insbesondere auch Gründe politischer und wirtschaftlicher Art sowie die Belange des Arbeitsmarktes« benannt werden, überrascht eher durch die Unverblümtheit der Aussage, als

durch ihren Inhalt. Dieselbe Verwaltungsvorschrift schließt übrigens die MigrantInnen vom Wahlrecht ebenso aus, wie von fast allen anderen wichtigen BürgerInnenrechten: »Ausländer genießen alle Grundrechte mit Ausnahme der Versammlungsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland« (Abs. 6 der Verordnung).

Was qua Gesetz möglich war, nämlich beispielsweise arbeitslos gewordene ArbeitsmigrantInnen umgehend abzuschicken, war als Prophylaxe für die stets erwartete Krise gedacht, die sich dann doch nicht so bald einstellte. Also suchten die Behörden in vorauseilendem Gehorsam einstweilen andere Anwendungsbereiche für das Gesetz und fanden sie schließlich auch; da wurde schon mal die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis verweigert, wenn der/die AntragstellerIn sich zuvor um seine/ihre Einbürgerung in die BRD beworben hatte⁷. Immerhin gelte es, die »Belange der Bundesrepublik« zu schützen, und diese sei bekanntlich kein Einwanderungsland, erfuhren die abgewiesenen Integrationswilligen als vorgebliche Begründung; über authentischere, aber weniger salonfähige Erklärungen darf spekuliert werden.

Als 1973 die Ölkrise das Ende des wirtschaftlichen Booms einläutete, betrug die Zahl der ausländischen Beschäftigten in der BRD 2 115 000, die ausländische Wohnbevölkerung belief sich auf 3 070 000 Personen⁸. Um die sozialen Folgekosten der Krise (insbesondere Arbeitslosigkeit) für die BRD gering zu halten, bzw. sie auf andere Nationen abzuwälzen, wurden verschiedene Maßnahmen getroffen. Den Auftakt hierzu bildete der »Anwerbestopp für Nicht-EG-Bürger« vom 23.11.1973, dem bald weitere, die ArbeitsmigrantInnen diskriminierende Maßnahmen folgen sollten. So wurde nun die Arbeiterlaubnis nicht mehr verlängert, wenn für den betreffenden Arbeitsplatz eine »deutsche Arbeitskraft« zur Verfügung stand, was in der Regel den Entzug der Aufenthaltserlaubnis nach sich zog. Die weitere Familienzusammenführung wurde durch verschiedene »Stichtagregelungen« und die Verpflichtung, ausreichenden Wohnraum für nachzuholende Familienmitglieder vorweisen zu müssen, nachhaltig erschwert. Schließlich wurde durch eine Änderung des Steuerrechtes den ArbeitsmigrantInnen das Recht entzogen, Kindergeld für ihre im Herkunftsland zurückgelassenen Nachkommen zu beantragen.

Die ausländische Wohnbevölkerung in absoluten Zahlen änderte sich in den folgenden Jahren zwar nicht nennenswert, wohl aber deren Zusammensetzung. So sank der Anteil der EG-BürgerInnen an der nicht-deutschen Bevölkerung beträchtlich. In den Herkunftsländern dieser MigrantInnen war größtenteils die

wirtschaftliche Entwicklung zwischenzeitlich so weit vorangeschritten, daß mit der Rückkehr die Perspektive verbunden war, dort auch wirtschaftlich wieder Fuß fassen zu können. Auch die einschneidenden politischen Veränderungen in Griechenland (Sturz des faschistischen Militärregimes 1974) und Spanien (Francos Tod im November 1975) haben für die MigrantInnen griechischer bzw. spanischer Herkunft sicherlich bei der Entscheidungsfindung eine bedeutende Rolle gespielt. Insbesondere aber für die MigrantInnen türkischer Nationalität stellt sich die Lage anders dar: zum wirtschaftlich desolaten Zustand der Türkei gesellte sich nach dem Putsch von 1980 noch der Terror der Militärjunta, die nun die Regierung an sich gerissen hatte. In dieser MigrantInnengruppe wurde deshalb trotz der verschärften Bedingungen im ungastlichen »Gastland« BRD – vielleicht auch gerade weil eine fortschreitende Erschwerung der »Familienzusammenführung« befürchtet wurde – der Nachzug weiterer Familienangehöriger veranlaßt.

So blieb von 1973 bis 1979 die ausländische Wohnbevölkerung bei etwa 3 Millionen Menschen, gleichzeitig sank die Zahl der ausländischen Beschäftigten im selben Zeitraum aber von 2,1 Millionen auf knapp 1,5 Millionen.

Ab Oktober 1982 übernahm die CDU-CSU-FDP-Koalition die Regierung mit dem erklärten Ziel, die ausländische Bevölkerung noch in den achtziger Jahren um eine Million zu senken⁹. Zur Durchsetzung dieser Politik wurde Friedrich Zimmermann (CSU) zum Innenminister berufen, der dann flugs eine Vorlage zur Novellierung des Ausländergesetzes von 1965 erarbeitete. In seinem Entwurf erklärte Zimmermann die »Wahrung des Deutschtums« zum zentralen Anliegen des neuen Gesetzes, was selbst für bundesrepublikanische Verhältnisse zu menschenverachtend, weil offen rassistisch, geraten war. Der dagegen erhobene Protest umfaßte neben den Grünen, der SPD und den Gewerkschaften auch weite Kreise der evangelischen und katholischen Kirche und dürfte mit dazu beigetragen haben, daß die FDP ihre Zustimmung zu diesem Entwurf verweigerte. 1988 mußte Zimmermann sein Projekt endgültig ad acta legen, was ihn nicht daran hinderte, auf administrativem Wege die Rechte der AusländerInnen weiter zu beschneiden.

Doch mit der Ablösung Zimmermanns durch Wolfgang Schäuble kam auch ein neuer Entwurf für die Novellierung des Ausländergesetzes von 1965 auf den Tisch, der am 11. Mai 1990 – ungeachtet des dagegen erhobenen Protestes – auch verabschiedet wurde. Die Eckpfeiler des Gesetzes sind einerseits die »Sicherung der Integration der Ausländer, die auf Dauer im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) leben« und andererseits »die Begrenzung der Zuwanderung weiterer Ausländer aus Nicht-EG-Staaten«.¹⁰

Um den genannten Punkten Genüge zu leisten, sind im neuen Ausländergesetz (AuslG § 85) für jugendliche AusländerInnen unter bestimmten Bedingungen (bisherige Aufenthaltsdauer mindestens acht Jahre etc.) Erleichterungen bei der Einbürgerung vorgesehen, wobei aber die Forderung nach einer Zulassung von DoppelstaatsbürgerInnenschaften gegen den erklärten Wunsch der Betroffenen nicht berücksichtigt wurde. Denn der Gesetzgeber hatte nicht die Rücksichtnahme auf die kulturelle Identität dieser Menschen im Auge, sondern in diesem Personenkreis vielmehr eine Klientel potentieller BeitragszahlerInnen gewittert, mit deren Hilfe es das Finanzloch in der gesetzlichen Rentenversicherung zu stopfen gilt. (Übrigens wird im Falle einer Einbürgerung laut § 88 AuslG eine Art »umgekehrtes *Begrüßungsgeld*« [sogenannte Einbürgerungsgebühr] in Höhe von 100 DM erhoben.)

Neben den Erleichterungen bei der Einbürgerung legt das Ausländergesetz aber auch eine Ausdehnung der Aufenthaltsgenehmigungspflicht auf Minderjährige fest (§ 3). Besonders betroffen sind hiervon Familien, für die eine Einbürgerung nicht in Frage kommt. Sie müssen hinfort für jedes neugeborene Kind innerhalb der ersten sechs Lebensmonate eine Aufenthaltserlaubnis beantragen, deren Erteilung unter anderem auch an den oft schwer zu erbringenden Nachweis von ausreichendem Wohnraum gebunden ist. Zusätzlich wird mit dieser Regelung erwirkt, daß die sogenannten »minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge« aus Krisengebieten, die im Verständnis der Bundesregierung ohnehin nur als unerwünschter Kostenfaktor verbucht werden, jeder Möglichkeit, in der BRD zu überleben, beraubt werden. Aber auch alle anderen »asylsuchenden Ausländer«, von denen es in der Begründung des Ausländergesetzes eigentlich heißt, daß sie nicht »dem allgemeinen Ausländerrecht unterfallen«, werden sehr unter dem verschärften Gesetz zu leiden haben: § 60 AuslG schreibt eine Visumpflicht für alle einreisewilligen Nicht-EG-AusländerInnen vor und ermöglicht darüber hinaus auch die Zurückweisung, »wenn der begründete Verdacht besteht, daß der Aufenthalt nicht dem angegebenen Zweck dient«. Dieser Paragraph bietet eine »effektivere« Handhabe, Flüchtlinge bereits im Vorfeld abzuweisen und faktisch daran zu hindern, überhaupt einen Asylantrag zu stellen¹.

Was die Ausweisung von AusländerInnen betrifft, reicht nun statt der im alten Gesetz vorgesehenen »Gefährdung bundesrepublikanischer Interessen« mittlerweile schon die bloße »Beeinträchtigung« derselben als Begründung aus. § 37 AuslG beispielsweise umfaßt zahlreiche »Verbot(e) und Beschränkung(en) bei der politischen Betätigung« von AusländerInnen, deren Nicht-Beachtung als Ausweisungsgrund herangezogen werden kann.

Auch wird es in Zukunft Datenschutz für AusländerInnen nicht mehr geben: »Damit die Ausländerbehörden, die früher zutreffender Fremdenpolizei hießen, Ausweisungsgründe immer parat haben, werden Behörden »und andere öffentliche Stellen« verpflichtet, personenbezogene Daten auch »ohne Mitwirkung der Betroffenen« weiterzuleiten«¹².

Arbeitsmigration und öffentliche Meinung

Selbstverständlich ist im Laufe der Jahre auch manchen BundesbürgerInnen aufgefallen, daß die AusländerInnen zusätzlich zu dem tagtäglich sie bedrängenden Rassismus noch Opfer institutioneller Diskriminierungsmaßnahmen waren und mit dem neuen Ausländergesetz auch weiterhin bleiben werden. Das Ergebnis waren – statt praktischer Solidarität – zumeist Sätze wie »Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen«, die Larmoyanz und Ignoranz durchaus zu vereinigen verstehen, indem sie die handfesten ökonomischen Interessen, die an der Ungleichbehandlung der ArbeitsmigrantInnen bestanden, als vielleicht kritikwürdige, aber doch zu verzeihende und vor allem wieder gutzumachende, *Unachtsamkeit* der bundesrepublikanischen Gesellschaft verschleiern.

Origineller nimmt sich dagegen die Behauptung aus, die BRD habe den Schwellenländern mit der Arbeitsmigration eine Art Entwicklungshilfe gewährt, da die ArbeitsmigrantInnen in der BRD in den Genuß zusätzlicher »beruflicher Qualifikationen« gekommen seien und ihnen und ihren Familien »zu einem finanziell sorgenfreien Leben« verholfen worden sei¹³. Diese These bringt Gebende und Nehmende durcheinander und bedarf doch einer *geringfügigen* Korrektur. »Verwechslungen« dieser Art gibt's hierzulande allenthalben: wird doch als »deutsche Tüchtigkeit« gefeiert, was sich bei eingehender Betrachtung als schnödes Ergebnis optimierter Ausbeutung auch von ArbeitsmigrantInnen erweist.

Anmerkungen:

- 1 Joachim Hirsch/Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus. Hamburg 1986, S. 48
- 2 Vgl. Knuth Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Königstein/Ts 1981
- 3 Vgl. Verena McRae, Die Gastarbeiter. Daten, Fakten, Probleme. München 1980, S. 12
- 4 Vgl. dazu Karl Marx, Das Kapital, Band 1. Berlin 1972, S. 657ff. (Stichwort »Überbevölkerung« bzw. »industrielle Reservearmee«).
- 5 Vgl. Stephen Castles, Migration und Rassismus in Westeuropa. West-Berlin 1987, S. 74

- 6 Knuth Dohse, *Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat*. Königstein/Ts 1981, S. 140
- 7 Nachzulesen bei Verena McRae, *Die Gastarbeiter*. München 1970, S. 58f.
- 8 Stichtag für die Erhebung war jeweils der 30.9.1973.
- 9 Vgl. Stephen Castles, *Migration und Rassismus in Westeuropa*. West-Berlin 1987
- 10 Aus der Begründung des Gesetzentwurfes.
- 11 Die derzeitige Anerkennungsquote bei Asylanträgen liegt ohnehin nur bei 2,9 %.
- 12 Claudia Roth/Petra Hanf, *Harmonie auf unterstem Niveau*. In: konkret 6/1990, S. 46
- 13 S. Balke vom Deutschen Arbeitgeberverband. Zitiert nach Verena McRae, *Die Gastarbeiter. Daten, Fakten, Probleme*. München 1980, S. 19

Stephan Bundschuh

»Bist du Jude? Wieso lebst du dann?«

Zu Raul Hilbergs Werk »Die Vernichtung der europäischen Juden«

Seit Herbst 1990 liegt Raul Hilbergs »Die Vernichtung der europäischen Juden« als erweiterte und überarbeitete dreibändige Taschenbuchausgabe vor.¹ Hilbergs Lebenswerk ist die umfassendste Darstellung des von Deutschen in Gang gesetzten Vernichtungsprozesses, die sowohl die Vorgeschichte vor 1933 als auch die Nachgeschichte nach 1945 umfaßt.

Obwohl bereits 1961 in den USA veröffentlicht, erschien die deutsche Übersetzung erst 1982 bei dem kleinen Verlag Olle & Wolter. Droemer-Knauer in München erwarb zwar 1964 die Rechte und übersetzte die ersten dreihundert Seiten, brach dann das Projekt aber mit der Begründung ab, die Art und Weise, wie Hilberg über das Verhalten der Juden spreche, sei geeignet, antisemitische Ressentiments zu wecken. Hilberg dagegen meint, der Verlag wollte sich Kontroversen in der Öffentlichkeit ersparen, wie es sie nach der Veröffentlichung von Hannah Arendts »Eichmann in Jerusalem« gegeben habe. Zudem seien in jener Zeit die ersten Prozesse gegen die Täter geführt worden und Fragen wie die nach der »Verjährung« hätten die öffentliche Diskussion bestimmt. So kam es, daß 21 Jahre vergingen, bevor Hilbergs Buch auf Deutsch erscheinen konnte.

Stufen der Erkenntnis

Vier Stufen der Erkenntnis lassen sich bezüglich der Vernichtung der europäischen Juden unterscheiden. Auf der ersten Stufe wird nicht anerkannt, daß sich der nationalsozialistische Vernichtungsprozeß in besonderer Weise auf Juden bezog. Juden gelten entweder als Opfer unter anderen oder werden gänzlich ignoriert, indem sie zu »Patrioten« stilisiert werden. Die zweite Form der Erkenntnis akzeptiert die Tatsache, daß Juden als Juden von der Verfolgung betroffen und die ergriffenen Maßnahmen maßgeblich zu ihrer Ermordung konzipiert waren. Die Herausstellung der besonderen Lage der Juden bedeutet keine Mißachtung anderer Kategorien von Opfern, während eine Leugnung der speziellen jüdischen

Situation ein völliges Verkennen des deutschen Antisemitismus und deutscher Gesellschaft überhaupt zur Folge hat. Auf dieser Stufe stellen sich gewöhnlich gleichsam als Entschuldigung die Fragen: Warum haben sich die Juden nicht gewehrt? Weshalb sind sie so schweigend in den Tod gegangen? Diese Fragen implizieren die leichtsinnige Behauptung, daß die Juden aufgrund ihrer Passivität eben auch ein wenig selbst an ihrem Schicksal Schuld seien. Die dritte Stufe führt zur Entdeckung des jüdischen Widerstands.

Von dem Attentat Herschel Grynszpan auf den deutschen Gesandtschaftsrat vom Rath 1938 bis zu den verzweifelten Aufständen in den Vernichtungslagern Treblinka (2. August 1943), Sobibor (14. Oktober 1943) und Auschwitz (7. Oktober 1944) gab es eine Reihe von jüdischen Widerstandsaktivitäten. Das große Fanal war der Aufstand im Warschauer Ghetto, der am 19. April 1943 ausbrach und erst am 16. Mai 1943 von den Deutschen endgültig niedergeschlagen werden konnte. Doch die Größe und die Resultate des Widerstands zeigen, daß die Vernichtung der europäischen Juden im wesentlichen eine Geschichte des Sterbens ohne erfolgreiche Gegenwehr ist. Dies führt uns zur vierten Stufe. Ihre Wahrheit ist der Tod.

Die Deutschen setzten einen Vernichtungsprozeß in Gang, der sich selbst genützte und keine übergeordneten Zielsetzungen verfolgte. Dieses sinnlose Sterben ist für den Betrachter schier unerträglich. Daraus resultiert der Wunsch nach rebellischen Aktionen. Marek Edelman, stellvertretender Kommandant der jüdischen Kampforganisation (ZOB) und einer der wenigen Überlebenden des Warschauer Ghettos, bezeichnet genau den Ort, den durchschreiten muß, wer auch nur annähernd begreifen will, was geschah.

Hanna Krall berichtet: »Mein Kind«, sagt er zu mir. »Du mußt das endlich verstehen. Diese Menschen gingen ruhig und würdevoll. Es ist schrecklich, wenn man so ruhig in den Tod geht. Das ist wesentlich schwieriger als zu schießen. Es ist ja viel leichter, schießend zu sterben, es war für uns viel leichter zu sterben, als für einen Menschen, der auf den Waggon zugeht und dann im Waggon fährt und dann eine Grube für sich gräbt und sich dann nackt auszieht ... Verstehst du das jetzt?« fragt er.

»Ja«, sage ich. »Das ja. Denn es fällt uns auch leichter, ihren Tod mitanzusehen, wenn sie schießen, als wenn sie Gruben für sich selbst ausheben.«²

Um den Vernichtungsprozeß zu erfassen, ist die Frage nach dem Verhalten der Opfer falsch. Es muß nach denen gefragt werden, die das Massensterben veranlaßten, es muß verstanden werden, wie sie es durchführten. Erst daraus erhellt sich, weshalb die Opfer so und nicht anders handelten.

Die deutsche Tat

Genau hier setzt Hilbergs Buch an. Im Vorwort zur englischen Erstausgabe schreibt er, daß es »kein Buch über die Juden ist. Es ist ein Buch über das Volk, das die Juden vernichtete. Hier wird nicht viel über die Opfer zu lesen sein. Der Blick ist auf die Täter konzentriert.«³

Die Fragestellung ist allgemeiner Natur. Es geht um die Struktur bürokratischer Prozesse als solcher. Wie sind durch Menschen geplante, administrativ beschlossene und systematisch durchgeführte Massentötungen von Menschen möglich? Um dies nachzuvollziehen, müssen aber spezifische Fragen gestellt werden. Der Vernichtungsprozeß wurde von Deutschland in Gang gesetzt. Ziel der Destruktion waren nicht gesellschaftliche Strukturen, sondern Menschen. Es war die deutsche Bürokratie, die sich zur Vernichtungsmaschinerie entwickelte. Es geschah in Deutschland, daß die technischen Errungenschaften der Moderne für den Völkermord nutzbar gemacht wurden. Der Vernichtungsprozeß wurde tatsächlich in seiner letzten Dimension, den Massenerschießungen in der Sowjetunion und den Vergasungen in den Todeslagern, fast ausschließlich von Deutschen durchgeführt.⁴ Juden waren nicht die einzigen Opfer des Vernichtungsprozesses, sie waren »lediglich die ersten Opfer der deutschen Bürokratie« (S. 1068). Allerdings war es kein Zufall, daß gerade Juden dem entfaltenen Destruktionspotential des Nationalsozialismus ausgesetzt waren und die Zerstörung des europäischen Judentums annähernd vollständig gelang.

Die beste Charakterisierung seines Buches stammt von Hilberg selbst: »Das Buch ist voluminös und komplex. Es ist dies notgedrungen, weil die Ereignisse, die es schildert, gewaltig und verwickelt waren. Es ist detailliert, weil es eine ganze Kette von Schritten behandelt, die von der Definition des Begriffs »Jude« bis in die Düsternis der Gaskammern führt. Es verkürzt nicht, um Maßnahmen uneingeschränkt schildern zu können, die uneingeschränkt ergriffen wurden.« (S. 9) Sein Werk zeichnet sich dadurch aus, den Vernichtungsprozeß in seiner ganzen Dimension zu erfassen, ohne dabei einfach chronologisch zu verfahren. Er folgt der logischen Struktur der antijüdischen Politik, die sich schließlich in modifizierter Form in jedem von Deportationen betroffenen Land aufzeigen läßt, wobei die Maßnahmen innerhalb Deutschlands als Präzedenzfälle gelten. Die gesammelten Erfahrungen wurden bei der Expansion des Prozesses während des Krieges zur Effektivierung der Vernichtungsmaschinerie herangezogen.

Der Vernichtungsprozeß läßt sich in vier Schritte gliedern. Er beginnt mit der *Definition* des Wortes »Jude«⁵. Um eine Gruppe von Personen gesondert behan-

deln zu können, bedarf es zuerst einer Bestimmung dieser Zielgruppe. Der Definition folgten *Enteignungen*, die vor allem den größeren Unternehmen, aber auch dem Staat wie Einzelpersonen Gewinn brachten. Der dritte Schritt bestand in der sozialen und territorialen *Konzentration* der Juden. Das beinhaltete die Untersagung von Kontakten zwischen Juden und Nichtjuden, Kennzeichnungsmaßnahmen und schließlich die Ghettoisierung.

Definition, Enteignung und Konzentration bewegen sich im Rahmen traditioneller antijüdischer Maßnahmen. Sie haben ihre historischen Vorläufer, von denen sie sich nur in ihrer umfassenden Systematik unterscheiden. Auch das Ziel dieser Maßnahmen, die Vertreibung, wurde schon im Mittelalter praktiziert. Bis 1941 beerbten die Deutschen die Vergangenheit, ohne wirklich Neues hinzuzufügen.⁶ Im Jahre 1941 gab es einen radikalen qualitativen Einschnitt. Die Option der Emigration wich dem Ziel der Ausrottung. Der vierte Schritt, die faktische Vernichtung, die der vorhergehenden Maßnahmen notwendig bedurfte, kulminierte in den mobilen Tötungsoperationen in der besetzten Sowjetunion und den Deportationen der anderen europäischen Juden in die Vernichtungslager. Diese Lager bleiben bis heute eine uneingeholte Wirklichkeit der deutschen Geschichte. Von dieser letzten Phase aus gewinnt der ganze Prozeß der Vernichtung das Stigma des singulären Geschehens. Die These der Singularität besagt nicht, daß Vergleichbares nicht mehr geschehen könnte. Sie verknüpft aber diese bisherige historische Einmaligkeit mit der deutschen Geschichte und betont, daß dieses Verbrechen nur vor dem Hintergrund der besonderen Entwicklung Deutschlands begriffen werden kann und eine universale Schuldzuweisung, die sich auf die Unzulänglichkeit des menschlichen Geschlechts beruft, unzulässig ist.

Das nationalsozialistische Herrschaftssystem

Dieser Wahrheit entsprechend geht Hilberg in seiner Darstellung vom nationalsozialistischen Herrschaftssystem aus. »Der deutsche Machtapparat bestand aus einem Führer (Adolf Hitler) und vier verschiedenen hierarchischen Gruppen – Ministerialbürokratie, Wehrmacht, Industrie und Partei.« (S. 59) Hilberg stützt sich dabei auf Franz Neumanns Analyse des Nationalsozialismus in seinem erstmals 1942 erschienen Buch »Behemoth»⁷. Die Ministerialbürokratie war im Anfangsstadium die zentrale Kraft antijüdischer Verordnungen. Ihre Macht nahm zwar gegenüber den anderen Sektoren des Herrschaftssystems beständig ab, sie leistete aber auch später entscheidene Beiträge zum Vernichtungsprozeß. Hilberg beweist dies mittels eines kleinen Büchleins über die Funktion der Reichsbahn bei den Deportationen.⁸

Die Wehrmacht wurde mit Ausbruch des Krieges Teil der Vernichtungsmaschinerie. In den von der deutschen Wehrmacht kontrollierten Ländern fanden umfangreiche Tötungsaktionen statt. Wehrmachtseinheiten beteiligten sich an allen Maßnahmen, »darunter an der Tötung von Juden durch mobile Sondereinheiten und am Transport von Juden in die Vernichtungslager.« (S. 60) In Serbien wurden Juden direkt von der Wehrmacht erschossen. »Die Rolle der SS bei den Exekutionen schränkte [der bevollmächtigte kommandierende General in Serbien] Böhme durch die Anordnung ein, daß die Erschießungen von der Truppe durchzuführen seien, und zwar möglichst von der Einheit, die die Verluste erlitten habe. An den Juden war also Rache zu nehmen.« (S. 731) Für jeden getöteten Deutschen wurden 100, für jeden verwundeten Deutschen 50 Gefangene, darunter überwiegend Juden, erschossen.

Die Industrie profitierte von der Enteignung jüdischer Betriebe und der Einführung von Zwangsarbeit. Sie lieferte sowohl die Verbrennungsöfen als auch das Gas für die Vernichtungslager. Die NSDAP stellte den entschiedensten Teil des Herrschaftssystems dar: ihr militärischer Arm, die SS, führte maßgeblich den Mord an den Juden durch.

Dieses grauenhafte Unternehmen gelang, ohne daß eine eigens zu diesem Zweck eingerichtete Behörde nötig war oder ein Sonderbudget bereitgestellt worden wäre. Der Zerstörungsprozeß schritt kontinuierlich voran. »Auch in unüblichen Situationen kamen die üblichen Praktiken zur Anwendung. Das Finanzministerium griff auf Beschlagnahmeverfahren zurück, um den Auschwitz-Komplex zu errichten, die Deutsche Reichsbahn stellte der Sicherheitspolizei für die Judentransporte Rechnungen aus, in denen für jeden Deportierten der einfache Fahrpreis der zurückgelegten Strecke berechnet wurde.« (S. 1063) Alltagshandlungen führten in eine nicht alltägliche Katastrophe.

Im folgenden sollen die vier Stufen der Judenverfolgung skizziert werden. Es gilt zu bemerken, daß die Stufen nicht schematisch getrennt betrachtet werden dürfen, sondern ineinandergreifen. Diese Einteilung dient nur der Hervorhebung verschiedener Dimensionen des Gesamtprozesses. Lag die endgültige Definition des Wortes »Jude« erst 1935 vor, begann die Phase der Enteignungen bereits am 7. April 1933 mit dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, das die Entlassung aller »nicht arischen« Beamten zur Folge hatte, sofern sie nicht seit dem 1. August 1914 (Beginn des 1. Weltkriegs) verbeamtet oder Weltkriegsteilnehmer bzw. Väter oder Söhne von gefallenem Soldaten waren. Doch sollten auch diese Privilegien im Laufe der Zeit aufgehoben werden.

Definition

Der Nationalsozialismus hatte von seiner ersten Stunde an Juden zu unmittelbaren Feinden erklärt. Während Kommunisten, Bibelforscher etc. potentiell umerzogen werden konnten, sofern sie »arischer« Abstammung waren, galt allein die Tatsache, Jude zu sein, als Verbrechen. Bereits das Parteiprogramm der NSDAP von 1920 behauptete den minderen Status der Juden:

“4.) Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5.) Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden gesetzgebung stehen.”⁹

Der Regierungsantritt der Nationalsozialisten machte nun eine Definition des Wortes »Jude« nötig. Das war die Aufgabe des Reichsinnenministeriums, die endgültige Definition von 1935 stammte von Staatssekretär Dr. Stuckart und seinem Referenten für Judenfragen, Ministerialrat Dr. Lösener. Nach dieser *war* »Jude«, wer wenigstens drei jüdische Großeltern besaß. Als »Jude« *galt*, wer von zwei jüdischen Großeltern abstammte und sich zur jüdischen Religion bekannte oder mit einem Juden verheiratet oder Sproß einer ehelichen sowie außerehelichen Verbindung mit einem Juden war. »Für die Bestimmung des Status der Großeltern galt weiterhin, daß ein Großelternanteil jüdisch war, wenn er (oder sie) der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte.« (S. 76) Die nationalsozialistische Definition fußte also nicht auf rassistischen Kriterien (dies hätten z.B. körperliche Merkmale sein müssen), sondern auf der Religionszugehörigkeit der Großeltern. Hitlers Behauptung von 1919, daß das »Judentum unbedingt Rasse und nicht Religionsgemeinschaft“¹⁰ sei, konnte selbst die nationalsozialistische Definition nicht einlösen.¹¹

Enteignungen

Darunter versteht Hilberg den Prozeß der systematischen Verarmung der Juden. Er umfaßt Entlassungen, »Arisierungen«, d.h. Übernahme jüdischen Eigentums durch Deutsche, Lohnkürzungen und Rationierungen von Lebensmitteln. Während die Forcierung der Enteignungen den Deutschen immer weniger Gewinn abwarf, verursachte sie der jüdischen Bevölkerung immer größere Qualen und verurteilte sie zum Hungertod.

Alle vier Bereiche des deutschen Machtapparats waren in diesen Prozeß involviert, die Ministerialbürokratie und die Wirtschaft, allen voran die Dresdner Bank,

zeichneten sich jedoch als Hauptakteure aus. Um die vermeintliche »jüdische Macht« zu brechen, begannen die Enteignungen mit der Entlassung von Juden aus den Ministerien, der Wehrmacht und der Industrie¹², da diese Hierarchien das Rückgrat der Vernichtungsmaschinerie bildeten. Interessanterweise – und dies wirft ein Licht auf den Antisemitismus vor 1933 – war der Entlassungsprozeß bei der Wehrmacht am einfachsten zu regeln. Sie war 1933 mit offiziell 100 000 Soldaten eine relativ kleine Organisation, vor allem aber war das preußische Militär schon immer darauf bedacht gewesen, Juden fernzuhalten. »Noch 1910 konnte in der preußischen Armee kein Jude Berufsoffizier werden, sofern er nicht seine Religion wechselte oder Arzt war.« (S. 93)

Der zentrale Eingriff, der den Juden in Deutschland jede selbständige Existenzmöglichkeit nahm, war die »Arisierung« vor allem der unabhängigen jüdischen Betriebe. Um den Verkauf zu beschleunigen und den Preis zu senken, bediente man sich bis 1938 des Käufer- und Zuliefererboykotts jüdischer Geschäfte und Betriebe sowie der Käuferabsprachen und behördlicher Genehmigungen. Die Banken spezialisierten sich auf die Vermittlung von »Arisierungen« und wurden selbst als Käufer tätig. Schließlich ging der Zwang bei den sogenannten »freiwilligen Arisierungen« so weit, daß unwilligen Juden die Ausreise verweigert und sie verhaftet wurden. 1938 nun wurde die Schließung jüdischer Arztpraxen, Rechtsanwaltskanzleien und Einzelhandelsgeschäfte angeordnet. Juden wurden administrativ gezwungen, ihre Betriebe unter Wert zu veräußern.

Profitierte von den »Arisierungen« vor allem der Wirtschaftssektor, hielt sich der Staat schadlos, indem er den Juden Vermögenssteuern auferlegte. Doch war das nicht das Ende der Enteignungen. »Während es die antijüdischen Maßnahmen der Jahre vor 1939 auf die jüdischen Kapitalien abgesehen hatten, zielten die Verordnungen der Kriegszeit auf das jüdische Einkommen ab. Von nun an nahm die Bürokratie den Juden ihre Einkünfte.« (S. 154) Juden wurden zur Zwangsarbeit herangezogen und minimal entlohnt, schließlich kürzte man die ihnen zustehenden Lebensmittelrationen auf drastische Weise. Die in Deutschland verbliebenen Juden waren »auf eine Schar hungernder Zwangsarbeiter reduziert« (S. 163) worden.

Konzentration

Die Phase der Konzentration, im engeren Sinne die Ghettoisierung, hatte wie die vorhergehenden Stufen ihre historischen Vorgänger. Sie war insofern keine Erfindung des Nationalsozialismus, bekam aber als direkte Voraussetzung der Deportationen eine neue Qualität. Die Ghettos selbst waren vor allem in Polen Orte des

Massensterbens. Ziel der Deutschen war nicht der Lebenserhalt jüdischer Ghetto-bewohner, sondern ihr Hungertod.

Eine Maßnahme der Konzentration war die Kennzeichnung der Juden. Der »Judenstern« wies jeden Träger augenblicklich als Verfemten aus und war ein untrügliches Zeichen für das Stadium, das der Vernichtungsprozeß bereits erreicht hatte. Die Kennzeichnung wurde, obwohl bereits drei Tage nach der »Reichskristallnacht« für Deutschland vorgeschlagen, erstmals ein Jahr später in Polen eingeführt.¹³ Der Konzentrationsprozeß vollzog sich in Polen zielstrebig als in Deutschland. »Das neubesetzte polnische Territorium war in der Tat ein Experimentierfeld. Innerhalb kürzester Zeit zog die Vernichtungsmaschinerie in Polen mit der Bürokratie in Berlin gleich und überholte sie.« (S. 197)

Das erste große Ghetto, im April 1940 in Lodz errichtet, sollte zugleich alle anderen überdauern. »Die Liquidierung des Ghettos [Lodz] erforderte eine ungewöhnlich lange Zeit. Als es schließlich im August 1944 abgerissen wurde, hatte es vier Jahre und vier Monate existiert. Eine so lange Zeit überdauerte kein anderes Ghetto im von Deutschland besetzten Europa.« (S. 234) Das Warschauer Ghetto, das im März 1941 445 000 Menschen zählte, wurde nach vierwöchigem Kampf am 16. Mai 1943 endgültig aufgelöst. Bis auf wenige Ausnahmen waren alle Bewohner innerhalb von zwei Jahren ermordet worden.

Die Ghettos sollten nach deutschen Plänen von vorneherein nur Zwischenlösungen sein. Allerdings war die physische Vernichtung 1940 noch nicht beschlossen. Doch schon jetzt kam es auf das Leben eines einzelnen Juden nicht mehr an. »Stadt für Stadt setzten die Lokalbeamten den gleichen dreistufigen Prozeß in Gang. Sie wählten den geeigneten Ort für das Ghetto, erteilten »schlagartige« Umzugsbefehle und sperrten das Ghetto ab, sobald alle Juden einquartiert waren.« (S. 238) Die Strategie des Blitzkrieges setzte sich auch hier durch.

Bemerkenswert sind die Gründe, weshalb in Deutschland das Ghetto nicht eingeführt wurde. Der Hauptorganisator des Vernichtungsprozesses, Reinhard Heydrich, erhob auf einen Ghettoisierungsvorschlag des zweiten Mannes im nationalsozialistischen Deutschland, Hermann Göring, folgenden Einwand: »Das Ghetto, wo der Jude sich mit dem gesamten Judentum versammelt, ist in polizeilicher Hinsicht unüberwachbar. Es bleibt der ewige Schlupfwinkel für Verbrechen und vor allen Dingen von Seuchen und ähnlichen Dingen. Heute ist es so, daß die deutsche Bevölkerung – wir wollen die Juden auch nicht in dem selben Haus lassen – in den Straßenzügen oder in den Häusern den Juden zwingen [sic!], sich zusammenzunehmen. Die Kontrolle des Juden durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung ist besser, als wenn Sie die Juden zu Tausenden und aber

Tausenden in einem Stadtteil haben [...]»¹⁴ Entsprechend wurden Juden ab 1939 in gesonderte Häuser eingewiesen, aber nicht in einem Stadtteil interniert. Das Ergebnis des Vernichtungsfeldzuges bestätigte Heydrichs Urteil über die deutsche Bevölkerung als Hilfspolizei: über 120 000 deutsche Juden wurden ermordet. In Polen jedoch stand weder eine solch zuverlässige Bevölkerung zur Verfügung, noch stellten Seuchen eine Bedrohung dar, da sie Deutsche bzw. »Arier« nicht betrafen. Aufgrund zunehmender Verschlechterung der Wohnverhältnisse, mangelnder medizinischer Versorgung und Unterernährung grassierten Fleckfieber, Darmtyphus, Tuberkulose und Grippe mit tödlichem Ausgang im Ghetto.

Vernichtung

Hitler hatte im Januar 1939 – sieben Monate vor dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen – erklärt: »Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.»¹⁵ Bis 1941 bewegte sich die nationalsozialistische Politik innerhalb traditioneller antisemitischer Bahnen. Ziel war die Vertreibung, der Plan, die europäischen Juden nach Madagaskar zu deportieren, wurde ernsthaft erörtert. Dieser zerschlug sich aufgrund der militärischen Lage. Doch reifte eine weit furchtbarere »Lösung« heran.¹⁶ Zwischen Sommer und November 1941 fiel der Entschluß zur physischen Vernichtung der Juden. »Mitte 1941 war die Scheidelinie erreicht; und hinter ihr erstreckte sich ein Spektrum von Aktionen ohne Vorläufer, aber auch ohne Beschränkungen der Vergangenheit.« (S. 420) Die endgültige Vernichtung der europäischen Juden war eine deutsche Erfindung.

Bereits seit August 1941 agierten mobile Tötungseinheiten im Schutze der Wehrmacht in der Sowjetunion. Diese Einsatzgruppen hatten die Aufgabe, Juden, kommunistische Parteifunktionäre und Geisteskranke sofort zu erschießen. Schließlich betrug die Zahl der erschossenen Juden 1 300 000.

Im übrigen Europa tötete man Juden auf andere Art. Sie wurden in Vernichtungslager deportiert. Die berühmte Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 sicherte die Mitarbeit der Verwaltungsbürokratie an dem Ausrottungsplan. »Zwei Behörden standen im Zentrum des Deportationsprozesses: die eine relativ klein – die Abteilung IV-B-4 des RSHA [Reichssicherheitshauptamt der SS] –, die andere eine der größten – die dem Verkehrsministerium unterstehende Reichsbahn. Referat IV-B-4 unter Adolf Eichmann war für den gesamten Deportationsraum außerhalb Polens (wo sich SS- und Polizeistellen um die Auflösung der Ghettos

kümmerten) zuständig. Das Verkehrsministerium mit seinen Neben- und Unterorganisationen war für den Zugverkehr im gesamten Achseneuropa verantwortlich.« (S. 462) Beide erfüllten ihre Aufgabe aufs genaueste. Schon vor der Wannseekonferenz hatten bereits Deportationen aus dem Reichsgebiet und dem Protektorat Böhmen-Mähren eingesetzt, während Juden aus dem Wartheland seit Dezember 1941 in Kulmhof (Chelmno) vergast wurden. Von nun an nahm der Umfang der Vernichtungsoperation immer größere Ausmaße an. Die Nationalsozialisten bedurften einer Form maschineller Massenvernichtung. Dies waren die Vernichtungslager.

Vernichtungslager dürfen nicht mit Konzentrationslagern verwechselt werden. Sie sind qualitativ verschieden. Diese Differenz nivelliert z.B. Hans-Martin Lohmann bei der Rezension einer kürzlich erschienenen Dokumentation des nationalsozialistischen Lagersystems.¹⁷ Lohmann schreibt: »[...] Dachau, Buchenwald, Theresienstadt, Auschwitz, Treblinka. Die Namen stehen für ein Wort: Konzentrationslager.«¹⁸ Während dies auf Dachau und Buchenwald zutrifft, war Theresienstadt als Ghetto konzipiert. Auschwitz stellte eine Kombination von Konzentrations- und Vernichtungslager dar, Treblinka aber war ein reines Vernichtungslager. Lohmanns Nachlässigkeit wird im Begriffsverzeichnis des von ihm rezensierten Buches selbst korrigiert. Dort heißt es: »Vernichtungslager werden fälschlich mit Konzentrationslagern gleichgesetzt, vielleicht deswegen, weil zwei Vernichtungslager *innerhalb* eines KZ errichtet wurden. [Dies betrifft Auschwitz-Birkenau und Lublin (Majdanek).] Konzentrationslager sind aber, ihrer Anlage und Funktion nach, Instrumente zur Massenversklavung, zur sozialen Kontrolle durch Einschüchterung und Terror, keine Apparate zur Massenvernichtung. [...] Genau besehen ist es eigentlich falsch, überhaupt von Vernichtungslagern zu sprechen, Vernichtungszentren wäre treffender. Denn die betreffenden Anlagen verfügten über kein ›Lager‹, da ein Aufenthalt der Deportierten überhaupt nicht vorgesehen war. Die Deportierten hatten nach Verlassen der Züge nur noch wenige Stunden zu leben, sie wurden keine Lagerhäftlinge. Wenn sich diese Frist auf einige Tage verlängerte, waren das Improvisationen erfordernde Ausnahmen, gewissermaßen Betriebsstörungen, etwa Planungsfehler bei der Koordination der Deportationszüge.«¹⁹

Alle sechs Vernichtungszentren lagen in Polen: Kulmhof (Chelmno), Belzec, Sobibor, Treblinka, Lublin (Majdanek), Auschwitz. Diese Zentren hatten »kein Vorbild, [...] keine administrativen Vorläufer« (S. 927). Gas war das Tötungsmittel. Vor ihrer Ermordung wurden die Menschen vollständig ihres verbliebenen Eigentums beraubt. Ihnen wurde ihr weniges Reisegepäck, ihre Kleider, die sie

auf dem Leib trugen, und schließlich den Frauen ihr Haar genommen. Den Leichen zog man die Goldzähne und ihr Fett wurde zur Beschleunigung der Verbrennung ins Feuer zurückgegossen. Der Nationalsozialismus begründete »eine neue Art von Barbarei«²⁰. Das osteuropäische Judentum wurde für immer zerstört. Der Zivilisationsbruch Auschwitz ist irreversibel.

Mancherorts wird behauptet, Hilberg unterstelle mit seiner Struktur einen von Anbeginn in Ziel und Richtung geplanten Prozeß.²¹ Bei Hilberg selbst finden sich vereinzelt Sätze, die dieses Urteil vermeintlich bestätigen. So schreibt er: »Als zu Beginn des Jahres 1933 erstmals ein Ministerialbeamter eine Definition der Bezeichnung ›nichtarisch‹ in einen Richtlinienerlaß hineinschrieb, war das Schicksal des europäischen Judentums besiegelt.« (S. 1115) Tatsächlich geht Hilberg jedoch von einem logischen Prozeß *post festum* aus, dessen Ergebnis während des Vollzugs keineswegs feststand. Jede folgende Stufe verlangte notwendig die ihr vorhergehende, diese aber implizierte jene nur der Möglichkeit nach. Der Prozeß war nicht vorherbestimmt, »schicksalhaft«, sondern entwickelte sich durch die konkreten historischen Konstellationen. So ergibt sich nur im nachhinein eine logische Struktur der Vernichtung. Hilberg formuliert das Paradoxe der planlosen Logik: »Der Vernichtungsprozeß entfaltete sich nach einem feststehenden Schema. Er entsprang gleichwohl keinem grundlegenden Plan.« (S. 56) Es war die erklärte Absicht des Nationalsozialismus, Juden keinerlei Rechte einzuräumen. Dies führte in der Konsequenz zu der einzigen möglichen Entwicklung über Definition, Enteignung und Konzentration zur Vernichtung, sollten die Maßnahmen zu einer unwiderrufbaren »Endlösung« führen. Zugleich ist aber erwiesen, »daß die Bürokratie keinen fertigen Plan, keine grundlegenden Richtlinien, keine scharf umrissene Vorstellung von ihrem Tun besaß.« (S. 1067)

Wie die Deutschen innovativ und fleißig den Vernichtungsprozeß immer weiter trieben, erzählt Hilbergs Buch. Das Ergebnis lautet: »Stets stellt die Vernichtungsmaschinerie einen bemerkenswerten Querschnitt der deutschen Bevölkerung dar.« (S. 1080) »So unterschied sich die Vernichtungsmaschinerie nicht grundlegend vom deutschen Gesellschaftsgefüge insgesamt.« (S. 1062)

Die Geschichte der Auslöschung der europäischen Juden endet mit den Vernichtungslagern. Hilbergs Buch aber zeichnet auch die Nachgeschichte auf: das vorgeschobene »Nicht-Wissen« der Täter, die Karriere machen, der Kampf der Opfer um materielle Unterstützung und das Desinteresse aller Nationen an einer für die Opfer günstigen Regelung. Das ganze Geschehen zeigt die Unheilbarkeit der offenen Wunde, die nur die Opfer und ihre Nachkommen schmerzt. Der objektive Gang der Geschichte erleichtert den Tätern das Vergessen. »Was für

ein Himmel? Was für ein Gott?! Siehst du nicht, was geschieht? Siehst du nicht, daß es schon lange keinen Gott mehr gibt? Und selbst wenn, hier senkte der Alte seine Stimme, »dann ist er auf *deren* Seite.«²²

Anmerkungen:

- 1 Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde. Aus dem Amerikanischen von Christian Seeger, Harry Maor, Walle Bengs und Wilfried Szepan. Frankfurt/M 1990. Alle folgenden Zitate aus diesem Buch sind mit der Seitenzahl im Text vermerkt.
- 2 Hanna Krall, Schneller als der liebe Gott. Aus dem Polnischen von Klaus Staemmler. Frankfurt/M 1980, S. 52
- 3 Raul Hilberg, The Destruction of the European Jews. Chicago 1961, S. V (Übersetzung von mir, S.B.)
- 4 In den Niederlanden bestand die Spitze der Vernichtungsmaschinerie aus Österreichern; Rumänische Truppen nahmen in der Sowjetunion Massenerschießungen vor; Ukrainische Kollaborateure beteiligten sich an Tötungen.
- 5 Hilberg spricht von der Definition des *Begriffs* »Jude«. Da Begriffe in der Philosophie immer einen Anspruch auf Wahrheit erheben, halte ich es für unzulässig, die nationalsozialistische Definition als eine Begriffsbestimmung zu bezeichnen.
- 6 Zum Nachweis der Traditionslinie eignen sich bei Hilberg hervorragend Tabelle 1 (S. 17f.), in der antijüdische Maßnahmen des kanonischen (= Kirchen-)Rechts nationalsozialistischen Bestimmungen gegenübergestellt werden, und Tabelle 2 (S. 20), die antijüdische Erlasse vor 1933 mit nationalsozialistischen Verordnungen vergleicht.
- 7 Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944. Hrsg. u. mit einem Nachwort über »Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskritik« versehen von Gert Schäfer. Köln, Frankfurt/M 1977, vor allem S. 430-463; 659ff. Neumann stieß 1936 zum Institut für Sozialforschung und hatte in den Jahren 1939 bis 1942 maßgeblichen Anteil an der Institutskontroverse um die Beurteilung des Nationalsozialismus. Hilberg, 1939 aus Österreich in die USA emigriert, war ab 1948 Schüler von Neumann.
- 8 Raul Hilberg, Sonderzüge nach Auschwitz. Aus dem Amerikanischen von Gisela Schleicher. Mainz 1981
- 9 Zitiert nach Hilberg, Vernichtung, a.a.O., S. 37
- 10 Zitiert nach Helmut Krausnick, Judenverfolgung. In: Hans Buchheim u.a., Anatomie des SS-Staates, Bd. 2. Freiburg 1965, S. 308
- 11 Siehe hierzu auch Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich. Königstein/Ts, Düsseldorf 1979, S. 140-144
- 12 Im Unterschied zu den italienischen Faschisten nahm die NSDAP prinzipiell keine Juden auf.
- 13 Die Verordnung vom 23. November 1939 besagte, daß alle Juden in Polen ab dem zwölften Lebensjahr eine weiße Armbinde mit blauem Davidstern zu tragen hätten.
- 14 Zitiert nach Hilberg, Vernichtung, a.a.O., S. 176
- 15 Zitiert nach Hilberg, Vernichtung, a.a.O., S. 411
- 16 Siehe zur Komplexität dieses Übergangs auch Adam, Judenpolitik, a.a.O., S. 253-258; 303-316; Saul Friedländer schreibt: »Für die Zeit zwischen 1938 und 1941 lassen sich vier verschiedene Aspekte der nationalsozialistischen Politik unterscheiden: a) Hitlers Androhungen der Vernichtung, die Ende 1938 begannen und in bekannten Diskussionen mit ausländischen Staatsmännern, in öffentlichen Reden wie derjenigen vom 30. Januar 1939 sowie in Diskussionen mit engen Beratern nach der Niederwerfung Polens geäußert wurden; b) eine gleichzeitige Politik zangsweiser Auswanderung und Vertreibung, die in gewisser Weise auch den Madagaskar-Plan und die Vertreibung von Juden aus der Saarpfalz und Baden in das unbesetzte Frankreich einschloß; c) eine Politik der Konzentrierung im Generalgouvernement [...]; d) mehrere begrenzte Vernichtungsmaßnahmen gegen Juden oder andere Gruppen, einschließlich der Aktionen der Einsatzgruppen in Polen und des »Euthanasie-Programms.« Saul Friedländer, Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung. In: Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung. Frankfurt/M 1987, S. 57f. (Anm. 93)
- 17 Das nationalsozialistische Lagersystem. Hrsg. v. Martin Weinmann. Frankfurt/M 1990. Mit Glossar, Zeittafel, Einleitung und Gesamtverzeichnis versehen wird hier der vom »International Tracing Service« in den Jahren 1949-1951 herausgegebene »Catalogue of Camps and Prisons in Germany and German-occupied Territories« reproduziert. Bis heute ist es das umfangreichste Verzeichnis der nationalsozialistischen Lager geblieben, auch wenn die Lager, die vor dem 1. September 1939 geschlossen wurden, nicht erfaßt und auch im Zeitraum von 1939-1945 Fehleinstufungen von Lagern oder Lücken zu finden sind.
- 18 Hans-Martin Lohmann, Archiv der Opfer, in: *FR* vom 8.1.1991
- 19 Das nationalsozialistische Lagersystem, a.a.O., S. LXXIX
- 20 Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Frankfurt/M 1971, S. 1
- 21 So z.B. Adam, Judenpolitik, a.a.O., S. 16
- 22 Hanna Krall, Schneller als der liebe Gott, a.a.O., S. 137

Andreas Fanizadeh

Staatlich regulierter Rassismus

Jeder Pappnase im Westen fällt zum Rassismus in den fünf neuen Bundesländern etwas ein. Mir auch: Elf alte Bundesländer.

Während die Ausplünderung der Ex-DDR durch die Landsleute im Westen in vollem Gange ist, deportiert die westdeutsche Ministerialbürokratie ein paar tausend Asylbewerber in die empörten Ostgebiete. Es passiert das, was jeder in den Ministerien schon vorher wußte: Landsleuten Ost schwillt der Kamm und sie fallen über die Flüchtlinge her. Trotzdem werden auch weiterhin Flüchtlinge in den Osten deportiert und dort sich selbst und rechtsextremen Schlägertrupps überlassen. Zum 3. Oktober hin kulminiert die rechtsextreme Attentatswelle auch im Westen, allerdings werden hier Straftäter polizeilich verfolgt. Auch gegen eine antifaschistische Autonomen-Demonstration in Hoyerswerda kann die Polizei mehrere Hundertschaften in Marsch setzen. Die Nicht-Deutschen dort zuvor zu schützen, sah sie sich aber außerstande.

Seit Anfang 1991 setzen sich immer häufiger Flüchtlinge aus Lagern in der Ex-DDR ab und fordern, im Westen untergebracht zu werden. Die westdeutschen Behörden drohen ihnen mit der Abschiebung und versuchen, sie erneut in die neuen Bundesländer zu verfrachten. Gegen diese Praxis haben sich bundesweit mittlerweile einige Initiativen gegründet. Der Frankfurter AStA hat Flüchtlinge privat untergebracht, das Flüchtlingskomitee Frankfurt/Schwalbach übt seit acht Monaten Druck auf die rot-grünen Behörden in Hessen aus. Erreicht werden soll wenigstens, daß kein Flüchtling gegen seinen Willen in die Ex-DDR abgeschoben wird. Zumindest so lange, wie der Staat sich nicht imstande sieht, ihre körperliche Unversehrtheit zu garantieren. Und momentan sieht es eher so aus, als ob staatliche Politik im Osten ganz bewußt einzelne soziale Räume den Rechtsextremen überläßt. In Leipzig überfallen Schlägertrupps in Regelmäßigkeit die linke Szene; zuletzt zündeten sie ein Cafe an, zertrümmerten die Wohnungen linker Hausbesetzer und trampelten die Bewohner halbtot. Drei Tage später schauten zwei Polizeibeamte vorbei und ein Abgeordneter des Leipziger Bündnis 90/Grüne erklärte in einem Interview: »Wir haben versucht, das Problem während der letzten Aktu-

ellen Stunde im Parlament anzusprechen. Aber die Diskussion über Müllprobleme und ähnliches hat dafür keinen Raum gelassen.« (*taz*, 4.11.91)

Von Stumpfsinn und Gleichgültigkeit, Neid und Lebensangst sind die meisten Menschen im Osten wie im Westen gleichermaßen geprägt. Was sich Sozialismus in der DDR nannte, war Staatskapitalismus. Nicht ein Betrieb war vergesellschaftet worden; den ArbeiterInnen wurde der Mehrwert abgepreßt, über dessen weitere Verwendung sie nicht selbst zu bestimmen hatten, geschweige denn sonst über irgendwas. Den Individuen einer durchstaatlichten DDR-Gesellschaft setzte das Regime Orientierungsbegriffe wie Tüchtigkeit, Ordnung, Vaterland. Die Floskel »sozialistisch« diente ausschließlich der formelhaften Abgrenzung gegenüber dem Westen. In Propaganda und Tat zielten alle Bemühungen darauf, im Konsumstandard mit dem kapitalistischen Westen gleichzuziehen. Die Parteieliten waren so lange von der Richtigkeit ihrer Politik überzeugt, wie sie glauben konnten, der Monopol-Kapitalismus des Westens hätte sein letztes Krisenstadium erreicht und würde morgen oder übermorgen in sich zusammenstürzen.

Der Zusammenbruch erfolgte im Osten. Nach der verständlichen Selbstaufgabe der technokratischen Machteliten forderte der überwiegende Teil der DDR-Bevölkerung das »Original« statt der »Kopie«. Über die Anrufung eines völkischen Nationalismus bot sich für einen Staat der 2. Welt die wohl einzigartige Möglichkeit, von einem kapitalistischem Zentrum eingemeindet zu werden. Diesem Nationalismus wollte sich keine der west- und ostdeutschen Parteien widersetzen, und die West-Politik vollzog unter diesen Prämissen die Annexion, entgegen den ökonomischen Vorbehalten westdeutscher Kapital-Fraktionen und den politischen weniger Linker.

Der Teil der DDR-Bevölkerung, der sich zuvor protestlos der Ost-Macht unterworfen hatte und sich dann bedingungslos der West-Macht andiente, befindet sich nun in einer tiefen Bewußtseinskrise. Das ist historisch betrachtet nicht weiter verwunderlich. Zur ökonomischen Krisensituation und einer nicht anders als materiell gedachten Existenznot gesellt sich die Verunsicherung über das vom Westen pausenlos propagierte Bild, 40 Jahre verpfuschter DDR-Existenz mit sich herumzuschleppen. Hinzu kommt eine leise Ahnung, daß die BRD-Gesellschaft für die Individuen sehr viele untere soziale Plätze freihält. Das Vertrauen auf den eigenen Erfolg im Konkurrenzkampf ist ein Jahr nach der Annexion bei vielen dahin. Statt dessen fühlen sich viele Ost-Bürger vom bundesrepublikanischen Staat vernachlässigt. Das geht auch aus zahlreichen Interviews mit rechtsextremen Ost-Bürgern hervor (die sich ja nicht alle als Skins begreifen). Ihren Aussagen ist zu entnehmen, daß sie nach ihrem Verständnis nur Staat im kleinen spielen. Sie

kopieren die staatliche Macht dort, wo sie sie zuwenig repräsentiert sehen und organisieren sich in Bürgerwehren, um für »Recht und Ordnung« zu sorgen. Das sind alles Phänomene, die sich bei einer krisenhaften Situation im Westen ähnlich einstellen können. Zumindest läßt sich aus sozial-psychologischen Untersuchungen für den West-Bürger kein besserer Befund gewinnen als für den des Ostens.

Das aktuell aktivierte rassistische Potential in der ehemaligen DDR läßt sich nicht einfach aus der SED-Politik ableiten. Ebenso wenig vermögen die unhistorisch verwandte Theorie vom autoritären Charakter oder der Verweis auf die vorhandenen nationalsozialistischen Traditionslinien in Deutschland die konkreten Vorgänge ausreichend zu erklären. Auch hilft es nicht, rassistische Täter individuell zu psychologisieren, oder rassistische Einstellungen als ein Phänomen von unaufgeklärten und materiell unterprivilegierten Gruppen zu betrachten. Rassismen finden sich bei Angehörigen aller Schichten der west- und ostdeutschen Gesellschaft.

Unerläßlich ist es, über eine Kritik der Alltagsverhältnisse die Widerspruchspotentiale gegen die Herausbildung autoritärer Charakterstrukturen zu entwickeln. Die Kritik der Gesellschaft umfaßt aber auch die ihrer staatlichen Verfaßtheit. Und diese definiert sich nach der offiziellen Auslegung des Grundgesetzes in Deutschland völkisch. Nach den Kriterien, die der westdeutsche Nationalstaat vorgibt, vollzog sich die Vereinigung. Die ostdeutsche Bevölkerung konnte sich der volksdeutschen Ein- und Ausschlußverfahren der alten BRD bedienen. Unter diesen ideologischen Prämissen fühlen sich Rechtsextremisten geradezu autorisiert, den publizistischen Fiktionen die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Zumindest für die Masse der nicht rechtsextrem organisierten Ausländerfeinde trifft dies zu, die im kleinen nur Staat im Staate spielen, um sich wieder zurückzuziehen, sobald die staatliche Autorität durchgreift.

Die Forderung nach einem Zuweisungsstopp für Asylbewerber in die Länder der ehemaligen DDR rückt den Zusammenhang zwischen rassistischer Gewalt und staatlicher Politik ins Zentrum der Kritik. Die derzeitige staatliche Politik benutzt den Rassismus in der ehemaligen DDR zur generellen Abschreckung weiterer möglicher Asylbewerber für die Bundesrepublik Deutschland. Die politischen Möglichkeiten, die in der Forderung nach einem Zuweisungsstopp liegen, sind taktisch eng begrenzt. Doch kann dadurch vorübergehend auf die staatliche Politik Einfluß genommen und beansprucht werden, die minimalsten bürgerlichen Rechte auch für gesellschaftliche Minderheiten zu garantieren. Damit wären zwar keinerlei Rassismen in der Bevölkerung beseitigt, doch könnte sich der Staat ihrer nicht mehr so hemmungslos bedienen.

Einzelne Richter bescheinigten den fünf neuen Ländern den Status von Verfolgerstaaten, in die keine Flüchtlinge deportiert werden dürften. Alle etablierten Parteien verweigern sich jedoch einem vorübergehenden Zuweisungsstopp mit der Begründung, dies wäre eine »Kapitulation vor dem Fremdenhaß« in der Ex-DDR. Eine Erklärung, die sehr fragwürdig erscheint, da der Staat im Osten keineswegs kapituliert hat, sondern in einzelnen Bereichen einfach untätig bleibt. Ohne massiven Druck, auch der parlamentarischen Opposition, wird sich dies nicht ändern. Das Bonner Innenministerium ist mit Leuten besetzt, die deutsch-völkische Interessen verfolgen (siehe unter anderem die Ausführungen von Staatssekretär Eckart Schiffer in »Der Koran ist nicht Gesetz«, *Spiegel* 40/1991). Anstatt sich dem institutionell beförderten Rassismus entgegenzustellen, um damit von einem Kern des Problems in Deutschland zu sprechen, hat ihn der überwiegende Teil der parlamentarischen Opposition sich selbst zu eigen gemacht. Aus der Fülle von Beispielen sei nur die SPD mit Hans-Jochen Vogel zitiert. Er warf der CDU/CSU vor, »sie blockiere eine Beschleunigung des Asylverfahrens, die ohne Grundgesetzänderung möglich sei«. Da in den Zielen – schneller abschieben – Übereinstimmung herrsche, möge Bundeskanzler Kohl seine »Untätigkeit auf dem Gebiet des Asylverfahrensrechts sofort beenden«, da »diese Verweigerungshaltung das Anwachsen emotionaler Überfremdungsangst« begünstige. In derlei Argumentation erfährt der Rassismus seine Berechtigung, da die »emotionale Überfremdungsangst« als Begründung akzeptiert wird, um sie mittels Ausgrenzung und Abschiebung an den nichtdeutschen Bürgern zu sanktionieren. Dies bedeutet allerdings mehr als eine »Kapitulation vor dem Fremdenhaß«. Sie ist dessen institutionelle Variante.

In der Forderung nach einem Zuweisungsstopp in die fünf neuen Länder bündelt sich momentan die Kritik am Zusammenspiel von Rechtsextremismus und staatlicher Politik. Sie wendet sich gegen jene instrumentelle Vernunft, wie sie sich beim Leipziger Stadtverordneten und seinen Müllproblemen äußerte. Ebenso gegen eine rot-grüne Politik, die auf dem Frankfurter Römer Gastfreundschaft und Menschenrecht deklamiert, um zeitgleich mit angeordnetem Polizeieinsatz Flüchtlinge aus hessischen Lagern in die DDR zu deportieren.

Der Frankfurter AStA hat eine größere Gruppe von Asylbewerbern im StudentInnenhaus untergebracht. Sie sind vor Übergriffen aus Ost-Deutschland nach Hessen geflüchtet. Das Land Hessen verweigerte ihnen die Aufnahme und wollte sie gegen ihren Willen zurückschicken. Ein studentischer UnterstützerInnenkreis und das autonome Flüchtlingskomitee Frankfurt/Schwalbach versuchen mit dieser Aktion, die Forderungen der Flüchtlinge gegen die hessischen Landesbehör-

den durchzusetzen. Einige Kritiker von links denunzieren diese Form der Flüchtlingsarbeit als rein »karitativ«. Vom Magistrat ist der Vorwurf zu vernehmen, die Asylbewerber würden von Linken »funktionalisiert«. Dem ist zu entgegnen, daß die praktizierte Flüchtlingsarbeit einen der seltenen Ansätze darstellt, der sich über die Anliegen der Betroffenen nicht einfach hinwegsetzt. Statt dessen wird in praktischer Solidarität versucht, konkrete Hilfe und Politik zu verbinden. Diese Aktion verweist auf den Zustand, der aktuell verändert werden kann: die Akzeptanz, auf die Rassisten durch staatliche Propaganda und aufmunterndes Nichtverhalten gerade in der Krisensituation im Osten rechnen können.

Alex Demirović

Vom Vorurteil zum Neorassismus

Das Objekt ›Rassismus‹ in Ideologiekritik und Ideologietheorie¹

Die Kritische Theorie steht unter anderem für das Unternehmen einer Ideologiekritik in einer geschichtsphilosophischen Perspektive, während die neueren, diskurstheoretisch informierten Forschungen eher ideologietheoretisch argumentieren und in stärkerem Maße die symbolische Autonomie ideologischer Konstruktionen betonen. Der Vergleich beider Theorietraditionen mit Bezug auf das Phänomen Rassismus scheint also auf den ersten Blick auf den bekannten Gegensatz zwischen Ideologiekritik und Ideologietheorie hinauszulaufen. Es läßt sich jedoch zeigen, daß bereits die Vertreter der Kritischen Theorie erkannten, daß Ideologiekritik der Herausforderung des Rassismus nicht gewachsen ist. Im folgenden möchte ich deswegen dafür argumentieren, daß es eine Reihe von Überschneidungen und Differenzen gibt, die es lohnenswert erscheinen lassen, trotz aller Brüche im einzelnen eher von einer theoriegeschichtlich interessanten Kontinuität auszugehen, aus der sich in der Auseinandersetzung mit der ideologischen Formation Rassismus einiges lernen läßt.

Rassismus – ein brauchbarer Begriff?

In den Arbeiten der Vertreter der Kritischen Theorie wird, im Unterschied zu neueren Ansätzen zur Analyse von Rassismus, nicht von Rassismus gesprochen. Den Grund dafür sehe ich darin, daß sie befürchteten, mit der Rede von Rassismus die Existenz von Rassen zu unterstellen. An einer solchen sozialwissenschaftlichen Verfestigung und Bestätigung rassistischen Denkens mochten sich Horkheimer und Adorno aus verständlichen Gründen nicht beteiligen. Damit teilen sie ein Bedenken, das auch in der neueren Diskussion gegen den Rassismusbegriff geäußert wurde (vgl. Reemtsma 1991). Allerdings finden sich in ihr auch drei ernstzunehmende Argumente für seine Verwendung:

- 1.) Die beiden Begriffe Rassismus und Rasse lassen sich desartikulieren, so daß kritisch von der ideologischen Konstruktion der Bedeutung von Rasse innerhalb des rassistischen Diskurses gesprochen werden kann, ohne deswegen von der

Existenz von Rassen ausgehen zu müssen: »«Rasse» ist das Objekt des rassistischen Diskurses, außerhalb dessen sie keine Bedeutung besitzt; sie ist ein ideologisches Konstrukt und keine empirische Gesellschaftskategorie und bezeichnet von daher eine bestimmte Reihe imaginärer Eigenschaften genetischer Vererbung, mittels derer tatsächliche Positionen gesellschaftlicher Herrschaft oder Unterordnung unter Verweis auf die Genealogie arteigener Differenzen festgeschrieben oder legitimiert werden.« (Cohen 1990, 97; vgl. Miles 1991, 97, 112)

2.) Von einer Kontinuität des Rassismus bzw. der Rassismen auszugehen, ist aber insofern geboten, als das Wort Rasse bei der Neuen Rechten der Selbstzensur unterliegt, die Denkstruktur jedoch weiterhin rassistisch ist: »Wenn das Wort selbst auch tendenziell verschwindet, so bleibt die damit verbundene Vorstellung doch lebendig. Und gerade diese wird zensiert und verschleiert.« (Guillaumin 1989, 2; vgl. ebenso Guillaumin 1991) Doch die Nichtverwendung des Wortes Rasse entspricht

3.) auch einer konzeptionellen Verschiebung im Rassismus. Dieser geht über in die neorassistische Vorstellung eines kulturalistisch argumentierenden Rassismus ohne Rassen (vgl. Balibar/Wallerstein 1990, 28; Kalpaka/Räthzel 1990, 15; Taguieff 1991, 235f.). Gesprochen wird von der Vielfalt der Ethnien als einem Reichtum, der nicht durch Vermischung vermindert werden dürfe. Empfohlen wird deshalb die ethnische Segregation. Unterstellt wird dabei, daß es zwischen den genetischen Grundlagen einerseits und der Kultur einer Ethnie andererseits eine kausale Verbindung gebe. Dieser Neorassismus ist ein verallgemeinerter Antisemitismus, weil dieser schon immer kulturalistisch mit der moralischen und geistigen Zersetzung, die von Juden ausgehe, argumentiert habe (vgl. Balibar/Wallerstein 1990, 32; Taguieff 1991).

Soweit Horkheimer und Adorno rassistische Phänomene thematisieren, handelt es sich um den Antisemitismus – andere rassistische Praktiken werden kaum behandelt, es sei denn, daß im Rahmen allgemeiner zivilisationskritischer Überlegungen zur europäischen Rationalität und ihrem Herrschaftscharakter der Ethnozentrismus kritisiert wird. Daß Juden als eine Rasse angesehen werden, ist der Ansicht Horkheimers und Adornos zufolge eine von den Nazis propagierte Doktrin, die an sich falsch, doch auf grausame Weise historisch wahr geworden ist, insofern sie der »Faschismus wahr gemacht hat« (Horkheimer/Adorno 1947, 197). Antisemitismus wird nicht nur als ein Element einer ethnozentrischen Einstellung verstanden, sondern als Bestandteil des umfassenderen Vorurteilssyndroms analysiert, das sich aus einer Reihe von Charaktereigenschaften wie Stereotypie, Konformismus, In-group-Orientierung, autoritäre Bindung zusammen-

setzt und in Xenophobie, Verschwörungswahn, Aberglauben, Nationalismus etc. äußert. Der Begriff des Vorurteils wird von der Kritischen Theorie im Rahmen einer psychoanalytisch orientierten Sozialpsychologie entwickelt. Es wird nach den Charakterstrukturen gesucht, die die Individuen zu vorurteilshaften Einstellungsmustern disponieren. Der Begriff des Charakters bezeichnet ein psychisches Kräftefeld, das sich in der frühen Sozialisation ausbildet und dann im weiteren die Wahrnehmungen und Orientierungen des Individuums triebdynamisch steuert. Als komplexe und dynamische Struktur bestimmt er also, welche Ideologien ein Individuum favorisiert, welchen Orientierungen das Individuum dauerhaft folgt (vgl. Adorno 1973, 6). So wichtig die Fragestellung nach der Dauer einer Ideologie ist, so unzureichend erscheinen jedoch die Mittel zu ihrer Lösung. Zunächst ist, erstens, der Begriff des Vorurteils für das theoretische Erklärungsziel nicht so sehr brauchbar, da er nahelegt, daß ein Individuum bei genauer Kenntnis eines Sachverhalts und der Reflexion über sich selbst das Vorurteil aufgibt. Nicht nur resultiert daraus allzuleicht eine rationalistische Einstellung gegenüber dem Rassisten, den man nur über seine Fehler aufklären müsse, damit er seine Einstellung fallen lasse. Größer noch ist die Gefahr, den Rassismus als Ergebnis von Dummheit zu erklären, weil der Rassist es einfach nicht einsehen, die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht begreifen kann – Antisemitismus als der Antikapitalismus eben der *dummen* Kerls, wie Bebel es formulierte (vgl. Horkheimer/Adorno 1947, 230, 233). Zweitens läßt sich einwenden, daß sich sozialpsychologisch nicht ohne weiteres erklären läßt, wie es zur Dauerhaftigkeit von Einstellungen und Orientierungen über mehr als zwei Generationen hinweg kommt. Denn es ist durchaus anzunehmen, daß zumindest in der dritten und vierten Generation Wahrnehmungs- und Einstellungsmuster durch globale Entwicklungen, veränderte Gewohnheiten und neuartige Erziehungspraktiken verändert werden. Gegen solche Erwartungen erweisen sich aber rassistische Einstellungen als resistent, ja beleben sich konjunkturell sogar immer wieder. Die Ideologietheorie sucht die Antwort für die Reproduktion der rassistischen Ideologie eher in der Dynamik diskursiven Materials, das das kollektive Gedächtnis verkörpert.

Stellt dies eine erhebliche Differenz dar, so veranschlage ich den Unterschied relativ gering, der bei oberflächlicher Betrachtung zwischen Sozialpsychologie und konstruktivistischer Analyse des Rassismus als ideologischer Form zu bestehen scheint. So kann darauf hingewiesen werden, daß auch in neueren, ideologietheoretisch ausgerichteten Ansätzen eine sozialpsychologische Theorie für notwendig gehalten wird, die die «subjektive Funktionalität» rassistischer Diskurse erhellen könnte (vgl. Miles 1991, 101; Autrata u.a. 1989; kritisch Cohen 1990,

119). Doch müssen darüber hinaus drei weitere Aspekte betont werden. Erstens wird die Sozialpsychologie von Horkheimer und Adorno selbst wiederum nur als ein Hilfsmittel der Analyse ideologischer Prozesse angesehen. Der Charakter gilt als der Mechanismus, der zwischen Gruppenzugehörigkeit und sozialer Situation einerseits und ideologischen Orientierungen andererseits vermittelt und die Dauerhaftigkeit bestimmter Einstellungen erklären soll. Zweitens wird die Tatsache, daß die Sozialpsychologie überhaupt zur Erklärung von Einstellungen herangezogen werden kann und muß, selbst kritisch bewertet. Denn sie zeigt das hohe Maß von Verdinglichung und Verhärtung sozialer Beziehungen zu und in festen Charakterstrukturen an. Drittens schließlich wird dieser Rückgriff auf Sozialpsychologie – vor allem in praktischer Hinsicht – als eine Verlegenheit aus politischer Schwäche gesehen. »Man spricht vom drohenden Rückfall in die Barbarei. Aber er droht nicht, sondern Auschwitz war er; Barbarei besteht fort, solange die Bedingungen, die jenen Rückfall zeitigten, wesentlich fort dauern. Das ist das ganze Grauen. Der gesellschaftliche Druck lastet weiter, trotz aller Unsichtbarkeit der Not heute... Da die Möglichkeit, die objektiven, nämlich gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen, die solche Ereignisse ausbrüten, zu verändern, heute aufs äußerste beschränkt ist, sind Versuche, der Wiederholung entgegenzuarbeiten, notwendig auf die subjektive Seite abgedrängt.« (Adorno 1966, 674f.) Dies berührt sich im Kern auch mit den neueren kapitalismuskritischen Analysen, die, wie etwa bei Miles und Balibar, trotz der Ablehnung der Ideologiekritik und der Betonung der Autonomie von Ideologien eine Überwindung und Zersetzung des Rassismus von innen von der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und der ihr spezifischen Form der Arbeitsteilung abhängig machen. Doch darf dies nicht im Sinne einer zwangsläufig sich einstellenden Erlösung mißverstanden werden, wie dies z.B. Taguieff (1991) überverallgemeinernd kapitalismuskritischen Ansätzen zu unterstellen scheint. Zwei Aspekte müssen berücksichtigt werden: a) Insofern der Rassismus ein endemisches Element kapitalistischer Herrschaft ist, verändert die Auseinandersetzung mit ihm bereits deren Formen und trägt zur Demokratisierung bei; b) selbst eine Transformation der Produktionsweise wäre nur eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung für die Unterminierung rassistischer Ideologeme.

Antisemitismus als herrschaftliche Unterwerfung

Mittels der Sozialpsychologie stellen Horkheimer und Adorno eine Veränderung des bürgerlichen Subjekts in den unterschiedlichen Phasen der kapitalistischen Entwicklung fest. Die mit der Konzentration und Monopolisierung der Produkti-

onsmittel verbundene Beseitigung des liberalen Kapitalismus und der Zirkulationsphäre verändert unter spätkapitalistischen Bedingungen auch das bürgerliche Subjekt. Seine Autonomie, der Konflikt von Über-Ich und Es, das Gewissen sind nicht länger notwendig. Mit der daraus folgenden Auflösung der Gewissensinstanz wird das Verhalten des Individuums außengesteuert und reduziert sich somit auf bloßen Konformismus. Diese Überlegungen führen letztlich zu der These, daß vorurteilshafte, autoritäre Einstellungen in *allen* spätkapitalistischen Gesellschaften unter den Individuen *aller* sozialen Klassen verbreitet sind.

Ausgehend von den frühen, Ende der 20er Jahre begonnenen empirischen Projekten über den Zusammenhang von Familie, Sexualität und autoritärer Einstellung, wurde vom Institut für Sozialforschung im US-amerikanischen Exil und offensichtlich unter dem Eindruck eines außerordentlich verbreiteten Antisemitismus mit entsprechenden Erhebungen begonnen. Da Miles betont, daß es notwendig wäre, über den unter ArbeiterInnen verbreiteten Rassismus Genaueres zu wissen, sei darauf hingewiesen, daß eine der Studien des Instituts sich mit dem Antisemitismus unter amerikanischen Arbeitern befaßte. Antisemitismus wird hier als eine Politik totalitärer Gruppen begriffen, die damit die Unterstützung der besitzlosen Mittelklassen zu erhalten und ihre Rebellion gegen die bestehenden ökonomischen Verhältnisse zu kanalisieren versuchen. Obwohl nun gerade in Deutschland die Organisationen der Arbeiterbewegung Widerstand gegen diese Politik geleistet hätten und die deutsche Bevölkerung nicht so antisemitisch gewesen wäre wie die amerikanische, hätte die totalitäre Politik in Deutschland Erfolg gehabt. Wie war nun das Widerstandspotential in den USA einzuschätzen? Die wichtigste Frage der Studie – den Probanden nach der Kapitulation des Deutschen Reiches gestellt, also als die Greuel der Konzentrationslager bekannt waren – war die nach der Haltung von Arbeitern gegenüber der Verfolgung und Ermordung von Juden durch die Nazis. Von den Befragten sprachen sich nur 56 Prozent entschieden dagegen aus; 18 Prozent hielten die Verfolgungspraxis für richtig, 23 Prozent waren halbherzig und meinten, einem klassischen rassistischen Argumentationsgang folgend, daß die Juden selbst Schuld an ihrer Verfolgung gehabt hätten, Hitler aber vielleicht doch weniger krasse Mittel hätte einsetzen sollen (IfS 1945, Bd. 3, 720).

Schon in diesen bis Mitte der 40er Jahre durchgeführten Untersuchungen zeichnet sich das Interesse daran ab, ein sozialpsychologisches Meßinstrument zu entwickeln, das auf den Generierungsmechanismus von antisemitischen Einstellungen zielt. Dies wurde vor allem mit dem Projekt über die autoritäre Persönlichkeit verfolgt, das sich mit der Konstruktion von Meßskalen zu Antisemitismus,

politisch-ökonomischem Konservatismus und Faschismus befaßte. Die Skalen sollten es ermöglichen, mittels eines Fragebogens, in dem keine einzelne Frage direkt auf das Untersuchungsziel hinwies, die grundlegenden Einstellungen der Befragten und ihre möglichen Reaktionen auf gesellschaftliche Krisen – faschistisch oder demokratisch – zu erfassen. Der enge Zusammenhang von Rassismus, Nationalismus und Sexismus, der in der gegenwärtigen diskurstheoretischen Literatur als ideologische Artikulation diskutiert wird, um deutlich zu machen, daß es sich jeweils um autonome ideologische Formationen handelt, die sich in spezifischer Weise miteinander verknüpfen, beschäftigte auch das Autorenkollektiv der »Authoritarian Personality«. Doch ging es davon aus, daß es sich um *ein* Vorurteilssyndrom handele, das sich – auch aufgrund sozialer Tabus und herrschender Konventionen – in unterschiedlichen Formen manifestiere. Diese Annahme sah das Autorenkollektiv durch die sehr hohen statistischen Korrelationen bestätigt, die sich bei der Messung auf den verschiedenen Skalen ergaben: jemand, der hoch auf der Ethnozentrismus- bzw. Antisemitismusskala rangierte, neigte mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zu faschistischen oder sexistischen Reaktionen. Dies wurde umgekehrt auch durch die Beobachtung gestützt, daß antisemitische Propaganda antifeminine Elemente benutzte und Frauen generell etwas weniger antisemitisch und vorurteilshaft eingestellt waren.

Ticketdenken

Gemeinsam ist den über Jahrzehnte sich erstreckenden Arbeiten zum autoritären Charakter, die am Institut für Sozialforschung noch bis in die späten 60er Jahre fortgesetzt wurden, der beharrliche Hinweis auf die für demokratisch verfaßte Gesellschaften bedrohliche Tatsache, daß sich in einem relativ großen Anteil der Bevölkerung, in der Bundesrepublik konstant etwa ein Fünftel und verteilt auf alle statistischen Teilgruppen, autoritär-faschistische Charaktertypen finden, die die Individuen im Fall sozialer Krisen dazu disponieren, sich autoritären sozialen Entwicklungen zu unterwerfen, sich an der rassistischen Verfolgung von Minderheiten zu beteiligen und nationalistischer Propaganda Glauben zu schenken.

Stärker noch als in den Exil-Studien konzentrieren sich die in Deutschland durchgeführten Untersuchungen auf Phänomene wie konformistische, autoritäre, stereotype Charaktertypen bzw. nationalistische und vorurteilshafte Einstellungen, weil Horkheimer und Adorno schon unmittelbar in der Nachkriegszeit das Problem sahen, daß es einen primären Antisemitismus nicht mehr geben konnte. Damit findet sich auch bei ihnen andeutungsweise schon die These vom Rassismus ohne Rassen. Für rassistische Einstellungen sind Erfahrungen mit den Objek-

ten des Rassismus nicht nötig. Und stärker noch: der Rassist kann die Erfahrung des konkreten Anderen gar nicht machen. Rassismus wird in keiner Hinsicht von den Objekten rassistischer Einstellung verursacht. Horkheimer und Adorno argumentieren in diesem Sinne durchaus konstruktivistisch. Die Objekte des Rassismus werden durch die spezifische Form der Verwaltungsrationalität konstruiert: »Die Menschen, die als Juden unters Dekret fallen, müssen durch umständliche Fragebogen erst eruiert werden, nachdem unter dem nivellierenden Druck der spätindustriellen Gesellschaft die feindlichen Religionen, die einst den Unterschied konstituierten, durch erfolgreiche Assimilation bereits in bloße Kulturgüter umgearbeitet worden sind... Der faschistische Antisemitismus muß sein Objekt gewissermaßen erst erfinden.« (Horkheimer/Adorno 1947, 237) Aufgrund der Tatsache, daß es sich um ein Konstrukt handelt, sind die konkreten Opfer beliebig und austauschbar. Die gesamte reaktionär-autoritäre Einstellung, das Denken in festen Gruppen, das Ticketdenken, wird von Horkheimer und Adorno als eine Art Planke in einer Plattform verstanden, die in verschiedener Weise in ein komplexes demagogisches Argumentationsmuster eingebaut, aber auch ebenso leicht ausgewechselt werden kann. Diese Überlegung führt zu der praktischen Konsequenz, den Vorschlag, einfach nur Deutsche und Juden in institutionalisierter Form zusammenzubringen, als ein untaugliches, weil zu schwaches Mittel bei der Bekämpfung von antisemitischen Vorurteilen zu halten.

Der Rassismus der Eliten

In der in der Rassismus-Diskussion immer wieder aufgeworfenen Frage: Rassismus von oben oder Rassismus von unten? vertreten Horkheimer und Adorno eher die Ansicht, daß der Rassismus von oben, von den ökonomisch-politisch-kulturellen Eliten her kommt – sofern sich die »gesellschaftlich verantwortliche Elite« überhaupt noch irgendwie fixieren läßt (Horkheimer/Adorno 1947, 238) -, jedoch nur die unten ihn ernst nehmen, weil sie gar nicht mehr anders können, als ihn ernst zu nehmen. »Mit dem Individuum sind daher nicht auch seine psychologischen Determinanten, seit je schon die innermenschlichen Agenturen der falschen Gesellschaft, verschwunden. Aber die Charaktertypen finden jetzt im Aufriß des Machtbetriebs ihre genaue Stelle. Ihr Wirkungs- wie ihr Reibungskoeffizient sind einkalkuliert.« (Ebd., 236) Die Führer der Monopole und die Politiker hingegen sind nicht notwendig rassistisch, sondern handhaben den Rassismus je nach politischen Absichten strategisch. Der Antisemitismus, ein Konstrukt, könnte von den politischen Eliten und Führern angedreht und abgestellt werden, wie sie ihn jeweils gerade brauchten. Dies markiert einen deutlichen Unterschied zu den Ana-

lysen Halls (1989), van Dijks (vgl. 1991), denen von Wallerstein/Balibar, oder den Anregungen Gramscis, Foucaults und Bourdieus, die alle in die Richtung weisen, daß es der Lebensweise des Bürgertums immanente Tendenzen gibt, die verbunden sind mit einer Orientierung an der guten Abstammung, der Reinheit des Blutes, der hohen Intelligenz und Kultur, Tendenzen, die zu biopolitischen Maßnahmen führen, mit denen die organische Zusammensetzung der Bevölkerung zu organisieren versucht wird. Das Bürgertum verwendet Rassismen also keineswegs bloß strategisch, sondern einzelne seiner Fraktionen sind tatsächlich rassistisch und versuchen, mit dem Rassismus einen historischen Block mit populären Gruppen gegen andere Fraktionen zu bilden.²

Unterwerfungsagenturen

Der Apparat, über den der Antisemitismus/Rassismus vermittelt und als Denkschematismus in die soziale Wahrnehmung der Individuen eingebaut wird, ist die Kulturindustrie. Damit meinen Horkheimer und Adorno mehr als nur Medien und Film, nämlich ein ganzes Netz von monopolartig organisierten kulturellen Praktiken, die konformistisch-autoritäre Einstellungen begünstigen. Genannt werden neben rechtsradikalen Radiosendungen und Horoskopern, Sport und Körperkultur auch »Theosophie, Numerologie, Naturheilkunde, Eurhythmie, Abstinenzlerium, Yoga und zahllose andere Sekten, konkurrierend und auswechselbar, alle mit Akademien, Hierarchien, Fachsprachen, dem fetischisierten Formelwesen von Wissenschaft und Religion« (Horkheimer/Adorno 1947, 226) – also Praktiken, die systematisch Reflexion und Erfahrung versperren und paranoisch-projektive Charakterzüge stärken. Dies scheinen mir wichtige Hinweise auf einen weiten Bereich kultureller Praktiken zu sein, in denen Einstellungen einen positiven Resonanzraum finden, die Rassismen generieren können.

Doch möchte ich in diesem Zusammenhang auch drei Einwände anführen. Erstens wird der populäre Wille zum Wissen nicht ernst genug genommen, der sich in allen diesen Praktiken organisiert. Rassismus ist ein Versuch des Rassisten, sich die eigene Wut, die Wahrnehmungsweise des Anderen und die Verfolgungspraxis zu erklären. Auch unterhalb szientifischer Ansprüche verwendet der Rassismus kausale Erklärungsschemata über Zusammenhänge von Wesen und Erscheinung, verborgene Zusammenhänge und soziale Verhaltensweisen (vgl. Balibar/Wallerstein 1990, 32; Cohen 1990, 114, 116; Reemtsma 1991, 270f.). Wird dies übersehen, führt dies ein weiteres Mal zu der Konsequenz, Rassisten an sich für dumm zu halten und ihre Fähigkeit zu unterschätzen, Theorien kritisch und selbstkritisch zur Kenntnis zu nehmen und ihre eigene Position zu transfor-

mieren. Zweitens erscheint es wenig sinnvoll, einer analytischen Strategie zu folgen, die methodisch die Konsequenz hat, von einer völligen Unterwerfung der Individuen unter ein paranoides Weltwahrnehmungs- und Deutungssystem zu sprechen. Da a) Individuen in sich widersprüchlich sind, b) Bedeutungen in diskursiven Prozessen selbst umkämpft werden, ist eine solche Homogenisierungsthese, die den Alptraum von der Allmacht monopolistischer Kulturkonzerne nährt, kontraproduktiv, da sie methodisch zur Ignoranz gegenüber diesen sozialen Auseinandersetzungen führen muß. Drittens schließlich werden diese Auseinandersetzungen doch – und gegen die eigene Intention – auf psychische und gruppendynamische Prozesse verkürzt und die Mikroprozesse diskursiver Durchsetzung und Konstruktion von Rassismen nicht oder wenn, dann nur in einer eingeschränkten Weise untersucht. Zum einen wird die Kulturindustrie dafür verantwortlich gemacht, Bildung auf sinn- und bedeutungslose Information zu reduzieren und derart dazu beizutragen, daß Individuen autoritären Suggestionen nicht widerstehen können. Zum anderen werden zwar Propagandatechniken von rechtsradikalen Agitatoren ausführlich analysiert. Dabei geht es aber immer wieder nur darum, bestimmte Argumentationsfiguren, die als psychologische Tricks bezeichnet werden, herauszuarbeiten. Die diskursiven Prozesse der Verknüpfung, der Verschiebung und des Aufbaus des Repräsentationsverhältnisses, das aus rassistischen Intellektuellen die Sprecher von Alltagsrassismen macht oder Alltagsideologeme allererst in Rassismus transformiert, werden nicht untersucht, sondern herrschaftssoziologisch unterstellt. Der Rassismus zerfällt gewissermaßen in zwei Teile, in die Agitation von oben und in die Charakterdispositionen unten, in die gesellschaftliche Objektivität und in die individuell-psychologische Seite des Subjekts.

In diesem Zusammenhang läßt sich noch ein weiterer Einwand vorbringen. Der (Neo-)Rassismus wird ideologietheoretisch als eine ideologische Form verstanden, in der soziale Herrschaft und (Selbst-)Unterwerfung, aber auch Widerstand und Protest ausgetragen werden (vgl. dazu, anknüpfend an Ergebnisse des Projekts Ideologietheorie: Projekt Ideologietheorie 1982 und Haug 1986, Kalpakka/Räthzel 1990). Diese Auseinandersetzungen finden statt in einer Serie von diskursiven Praktiken, den permanenten Verschiebungen von Sinn, in die die Individuen immer schon verwoben sind, in denen sie sich konstituieren und als sprechende und interpretierende Akteure beteiligen. Es kann also nicht unterstellt werden, daß es so etwas wie *das* rassistische Subjekt gibt. Der Begriff des Vorurteils stützt aber – auch gegen die Intentionen der Autoren – eine essentialistische Psychologie. Denn sie betrachten die sprachlichen Äußerungen der Befragten nur als

sprachliche Manifestationen von vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Vorurteilsstrukturen. Dabei wird die Sprache generell als ein konventioneller Zensurmechanismus angesehen, gegen den sich schließlich tieferliegende psychologische Charaktermerkmale durchsetzen. Bei diesem Verfahren wird aber methodisch notwendigerweise überverallgemeinert und von einzelnen Sätzen auf eine vollständige und zugrundeliegende Vorurteilsstruktur geschlossen. Im Widerspruch zum Ansatz, der vom Charakter als einem Spannungsfeld ausgeht, erscheint der Charakter als ein Vektor, der mit Notwendigkeit in eine bestimmte Richtung weist. Politisch kann daraus eine überzogene und schließlich nichtsagende Verwendung des Autoritarismus- und Antisemitismusvorwurfs folgen. Tatsächlich weiß man vom Vorurteil nur über jeweils einzelne Sätze. Diskursanalyse setzt gerade hier ein und analysiert das semantische Potential der Lexik, syntagmatischer Funktionen, Sequenzen einzelner Äußerungsereignisse und kollektiver Symbole (vgl. Link 1988). Es wird angenommen, daß erst im diskursiven Prozeß über metaphorische Verschiebungen und Metonymien und immer wieder von neuem die rationalen Elemente des Alltagsdenkens zu einer rassistischen Formation artikuliert und die rassistischen Subjekte und Objekte konstituiert werden. Eine notwendige Dynamik, in der sich das autoritäre Subjekt gewissermaßen teleologisch selbst auf den Begriff bringt, gibt es in dieser ideologischen Formation nicht. Die einzelnen diskursiven Elemente können kritisch auf ihren rationalen Kern geprüft und aus der Formation des Rassismus herausgelöst werden. Darauf verweisen auch Adorno und Horkheimer, wenn sie praktische Vorschläge für die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus machen.

Versagung des Glücks

Ideologiekritik bedeutet in den Analysen der Kritischen Theorie zweierlei. Erstens kann der Rassismus ideologiekritisch auf Interessen des Kapitals zurückgeführt werden. Er entspricht in diesem Fall nicht dem Interesse der rassistisch eingestellten Individuen. Doch diese Antwort, die sie *auch* geben (Adorno 1959, 572), halten Horkheimer und Adorno für unbefriedigend, denn, mit Blick auf die Interessen der Individuen, der Rassismus sei eben auch rational (vgl. ebd., 563). Ideologiekritik kann weiter bedeuten, sich am Maßstab der Menschen- und Bürgerrechte zu orientieren. Auch wenn beide Autoren immer wieder betonen, daß Demokratie und die Idee der Menschenrechte Ausgangspunkte ihrer Kritik sind, so glauben auch sie nicht an eine darauf gestützte Ideologiekritik. Adorno: »Ich glaube nicht, daß es viel hülfle, an ewige Werte zu appellieren, über die gerade jene, die für solche Untaten anfällig sind, nur die Achseln zucken würden; glaube

auch nicht, Aufklärung darüber, welche positiven Qualitäten die verfolgten Minderheiten besitzen, könnte viel nutzen. Die Wurzeln sind in den Verfolgern zu suchen, nicht in den Opfern, die man unter den armseligsten Vorwänden hat ermorden lassen.« (Adorno 1966, 676; vgl. auch Adorno 1954, 465f.) Nicht einmal als Idee solle die abstrakte Gleichheit der Menschen propagiert werden (vgl. Adorno 1951, 114). Horkheimer und Adorno beziehen sich in der Weise auf die Menschenrechte, daß sie annehmen, der Rassismus sei eine spezifische Praxis, das in ihnen enthaltene Versprechen auf Gleichheit und Glückseligkeit zu verneinen. Es müsse unter Herrschaftsverhältnissen, die objektiv schon längst nicht mehr notwendig sind, sich aber dennoch behaupten, triebdynamisch negiert werden. Diese Negation bedürfe selbst einer enormen energetischen Anstrengung, und letztere provoziere das Ressentiment, den Haß auf alle diejenigen, die dafür stehen, daß eine bessere Gesellschaft doch möglich sein könnte und Versagung unnötig ist. Jede Form des Nonkonformismus oder Hedonismus kann zum Objekt dieses Ressentiments werden. Dieses rassistische Ressentiment, das das Ergebnis der gewaltsamen Selbstverleugnung eigener rebellischer Regungen, der »Abwehr gegen die Erkenntnis der eigenen Unterwerfung« darstellt, wird auch in neueren Analysen immer wieder beobachtet (vgl. Kalpaka/Räthzel 1990, 78; Autrata u.a. 1989; Elfferding 1989, 102). Insbesondere scheint die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Trennung von Kopf- und Handarbeit, die Wut der rassistischen Subjekte herauszufordern. Der Rassismus, so betont Balibar, nimmt den populären Willen zum Wissen auf und verspricht, die Kluft zwischen beiden Bereichen zu überwinden, um sie nur um so nachdrücklicher zu befestigen. Damit durchaus übereinstimmend, empfahl Adorno als eine der antirassistischen Maßnahmen, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die mit der Handarbeit verbundene und aufgezwungene Versagung historisch überflüssig geworden ist: »Man sollte nicht vor anti-intellektuellen Argumenten zurückweichen, ihnen irgend etwas vorgeben, sondern in ihrem Angesicht zu militanter Aufklärung sich stellen, das heißt, sagen, daß in einer Gesamtverfassung der Menschheit und auch der deutschen Nation, in der das Bewußtsein der Menschen nicht länger mehr gefesselt und durch alle möglichen Beeinflussungsmechanismen verstümmelt wird, intellektuell zu sein nicht länger ein beneidetes und darum diffamiertes Privileg wäre, sondern daß im Grunde alle Menschen das sein könnten und eigentlich das sein sollten, was man im allgemeinen den Intellektuellen vorbehält.« (Adorno 1962, 383)

Doch findet sich hier vielleicht auch eine interessante Differenz zu den diskurstheoretischen Ansätzen. Denn Juden erfüllen aus der Sicht Horkheimers und Adornos am ehesten die Bedingungen, für ein anderes, freies und glückliches

Leben zu stehen, und ziehen deswegen den Rassismus in besonderem Maße auf sich. Anders also als die neueren AutorInnen nehmen Horkheimer und Adorno die Referenz auf Natur in den naturalisierenden und biologistischen Zuschreibungen im antisemitisch-rassistischen Diskurs sehr ernst. Wenn ein Stereotyp der nazistischen Juden-Karikatur die Nase ist, so interpretieren Adorno und Horkheimer dies so, daß eine Abwehr gegen eine besonders enge Naturverbundenheit praktiziert wird, die sich mit der Nase als Riechorgan verbindet. Die Naturverbundenheit muß abgewehrt werden, weil sie für das versöhnliche Einschmiegen in Natur, also den Bruch mit der szientifisch-technischen Form der Naturbeherrschung als europäisches Zivilisationsmodell steht. Demgegenüber, so die Annahme, steigere die rassistische Abwehr dieser Mimesis den wissenschaftlichen Gestus klassifizierend-administrativer Gewalt bis zur Paranoia, die, nur noch projektiv, den konkreten Gegenstand nicht mehr wahrnimmt und sich diesem nicht aussetzt. Obwohl also jede Form der Andersartigkeit Objekt des Rassismus werden kann, scheint er sich am ehesten in der Imago des ›Juden‹ verdichten zu können. Diesem Gesichtspunkt des gesellschaftlichen Verhältnisses zur Natur – wie Körperpraktiken, Sexualität und generatives Verhalten – wird in den neueren Ansätzen aufgrund ihrer Konzentration auf symbolische Konstruktionen zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

Aporien antirassistischer Politik

Der Rassismus, so wie er von Horkheimer und Adorno analysiert wurde, entsprach insgesamt einer neuartigen – und, folgt man hier zusätzlich Gramscis Überlegungen zum Amerikanismus, mit der Phase des Fordismus verbundenen – Herrschaftsstrategie, die die Opposition, den Widerstand und die Rebellion der Beherrschten gegen bestehende Verhältnisse noch zu deren Erhaltung einsetzt. An die rebellischen Tendenzen der Subalternen ist also durch bloßen, ideologiekritischen Appell nicht unmittelbar anzuknüpfen. Ideologiekritik läuft aber auch aus den anderen schon genannten Gründen leer. Die Individuen, von der Kulturindustrie völlig erfaßt, haben ihre Fähigkeit zur Reflexion verloren, ihr Gewissen wurde zerstört. Die Verbreitung des wissenschaftlich-klassifikatorischen Denkens schließlich hat auch die Idee der Gleichheit transformiert. Gleichheit steht für die umfassende administrative Erfassung und Einordnung in die Volksgemeinschaft, die Ausgrenzung und den »Haß auf Differenz«. Ideologiekritisch die Individuen mit den Normen von Gleichheit und Freiheit zu konfrontieren, erweist sich aber auch insofern als aussichtslos, wie eine der bedeutsamen Einsichten, die die Erhebungen in den USA vermittelten, war, daß der konventionelle Charaktertyp sich

aus Konformismus immer an die herrschende Macht hält und deswegen auch Bekenntnisse zu einem bestehenden demokratischen System abgeben kann, ohne deswegen seine Normen zu teilen. Im Unterschied zu demokratischen Tugendlehren ist die Kritische Theorie hier skeptisch. Der Behauptung, daß die USA oder Frankreich als alte Demokratien an demokratische Lebensweisen gewöhnt und deswegen vor Antisemitismus gefeit seien, hielt Horkheimer die bedrohliche Verbreitung des Antisemitismus auch in diesen Ländern entgegen (vgl. Horkheimer 1944/46, 365). Dies führt zu einem enormen strategischen Problem im Kampf gegen den Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus. Um das Dilemma deutlich zu machen: der humanistische Appell, die Schwachen zu schützen, würde, so Horkheimer und Adorno, die Wut des Rassisten eher noch anstacheln, der es mit der Stärke und der Macht hält und die Schwachen vernichten will. Doch umgekehrt stellten sich auch seinerzeit schon die Fragen, die gegenwärtig wieder diskutiert werden: »Nehmen wir beispielsweise an, daß ein Polizeibeamter oder die Polizeiverwaltung in einer Großstadt es unterlassen hat, einen Polizisten für die Unterstützung antisemitischer Banden zu bestrafen. Soll dann seine Entlassung gefordert werden?« Und weiter: »Gegenwärtig ist Rußland das einzige Land, in dem es keine Form des Antisemitismus zu geben scheint. Rußland hat nicht nur Gesetze gegen den Antisemitismus erlassen, sie werden dort auch wirklich angewandt; und die Strafen sind sehr hoch. Sollte man versuchen, auch in diesem Lande (den USA; A.D.) solche Gesetze zu verabschieden? Sollten Gruppen, die versuchen, den Antisemitismus zu bekämpfen, für solche Maßnahmen werben oder nicht? Wenn es zutrifft, daß sich der zukünftige Antisemit mit etwas Mächtigerem identifizieren will, dann sind solche Gesetze zu empfehlen, weil sie den Juden stärker machen, als er es ohne Schutz wäre. Viele glauben jedoch, daß damit auch genau die entgegengesetzte Wirkung erzielt werden könnte, daß solche Gesetze möglicherweise die psychologische Situation des ›Schutzjuden‹ mit sich brächten.« (Ebd., 366) Horkheimer und Adorno rechneten sich zu Recht zu letzteren; denn wenn auch ihre theoretische Erklärung für den Sachverhalt nicht immer befriedigt, so war doch ihre Befürchtung zutreffend, daß der Antisemitismus unter der Oberfläche sozialer Konventionen auch in den totalitären Staaten Osteuropas dynamisch weiter existieren konnte. Gleiches gilt für demokratische Gesellschaften. Der demokratische Druck auf die autoritätsgebundene Person kann zwar aufgrund ihres Konformismus ihr konventionelles Bekenntnis zur Demokratie durchaus steigern. Doch bricht er damit die Dynamik der Einstellung nicht, sondern stärkt möglicherweise sogar noch ihre Bereitschaft zur Unterwerfung unter die Macht. Er kann aber auch zu einer Form der gefährlichen Selbst-

ausgrenzung des Rassisten führen. So warnten Horkheimer und Adorno ausdrücklich vor der Kollektivschuldthese, die für Auschwitz die Deutschen und ihren angeblich autoritären Charakter verantwortlich machte, auf diese Weise aber zur Bildung eines nationalistischen Kollektivs beitragen mochte. Dies sei selbst wiederum Ticketdenken und bestärke ein Einstellungsmuster, das bekämpft werden solle. Wie geläufig es ist, mag nur ein Beispiel aus den jüngsten Tagen belegen. Von autonomen Gruppen wegen seiner Haltung gegenüber Flüchtlingen während einer öffentlichen Rede mit Rufen wie »Heuchler, Heuchler« gestört, reagierte Daniel Cohn-Bendit, der Frankfurter Stadtrat für multikulturelle Angelegenheiten, mit dem Satz: »Meine Großeltern sind hier gestorben, weil sie Juden waren, ich lasse mich von *keinem Deutschen* Heuchler nennen.« (FR, 4.10.1991; Herv. von mir; A.D.) Gegenüber einer solchen (Selbst-)Immunisierungsstrategie machte Adorno aber deutlich, daß aus Gründen der Glaubwürdigkeit und um das Ticketdenken auch auf antirassistischer Seite zu überwinden, nur hilft, ohne Rückgriff auf jede Kollektivformel die Wahrheit über *die Individuen* zu sagen – in dem Sinne, daß es auch Fremde und Andere gibt, die dumm sind, Fehler machen oder autoritär strukturiert sind (vgl. Horkheimer/Adorno 1947, 237; Adorno 1962, 377f.).

Endemischer Rassismus und Krise des Fordismus

Den Thesen der Kritischen Theorie zufolge ist für die gesamte Phase, die wir heute als Phase der fordistischen Regulation kennzeichnen, ein endemischer Rassismus kennzeichnend. Für die Bundesrepublik läßt sich feststellen, daß dieser zyklisch immer wieder neue Aktivitätswellen durchlief. Der Konsens in der Bundesrepublik konstituierte sich unter anderem über die Ausgrenzung und Dethematisierung dieses vorhandenen Rassismus. Entsprechend reagierte die Öffentlichkeit immer wieder von neuem überrascht auf rechtsextremistische Gewalt und zeigte Entschlossenheit, sie zu bekämpfen, in der Regel nur dann, wenn es zu einem überdurchschnittlichen Anstieg rechtsextremistischer Aktionen kam. So bietet sich ein sekundärer Antisemitismus und Rassismus gerade auch als Protestform für die Subalternen an, weil sie dann sehr schnell bei staatlichen Stellen und in der Öffentlichkeit Gehör finden. Der zugrundeliegende Alltagsrassismus sowohl der Herrschenden wie der Subalternen wurde aber kaum zur Disposition gestellt.

Wirft der endemische, dauerhaft vorhandene Rassismus theoretische Probleme auf, so sind mit dem zyklisch auftretenden weitere Probleme verbunden. Denn es ist nicht allein die Frage, wie weit Medien an der Konstruktion von Rasse betei-

ligt sind (die Frage, die Stuart Hall verfolgt), sondern auch – selbst wenn sie dem Inhalt nach kritisch berichten – an der Pogromstimmung und den damit verbundenen Aktivitäten. Denn das Beispiel der gegenwärtigen Welle von rechtsextremistischer Gewalt, die laut BKA nicht zentral organisiert ist, legt die Vermutung nahe, daß die Berichterstattung über rechtsextremistische Aktionen regelrecht organisierend wirkt. Da gleichzeitig bekannt ist – oder aufgrund der kleinen linken Zeitungen und Zeitschriften bekannt sein könnte –, daß es seit Jahrzehnten ständig zu einer Vielzahl von rechtsextremistischen (Terror-)Aktionen kommt (in der früheren BRD wie DDR), über die aber weitgehend nicht berichtet wurde, stellt sich nicht nur die Frage, in welchem Maße die beiden Ereignisreihen, nämlich Aktionen und Berichte, korrelieren, sondern auch, wovon die Konjunkturen der Berichterstattung abhängen und inwieweit die Medien durch ihre Definitionsgewalt allererst zur Entstehung und Vereinheitlichung einer Vielzahl verstreuter Aktionen zu einem relativ homogenen Phänomen beitragen.

Eine auf die aktuelle Situation zielende Hypothese könnte sein, daß die Darstellung rechtsextremistischer Gewalt das politische Element ist, dem gegenüber sich eine vernünftige, friedliche Mitte der vereinigten Deutschen herausbilden kann, die, wie sowohl Vogel als auch Stoiber versichern, gleichermaßen gegen links wie rechts kämpfen wird. Ein Anhaltspunkt für diese Hypothese ist, daß noch im Sommer 1989 ein großer Anteil der westdeutschen Bevölkerung sich dagegen ausgesprochen hat, Flüchtlinge aus der DDR oder Osteuropa, die den dortigen deutschen Volksgruppen zugerechnet werden, in großer Zahl aufzunehmen. Das heißt, Argumente, die sich gegenwärtig generell gegen Asylsuchende richten, richteten sich zum damaligen Zeitpunkt auch gegen Personen, die administrativ als deutsche Staatsbürger gelten, und wurden im Herbst 1989 in den Medien und durch empirische Umfragen systematisch zugunsten der DDR-Bevölkerung verschoben.

Der Hintergrund für diese Hypothese ist die Annahme, daß, wenn der Rassismus der fordistischen Regulationsweise endemisch war, sich in der Krise dieser Regulationsform und im Übergang zu neuen Formen kapitalistischer Vergesellschaftung auch die ideologische Form des Rassismus neu zu artikulieren versucht. Auf diesen Zusammenhang haben auch andere Autoren schon hingewiesen (vgl. Jäger/Jäger 1991; Hirsch 1990; Heins 1991). So wird angenommen, daß in der Folge der Krise des Fordismus und der verstärkten Weltmarktorientierung der nationale Wohlfahrtsstaat und seine Apparate wie Gewerkschaften und Volksparteien geschwächt werden und sich als Reaktion autoritär-populistische und nationalistische Strömungen bilden. Es entsteht also ein Widerspruch zwischen dem

realen Konfliktpotential und den wohlfahrtsstaatlichen Problemlösungsmöglichkeiten, der Denormalisierungsschübe auslöst; dabei bilden sich Formen fragmentierter Halböffentlichkeiten auf der Suche nach «action»: parapolitische Phänomene wie die sogenannten neuen sozialen Bewegungen, der hooliganism etc. So sinnvoll es ist, diese sehr unterschiedlichen sozialen Praktiken als ein zusammenhängendes makrosoziales Phänomen aufzufassen, stellen sich doch ideologietheoretische Fragen. Zunächst ist zu bemerken, daß der von Intellektuellen vertretene konzeptionelle Neorassismus nicht *Folge* der aktuellen Transformation ist, sondern in langen Diskussionen in der Neuen Rechten im vergangenen Jahrzehnt ausgearbeitet wurde; er war und ist selbst ein *Faktor* bei der Auflösung des fordistischen Konsenses. Auf der Grundlage einer breiten Rezeption von Theorien der Linken richtete sich die Neue Rechte kritisch gegen die alte Rechte und deren als Leninismus verworfene Vorstellungen von Machteroberung (vgl. Demirovic 1990). Gleichzeitig versuchte sie, den antifaschistischen Nachkriegskonsens und das – aufgrund der Vernichtung der europäischen Juden – verhängte Tabu über das Wort «Rasse» mit einer – auch gegen die alte Rechte gerichteten – Konzeption der Ethnizität zu unterlaufen. Diese (selbst-)kritische Bewegung hat zu dem geführt, was Taguieff als differentialistischen Rassismus bezeichnet hat, einen Rassismus der ethnischen Segregation und eine Ablehnung des Rassebegriffs zugunsten eines biologistisch-genetischen Lebensbegriffs. Weil der Begriff der Differenz eine Schlüsselposition erhalten hat – »Wir haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, unsere nationale Persönlichkeit und auch unser Recht auf Differenz zu verteidigen« (Le Pen) –, läßt sich der Neorassismus auch nicht mehr umstandslos als Wut auf die Differenz, das Besondere und Andere interpretieren, wie dies die Vertreter der Kritischen Theorie vorgeschlagen haben. Im Gegenteil ist die Differenz der Kulturen und Ethnien sein Ausgangspunkt. Gerade also die konzeptionelle Entwicklung der rassistischen Ideologie ist einer der Gründe dafür, daß die analytische Strategie und die politischen Einschätzungen der Kritischen Theorie nicht mehr unmittelbar brauchbar sind (vgl. auch Müller 1990; Taguieff 1991, 242).

Zweitens stellt sich aber auch das Problem der Dauerhaftigkeit des Alltagsrassismus sowohl der Herrschenden wie der Subalternen. Er läßt sich gleichfalls nicht umstandslos als Folge der Krise verstehen. Denn erklärt werden müßte, warum soziale Prozesse in Krisensituationen im Lichte rassistischer Ideologeme wahrgenommen werden, zu entsprechenden Definitionen des eigenen Kollektivs und Handlungsanweisungen gegenüber dem anderen führen. Dies wird eingeräumt, wenn die Dynamik des Rassismus als Verschiebung realer sozialer Probleme

in einen imaginären Raum von Lösungsmöglichkeiten erklärt wird: »(...) sowohl der frühere wie der neuere Antisemitismus entstand, wenn es den leidenden Menschen nicht gelang, die wirklichen Ursachen ihres Leids zu entdecken. Sie tauchten dann auf, wenn organisierte Gruppen erfolgreich einen vagen Protest gegen vorherrschende Bedingungen manipulierten und ihn gegen einen imaginären Schuldigen richteten, der für jedes nur denkbare Übel verantwortlich sein sollte.« (IFS 1945, 8f.) In ähnlicher Weise argumentiert Elfferding, daß soziale Widersprüche durch den demographischen und ethnischen Diskurs verschoben und schließlich verdrängt und aktiv vergessen werden (vgl. Elfferding 1989, 102). Ohne zu bestreiten, daß tatsächlich soziale Widersprüche mittels Verschiebung und Verdrängung ideologisch bearbeitet und in diskursiven Prozessen transformiert werden, erscheint auch diese Erklärung allein noch unbefriedigend. Denn unterstellt wird zum einen, daß es eindeutige, zugrundeliegende soziale Widersprüche gibt, denen erst nachträglich eine soziale Bedeutung aufgeherrscht wird; zum anderen müßte immer noch erklärt werden, warum überhaupt der demographische Diskurs so mächtig werden kann. Um dies zu verstehen, sollte dieser Diskurs aber nicht allein als ein Diskurs der Verdrängung analysiert, sondern auch sein rationeller Kern herausgearbeitet und der Bezug auf Natur – um hier die Anregung Horkheimers und Adornos aufzunehmen – ernst genommen werden. Dies scheint mir auch deswegen wichtig, weil damit die Aufmerksamkeit auf eine biologistische Argumentationslinie des Neorassismus gelenkt werden kann, die unter dem Eindruck der kulturalistischen Argumentation der Neuen Rechten gelegentlich übersehen oder für zweitrangig gehalten wird (deutlich bei Taguieff 1991). Doch sie beansprucht durchaus, mit den Mitteln der Gentechnologie eine Biopolitik zu verfolgen, die nicht nur minderwertiges und fremdes genetisches Material aus dem Genpool eines Volkes ausscheidet, sondern auch den neuheidnischen Europäer durch gezielte genetische Selektion »empor zum Licht« hinaufzucht.

Eines der rationellen Elemente des demographischen Diskurses liegt in der mit jeder Phase der kapitalistischen Regulationsweise notwendig verbundenen Regulation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (vgl. Demirovic 1991). Zwei Ebenen dieser Naturverhältnisse sind im Zusammenhang mit Rassismus von besonderer Bedeutung: Den ersten Aspekt möchte ich, Gramsci folgend, als das Problem der organischen demographischen Zusammensetzung einer Bevölkerung bezeichnen (vgl. Gramsci 1967, 381f.). Im Akkumulationsprozeß bildet sich über den permanent stattfindenden Ausgleich der Profitraten zu einer Durchschnittsprofitrate innerhalb eines Nationalstaats eine organische Produktionsstruktur heraus.

Diese impliziert eine entsprechende gesellschaftliche Arbeitsteilung und Verteilung der Bevölkerung auf soziale Stellungen, Berufe, Regionen etc. Da dieser Prozeß traditions- und marktvermittelt ist, ergeben sich aber immer wieder neue Verwerfungen, die zur Freisetzung großer Bevölkerungsgruppen führen (vgl. Lutz 1984, 101ff.). Diese, mit Blick auf die kapitalistische Arbeitsteilung, jeweils überzähligen Bevölkerungsteile müssen nicht immer die direkte Form einer industriellen Reservearmee annehmen und ein Heer der Arbeitslosen bilden. Im Fall von Frauen und Arbeitsimmigranten gibt es andere Praktiken der Ausgrenzung, wie Privatisierung oder nationalchauvinistische Grenzziehung. Im letzteren Fall ist die zugrundeliegende Erfahrung für eine rassistische Artikulation nicht die der eigenen Verelendung, sondern die einer Relation zu und eines Vergleichs mit Individuen und Gruppen, die mit ihrer bloßen Anwesenheit ein eingeschliffenes Arrangement zwischen Herrschenden und Beherrschten herausfordern (vgl. Cohen 1990, 107, 113).

Neben der Soziologie und ihrer Form der statistischen Beobachtung, neben der Ökonomie gibt es andere Wissenspraktiken wie Bevölkerungswissenschaft, Sozialhygiene, Sozialmedizin, Gentechnologie, Sexuallehren, die versuchen, die Entwicklung einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur nicht liberal dem Marktprozeß bzw. dem rational planenden, ‹privaten› Elternpaar selbst zu überlassen, sondern bevölkerungspolitisch aktiv einzugreifen (vgl. Byer 1988; Reinfeldt 1991; Pinn/Nebelung 1991). In allen diesen Wissensformen war und ist der Übergang zum Rassismus fließend, der verspricht, den Prozeß entschieden und mit rigiden Definitionen (man denke an Wörter wie »Belastungsgrenze«, »Asylantenflut«, »Durchrassung«) und Mitteln (Einschließung, Ausgrenzung, Vernichtung) steuern zu können. Es ist die freie politische Verfügung über große Menschenmassen und deren physischen Bestand. Der Rassismus kann als ein Programm verstanden werden, das die konservative Politik einer etatistisch-liberalen Kontrolle des generativen Verhaltens (Stichwort: Abtreibung) staatsinterventionistisch radikalisisieren möchte. Foucault spricht in diesem Zusammenhang kritisch von Biopolitik, einer Form der Verschränkung von Wissen und Politik, die auf der im 18. Jahrhundert in der Politischen Ökonomie gemachten Entdeckung der Bevölkerung eines Landes als Reichtum beruht und danach trachtet, diesen Reichtum zu verwalten und durch Normierungs- und Kontrolltechniken zu vermehren (vgl. Foucault 1977, 166ff.; ders. 1992).

Zu dieser Biopolitik gehört als zweiter Aspekt neben dem makropolitischen der mikropolitische, ‹private› Aspekt der Sexualität. Der Sex, so Foucault, wird zum Gegenstand des sozialen Wissens, um ihn gleichfalls kontrollieren und ver-

walten zu können, ist er doch der Schlüssel zur demographischen Entwicklung. In diesem Fall reicht die Biopolitik bis in das familial-generative Verhalten. Bourdieu (1983) hat darauf hingewiesen, daß es ein Bestandteil der Reproduktion einer herrschenden Klasse ist, ihr Heiratsverhalten zu kontrollieren. Für die in die Zukunft verlängerbare Delegation von Herrschaft muß es Nachfolger geben, ebenso muß das erworbene Kapital vererbt werden können – und sei es nur in der Form eines dichten Netzes von sozialen Beziehungen und der Ausstattung mit einem bestimmten Habitus oder bestimmten Führungseigenschaften. Die soziale Endogamie ist nicht nur ein wichtiger Faktor, Erwartungen über die zukünftigen Orientierungen der nachfolgenden Generation zu stabilisieren, sondern sie vermittelt allen anderen der gleichen Generation jeweils auch ein Bild über den Grad der sozialen Konformität, stabilisiert also deren Erwartungen und trägt so zur sozialen Kohäsion und zum sozialen Konsens bei. Ein solches Verhaltensmuster durchzieht, wenn auch in unterschiedlichen Formen, alle sozialen Klassen: Erhaltung und Erweiterung des Netzes sozialer Beziehungen im Fall der Aristokratie und des Bürgertums; konfessionelle Abgrenzung im Fall dörflicher Heiratsmuster; korporative Endogamie bei Arbeitern. Insbesondere in diesem Zusammenhang werden körperliche Eigenschaften schließlich auch besonders relevant (»Rasseschande«, »Blutschande«). Alle diese sozialen Kollektive beobachten also sorgfältig das generative Verhalten ihrer Mitglieder und entwickeln Normen, an denen sie sich faktisch orientieren. Auch in diesem Fall arbeitet der Rassismus eine AlltagsEinstellung aus, indem er Orientierungsmaßstäbe für ein richtiges Heiratsverhalten zur Verfügung stellt und dessen Kontrolle verspricht. Beide Aspekte der Biopolitik stellen eine wichtige und dauerhafte Grundlage in der alltäglichen Lebensweise sowohl der Herrschenden wie der Subalternen dar, auf der sich Rassismen historisch jeweils neu ausbilden können. Gefährlich ist so verstanden der Rassismus nicht nur als (bloß) imaginäre Problemlösung, sondern mehr noch, weil er das Programm einer realen, nämlich bevölkerungspolitischen Lösung darstellt, die, wie andere Politiken auch, konjunkturell auch immer wieder funktioniert hat und unter Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise in der Praxis nicht vollständig widerlegt werden kann.

Anmerkungen:

- 1 Der Text wurde als Vortrag auf dem Kolloquium »Der Diskurs des Rassismus« des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung gehalten und wird auch in einem Beiheft der Zeitschrift Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie erscheinen. Für Hinweise und Kritiken danke ich Helga

- Flores, Michael Werz, Jost Müller, Nora Rähzel und der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit am Institut für Sozialforschung.
- 2 Dies müßte gegen eine Position wie die von Heiner Geißler vertretene eingewendet werden, wenn er verlauten läßt, erst die Auseinandersetzung auf der Führungsebene des Bootes Deutschland, Bundesregierung und Opposition, habe die Radikalen zu ihren Aktionen ermutigt (vgl. FR, 10.10.1991) – als wenn es tatsächlich nur einen Rassismus von unten gäbe, der darauf lauert, seinem Instinkt freien Lauf zu lassen.

Literatur:

- Adorno, Th.W. 1951: *Minima Moralia*. In: Ders., Ges. Schriften, Bd. 4. Frankfurt 1980
- Adorno, Th.W. 1954: Beitrag zur Ideologienlehre. In: Ders., Ges. Schriften, Bd. 8. Frankfurt 1972
- Adorno, Th.W. 1959: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In: Ders., Ges. Schriften, Bd. 10.2. Frankfurt 1977
- Adorno, Th.W., 1962: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. In: Ders., Ges. Schriften, Bd. 20.1. Frankfurt 1986
- Adorno, Th.W. 1966: Erziehung nach Auschwitz. In: Ders., Ges. Schriften, Bd. 10.2. Frankfurt 1977
- Adorno, Th.W. 1973: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt
- Autrata, O./Kaschuba, G./Leiprecht, R./Wolf, C. 1989: Ausgangspunkte und Fragestellung unserer Reihe am Beispiel und einige inhaltliche Anregungen. In: Autrata u.a. (Hrsg.) 1989
- Autrata, O./Kaschuba, G./Leiprecht, R./Wolf, C. (Hrsg.) 1989: Theorien über Rassismus. Hamburg
- Balibar, E./Wallerstein, I. 1990: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg
- Bielefeld, U. (Hrsg.) 1991: Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg
- Bourdieu, P. 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: R. Kreckel (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. *Soziale Welt*, Sonderband 2. Göttingen 1983
- Byer, D. 1988: Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege. Zur Entstehung eines sozialdemokratischen Machtdispositivs in Österreich bis 1934. Frankfurt/New York
- Cohen, Ph. 1990: Gefährliche Erbschaften: Studien zur Entstehung einer multirassistischen Kultur in Großbritannien. In: Kalpaka/Rähzel (Hrsg.) 1990
- Demirović, A. 1990: Kulturelle Hegemonie von rechts. Antonio Gramsci – gesehen von der nouvelle droite. In: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, H. 4
- Demirović, A. 1991: Ökologische Krise und die Zukunft der Demokratie. In: *Prokla* 84
- Dijk, T. v. 1991: Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus. DISS-Texte Nr. 14. Dortmund
- Elfferding, W. 1989: Funktion und Struktur des Rassismus. Eine Theorieskizze. In: Autrata u.a. (Hrsg.) 1989
- Foucault, M. 1977: Sexualität und Wahrheit, Bd. 1. Der Wille zum Wissen. Frankfurt
- Foucault, M. 1992: Leben machen und sterben lassen: Die Geburt des Rassismus. In: *diskus* 1/1992
- Gramsci, A. 1967: Philosophie der Praxis. Frankfurt
- Guillaumin, C. 1989: Die Bedeutung des Begriffs Rasse. In: Rähzel, N. (Hrsg.): Migration und Rassismus in Europa. Hamburg 1992
- Guillaumin, C. 1991: Rasse. Das Wort und die Vorstellung. In: Bielefeld (Hrsg.) 1991
- Hall, S. 1989: Die Konstruktion von »Rasse« in den Medien. In: Ders.: *Ausgewählte Schriften*. Hamburg 1989
- Haug, W.F. 1986: Die Faschisierung des Subjekts. Die Ideologie der gesunden Normalität und die Ausrottungspolitik im deutschen Faschismus. Hamburg
- Heins, V. 1991: Krise des Fordismus und parapolitische Phänomene. In: M. Jäger/S. Jäger (Hrsg.): *Aus der Mitte der Gesellschaft (I). Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa*. Diss-Texte Nr. 20. Duisburg 1991
- Hirsch, J. 1990: Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg
- Horkheimer, M. 1944/46: Antisemitismus: Der soziologische Hintergrund des psychoanalytischen Forschungsansatzes. In: Ders., Ges. Schriften, Bd. 5. Frankfurt 1987
- Horkheimer, M./Adorno, Th.W., 1947: Dialektik der Aufklärung. In: Horkheimer, M.: Ges. Schriften, Bd. 5. Frankfurt 1987
- Institut für Sozialforschung 1945: *Antisemitism among American Labor*. New York
- Jäger, S./Jäger, M. 1991: Die Demokratiemaschine ächzt und kracht – Zu den Ursachen des Rechtsextremismus in der BRD. Diss-Texte Nr. 12 (2. Aufl.). Dortmund
- Kalpaka, A./Rähzel, N. 1990: Wirkungsweisen von Rassismus und Ethnozentrismus; in: Kalpaka/Rähzel (Hrsg.) 1990
- Kalpaka, A./Rähzel, N. (Hrsg.) 1990: Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein (2. völlig überarbeitete Aufl.). Leer
- Link, J., 1988: Über Kollektivsymbolik im politischen Diskurs und ihren Anteil an totalitären Tendenzen. In: *kultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskursanalyse*, Nr. 17/18 (Hrsg. von A. Demirovic und W. Prigge)
- Lutz, B. 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt/New York
- Miles, R. 1991: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Hamburg
- Müller, J. 1990: Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus. In: *diskus* 2/1990 (In diesem Band)
- Pinn, I./Nebelung, M. 1991: Vom »klassischen« zum aktuellen Rassismus in Deutschland – Das Menschenbild der Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik. Diss-Texte Nr. 17. Duisburg
- Projekt Ideologietheorie 1982: Theorien über Ideologie. Hamburg
- Reemtsma, J.P. 1990: Die Falle des Antirassismus. In: Bielefeld (Hrsg.) 1991
- Reinfeldt, S. 1991: Rassismus: Die unsichtbare Gewalt. Podium Progressiv 1. Mainz
- Taguieff, P.-A. 1991: Die Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus. In: Bielefeld (Hrsg.) 1991

Cornelia Eichhorn
»Frauen sind die Neger aller Völker«
Überlegungen zu Feminismus, Sexismus und Rassismus

Bereits 1967 hat Karin Schrader-Klebert in ihrem Aufsatz *Die kulturelle Revolution der Frau* (Kursbuch 17) provokativ formuliert: »Frauen sind die Neger aller Völker und der kollektiven Geschichte«. Was »Klassikerinnen« des Feminismus vor und nach ihr weniger deutlich aussprachen, bringt dieser Satz auf den Punkt: die Selbstgewißheit der eigenen Unterdrückung läßt die Unterschiede zwischen den Frauen vergessen. Der Satz enthält überdies – indem er schwarze Frauen unsichtbar macht – die unausgesprochene Prämisse, nach der alle Frauen »weiß« sind.

Die Diskussionen der neuen Frauenbewegung in der BRD über die »Stellung der Frau in der Gesellschaft«, zu den Ursachen und Mechanismen der Frauenunterdrückung waren in den siebziger und achtziger Jahren geprägt von der Vorstellung eines weltumspannenden homogenen Patriarchats, das alle Frauen gleichermaßen treffe und zu universellen Opfern der Männergewalt mache. Das Phänomen Rassismus war unter diesen Voraussetzungen des eurozentristischen Feminismus kaum zu thematisieren; es wurde nicht einmal – im Theorie-Jargon der siebziger Jahre gesprochen – als »Nebenwiderspruch« sexistischer Unterdrückungsverhältnisse wahrgenommen.

Die Kritik und der Widerstand der rassistisch ausgegrenzten und verfolgten Frauen hatte in den USA – im Zusammenhang der Bürgerrechtsbewegung und der antirassistischen Kämpfe der black communities – bereits zu Beginn der siebziger Jahre, später auch in England, Frankreich und in den Niederlanden heftige Auseinandersetzungen über den impliziten Rassismus des »weißen bürgerlichen Feminismus« ausgelöst. In der Bundesrepublik dagegen konnten sich Feministinnen lange in selbstzufriedener Weise von vornherein auf der »richtigen Seite« im antirassistischen Kampf wähnen. Die offene Formierung des Rassismus in Europa seit Mitte der achtziger Jahre hat nun auch sie verunsichert und ihre theoretischen Ansätze ins Wanken gebracht. Die Angriffe auf Flüchtlingswohnheime und die Übergriffe auf »Nicht-Deutsche« wie die Wahrnehmung des institutionellen Rassismus in der Asylpolitik, der Abschiebepaxis und in der rechtlich kodifizierten

Form der Ausländergesetzgebung haben zu der Einsicht geführt, daß rassistische Praktiken nicht nur im Kontext des Nationalsozialismus, Kolonialismus oder der Apartheid-Politik in Südafrika zu verorten sind, sondern einen wesentlichen Bestandteil der bundesrepublikanischen Gesellschaftsformation darstellen.

Spätestens seit Migrantinnen, Flüchtlinge und »afro-deutsche Frauen« die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den »weißen Feministinnen« in Frage gestellt haben – so etwa im Herbst 1991 während des »Interkulturellen Sommerseminars für Schwarze Frauen« in Frankfurt – hat der Rassismusbewertung auch den bundesrepublikanischen Feminismus erreicht. Die vermeintlich gleichartigen Erfahrungen aller Frauen, von Männern sexuell ausgebeutet und bedroht zu sein, erweisen sich als kaum noch vermittelbar oder verallgemeinerbar. Die These eines *Geteilten Feminismus* (so der Titel der *beiträge zur feministischen theorie und praxis* zum Thema Rassismus im Frühjahr 1990) markiert folglich den Beginn der Auseinandersetzung um eine Revision der bisherigen Ansätze feministischer Theorie und Praxis auch in der Bundesrepublik.

Rassismus und die feministische Theorie

Im Zentrum feministischer Theoriebildung steht die Konstitution gesellschaftlicher Verhältnisse, die mit den Stichwörtern »Familie«, »Hausarbeit« und »Reproduktion« bezeichnet sind. Der Terminus »Reproduktion« meint dabei sowohl die in einem sehr engen Sinne generative Reproduktion der Gattung als auch die tägliche Reproduktion der Menschen und ihrer Arbeitskraft. Beides stellt sich in diesem theoretischen Kontext als universelle Bedingung jeder Form von Gesellschaft dar. Die Binsenweisheit, daß Menschen geboren werden und sich täglich reproduzieren müssen, wird – unter Hinweis auf die Gebär- und Säugefähigkeit – geschlechtlich definiert und erläutert, womit die »Mutter« zum Ursprung und zur Basis aller Gesellschaftlichkeit erklärt ist. Die »Mutter« und von ihr abgeleitet die »Frau« wird so zu einem jeder Gesellschaft vorgängigen Naturwesen und ist mithin im Verhältnis zum Mann immer schon als das »andere Geschlecht« bestimmt. Das Postulat der »Zweigeschlechtlichkeit als biologische« (Ursula Beer) oder der »biologischen Differenz« (Ingrid Strobl) gilt in der feministischen Theoriebildung als materialistische Begründung der Kategorie »Geschlecht«; sie besitzt schon bei Shulamith Firestone (*Frauenbefreiung und sexuelle Revolution*, 1972) einen zentralen Stellenwert in der Kritik der Freudschen Psychoanalyse und liegt ihrer Vorstellung der »biologischen Familie« wie ihrer Annahme, Frauen seien »ihrer Biologie« ausgeliefert, zugrunde; auch in den Schriften von Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia Werlhof (*Frauen, die letzte Kolonie*) fundiert

der biologistische Materialismus die These eines »weiblichen Gegenstandsbezugs zur Natur«. Selbst im historisch-materialistischen Feminismus bei Michèle Barrett (*Das unterstellte Geschlecht*), die biologistische Erklärungsmuster ausdrücklich ablehnt, sollen die »biologischen Geschlechtsunterschiede« als »Bestandteil des Rohstoffes« betrachtet werden, »auf dem die gesellschaftlichen Verhältnisse aufbauen«. Das unterstellte Naturverhältnis, die »natürliche Zweigeschlechtlichkeit« erscheint in all diesen theoretischen Konstellationen als Ausgangspunkt oder gar als Ursache der sozialen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Dem steht jedoch entgegen, daß weder die abstrakte Zuordnung von Gebärfähigkeit noch jene von sexistischer Ausbeutbarkeit das Phänomen »Frau« produziert, vielmehr ist es »Produkt einer sozialen Aneignungsbeziehung« (Donna Haraway), die in ihren historischen wie in ihren strukturellen Bedingungen ein ungleichmäßiges und ungleichzeitiges Machtverhältnis zwischen den Geschlechtern etabliert. Sie definiert die männlichen und weiblichen Subjekte und konstituiert die Gesellschaft als heterosexuelle Gemeinschaft der Geschlechter, in der Homosexualität, Bisexualität und Transsexualität tendenziell ausgegrenzt und verfolgt sind. Das anthropologische (eigentlich zoologische) Verständnis von Reproduktion reißt die generative wie tägliche Reproduktion aus ihrem sozialen Zusammenhang, perpetuiert die heterosexuelle Gemeinschaft und führt zu einer ahistorischen Verallgemeinerung der Kategorie »Frau«.

Ähnliche Reduktionen lassen sich auch in den feministischen Analysen zu Familie und Hausarbeit feststellen. Das Modell der bürgerlichen Kleinfamilie, wie es sich als dominantes Muster für den Lebenszusammenhang von Frauen in den kapitalistischen Metropolen durchgesetzt hat, wird zeitlich und räumlich ausgedehnt. Elemente, die dieses Modell charakterisieren, wie die absurde Einheit von Verwandtschaftsgrad und Zusammenleben, die Trennung von »Heim« und »Arbeitsplatz«, die »geschlechtsspezifische Arbeitsteilung«, die primäre Rollenzuweisung des Mannes als des »Haushaltsvorstandes« und »Ernährers« einerseits und der Frau als einer in ökonomischer und emotionaler Abhängigkeit und Isolation lebenden »Hausfrau« und »Mutter« andererseits, werden so explizit oder implizit zur Erklärung der Unterdrückung aller Frauen herangezogen. Michèle Barrett verweist hingegen darauf, daß bereits die Einführung und Verwendung des Begriffs »Familie« die Konsequenz hat, von vornherein »die Existenz einer Institution anzuerkennen, die in jedem wie auch immer gearteten historischen Zusammenhang grundlegend und natürlich« erscheint. Der Bezug auf »Familie« als unabhängig von ihren historischen Transformationen letztlich »ursprüngliche Gemeinschaft« oder biologisch determinierte Basis des Zusammenlebens der

Individuen führt zu einer theoretischen Analogisierung der historisch und gegenwärtig unterschiedlichen Haushaltsorganisationen mit den sozialen Mustern der bürgerlichen Kleinfamilie. Von der Forderung nach Lohn für Hausarbeit und der feministischen Kritik an der marxistischen Arbeitswerttheorie über die Auseinandersetzung um eine geschlechtsspezifische Vergesellschaftung der Arbeitskraft bis hin zur Diskussion über ein spezifisches weibliches Arbeitsvermögen haben sich reduktionistische Konzepte von »Familie« und »Hausarbeit« als Erklärungsansätze für Frauenunterdrückung durchgehalten.

In dieser Perspektive bleibt zum einen notwendig ausgeklammert, daß selbst die Verallgemeinerung des bürgerlichen Familienmodells in den kapitalistischen Metropolen Ergebnis sozialer Kämpfe (auch von Frauen) ist, wie die Kämpfe um geregelte Arbeitszeiten, Mutterschutz, Verbot der Kinderarbeit, Verbesserung des Lohnniveaus zeigen. Zum anderen werden etwa weitgehend marktexterne, auf Subsistenzproduktion beruhende Haushaltsorganisationen den Paradigmen »Familie« und »Hausarbeit« subsumiert und ihre spezifischen Strukturen als sekundäre, zu vernachlässigende Erscheinungen nivelliert. Nicht zuletzt die These der »Hausfrauisierung der Arbeit«, wie sie im Kontext der Untersuchungen zur Ausbeutung der Frauenarbeit in der »Dritten Welt« entwickelt wurde, geht über die unterschiedlichen Formen der »Haushaltsorganisationen«, wie der von Frauen geleisteten Arbeit in den kapitalistischen Zentren und Peripherien leichtfertig hinweg.

Demgegenüber deuten beispielsweise die Analysen Immanuel Wallersteins zur Formierung der Weltarbeitskraft darauf hin, daß die verschiedenen Haushaltsorganisationen unmittelbar mit rassistischen Spaltungen verknüpft sind. Auf der Grundlage des von ihm entwickelten Modells des kapitalistischen Weltsystems stellt sich der Rassismus als konstitutives Moment dar, in dem sich die Hierarchisierung, Segmentierung und Kontrolle der Weltarbeitskraft in Form der »Ethnisierung« herstellt und reproduziert. Den unterschiedlichen »Haushaltsstrukturen« schreibt Wallerstein somit eine Schlüsselrolle zu. Einerseits bilden sie die Voraussetzung dafür, daß sich die Menschen unter den verschiedenen (ungleichen) Bedingungen der Weltarbeitsteilung reproduzieren können. Andererseits liefern die verschieden strukturierten Haushalte, das heißt die spezifischen Formen der Alltagspraxis, in denen sie die tägliche Reproduktion bewerkstelligen, das Material rassistischer oder ethnischer Stigmata, die die Segmentierung der Weltarbeitskraft ideologisch legitimieren und zementieren.

Anknüpfend an Wallersteins Überlegungen lassen sich die Unterschiede zwischen dem Modell der bürgerlichen Kleinfamilie und den verschiedenen Formen

der Haushaltsorganisation von Migrantinnen und Migranten sowohl in Bezug auf die je spezifische Rolle von Frauen in deren Reproduktion als auch in Bezug auf deren Funktion für den segmentierten Arbeitsmarkt als rassische Trennungen in den Zentren selbst thematisieren. Insbesondere im Zusammenhang der Familienpolitik wird die rassische Spaltung vorangetrieben, wenn etwa in der Bundesrepublik auf der einen Seite für Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit zum »Nachzug« von Familienangehörigen scharfen Restriktionen unterworfen ist, auf der anderen Seite aber durch entsprechende steuerpolitische Maßnahmen (Ehegattensplitting, unsoziale Kinderfreibetragsregelungen usw.) die bürgerliche Kleinfamilie gegenüber anderen Lebensformen präferiert und stabilisiert werden soll. Im Rahmen der Bevölkerungspolitik wird nach dem gleichen Muster verfahren: einerseits trachtet etwa die *Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit* unter dem Stichwort »Überbevölkerung in der Dritten Welt« danach, die entwicklungspolitische Familienplanung und die antinatalistische Bevölkerungspolitik zu modernisieren, internationale Organisationen wie die *United Nations Fund of Population Activities* oder die *International Planned Parenthood Federation* propagieren ihre bevölkerungspolitischen Initiativen gar unter den Schlagworten »Vorrang für Frauen« und »Investieren in Frauen«, um eine Senkung der Geburtenzahlen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu erreichen; andererseits soll in den kapitalistischen Metropolen durch die Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung, durch die ideelle und materielle Aufwertung des »Mutterstatus« und durch ähnliche Maßnahmen die Steigerung der Geburtenrate in der »eigenen« Bevölkerung stimuliert werden. Unverhohlen wird diese Familien- und Bevölkerungspolitik als Zeichen einer »Feminisierung« der Entwicklung und der Gesellschaft ausgegeben. Sie folgt der doppelten eurozentristischen Prämisse einer Universalisierung der kleinfamiliären Haushaltsstruktur und der Aufrechterhaltung einer partikularistischen Abschottung und Trennung der Zentren.

Um diesem Eurozentrismus zu begegnen, erweist es sich für die feministische Theorie als erforderlich, diejenigen Beschränkungen, die bisher eine Ausblendung rassistischer Spaltungen erlaubten und begünstigten, zu überwinden. Gegenwärtig deuten sich in der bundesrepublikanischen feministischen Diskussion zwei Richtungen an, die Unterschiede und Ungleichheiten, die zwischen Frauen bestehen, zum Gegenstand zu machen. Die erste Richtung sucht, das Phänomen Rassismus mit Hilfe des »Differenzbegriffs« zu bestimmen. Dabei werden entweder in Anlehnung an poststrukturalistische Theorien »Rasse« wie »Geschlecht« und »Klasse« lediglich als »Orte der Differenz«, als formalistische Differenzierungen behandelt, oder die Unterdrückung durch Rassismus wird – ähnlich wie die Dis-

kriminierung von Homosexualität, Behinderung oder Alter – als »heterogene Erfahrung« der Subjekte dargestellt. In politischer Hinsicht läuft die erste Spielart dieser Richtung darauf hinaus, Unterdrückung, Gewalt und Ausbeutung tendenziell unsichtbar zu machen, während die zweite in einen Relativismus zu verfallen droht, der sich in der Betonung von Pluralität, etwa »weiblicher«, »kultureller« Verschiedenheit bereits erschöpft.

Die zweite Richtung versucht dagegen, die beobachteten Differenzen, Trennungen und Spaltungen zwischen Frauen als Resultat und Ausdruck einer dreifachen Unterdrückung durch Kapitalismus, Sexismus und Rassismus zu erklären. Die These der »triple oppression« zielt so zwar auf die Unterschiede zwischen Frauen und benennt sie als unterschiedliche soziale Verhältnisse und Machtbeziehungen zwischen und in den Zentren und den Peripherien, doch der Begriff suggeriert zugleich eine Addition von Unterdrückungsformen. Damit wird dem in der feministischen Theorie entwickelten Ansatz der doppelten Ausbeutung der Frauen (Kapitalismus und Patriarchat) lediglich ein weiteres Ausbeutungsverhältnis hinzugefügt, ohne daß die Verknüpfungen der sozialen Machtverhältnisse bestimmt werden könnten. Die Konzeption der »triple oppression« ist folglich auch offen für die Hierarchisierung dieser Ausbeutungsverhältnisse, die der Vorstellung eines universellen Patriarchats als primäres und alle anderen Formen der Unterordnung übersteigendes Unterdrückungsverhältnis verhaftet bleibt.

Sexismus und die Rassismus-Debatte

Nicht nur innerhalb des Feminismus ist das Verhältnis von Sexismus und Rassismus virulent geworden. Auch in der derzeitigen Diskussion über Rassismus zeigt sich eine Tendenz, das Phänomen Sexismus mit dem Phänomen Rassismus zu verbinden. Zumeist werden hier Rassismus und Sexismus in einem Atemzug genannt und Analogien, Überlappungen oder Verzahnungen behauptet. Beide Phänomene werden als Formen der Ausgrenzung und Hierarchisierung, als Formen der Naturalisierung sozialer Verhältnisse verstanden, in denen soziale Ungleichheit als unüberwindbar artikuliert ist, indem sie auf einen »natürlichen Ursprung«, auf unveränderbare biologische oder kulturelle Differenzen zurückgeführt wird. Überdies wird auf Übereinstimmungen verwiesen, die sich zwischen sexistischen und rassistischen Vorstellungen und Werturteilen zeigen. Vor allem das Auftreten sexualisierender Metaphern zur körperlichen und kulturellen Stigmatisierung der »Anderen« und deren Verschiebung beziehungsweise deren Verortung im Kontext von »Natur« und »Animalischem« bilden Elemente und Muster, in denen sich sexistische und rassistische Artikulationen überschneiden.

Die Analogien von Sexismus und Rassismus auf dieser Ebene legen zumindest nahe, daß es sich in Struktur und Funktionsweise um gleichartige Phänomene handelt.

Von einer solchen Gleichartigkeit ist meines Erachtens jedoch nur auf einer bestimmten Abstraktionsstufe auszugehen. Die Vorstellungen von »Rasse« und »Geschlecht« werden in einem Prozeß der Bedeutungskonstitution erst hergestellt, indem die verschiedenen Artikulationen des Rassismus und Sexismus sie als evidente, immer schon vorhandene »Kategorien« etablieren, das heißt, bei beiden »Kategorien« handelt es sich um ideologische Konstruktionen. In der feministischen Theorie aber ist »Geschlecht« bisher kaum als »imaginäre Formation« begriffen worden, welche eine »Wirklichkeit produziert, einschließlich die der Körper, die in der Wahrnehmung vor aller Konstruktion zu liegen scheinen« (Haraway). Ausgehend von dieser These läßt sich der Begriff der »Naturalisierung«, sofern er für die Diskussion über Sexismus und Rassismus tauglich sein soll, präzisieren: Wenn »Naturalisierung« bedeutet, soziale Verhältnisse auf natürliche zurückzuführen, dann setzt ein solches Verständnis das Naturverhältnis bereits als gegebenes voraus. Der ideologietheoretische Ansatz läßt demgegenüber »Naturalisierung« als Projektion sozialer Verhältnisse in den imaginären Raum »Natur« begreifen. Das Naturverhältnis selbst erweist sich damit als ein Effekt dieser Projektion; es geht den sozialen Verhältnissen nicht voraus, sondern ist sozial konstituiert. Beide Aspekte – die soziale Konstitution des Naturverhältnisses und die ideologische Konstruktion von »Rasse« und »Geschlecht« – in den Mittelpunkt der Diskussionen um Rassismus und Sexismus zu rücken, bedeutet, die rassistischen und sexistischen Prämissen zu vermeiden, und ermöglicht, der Substantialisierung kulturalistischer beziehungsweise biologistischer Zuschreibungen zu entgehen, wie sie etwa in den Vorstellungen einer »weiblichen« Naturverbundenheit, Gefühlsbetontheit, Sinnlichkeit und eines assoziativ-bildhaften Denkens der Frauen kultiviert werden.

Darüber hinaus laufen Analogisierungen, die sich auf das »Funktionieren« von Sexismus und Rassismus beziehen, Gefahr, die Unterschiede zwischen den beiden Phänomenen zu verwischen. Wenn etwa Etienne Balibar in seinen Beiträgen zur Rassismus-Debatte von der »polymorphen Struktur« des Rassismus spricht, in die alle denkbaren Formen der Ausgrenzung, der Minorisierung, der Hierarchisierung und Herrschaft eingelassen sind, so gilt dies sicher auch für den Sexismus. Sexismus wie Rassismus sind eingelassen in die familiäre Ideologie und die alltägliche Praxis der Reproduktion, sie sind in dem Bildungssystem, den Medien und den Kulturinstitutionen präsent und artikulieren sich in den nationa-

len Ritualen und sprachlichen Praxisformen. Obgleich jeder Versuch, Sexismus und Rassismus einfach zu definieren, an dieser Komplexität, an den unterschiedlichen Konfigurationen, den verschiedenen Artikulationen, »Funktionen« und Wirkungsweisen dieser beiden Phänomene scheitern muß, läßt sich in diesen polymorphen Strukturen dennoch ein jeweils dominantes Prinzip ausmachen, das Sexismus und Rassismus voneinander unterscheidet.

Der Rassismus ist zunächst abstrakt als ein Ein- und Ausschlußmodus zu bestimmen, der in einer variablen Kombination von äußerer Ausschließung, Assimilation und innerer Ausgrenzung (Minorisierung) bis hin zur Eliminierung die »eigene« Gruppe von den »Fremden« spaltet und gegen sie abschottet. Die Ausgrenzung ist folglich das dominante Prinzip des Rassismus, auch wenn er Elemente der unterordnenden Einschließung (Assimilation) beinhalten kann. Auch der Sexismus ist auf abstrakter Ebene als ein Ein- und Ausschlußmodus zu fassen, der die Unterwerfung der Frauen aufrechterhält. Die Trennung des »eigenen« von dem »anderen« Geschlecht ist jedoch selbstbezüglich, das heißt, die Frau ist das »andere Geschlecht« für den Mann, und hyperonym, das heißt, die Trennung hat die Form der einschließenden Unterordnung des besonderen (weiblichen) unter das allgemeine (männliche) Geschlecht. Vom Frauenraub und Frauenhandel bis hin zu den verschiedenen Formen der Patrilokalität und Patrilinearität ist die Unterordnung der Frau nicht die Geschichte ihrer Ausschließung, sondern vor allem die ihrer Einschließung. Formen des Ausschlusses von Frauen, die sich zum Beispiel im nationalstaatlichen Rahmen historisch in zivil- und strafrechtlichen Bestimmungen wie dem Ausschluß vom Wahlrecht, dem Verbot der Mitgliedschaft in politischen Organisationen, dem Ausschluß vom Hochschulstudium niederschlugen und sich heute etwa in der sozio-strukturellen Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, ihrer geringeren Präsenz in den Führungspositionen der staatlichen Institutionen ausdrücken, sind Effekt ihrer Unterordnung im Einschluß, das heißt ihrer Unterwerfung innerhalb der »rassistischen Gemeinschaften«. Trotz der Analogien in der polymorphen Struktur von Rassismus und Sexismus ist die Verschiedenheit hinsichtlich ihrer sozialen Konfigurationen und Wirkungsweisen im Auge zu behalten; nur dann kann das Zusammenwirken und die wechselseitige Verstärkung von Rassismus und Sexismus thematisiert werden.

Den Ausgangspunkt für weitere Überlegungen zum Verhältnis von Sexismus und Rassismus kann folglich die Feststellung bilden, daß sich die generative und tägliche Reproduktion gesellschaftlich koexistierender Individuen in Formen »der Schöpfung und fortwährenden Neuschöpfung« (Wallerstein) rassistisch und national gekennzeichnete »Gemeinschaften« vollzieht. Hier verbindet sich die Proble-

matik der Reproduktion, der aus feministischer Perspektive entscheidende Bedeutung für das Geschlechterverhältnis zukommt, mit der Problematik der über Rassismus und Nationalismus organisierten Ausgrenzung und Hierarchisierung gesellschaftlich koexistierender Gruppen. Im Hinblick auf den Einschluß von Frauen wirft dies die Frage auf, wie sich die Unterordnung der Frauen und ihre jeweilige Stellung im Reproduktionszusammenhang mit den rassistischen Spaltungen verbindet, ob letztere gar konstitutiv für erstere sind. Zumindest hinsichtlich der Spaltung in Zentren und Peripherien läßt sich eine solche Annahme kaum zurückweisen. Sie bestätigt sich sowohl in der national und international gegenläufigen Zielrichtung der Bevölkerungspolitik als auch in den rassistisch motivierten Sexismen der nationalstaatlichen Ausgrenzungspolitik wie der Nicht-Anerkennung sexistischer Verfolgung als Asylgrund, den Restriktionen zur Erlangung einer vom Ehemann unabhängigen Aufenthaltserlaubnis für Migrantinnen oder der im Ausländergesetz verankerten Ausweisungsandrohung gegen Prostituierte.

Der Rassismusvorwurf von seiten der Migrantinnen hat auch die feministische Praxis in Frage gestellt und eine Auseinandersetzung in Gang gebracht, in der die Grenzen des eurozentristischen »bürgerlichen« Feminismus deutlich zutage treten. Anti-rassistische Aktivitäten und die Zusammenarbeit mit Migrantinnen sind gegenwärtig in der Bundesrepublik nur vereinzelt und meist auf lokale Frauengruppen beschränkt. Die Schwierigkeiten einer anti-rassistischen feministischen Politik können dabei vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den Niederlanden, in England und den USA diskutiert werden. So hat die niederländische Feministin Anja Meulenbelt beispielsweise das Lavieren zwischen »einem extremen Ethnozentrismus« und einem »radikalen Kulturrelativismus« als zentrales Problem erkannt, das die Verbindung von Feminismus und Anti-Rassismus erschwert, wenn nicht verhindert. Klar ist demnach, daß sowohl die missionarische Vorstellung des eurozentristischen Feminismus, die Frauen in der »Dritten Welt« und die Migrantinnen seien auf das »Emanzipationsniveau« von Frauen aus den Metropolen zu heben, als auch der relativistische Standpunkt, europäische Feministinnen hätten sich jeglicher politischer Beurteilung der Situation von Frauen aus den drei Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika oder einfach von Frauen, die anderen ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen (Haushaltsstrukturen) unterworfen sind, zu enthalten, den Raum für eine Auseinandersetzung über unterschiedliche politische Zielsetzungen verschließt. Noch unter einem weiteren Aspekt erweist sich derzeit der Zugang zu einer anti-rassistischen feministischen Politik allerdings versperrt: Frauenpolitik in der BRD heute ist nicht

nur institutionell verankert, sondern auch institutionell befangen. Sie spielt sich in Frauenministerien und in Gleichstellungstellen ab, ist von sozialkaritativen Maßnahmen und Einrichtungen begleitet, gar angeleitet, und kapriziert sich auf die Ebene von Eingliederungsprogrammen, Anti-Diskriminierungsgesetzen, Quotierungsforderungen und Frauenförderplänen. Ein solcher staatlich fixierter Feminismus bewegt sich im Rahmen der »nationalen«, das heißt der »ethnisch-sprachlichen Gemeinschaft« (Balibar). Die »Gleichstellung der Frau« unter dieser Voraussetzung wird – willentlich oder unwillkürlich – national identifiziert und schließt alle Frauen, die nicht der staatlich sanktionierten »rassischen Gemeinschaft« zugeordnet werden, von vornherein aus. Ohne eine feministische Praxis, die jene »rassische Gemeinschaft mit den Männern« konterkariert, werden selbst die Minimalforderungen einer anti-rassistischen und anti-sexistischen Politik – wie die nach Anerkennung sexistischer Verfolgung als Asylgrund und einer vom Ehemann unabhängigen Aufenthaltserlaubnis – letztlich nicht durchzusetzen sein.

Stefan Gandler Was passiert in Alemania?

Die gegenwärtig erstrebte Vereinigung der República Federal de Alemania (RFA) mit der República democrática alemana (RDA) erscheint als die Wiederherstellung eines alemanischen Nationalstaates, der Nationalismus als sein Pendant in den Köpfen der Menschen. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der alemanischen Nation und des alemanischen Nationalismus.

Die Nation und der Nationalismus sind keine alemanische Erfindung oder Besonderheit, sondern konstituierend für alle bürgerlichen Gesellschaften und stehen in einem engen Verhältnis zur kapitalistischen Produktionsweise. Gleichzeitig unterscheidet sich die alemanische Nationbildung und der zugehörige Nationalismus in starkem Maße von den durch bürgerlichen Revolutionen geschaffenen.

Die Äußerungsformen des im Zuge der Annäherung der beiden Staaten erstarkenden Nationalismus sind daher in der Darstellung analytisch zu trennen in solche, die in anderen Nationen vergleichbar vorkommen, solche, die in einem direkten Verhältnis zur kapitalistischen Produktionsweise stehen, und zuletzt solche, die speziell alemanischer Couleur sind.

Jeder dieser drei Stufen von Erscheinungsformen des heutigen alemanischen Nationalismus korrespondiert eine Ebene des Nations- beziehungsweise Nationalismusbegriffs, dessen Gehalt und Geschichte ihr jeweils entgegenzuhalten ist. Es ergeben sich folglich drei Gegenstandspaare als Grundlage für die Untersuchung der aktuellen Entwicklung in Alemania:

– Die implizite Aggression gegen alles, das fremd erscheint (innerhalb und außerhalb dieser Gesellschaft), das ist der exzessive Gebrauch des Begriffs der Nation im allgemeinen.

– Die penetrante Apologie der bestehenden Verhältnisse in der RFA, verbunden mit einer Ignoranz gegenüber der Situation in der sogenannten Dritten Welt, das ist der Nationalismus als Ideologie im Kapitalismus.

– Die kollektive Verdrängung des Nationalsozialismus, als auch der Haß gegen alle (und alles), die an jenes Faktum erinnern, das ist der Nationalismus als historisch am meisten zu sich gekommener in seiner alemanischen Form.

Erstens: Begriff der Nation im allgemeinen

Jede bestehende Nation praktiziert notwendigerweise den Ausschluß derer, die nicht Teil von ihr sind. Diese Gleichheit in der Erscheinung verschiedener Nationen hat aber unterschiedliche Hintergründe:

In der französischen Revolution, der bürgerlichen Revolution par excellence, wurde ein Staat geschaffen, dessen eigener Begriff es war, die formalen Schranken der Gesellschaft aufzuheben und alle Menschen rechtlich gleich werden zu lassen. Die Nationalversammlung diskutierte bereits 1789 über die rechtliche Gleichstellung von Minderheiten, Juden wurden als eigene Nationalität anerkannt und ihnen volle Bürgerrechte zugesprochen. Die Menschenrechte wurden für alle erklärt, das heißt auch für Nicht-Franzosen.

Aber in der gleichen historischen Etappe beschloß die Nationalversammlung, militärisch in alte Kolonien einzumarschieren, wenn dort die Verwirklichung der Freiheitsrechte die Versorgung Frankreichs mit Rohstoffen oder Lebensmitteln gefährdete. Am 17. März 1808 schränkte Napoleon mit dem »décret infâme« die Freiheitsrechte und die Gleichstellung der Juden ein. Seit 1807 wurden sie bereits nicht mehr als eigenständige Nationalität, sondern nur noch als religiöse Gruppe anerkannt. Ab diesem Augenblick war zum Erlangen der Staatsbürgerschaft, das heißt hier der Bürgerrechte, wieder die »richtige« Nationalität notwendig; andere, gleichberechtigte Nationalitäten innerhalb des französischen Staates waren nicht mehr akzeptiert, französische Juden mußten eben als Franzosen gehen, um formal gleichberechtigt zu sein, der Prozeß der Diskriminierung hatte begonnen.

Der Prozeß war also ein widersprüchlicher, der sowohl starke Momente der Gleichberechtigung, als auch solche der Ausgrenzung hatte. Es wird dabei im allgemeinen davon ausgegangen, daß der Begriff der »nation« direkt an den Kampf um die Freiheits- und Gleichheitsrechte gekoppelt war, also ursprünglich ein emanzipatorischer Begriff ist. Es verhält sich aber so, daß das Wort »nation« in der ersten Phase des Umsturzes von untergeordneter politischer Bedeutung gegenüber dem Wort »patrie« war, eher einen neutralen, rein beschreibenden Charakter hatte. Patriotisme hingegen hieß immer zugleich auch Liebe zur oder Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Glück. (Zumindest in theoretischen Diskussionen vor der Revolution wurde der Begriff auch abstrakt auf das Land bezogen verstanden, in dem die angestrebten Ideale verwirklicht sind.²) »Nation« wurde erst im Moment der Etablierung einer neuen Ordnung und der Kriege mit anderen Staaten zum vorherrschenden Begriff. Die vormals königlichen Institutionen wurden nationale: gendarmerie nationale, garde nationale, armée nationale,

éducation nationale, assemblée nationale. Aus »lèse-majesté« (Majestätsverbrechen) wurde »lèse-nationale«³.

Der politisch-emphatische Begriff der »nation« ist also von Beginn an an die Existenz fester, versteinelter Verhältnisse geknüpft gewesen und hatte so trotz seiner anfänglichen fortschrittlichen Implikationen, anders als der Begriff der patrie, immer auch schon jenes ausschließende Element. (Selbstredend ist hiermit nichts über den heutigen Begriff der patrie oder des Patriotismus ausgesagt.)

In Alemania hingegen war dieses ausschließende Element des Nationsbegriffs nicht in einem Spannungsverhältnis zum anderen, emanzipatorischen, sondern es war selbst konstitutiv für den Nationsbegriff, der sich hier rassistisch und kulturell, das heißt völkisch bestimmte. Dies sind die unterschiedlichen Hintergründe des allgemein zu bestimmenden ausschließenden Elements des Begriffs der Nation.

Gemeinsam ist der materiellen Gestalt aller Nationalstaaten, daß es neben der Abgrenzung nach außen auch eine Diskriminierung nach innen gibt. Um das Nationalkollektiv als stabiles zu etablieren, bedarf es einer Norm, die notwendigerweise auch Menschen ausschließt, die sich auf dem Nationalterritorium befinden. Diese Norm definiert sich entweder rassistisch-völkisch (die Staatsbürgerschaft erhalten diejenigen, deren Eltern/Großeltern die Nationalität haben⁴) oder über eine Mindestfrist der Teilnahme an der nationalen Produktion durch die Eltern (diejenigen, die auf dem Nationalterritorium geboren sind⁵) oder durch das Individuum selbst (diejenigen, die z.B. seit mindestens zwei Jahren in der nationalen Ökonomie arbeiten⁶). In allen diesen Fällen sind Menschen aus anderen Ländern, zum Beispiel Flüchtlinge, von dem Recht, in einem bestimmten Staat sofort die Staatsbürgerrechte zu erhalten, ausgeschlossen.

Diese in jedem Nationalstaat notwendigerweise zu findende Ausgrenzung und die damit verbundene Aggression gegen alle, die fremd erscheinen, nimmt in Alemania im Zuge der Annäherung zwischen RFA und RDA stark zu. Dies äußert sich unter anderem im oben angesprochenen Umgang mit Flüchtlingen: Auf die zunehmend sich öffentlich äußernde Stimmung, die große Anzahl von RDA-Bürgern, die in die RFA umziehen, werde zum unlösbaren Problem, antworteten führende Christdemokraten, davon könne überhaupt keine Rede sein, solange nicht die »dreihunderttausend« in der RFA lebenden Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, »konsequent« abgeschoben würden. Die Politik, die Grenzen für Flüchtlinge immer dichter zu machen, findet bis ins Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main Zustimmung.

Der Antisemitismus nimmt ebenso wieder offenere Formen an, so kann der Herausgeber des renommierten, als links-liberal geltenden Nachrichtenmaga-

zins *Spiegel* Augstein dem Auschwitz-Überlebenden Elie Wiesel in diesem Magazin »das Recht« absprechen, seine Vorbehalte gegen eine allzu schnelle Vereinigung der RDA mit der RFA öffentlich kundzutun⁷. Das selbe Magazin bringt Anfang des Jahres eine Reportage über den SED-Vorsitzenden Gysi, in der dieser mit den bekannten antisemitischen Klischees beschrieben wird⁸.

Über diese Gemeinsamkeit in solchen international vergleichbaren, das heißt allgemeinen, Ausgrenzungstendenzen von Nationen geht die spezifische Form der Verfolgung fremd Erscheinender qua systematischer physischer Vernichtung, die in Alemania ihren Hort hat, hinaus; dies ist darzulegen in der dritten Stufe der Erörterung.

Auf der hier abzuschließenden ersten Darstellungsstufe war aber die Gemeinsamkeit jedweden Nationalismus zur Anschauung zu bringen, um der irreführenden Ansicht zu begegnen, der alemanische Nationalismus sei ausschließlich aufgrund des Faktums des Nationalsozialismus ein bedrohliches Ding.

Zweitens: Nationalismus als Ideologie im Kapitalismus

In der gegenwärtigen Epoche des Weltmarktes und der internationalen Arbeitsteilung steht dem nationenübergreifenden Gehalt der Warenproduktion eine nationale Organisationsform gegenüber. Der Doppelcharakter der gesellschaftlichen Produktion als sowohl nationale als auch internationale entzieht sich im allgemeinen der Wahrnehmung, da man dem fertigen Produkt nicht ansieht, wo überall in der Welt Arbeitskraft für seine Herstellung verschlissen wurde, und zum anderen die Arbeitsteilung so hochorganisiert und starr ist, daß keiner der Beteiligten den ganzen Produktionsprozeß auch nur einer international hergestellten Ware kennen kann. Es entsteht der Eindruck, die Produktion sei rein nationaler Natur, woraus geschlossen wird, daß der Reichtum einer Nation selbständig existiert. Die eigene Nation wird als Zentrum des Universums angesehen und versucht, die inneren Verhältnisse aus sich heraus zu erklären, ohne dabei auf die internationalen zu reflektieren.

So ist es heute in der RFA bis hinein in linke Kreise verbreitet zu denken, der Kapitalismus sei nun »gezähmt«, das heißt, es gebe keine brutale Ausbeutung oder offene Repression mehr. Diese erkenntnistheoretisch (von den materiellen Verhältnissen ausgehend) zu erklärende Borniertheit, die das, was sich woanders abspielt, einfach ignoriert beziehungsweise die internationalen Zusammenhänge nicht erkennt, wird dadurch bestärkt, daß die weltweiten Verknüpfungen in der Hauptsache wirtschaftlicher und politischer Art und nicht gesamtgesellschaftlicher sind. Das bedeutet: Während VW und Bayer zum Beispiel in Mexiko fast

ebenso produzieren wie in der RFA, ist dieses Land für die Alemanen weiterhin jenseits aller Alltagserfahrung oder Einsicht, woran auch der Besuch der Fußballweltmeisterschaft oder der Neckermann-Urlaub in Acapulco nichts ändern kann.

Gleichzeitig bestärkt die jüngste Entwicklung Alemanias diese verengte Welt-sicht auch noch, da in Massenmedien und politischen Diskussionsrunden der Eindruck erweckt wird, daß die Welt bloß noch aus zwei Teilen besteht: Westalemania und Ostalemania – eventuell noch jeweils mit ihnen anhängenden Mächten.

Die zweite Borniertheit, das ist Mystifikation, die der Nationalismus beinhaltet, ist die einer Vorstellung von Nation als Einheit Gleicher unter Gleichen. Das heißt, es gibt keine Ausgebeuteten oder Ausbeuter mehr, sondern eben nur noch Alemanen. Diese Borniertheit hängt mit der ersten zusammen, hat also paradoxerweise wie diese ihre materielle Grundlage in den weltweiten Verschränkungen.

Zum einen ist sie gleichermaßen von den die Erkenntnis verstellenden gesellschaftlichen Verhältnissen verursacht, hängt mit der Suche nach der »nationalen Identität« zusammen, die in der ständig steigenden »Internationalisierung« von Lebensformen begründet ist. Kurz gesagt: Nachdem Coca-Cola den Waldmeister als Erfrischungsgetränk verdrängt hat, aber das Festgeklebtsein in der RFA fortbesteht und auch kaum jemand die Möglichkeit hat, nach Gusto nach New York zu fliegen, bedarf es irgendeiner neuen Identitätsfindung, um die eigene Eingesperrtheit zu ertragen. Bornierte Verhältnisse erträgt nur, wer sein borniertes Bewußtsein behält.

Zum anderen ist die zweite Borniertheit auch ein interessiertes Vorurteil insofern, als von einer Korruption der Arbeiterklasse in den Industrienationen gesprochen werden kann, die einen Pakt mit den jeweiligen nationalen Konzernzentralen eingehen und sich gemeinsam gegen Forderungen und Kämpfe von Arbeiterbewegungen in der sogenannten Dritten Welt abschotten. So können etwa gemeinsam dortige Streiks sabotiert werden durch Sonderschichten in den hiesigen Werken, siehe zum Beispiel VW in Puebla/Mexiko und in Wolfsburg in den 70er und 80er Jahren⁹.

In der gegenwärtigen Entwicklung wird auch diese Tendenz des nationalen Wohlstandschauvinismus verstärkt. Die Entwicklungshilfe für die sogenannte Dritte Welt wird gekürzt. In der RFA wird jetzt alles für die RDA beziehungsweise für die neue Nationalstaatsbildung benötigt, und die RDA hat plötzlich kein Geld mehr für Krankenhäuser in Nicaragua oder ähnliches.

Das dargestellte Verhältnis von Nationalismus und Kapitalismus spielte in der neuesten Entwicklung in der RDA gewiß eine bedeutende Rolle. Hierbei ist umstritten, ob dabei das ökonomische Interesse sich nationalistisch äußere, also der

Nationalismus als interessiertes Vorurteil zu verstehen ist oder ob er eine starke, von direkten ökonomischen Interessen unabhängige Eigendynamik zeigt, also ein erkenntnistheoretisch zu erklärendes Problem ist, das heißt notwendig falsches Bewußtsein.

Dies ist ausgehend von einer Rückschau auf die Entwicklung der RDA seit dem August 1989 zu untersuchen:

Die Anti-SED-Bewegung wurde initiiert von Gruppen der unabhängigen Linken, Radikaldemokraten und kritischen Kreisen innerhalb der evangelischen Kirche, als Bewegung gegen die Omnipotenz weniger über den ganzen Staat, als radikaldemokratische oder demokratisch-sozialistische. Die große Mehrheit der politischen Oppositionsgruppen publizierte ohne Unterlaß in den ersten Wochen der Bewegung, daß sie auf keinen Fall eine Gesellschaft wie die der RFA etablieren wollten. Sie suchten den »dritten Weg« jenseits von Kapitalismus und realexistierendem Sozialismus. Diejenigen, die sich nicht entschieden, in die RFA zu gehen, riefen, daß sie eine Gesellschaft erkämpfen werden ohne die Repressionen der alten Ordnung und ohne die Unerbittlichkeit des Kapitalismus.

In diesem Augenblick war klar, daß die Opposition in der RDA eine Alternative zur RFA etablieren wollte, und niemand sprach von einer Vereinigung der beiden alemanischen Staaten. In den unterschiedlichsten Zusammenhängen wurde die westalemanische Gesellschaft wegen ihren enormen inneren Ungleichheiten und ihrer wichtigen Rolle bei der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt kritisiert. Die Linke in der RFA setzte viele Hoffnungen in diese Oppositionsbewegung, die als die progressivste in ganz Osteuropa erschien. Die Rechte und die Konservativen in der RFA unterstützten sie wegen ihres Anti-SED-Charakters, den sie mit ihrem eigenen Antikommunismus identifizierten.

Das heißt: Die Bewegung war in den ersten Wochen sehr widersprüchlich und ihr Ende völlig offen. Es gab keine organisierte rechte Opposition in der RDA, nur linke Gruppierungen leisteten in den letzten Jahrzehnten kontinuierliche Kritik an der SED. In diesen Tagen des Sturms und des Drangs nach Neuem schien es keinen Eingang von rechts in die Bewegung zu geben. Kurz darauf, vielleicht gerade noch im letzten Moment, wurde diese so ersehnte Eingangstüre gefunden: der Nationalismus. Wenn das, was »naturgegebenerweise« zusammengehört, zwei verschiedene Entwicklungen nimmt, muß etwas falsch sein. Wenn ein Teil Alemanias kapitalistisch ist, und der andere versucht, es nicht zu sein, müssen die »Naturverhafteten« sich Fahnen-schwenkend erheben.

Es war dabei klar, welche der beiden möglichen Entwicklungsrichtungen die gegebene zu sein hat. Diejenige, die mehr Kapital, mehr Territorium, mehr inter-

nationalen Einfluß, mehr Macht hat. Die der RFA, die »soziale Marktwirtschaft«, die kapitalistische Produktionsweise.

(Die Einführung dieser Gesellschaftsform in einem eigenen Staat, etwa wie Polen oder Ungarn, zu versuchen kam gar niemandem erst in den Sinn. Dies liegt unter anderem daran, daß die RFA dadurch, daß sie als einziger Staat der Welt bis heute die RDA nicht als souveränen Staat anerkannt hat, diese immer schon als einen entwendeten Teil ihres eigenen Staatsgebildes betrachtet und dies auch so in ihrem allgemein hochgelobten Grundgesetz festgeschrieben hat.)

Die Kombination des Versprechens der supervollen Supermärkte und der Versprechung der ursprünglich-paradiesischen Einheit machte den fundamentalen Wechsel der »öffentlichen Meinung« der RDA möglich. Kurz nachdem die ersten nationalistischen Vereinigungs-Transparente auf den Leipziger Montagsdemonstrationen auftauchten, wurde es bereits unmöglich, an einer Kritik am Kapitalismus, seinen Unterdrückungen und seiner inneren und internationalen Ausbeutung festzuhalten. Wer es tat, wurde als »Staatssicherheits«-Agent beschimpft, bekam eingedroschen, was jetzt Sache ist.

Bleibt die Frage, inwieweit die von der Regierung der RFA mitprovozierte Phantasie von Wohlstand für die RDA-Bürger nicht irgendwann enttäuscht werden wird. Anfang April 1990, zwei Wochen nach der Wahl zur Volkskammer der RDA, führten die Aussagen des Regierungschefs der RFA über einen Umtausch der Mark der RDA in Mark der RFA in einem Verhältnis von bestenfalls zwei zu eins zu großen Protestdemonstrationen in verschiedenen Städten der RDA. Auf diesen Kundgebungen waren keine Flaggen Alemanias mehr zu sehen. Die Aussage des Kohls, die bedeutete, daß die RDA-Bürger nur die Hälfte der versprochenen Warenmenge erhalten sollen, wurde wieder aus der öffentlichen Diskussion genommen: Es stehen ja noch die Kommunalwahlen am 6.Mai 1990 an.

Inwieweit eine mögliche erneute Enttäuschung nach jenem Datum sich im politischen Bewußtsein beziehungsweise Räsonnement, niederschlagen wird, bleibt der Spekulation vorbehalten.

Wir sehen jedoch nur die Möglichkeit, daß dies entweder zu einem Stimmungswandel zu Gunsten der Sozialdemokratie führen wird oder daß es bewirkt, daß der Nationalismus als Moment der Erhebung erst recht Bedeutung bekommt, da die erhoffte und versprochene schnelle Konsumausdehnung in allzuferne Zukunft, ins Ungewisse rückt. Der Nationalismus in der RDA als Triebkraft und Konsequenz des Geredes um die alemanische Kopulation wird zwar bestärkt durch die Wohlstandsphantasien, ist aber nicht auf Gedeih und Verderb an sie geknüpft.

(Auch die Interessen der Herrschenden standen in diesem Prozeß eine Zeit lang offen gegeneinander, Nationalismus und ökonomische »Vernunft« schienen sich zu widersprechen. Im Februar 1990 äußerten sowohl der Chef der Staatsbank der RFA als auch der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Westberlin große Bedenken gegen eine allzuschnelle Vereinigung und Währungsunion. Ob diese Bedenken alle ausgeräumt sind oder aus anderen Gründen in der Presse nicht mehr für Verwirrung sorgen, bleibt unklar.)

Die Eigendynamik des Nationalismus als ideologisches Phänomen in Alemania ist nicht zu unterschätzen.

Der Gegenbeweis würde uns sehr freuen – das Fehlen der Alemania-Wimpel auf den oben genannten Protestdemonstrationen ist aber ein solcher nicht: Au contraire. Wären Alemania-Banner einzig Symbol für Wohlstandserwartungen, wie so oft behauptet, dann hätten die Demonstrierenden von Leipzig und anderswo (die zum Großteil genau die waren, die sie kurz vorher noch begeistert geschwenkt haben) mit ihnen das gleiche gemacht, wie die RFA-Regierung mit ihren Versprechungen: halbiert.

Dies geschah nicht, die Fähnchen blieben zuhause, eingepackt bis zum nächsten Mal, da sie wieder passend erscheinen.

Einige Gründe für diese starke Eigendynamik des Nationalismus in Alemania werden im folgenden näher beleuchtet.

Drittens: Nationalismus als historisch am meisten zu sich gekommenem in seiner alemanischen Form als Vernichtung des fremd Erscheinenden

Gab es in bürgerlichen Revolutionen und in Befreiungsbewegungen in der sogenannten Dritten Welt noch die Möglichkeit, irgendeine, wenn auch noch so vage Verbindung zwischen einer revolutionär-fortschrittlichen Bewegung und dem Begriff der Nation zu sehen, so ist dies in Alemania eigentlich seit 1848, endgültig aber seit 1933 nicht im entferntesten mehr möglich.

In Frankreich beispielsweise wurde die durch die Revolution hergestellte Rechtsgleichheit für jüdische Franzosen auch mit der Verfestigung der Nation nicht einfach aufgehoben. Der Nationsbegriff hatte die aggressive Ausgrenzung nach innen nicht so nötig. Die juristische Emanzipation der Juden wurde zudem in den von den französischen Truppen eingenommenen alemanischen Gebieten durchgesetzt. Dies rief dort einen Sturm der Empörung hervor. Nachdem die französische Einflußnahme in den »Befreiungskriegen« beendet wurde, hatten die Alemanen nichts eiligeres zu tun, als diese inneren Gleichheitsrechte wieder auf-

zuheben. Die Freie Reichsstadt Frankfurt am Main ging mit leuchtendem Beispiel voran: Hier wurde als erstes, bereits im Jahre 1815, das Ghetto wieder geschlossen, nachdem sich die Bürgerschaft (einschließlich Goethes) der Öffnung des Ghettos im Jahre 1811 mit aller Zähigkeit widersetzt hatte und durchsetzen konnte, daß die jüdische Gemeinde als Vorbedingung 440.000 Gulden Lösegeld zur »Entschädigung« für die nun entfallenden Schutzgelder zahlen mußte.

Da die »Nation« in Alemania nicht gegen die Herrschenden durchgesetzt wurde, national also der Gegenbegriff zu royal nicht sein konnte, bedurfte es eines anderen Gegenübers, um sich zu konstituieren: Der äußere und der innere Feind machte es ideologisch erst möglich, daß völlig unterschiedliche gesellschaftliche Klassen sich vereinigten, das Bürgertum, anstatt die Fürsten zu köpfen, sich mit ihnen die Macht teilend arrangierte: die ökonomische Macht dem Bürgertum und die politische dem Adel.

Der alemanische Nationalstaat wurde nicht in einer inneren Auseinandersetzung von den Rechtlosen erkämpft, sondern in den erwähnten »Befreiungskriegen« gegen die napoleonischen Truppen (Völkerschlacht Leipzig 1813) und im späteren Eroberungskrieg gegen Frankreich. Alle historischen Bewegungen, die in eine andere, emanzipatorische Richtung tendierten, waren zu schwach; zu stark die Tendenz, sich immer wieder den je Herrschenden zu Füßen zu werfen.

Die im Vergleich zu anderen europäischen Staaten verspätete kapitalistische Entwicklung hat ihren Anteil an dieser Tendenz. Auf die genaueren historischen Hintergründe, insbesondere ökonomischer Natur, kann hier aber nicht eingegangen werden¹⁰.

Die Analyseansätze, die, von der These der verspäteten alemanischen Nation ausgehend, die Ursachen für die verheerende Entwicklung des Nationalismus in Alemania zum Nationalsozialismus suchen, sind in Gefahr, bei aller richtiger Beschreibung der Unterschiede, implizit die »normale«, das heißt nicht verspätete Nationalstaatsbildung und damit den »normalen« kapitalistischen Nationalstaat zu verklären¹¹.

In Alemania kulminierte der Nationalismus im Nationalsozialismus, das heißt im perfektsten industriellen Genozid und im blutigsten Aggressionskrieg der Geschichte. Es waren zwar die Massen, die sich in Bewegung setzten, nicht aber um ihre Unterdrücker einen Kopf kürzer zu machen, sondern um diejenigen, von denen sie glaubten, daß sie sich noch nicht vollständig unterworfen hätten wie sie selbst, in den Gaskammern millionenfach zu ermorden. Nationalismus war dabei selbstredend in nichts mit Freiheit, Solidarität oder Gleichheit verknüpft, (auch wenn das Gerede von der Volksgemeinschaft so etwas suggerieren wollte –

selbstverständlich nur für Alemanen und ohne einen Begriff der Freiheit) sondern hieß Verfolgung bis zur physischen Vernichtung aller, von denen vermutet wurde, daß sie an die Möglichkeit der Freiheit auch nur im entferntesten erinnern konnten. (Dies heißt nicht, daß Juden oder Sinti und Roma tatsächlich freier oder glücklicher lebten als Alemanen, nur der Umstand, daß einige des jeweiligen Kollektivs – und sei es bereits zwei Generationen her – sich nicht völlig assimiliert, auch in der Diaspora eine eigene Identität bewahrt hatten, erregte Argwohn: Es könnte ja sein, daß in diesem abweichenden Leben das Schlupfloch im versperrten Weg zum freien Leben sich befindet.)

Während also die napoleonischen Truppen von fortschrittlichen Kreisen in vielen Ländern zumeist ersehnt und begrüßt wurden, hieß es für Alemanias ›Mission‹: »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland« (Paul Celan).

Die sechs Millionen Juden, Roma und Sinti sowie andere von Ermordeten in Oswiecim, Chelmno, Warszawa, Łódz, in tausenden von Orten der Sowjetunion, an fast jeder Stelle Europas, mußten mit ihrer kollektiven Ermordung den Preis dafür bezahlen, daß die Alemanen sich völlig in dem Wahn der Vollkommenheit wiegen konnten.

Das quälende Spannungsverhältnis zwischen der Möglichkeit der Freiheit (das heißt der freien Gesellschaft) und ihrer realen Unterdrückung sollte in der französischen Revolution durch die Zerschlagung des Repressionsstaates und im Nationalsozialismus durch die Beseitigung des Gedankens an diese Möglichkeit selbst gelöst werden.

Die Tatsache aber, daß es noch Überlebende gab, die darüber redeten und reden, daß es deren Nachfahren gibt und andere darüber hinaus, die sich darum kümmern, daß es einfach nicht ruhig wird um den Genozid, ist der Hintergrund, auf den sich die Gesinnung bezieht, die Adorno in dem Satz faßte: »Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen.« Diejenigen, die durch ihr (potentielles) Anderssein ihre eigene Vernichtung – so die »Logik« – erst provoziert hatten, hacken jetzt auch noch darauf herum, halten die Möglichkeit des besseren Lebens immer noch im Gedächtnis, wenn auch in ihrer absoluten Negation: dem Zivilisationsbruch.

Denn solange es noch Erinnerung an *die* Tat gibt, haftet Auschwitz noch der Makel der Unvollkommenheit an. (Auch so ist der Versuch zu verstehen, durch die Sprengung der Gaskammern und Krematorien in fast allen Konzentrationslagern, alle Spuren des Genozids auszulöschen.) Erst das völlige Vergessen der »Endlösung der Judenfrage«, löscht die quälende Idee der eigenen gesellschaftlichen Unvollkommenheit aus, denn nur eine Gesellschaft, die keine Alternative zu

sich kennt, kann sich einbilden, der Höhepunkt der Geschichte zu sein. (In der RFA wurde dabei glänzend in den letzten Jahren bewiesen, daß über etwas reden und es verdrängen sich keineswegs widersprechen muß.) Es ist daher auch nicht als Zufall zu verstehen, an welchem Tag ausgerechnet die Grenze RDA-RFA geöffnet wurde:

»Welcher Tag ist es, den viele Deutsche schon zum Staatsfeiertag machen wollen, da sie ihn als Symbol eben dieser ›Wiedervereinigung‹ sehen?

Der neunte November.

Dieser graue Herbsttag ist also der Tag, an dem der brave Deutsche so richtig zu sich kommen kann. Gefeierte werden soll dann seit 1989 die Öffnung der Grenze DDR-BRD, so schlägt es zum Beispiel der SPD-Chef Vogel vor. An welchem Tag da in Zukunft die Sektkorken knallen sollen und auf der Straße man mit Tanzenden zu rechnen haben wird, wurde von jenem Vogel nicht näher gesagt. Vergessen scheint plötzlich das Getue, das noch ein Jahr vorher an eben diesem Tag von fast allen Seiten inszeniert wurde, um den fünfzigsten Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht würdig und unter Einbeziehung der jüdischen Gemeinden in der BRD zu begehen. Die braucht man jetzt aber nicht mehr. Seit dem neunten November Neunzehnhundertneunundachtzig kann man diesen Tag in ›Deutschland‹ wieder ohne Juden gut feiern.

Es ist so etwas eingetreten wie eine Normalisierung. Ein deutscher Bundeskanzler braucht keine Kniefälle mehr zu machen, er geht aufrecht durchs Brandenburger Tor. Die Zeit der Sühne ist vorbei, noch bevor sie wirklich begonnen hat. Mit der Öffnung der Grenzen DDR – BRD ist das letzte Symbol dessen, was Deutschland den Platzverweis in der Geschichte eingebracht hat, beiseite geschafft.«¹²

Konklusion: »Wiedervereinigung« und Emanzipation

Auf der Grundlage der bisherigen Darstellung ist eine »Wiedervereinigung« weder als realer Prozeß, noch sind seine ideologischen Implikationen als etwas Emanzipatorisches oder Vernünftiges vorstellbar. Dies ist in der Diskussion zweier Themengebiete begreifbar:

- Nation/Nationalismus/völkischer Rassismus und
- Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Zum ersten bleibt bloß noch zu sagen, daß es in der vorliegenden historisch-gesellschaftlichen Situation Alemanias keinen Grund gibt, sich sicher zu sein, daß vergleichbare nationalistisch-barbarische Exzesse nicht nochmals entstehen. Dabei gehen wir sowohl von unserer allgemeinen Nations- und Nationalismus-

Kritik als auch davon aus, daß das, was den Nationalsozialismus möglich gemacht hat, (leider) nicht einfach aus den Köpfen der Menschen und der ideologischen Basis der alemanischen Gesellschaften verschwunden ist. Nationalismus bedeutet heute in Alemania notwendigerweise, die kollektive Barbarei des Nationalsozialismus zu verdrängen, den Anteil der RFA an den internationalen Ausbeutungsverhältnissen nicht zugeben zu wollen und die inneren Verhältnisse zu zementieren. Dieser Nationalismus treibt aber den Prozeß der »Wiedervereinigung« nicht nur voran, sondern wird selbst durch ihn nochmals dynamisiert.

Gleichzeitig verringert dieser Prozeß die materiellen Sicherheiten gegen die oben erwähnte Gefahr¹³. Dagegen wird des öfteren mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker argumentiert, das auch auf den alemanischen Fall anzuwenden sei. Es wird gesagt, es sei anti-emanzipatorisch zu versuchen, die Fesseln, die von außen um Alemania gelegt wurden, zu erhalten¹⁴.

Aber genau aus der Tatsache, daß es notwendig war, Alemania von außen zu fesseln, um die Fortsetzung des Genozids und des Zweiten Weltkriegs zu verhindern, da es keinen nennenswerten inneren Widerstand gab, resultiert unser Mißtrauen; und wir sehen nicht, warum wir heute optimistischer sein sollten. Es hat niemals in breiten Kreisen der Bevölkerung eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, der massenhaften Beteiligung an seinen Taten und dem fehlenden inneren Widerstand dagegen gegeben.

Mit der »Trauer« um alle Toten, den SS-Tätern von Bitburg und den Konzentrationslageropfern von Bergen-Belsen, durch Bundeskanzler Kohl und weiland US-Präsident Reagan wurde das begonnen, was über den »Historikerstreit«, in dem die »wahre« Ursache der nationalsozialistischen Greuelthaten in »Asien« vertortet wurde, im Gerede um die »Wiedervereinigung« ihre Krönung findet: Die Alemanen sind die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus, und die Täter sind (...)

Neben diesem allgemeinen Mißtrauen gibt es noch einen speziellen Grund gegen die »Wiedervereinigung« und gegen die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf Alemania, der sich auf die konkrete Form der gegenwärtigen Entwicklung bezieht:

In allen offiziellen Verlautbarungen wird als juristische Grundlage der »Wiedervereinigung« fast immer nur vom »Grundgesetz« der RFA gesprochen. Nur wenn mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Nicht-Alemanen das Recht abgesprochen werden soll, sich gegen diese Vereinigung zu äußern, erinnert man sich zumeist unausgesprochen des Völkerrechts, das diese Norm enthält. Aber das internationale Recht in seiner Form von Normen der Vereinten Nationen (UNO)

wurde als Reaktion auf den Nationalsozialismus und die alemanischen Aggressionskriege geschaffen. Die UNO selbst entstand aus einer großen »Anti-Hitler«-Koalition, an der wesentlich mehr Länder beteiligt waren als die vier Alliierten. In allen Originaltexten dieser Organisation ist zwischen den Zeilen zu lesen, daß sie als Konsequenz auf die Erfahrung mit Alemania formuliert wurden. (Später wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf kolonialisierte Länder angewandt, ist aber als Passiv- oder Verteidigungsrecht per se nicht auf dominierende Staaten, wie die RFA heute einer ist, anzuwenden.)

Genau der Staat, der sich selbst als Rechtsnachfolger des Dritten Reichs definiert, will nun Nutznießer jener Norm sein, ohne aber das Ergebnis des verlorenen Kriegs zu akzeptieren – verloren gegen jene »Anti-Hitler«-Koalition. Nach der Interpretation des höchsten Gerichts der RFA bedeutet das Wort »Alemania« im Grundgesetz der RFA »Alemania in den Grenzen vom 31.12.1937«. Das heißt: Nach ihrer Rechtsgrundlage beansprucht die RFA Gebiete Polens und der Sowjetunion, die diesen Ländern von den vier Alliierten zugesprochen wurden.

Dies ist mehr als eine Formalie. Verschiedene Ministerien in der RFA verwenden, wenn von der Republik Polen die Rede ist, die Formulierung »polnische Gebiete«¹⁵. In den RFA-Schulatlanten wurden noch in den 80er Jahren, die ehemaligen alemanischen Gebiete, die heute zu Polen gehören, »alemanische Gebiete unter polnischer Verwaltung« genannt.

Damit wird das Selbstbestimmungsrecht der Republik Polen und der Sowjetunion durch die Konstitution der RFA in Frage gestellt. Dies ist nur möglich, weil bis heute kein Friedensvertrag mit den Gewinnern des alemanischen Aggressionskrieges abgeschlossen wurde. (Formal besteht weiterhin Kriegszustand, im Stadium des Waffenstillstands nach Besetzung und bedingungsloser Kapitulation. Daß in diesem völkerrechtlichen Zustand die RFA auf ihr Selbstbestimmungsrecht pocht und gleichzeitig immer wieder Gebietsansprüche durchblicken läßt, kann nur heißen, daß die Erklärung der bedingungslosen Gesamtkapitulation vom achten Mai Neunzehnhundertfünfundvierzig gegenüber der Kommandantur der Roten Armee in Berlin Karlshorst nachträglich für unwirksam erachtet wird. Trotz aller Unterschiede erinnert dies an die damalige alemanische Position zu den Versailler Verträgen.)

Es gab nun im Januar 1990 den Vorschlag vom Ministerpräsidenten der RDA, Modrow, als Vorbedingung für die alemanische Vereinigung diesen Friedensvertrag zu schließen und damit auf der Ebene des internationalen Rechts den Kriegszustand zu beenden. Der Kanzler der RFA sagte dazu, daß das zu kompliziert sei und voraussichtlich Jahre dauern würde. Dies aber kann nur heißen, daß die RFA

die Kriegsschuld und -ergebnisse nicht anerkennen will und somit auch nicht ihre territorialen Konsequenzen¹⁶.

Gleichzeitig wollen sie nun keine neue Verfassung für ein vereinigtes Alemania erarbeiten. Aber das Grundgesetz der RFA sagt ausdrücklich, daß es nur ein Provisorium für eine »Übergangszeit« ist, und sich dann das »ganze alemanische Volk« eine neue Verfassung zu geben hat.

Die Tatsache, daß sie das nun nicht tun wollen, bedeutet logischerweise, daß die Übergangszeit noch nicht beendet sein kann mit der Vereinigung von RFA und RDA.

Doch was fehlt denn dann noch zur alemanischen Vollkommenheit, wo wird sie gesucht werden?

Und wie wird sie gesucht werden?

Anmerkungen

- 1 nicht zu verwechseln mit alemannisch – der kleine Volksstamm der Alemannen ist nicht gemeint.
- 2 Siehe die Auseinandersetzung zwischen Voltaire und Rousseau. Der erste vertrat den kosmopolitisch-übergreifenden Begriff des patriotisme («... patrie, ce n'est ni le pays natal, ni le lieu où l'on vit, mais celui où on est bien»: »Patria est ubicumque est bene«), der zweite meinte, daß dies zu abstrakt sei, Menschen nur für ihre eigenen direkten Anliegen bereit seien, sich zu erheben und daher der Kampf um Freiheits- und Gleichheitsrechte zuerst auf dieses bezogen sein müsse.«... c'est l'amour du pays natal – la patrie – qui rendra les hommes vertueux, libres, heureux ...«). Siehe: Jacques Crodechot: Nation, patrie, nationalisme et patriotisme en France au XVIIIe siècle. In: Ders., Regards sur l'époque révolutionnaire. Toulouse 1980, S. 57f. Crodechot bezieht sich dabei auf folgende Originaltexte: Voltaire, Dictionnaire philosophique. Artikel patrie. 1764; J.J. Rousseau, Le Contrat social. In: Oeuvres complètes, III, S. 287
- 3 Ebd., S. 62
- 4 Regelung des Grundgesetzes für die RFA.
- 5 Regelung der klassischen bürgerlichen Staaten wie Frankreich, Großbritannien, USA.
- 6 Vorschlag aus dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main.
- 7 Siehe *Spiegel* 2/90
- 8 Siehe *Spiegel* 3/90
- 9 Umgekehrt wird z.B. auch hiesigen Kohlestreiks mit zusätzlichen Kohleimporten aus Südafrika begegnet. Es ließe sich also allgemeiner davon reden, daß die nationalen Arbeiterklassen gegeneinander ausgespielt werden (können). Es gibt aber trotz aller Internationalisierung des Kapitals noch nationale Ökonomien mit einer Eigendynamik.
- 10 Siehe dazu z.B.: Georg Lukács, Über einige Eigentümlichkeiten der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands. (Erstes Kapitel von: Die Zerstörung der Vernunft. Darmstadt 1973) Siehe auch Walter Grab, Zur Dialektik von Nationalidee und Demokratie. Entstehung und Bedeutungswandel des Nationalbegriffs in Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. In: Hajo Funke;

Dietrich Neuhaus (Hrsg.), Auf dem Weg zur Nation? Über deutsche Identität nach Auschwitz. Frankfurt/M 1989.

- 11 Siehe dazu: Helga Grebing, Der «deutsche Sonderweg» in Europa 1806-1945. Eine Kritik. Stuttgart 1986
- 12 Aus: Flugblatt «Vereinigen und Vergessen» als Aufruf zur Vollversammlung zu Nationalismus und Wiedervereinigung am 15.2.1990 an der Uni Ffm. Unterzeichnet: AG gegen Nationalismus, GIS (Gruppe Internationaler StudentInnen), AStA/Linke Liste.
- 13 Eine dieser Sicherheiten war (ist?) der in der Friedensbewegung mit Entsetzen immer wieder beschriebene Umstand, daß im Falle eines Krieges in Europa mit großer Wahrscheinlichkeit Alemanen gegen Alemanen zu kämpfen gehabt hätten. (So wäre es nicht völlig problemlos gewesen, mit einer nationalistischen Begründung einen weiteren Aggressionskrieg gen Osten zu beginnen.) Zwei alemanische Staaten und Armeen, in zwei militärischen Blöcken stehen der freien Entwicklung nationalistischer (Kriegs-) Propaganda im Wege.
- 14 Mit »Fesseln« ist u.a. die Besetzung und Aufteilung in Besatzungszonen gemeint. Die spätere Teilung war zwar auch Teil des Kalten Kriegs, aber bloß aufgrund des erstgesagten möglich.
- 15 »»Bei Antragstellern aus dem polnischen Bereich, aus Ungarn und der CSSR wird in der Regel ein Kriegsfolgeschicksal/Vertreibungsdruck nicht mehr vorliegen.« So heißt es in einem Erlaß des niedersächsischen Bundesratsministerium zur Anerkennung als Aussiedler. Nach Recherchen der niedersächsischen Grünen dürfen Ministerien und Landesdienststellen in Absprache zwischen der hannoverschen Staatskanzlei mit dem Bundesinnenministerium nur vom »polnischen Bereich« sprechen, nicht aber von »Polen« oder der »Republik Polen«. Für Ministerpräsident Albrechts Staatskanzlei sind die Grenzen von 1937 verbindlich. (4.4.90)« aus: Günter Saathoff, Deutschland, eisig Vaterland. Polnische Westgrenze und bundesdeutsche Pflicht zur Entschädigung von NS-Opfern. In: *Nie Wieder Deutschland* (NWD) Nr. 1 vom 12. April 1990.
- 16 Ein Friedensvertrag hätte auch zur Folge, daß über die Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern im Nationalsozialismus, z.B. aus Polen, und über die alemanischen Kriegsschulden aus dem Zweiten Weltkrieg verhandelt werden müßte. Beide Fragen wurden im »Londoner Schuldenabkommen« von 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages verschoben.

Walter Grab

Gefahren des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen

Ich danke für die Gelegenheit*, daß Sie mir, einem Ausländer und Fremden, ermöglichen, über die Frage des deutschen Selbstbestimmungsrechts zu sprechen und glaube, daß ich weder Weisheiten zu verkünden noch ein Patentrezept in der Tasche habe, um Ihnen zu sagen, wie die deutsche politische Einheit zustandekommen soll.

Im Jahre 1794 schrieb Friedrich Schiller: »Zur Nation Euch zu bilden, Ihr hofft es, Deutsche, vergebens.«

»Bildet, Ihr könnt es, dafür freier zu *Menschen* Euch aus.« Damit die deutsche Aufklärung und Klassik eine kosmopolitische Position bezogen, die im Gegensatz zum Nationalismus stand: das Menschentum, das die ganze Welt umfaßt, ist wichtiger als die eigene Nation. Schiller verkündete eine Idee, die nicht nur Frankreich zu Beginn der Revolution im Jahre 1789 die Geister entflamte: die Menschenrechte sollen auf der ganzen Welt, also auch in Deutschland, zur Geltung gelangen. Die großen Dichter und Denker der Revolutionsepoche waren keine Nationalisten, sondern Kosmopoliten und gleichzeitig Patrioten. Patriotismus ist scharf abzugrenzen vom Nationalismus: Denn der Patriot verbindet die Idee der Demokratie mit dem Selbstbestimmungsrecht. Patriotismus bedeutet, daß nur ein Demokrat ein wahrer Vaterlandsfreund sein kann, also jemand, der sowohl völkerverbindend als auch volksverbunden wirken will und der alle Nationen als gleichwertig ansieht.

Bei der Geburt der modernen bürgerlichen deutschen Nation um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert stand nicht die Aufklärung Pate, sondern vielmehr die gegenaufklärerische politische Romantik. Es besteht ein großer Unterschied zwischen der französischen und der deutschen Haltung zum Begriff der Nation. In Frankreich siegten die Jakobiner, also die revolutionären Demokraten, unter dem nationalen Banner, während das deutsche Volk die Revolution als Invasion eines fremden Volkes erlebte. Als die französischen Heere im Jahre 1792 die deutschen Grenzen überschritten, um das revolutionäre Evangelium zu verbreiten, warnte Robespierre vor dem Glauben, daß man die Idee der Freiheit auf den Spitzen der

Bajonette exportieren könne und sagte, daß niemand bewaffnete Missionare liebe. Die Franzosen waren im Zeitalter der Revolution und Napoleons – also zwischen 1792 und 1814 – zwar Befreier, aber auch Unterdrücker der anderen Völker; deutsche Soldaten wurden bis nach Spanien und nach Rußland geschleppt in den Feldzügen Napoleons, und die Begriffe des Jakobinismus und der Revolution wurden im Bewußtsein des deutschen Volkes abgewertet. An seine Stelle trat der nationale Begriff der politischen Romantik, der die Abstammung, die Blutgemeinschaft betonte und die Ideen der Demokratie als fremd und undeutsch verabscheute. Ideologen wie Johann Gottlieb Fichte mit seinen »Reden an die deutsche Nation«, wie Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn mit ihrem »Deutschen Volkstum« und ihrem Franzosen- und Judenhaß übten auf die studentische Jugend, die Burschenschaften, großen Einfluß aus.

Der Unterschied zwischen dem Nationalbegriff in Frankreich und in Deutschland kann gut an Symbolen demonstriert werden, denn Symbole versteht jeder. Der Nationalfeiertag, die Fahne, die Hymne – alle drei Symbole der Nation in Frankreich entstammen der Revolution. Die blauweißrote Trikolore ist die Farbe der Revolution. Der Nationalfeiertag, der 14. Juli, ist der Tag, an dem das französische Volk das Symbol des Despotismus gestürzt hat, die Bastille. Und in der Hymne, der Marseillaise, heißt es »Vorwärts, Kinder des Vaterlandes«, »Enfants de la patrie«. Hier ist zu erkennen, daß »patrie« und Patriotismus, als Verteidigung der Revolution, als höchste Werte galten. Das Volksverbundene kommt also schon in den nationalen Symbolen Frankreichs zum Ausdruck. Deswegen gibt es in Frankreich seit der Revolution einen starken linken Patriotismus, ein starkes linkes Nationalgefühl, im Gegensatz zu Deutschland. In Frankreich hat die Revolution die Nation zusammengeschweißt, die Revolution hat in einem ungeheuren nationalen Aufschwung das Ancien Régime, die Privilegienordnung, den Adel, den König, die Kirche besiegt, die alte ständische Ordnung beseitigt, um eine moralischere, bessere Welt zu errichten. Das prägte stark das Bewußtsein Frankreichs.

Hingegen sind die drei nationalen Symbole Deutschlands, also die Fahne, der Nationalfeiertag und die Hymne, nicht revolutionären Ursprungs. Die schwarzrotgoldene Fahne entstammt der Tradition der Burschenschaften von 1813, der sogenannten Befreiungskriege. Aber in den Befreiungskriegen hat sich ja nicht das deutsche Volk selbst von fremden Joch befreit, sondern vielmehr nur seine Fürsten von der Oberherrschaft Napoleons. Diesen Satz sagte Goethe im November 1813 in einem Gespräch mit dem Historiker Heinrich Luden. Deutschland kannte also keine Selbstbefreiung, wie Frankreich, vom alten mittelalterlichen Ballast,

sondern vielmehr gab es im Vormärz anstatt dem einen großen Napoleon 30 kleine Metterniche in den verschiedenen deutschen Kleinstaaten und Zwergdespotien, lauter Minimetterniche. Die schwarzrotgoldene Fahne der Burschenschaften war also eine Fahne gegen den Erben der Revolution, gegen Napoleon, der die Ideen der Revolution im »Code Napoleon« bewahrte und verbreitete. Ein Gesetzbuch, das turmhoch überlegen war allen deutschen und überhaupt allen feudalen Gesetzbüchern, zum Beispiel dem »Allgemeinen preußischen Landrecht«, denn es beruhte auf der Gleichheit vor dem Gesetz. Unter dieser antidemokratischen, antiaufklärerischen, antirevolutionären, antiwestlichen, antifranzösischen Fahne bildete sich der deutsche Nationalbegriff. Daher verabscheute Heine die schwarzrotgoldene Fahne.

Nehmen wir nun das zweite Nationalsymbol: Bis zum Jahr 1817 gab es keine Hymne, und dann, im »Zweiten Reich« von Bismarck, wurde zur Hymne »Heil Dir im Siegerkranz«. Heil wem im Siegerkranz? Dem Kaiser, dem alten Gottessgnaden-Herrscher des Mittelalters. Dem ruft man »Heil« zu im Siegerkranze. Warum im Siegerkranz? Nur, weil er gegen dieses verdammte revolutionäre Frankreich gesiegt hat, 1871, als das deutsche Volk gleichsam Rache genommen hat an der napoleonischen Vorherrschaft 70 Jahre zuvor. Das heißt mit anderen Worten, daß die Hymne die politische Funktion besaß, dem Volksbewußtsein den Obrigkeitsgehorsam, den Untertanenrespekt einzuprägen, damit der Kaiser das Volk einst zu neuen Ufern führen und die Weltmacht erringen soll: »Am deutschen Wesen wird die Welt genesen«, wie Emanuel Geibel 1861 dichtete. Im Kaiserreich war der Nationalfeiertag der 27. Januar, der Geburtstag Wilhelm II. Also auch hier etwas, was nichts zu tun hatte mit einer progressiven Bewegung, sondern wieder mit dem Gottessgnaden-Herrscher. Nach dem Sturz der Monarchie am Ende des Ersten Weltkrieges proklamierte der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert im Jahre 1922 »Deutschland über alles« als Reichshymne. Das, was heute von den Rechten gesungen wird, »Deutschland über alles«, wird überall so verstanden, daß alle anderen Völker, Staaten oder Nationen weniger wert sind. Vielleicht meinte Hoffmann von Fallersleben sein »Lied der Deutschen« im Jahre 1841 nicht so, aber darauf kommt es nicht an. Also auch in der Hymne sehen Sie etwas Antidemokratisches, Dünkelhaftes, Überhebliches, eine Verachtung der anderen Nationen. Das sind einige Unterschiede zwischen dem französischen Patriotismus und dem deutschen Nationalismus.

Und nun die Frage, wozu braucht man überhaupt diese nationale Ideologie, was soll das? Hier ist etwas zu betonen, was vielleicht nicht im allgemeinen Bewußtsein ist, aber historisch stimmt. Die alten Vorstellungen einer allgemeinen

Christenheit verschwanden, die Religion war als politisch maßgebende Ideologie nicht mehr möglich, weil die Welt sich säkularisierte am Ende des 18. Jahrhunderts, im Zeitalter der Aufklärung, weil die neuen Produktionsmittel, die neuen Verkehrsformen, die neuen Gesellschaftsbeziehungen ein neues Bewußtsein erforderlich machten. Daher wurde zum gemeinsamen Band, das die Menschen brauchen, um sich als Kollektiv zu verstehen, die Nation, die an die Stelle der Religion trat. Mit anderen Worten: während die Religion die Ideologie des Feudalismus ist, ist die Nation die Ideologie der siegreichen Bourgeoisie. Und dies war eine Idee, die die Massen ergriff und im Sinne von Marx zur materiellen Gewalt wurde. Wir leben seither im bürgerlichen Zeitalter des Nationalismus. Das Zeitalter, das 1789 begonnen hat, ist noch keineswegs zu Ende. Das nationale Bewußtsein, das nationale Selbstbestimmungsrecht sind Erbschaft der französischen Revolution – allerdings im verkehrten Sinne in Deutschland antirevolutionär verstanden.

Eine Anekdote soll begreiflich machen, was Nation zu Beginn des 19. Jahrhunderts bedeutete. Am Wiener Kongreß von 1815 sah der bedeutende preußische Staatsmann Freiherr vom Stein mit Unmut und Ärger, wie seine große Hoffnung, ein starkes, einheitliches Deutschland zu errichten, nicht errungen wurde. Stein bat um eine Audienz beim Kaiser Franz von Habsburg, Franz II. von Österreich, und schlug ihm vor: »Wollen sich Eure Majestät nicht an die Spitze der deutschen Nation stellen?« Und da erwiderte Franz: »Nation, das klingt jakobinisch.«

Der Kaiser wußte, daß die revolutionären Jakobiner in Frankreich unter der nationalen Fahne kämpften. Der Nationalbegriff der bürgerlichen Revolution umfaßt alle Einwohner, denn wer Nation sagt, sagt nicht reich und arm. Alle waren Franzosen: der letzte Bauer im letzten Dorf und der Großbürger, der sich auf Kosten der arbeitenden Massen bereicherte, gehörten derselben Nation an. Und alle mußten im Interesse des Sieges der Revolution zusammengefaßt werden, im Nationalbegriff. Deshalb verabscheute ihn der österreichische Kaiser, denn er hat ja sein ganzes Leben gezittert vor einer Wiederkehr dieses Jakobinismus; Franz II. erlebte noch die Juli-Revolution von 1830 und hat auch damals wieder gezittert. Die Anekdote von Stein und Franz II. zeigt also, daß die nationale Idee ursprünglich ein linker Gedanke der Jakobiner war, ein Gedanke der Selbstbefreiung, einer neuen Gemeinschaft, die nicht mehr religiös war in der säkularisierten Welt, und der die Massen begeisterte.

Machen wir einen Sprung bis zur Mitte des Jahrhunderts, zum Jahr 1848, zu dem gescheiterten Versuch der deutschen Demokraten und Liberalen, das in Deutschland nachzuholen, was in Frankreich 60 Jahre zuvor gelungen war, näm-

lich die alten Gewalten revolutionär zu besiegen und ein befreites Land zu schaffen. Erst im Jahre 1848 erkannten die Konservativen, was für ein ungeheurer ideologischer Schatz die Begriffe der Nation und des Nationalismus sind. Die Beziehung zwischen Konservativismus und Nationalismus ist ein Ergebnis von 1848, als sich das Bürgertum aus Angst vor den bereits in Umrissen zu erkennenden proletarischen Massen mit den adeligen Konservativen verbündete. Die moderne industrielle Entwicklung Deutschlands begann in den dreißiger Jahren mit dem Eisenbahnbau, es entstanden die großen Fabriken der Schwerindustrie, besonders an Rhein und Ruhr, in Sachsen und Schlesien, die Bergwerke von Kohle und Eisen, und die moderne industrielle Entwicklung bahnte sich an. Die Arbeiterschaft schien das bürgerliche Eigentum zu bedrohen. Die Bourgeoisie war daher mit der Fortdauer der Herrschaft der Adeligen einverstanden und ging mit den preußischen Junkern ein Bündnis ein: Sie verzichtete auf die politische Macht, um volle wirtschaftliche Freiheit zu erhalten. Diese Unterwerfung unter die traditionellen Gewalten kontrastierte mit der Entwicklung in Frankreich. Dort war die Bourgeoisie bereits seit 1789 an den Schalthebeln der politischen Macht. Vier Jahre später, im Jahre 1793, traten die Sansculotten, also die Unterschichten, die Besitzlosen mit eigenständigen Forderungen hervor; zuerst Jacques Roux, dann Hébert, schließlich Babeuf. Die Bourgeoisie und die Unterschichten kämpften also vier Jahre, 1789-1793, gemeinsam gegen den Adel. Dieses Bündnis zwischen Bürgertum und Sansculotterie war das Geheimnis des Sieges der französischen Revolution.

Im Gegensatz dazu kündigten sich in Deutschland die Vorbote der proletarischen Gefahr bereits vier Jahre vor der Revolution an, nämlich im Jahre 1844 durch die Erhebung der schlesischen Weber. Sie erhoben sich sowohl gegen die Ausbeutung der Kapitalisten, die sie an den Rand des Hungers brachten, als auch gegen die feudale Herrschaft des Adels. Der Weberaufstand hatte also sowohl anti-adelige als auch anti-bourgeoise Ursachen. Die Vorbote des Proletariats jagten den bürgerlichen Unternehmern Schrecken ein, und als die Revolution ausbrach, kam es zu keinem Bündnis zwischen Bürgern und Besitzlosen. Das ist einer der Hauptgründe, warum die Revolution von 1848 versagte, denn ohne gemeinsames Vorgehen war die Sache von vornherein verloren. Das begriffen die Adeligen schnell; sie ernannten einige bourgeoise Liberale zu sogenannten »Märzministern«, die bei der sogenannten Reichsverfassungskampagne von 1849 die Partei der Fürsten ergriffen. In Frankreich erschienen also die Unterschichten vier Jahre nachdem das Bürgertum bereits die Macht errungen hatte in der politischen Arena, in Deutschland umgekehrt – vier Jahre bevor die bürgerliche Revo-

lution begann. In diesem Sinn ist das Diktum von Marx sehr bedenkenswert, das er schon 1843 zu Papier brachte, also noch vor der gescheiterten Revolution: Deutschland befand sich nur einmal in Gesellschaft der Freiheit – am Tage ihrer Beerdigung.

Was war die Folge der Revolution von 1848? Die preußische Vorherrschaft, denn Preußen hat die Revolution ja im Blut erstickt, mittels seines Militärs, Militarismus, Fortdauer der Adelherrschaft und preußisches Dreiklassenwahlrecht bestimmten das politische Leben Deutschlands bis 1919. Im Reichstag fielen keine politischen Entscheidungen – das Dreiklassenwahlrecht räumte den Adligen achtmal soviel Stimmen ein wie den Arbeitern. Um auf die Differenz zwischen Deutschland und Frankreich nochmals zu sprechen zu kommen: In Frankreich erhob sich das Volk, die Nation, in einem gewaltigen Aufschwung gegen die alten Gewalten und beseitigte sie ein für allemal. Einige Grundsätze der Revolution sind niemals mehr in Zweifel gestellt worden: die Gleichheit vor dem Gesetz und die persönliche Freiheit. Sie sind im ›Code Napoleon‹ enthalten, der bis zum heutigen Tag besteht. Und in Deutschland? Wie und wann ist die deutsche Einheit zustande gekommen?

Die französische Revolution, sagte Marx, schlug den feudalen Boden in Stücke und mähte die feudalen Kohlköpfe ab, die darauf gewachsen waren. Das hat es in Deutschland nicht gegeben. Der Boden wurde auch nicht entschädigungslos dem Bauern übergeben wie in Frankreich. Dort konnten die Bauern den Boden für entwertete Assignaten erwerben, also fast umsonst. In Deutschland hingegen mußten sie den Adligen noch 60 Jahre nach der Revolution von 1848, bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges, Entschädigungen zahlen. Die deutsche Einheit ist durch drei Kriege gegen angebliche oder wirkliche äußere Feinde geschaffen worden: 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich, 1870/71 gegen Frankreich – unter Beibehalten und Führung der alten Gewalten. Im Volksbewußtsein erhielt der Begriff der Nation den Sinn des Untertanengehorsams, des Obrigkeitsrespekts, der Anerkennung, daß die alten Gewalten weiter an der Macht bleiben sollen. Die anachronistische Junkerkaste herrschte bis zum Jahre 1918 unter der angeblich glorreichen Kanzlerschaft von Bismarck und seiner Nachfolger. Der Militarismus, die Beibehaltung von wichtigen Resten der alten Ständegesellschaft, die antidemokratische Haltung der Beamtenschaft prägten das geistige Antlitz Deutschlands und förderten das Bewußtsein, daß »am deutschen Wesen die Welt genesen« werde. Nicht die alten, überlebten, anachronistisch gewordenen Machthaber sind laut dieser Ideologie Feinde des Volkes, sondern andere Völker, andere Staaten. Dies schuf in weiten Teilen des deutschen Volks Über-

heblichkeit und Dünkel. Und daher existierte auch im Bewußtsein der anderen Völker keine besondere Liebe zu jenem Volk, das nicht bereit oder nicht imstande war, die eigenen Machthaber revolutionär zu besiegen, wie es andere Völker vollbrachten – etwa die Holländer, die sich gegen die Spanier erfolgreich erhoben, oder die Engländer, die ihren König ebenso wie die Franzosen um einen Kopf kürzer machten. Auch die Amerikaner führten einen Befreiungskrieg, man lese nur die Unabhängigkeitserklärung Jeffersons aus dem Jahre 1776.

Im Jahre 1914 schickten sich die deutschen Gewalthaber an, die Welt zu erobern. Es kam zum Griff nach der Weltmacht. Was heißt das? Bismarck erklärte wiederholt, Deutschland sei saturiert und das beanspruche keine Grenzerweiterung. Aber man kann nicht auf Jahrzehnte hinaus etwas Erstarrtes befehlen. Die Nachfolger Bismarcks übertraten diesen Grundsatz der Saturierung Deutschlands nicht deswegen, weil sie dumme, böse oder unfähige Menschen waren, sondern weil die wirtschaftliche Entwicklung dieses mächtigen, starken, militaristischen Deutschlands sie zur Machterweiterung und zur Eroberung neuer Märkte zwang. (Ich spreche jetzt über die Jahrhundertwende und nicht über das Jahr 1990.) Die politische Saturiertheit des großen Bismarck-Reiches kontrastierte mit den Interessen der Inhaber der Hochöfen, der Schlüsselindustrien und der großen Bergwerke, also der Wirtschaft, die vom Bürgertum beherrscht wurde. Der Staat unterstützte die industrielle Entwicklung durch ein dichtes Netz von Facharbeiterschulen: Die berühmte »deutsche Wertarbeit« hängt nicht zusammen mit übernatürlichen Fähigkeiten, sondern mit der Tatsache, daß die bessere Ausbildung der Facharbeiter staatlich mehr gefördert wurde als anderswo, damit das Bürgertum sich zufrieden gebe mit dem ökonomischen Kraftzuwachs und keine politischen Ansprüche erhebe. Diese wirtschaftliche Macht kollidierte im Laufe von dreißig Jahren, bis zum Jahr 1914, mit der politischen Erstarrung und »Saturiertheit«, die von oben befohlen wurde. Daher kam der Griff nach der Weltmacht, der Versuch, wie es damals hieß, »den Platz an der Sonne« zu erobern.

Eine Anekdote soll diese gefährliche Entwicklung illustrieren. Bismarck wurde im Jahre 1890 vom Kaiser entlassen und saß verärgert und grollend in Friedrichsruh, nicht weit von Hamburg. Sechs Jahre später, im Jahre 1896, begann die »Weltpolitik« Wilhelms: »Deutschlands Zukunft liegt auf den Wassern.« Des Kaisers Admiral Alfred von Tirpitz ließ eine riesige Schlachtflotte bauen. Eines Tages kam Tirpitz zum alten Bismarck und setzte sich mit ihm in die Kutsche, um ihm den Flottenbau in den großen Werften und Docks des Hamburger Hafens zu zeigen. Bismarck erblickte einen Haufen riesiger Kriegsschiffe, die gebaut wurden, und sagte zu Tirpitz: »Das ist ein Unglück, denn wenn diese Flot-

te fertig sein wird, bedeutet sie den unauslöschlichen Haß Englands. England kann sich niemals mit einer großen deutschen Seemacht zufrieden geben. Da wir schon zwei Feinde haben, weil sich Rußland und Frankreich gegen uns verbündet haben, wird nun auch England unser Feind, was ich immer versuchte zu vermeiden. Das bedeutet einen Zweifrontenkrieg.« Und Bismarck fügte hinzu: »Friedrich der Große, der Schöpfer Preußens, hat in drei Kriegen, nämlich in den zwei Schlesischen Kriegen und im Siebenjährigen Krieg Preußen zur europäischen Großmacht gemacht. Aber nach seinem Tod haben die Erben Friedrichs sein Erbe verspielt, und zwanzig Jahre nach dem Tode Friedrichs (1786) war die Totalniederlage Preußens: 1806, in der Schlacht bei Jena. Ich habe in drei Kriegen Deutschlands Großmacht geschaffen. Wenn dieser Flottenbau fertig sein wird, und wenn der Haß Englands so gewachsen ist, daß es sich unseren Gegnern anschließt, dann wird zwanzig Jahre nach meinem eigenen Tode Deutschland zugrunde gehen.« Bismarck starb 1898. Diese Anekdote zeigt die Gefahren des unbeschränkten nationalen Selbstbestimmungsrechts, des übersteigerten Nationalismus, des Bewußtseins der Überheblichkeit: »Wir können's aufnehmen mit der ganzen Welt.«

Machen wir einen Sprung zum Jahre 1925. Bekanntlich scheiterte der erste Versuch des Griffs nach der Weltmacht; die meisten Nationalisten kamen zum Schluß, daß man einen zweiten ›verbesserten‹ Versuch unternehmen und brutaler und energischer vorgehen müsse. Während der Konjunktur der Weimarer Republik vereinbarte der deutsche Staatsmann Gustav Stresemann 1925 den sogenannten Locarno-Pakt mit dem französischen Außenminister Briand. Dort erkannte Deutschland an, daß Elsaß und Lothringen in französische Hände übergegangen waren. »Wir verzichten«, hat Stresemann ausdrücklich erklärt, »auf Elsaß und Lothringen, und wir sind bereit, mit Frankreich dauerhaften Frieden zu schließen.« Dafür erhielten beide, Briand und Stresemann, den Friedensnobelpreis. Aber nicht nur im Westen trat Deutschland nach 1918 Gebiete ab, sondern auch im Osten. Die Gebietsabtretungen gegenüber Polen, nämlich Westpreußen, Posen, Danzig und ein Teil Oberschlesiens, erkannte Stresemann jedoch nicht an. Er sagte: »Ein Ost-Locarno wird es nie geben! Wir verzichten unter keinen Umständen auf die deutschen Gebiete, die Polen erhalten hat.« Diese Aussage ist sehr bedeutungsvoll. Die polnische Westgrenze ist keine relativ unwichtige Grenze, wie etwa die Grenze zwischen Schweden und Norwegen. Das ist eine blutige Grenze, nicht nur seit 1925 oder 1914, sondern schon im 19. Jahrhundert. Sie ist die Grenze, die den Anlaß zum Zweiten Weltkrieg gegeben hat wegen Danzig und dem polnischen Korridor. Die polnische Westgrenze ist nicht irgend etwas, worü-

ber man mit Redefloskeln hinweggeht. Das ist ein Problem, das es genau unter die Lupe zu nehmen verdient.

Jahrzehntelang hielt die Bundesrepublik an der Staatsdoktrin fest, daß das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 juristisch immer noch fortbestehe, und daß die Oder-Neiße-Grenze daher nur provisorischen Charakter besitze. Das Bundesverfassungsgericht bekräftigte mehrmals, daß die endgültige Regelung der Grenzfrage einem Friedensvertrag vorbehalten sei.

Zu einem solchen Friedensvertrag wird es nicht mehr kommen; aber die Bestrebungen, die ehemaligen Ostgebiete wieder Deutschland einzuverleiben, sind keineswegs beendet. Auch der 1990 geschlossene deutsch-polnische Grenzazonenkennungsvertrag hat an der deutschen Forderung, Schlesien, Pommern und Ostpreußen wieder an Deutschland anzuschließen, nichts geändert. Nach dem Untergang der DDR verkündete der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, triumphierend: »Jetzt beginnt der Kampf um Schlesien erst recht!« Im Bundeshaushalt wurden hohe finanzielle Mittel den Vertriebenenverbänden zur Verfügung gestellt. Ihre Vertreter behaupten, daß der Grenzvertrag mit Polen keine völkerrechtliche Gültigkeit habe; sie fordern systematischen Bodenkauf in den Ostgebieten, Niederlassungsfreiheit für Deutsche und »Stärkung des Volksgruppenrechts«. Die Zeitschrift *Der Schlesier* nennt den Grenzvertrag ein »neues Super-Versailles« und veröffentlichte einen Artikel, dessen Stil und Diktion übelste Erinnerungen an die Naziepoche weckt. Dort heißt es:

»Manch irreführender deutscher Bürger und derzeit regierender Minister hat durch falsch Bekunden vor der Welt Verrat am Vaterland begangen, indem er setzt auf Beifall fremdländ'schen Volks und mancherlei Gelichter, das deutsches Land mit gieriger Flut umringt und deutsches Volk hat eingefangen ...«

Derartige Äußerungen nationalistischer Scharfmacher lassen für die Zukunft Schlimmes befürchten. Die kurz skizzierte Geschichte der deutsch-polnischen Grenzfrage läßt wenig Hoffnung, daß die von den Vertriebenenverbänden geförderte und von der deutschen Regierung geduldete Entwicklung friedlich enden könnte.

Mit der Darstellung der Gefahren des nationalen Selbstbestimmungsrechts bin ich fast am Ende. Ich habe eine kleine historische, oberflächliche und cursorische Übersicht gegeben und möchte noch ein Wort sagen. Ich bin gebürtiger Österreicher und habe in meiner Jugend am 13. März 1938 den rasenden Jubel der Wiener Bevölkerung beim Anschluß an Nazi-Deutschland mit angesehen, als Hitler vor der Hofburg in Wien seine Rede hielt. Hunderttausende haben damals gebrüllt »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«. Nun, das »Reich, ein Führer« haben sie im

Herbst 1989 in der DDR nicht gebrüllt. Aber »ein Volk« hat man gebrüllt. Und diese Begeisterung der DDR-Bevölkerung ist sehr ähnlich der Begeisterung in Österreich 1938. Und weshalb? Es ist in Österreich damals sehr schlecht gegangen. Eine halbe Millionen Arbeitslose in dem kleinen Land und der Glaube, Hitler habe es in Nazi-Deutschland vermocht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Natürlich hat er es getan durch Mobilisierung, durch Rüstung, Arbeitsdienst, Wehrdienst und Autobahnen als Kriegsvorbereitungen. Aber im Bewußtsein der Menschen war dort eben keine Arbeitslosigkeit, und in Österreich war große Not. Die Menschen wollten besser leben. Viele waren keine Nazis, sondern Menschen, die ratlos und verzweifelt waren. Und ähnlich war das Bewußtsein der Massen, die aus der DDR flohen und all jener, die begeistert waren in diesen Monaten. Das ist die erste Ähnlichkeit. Auch in der Nichtanerkennung der polnischen Westgrenze gibt es eine Parallele, obwohl es nicht dieselbe Westgrenze ist wie 1925, die Stresemann nicht anerkennen wollte. Die dritte und wichtigste Parallele besteht aber darin, daß die Herren der deutschen Hochfinanz und der Großindustrie, also etwa Flick und Krupp – die beide nach dem Krieg als Kriegsverbrecher vor das Tribunal gestellt worden sind, denen aber nichts passiert ist – daß sie und ihre Erben weiterhin an den Schalthebeln der Macht sitzen. Die großen Konzerne, die an den Rüstungen der Nazis, an der Ausbeutung von Millionen Sklavenarbeitern, denen überhaupt kein Lohn bezahlt wurde, und an der Ausplünderung der osteuropäischen Staaten Milliarden verdienten, haben in der Nachkriegszeit ihre Wirtschaftsmacht gewaltig gesteigert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion halten manche Exponenten dieser Kreise die Zeit für gekommen, die Erfolgsrezepte der Nazis im ökonomischen Bereich anzuwenden, die Errungenschaften der Gewerkschaften zu beseitigen und der Demokratie in Deutschland ein Ende zu machen. In einem meinungsbildenden Sprachrohr des Bundesverbandes der deutschen Industrie, der *Wirtschaftswoche*, schreibt der Kommentator Wolfram Engels in seinem Artikel »Aufregende Zahlen« vom 12. Juli 1991:

»In Deutschland ... herrschte seit 1931 Devisenbewirtschaftung, seit 1932 Lohnstopp, seit 1933 Gewerkschaftsverbot. Ab 1936 wurde, zur Vorbereitung des Krieges, eine Planwirtschaft installiert und 1939 voll in Kraft gesetzt ... Das Privateigentum blieb erhalten, der Gewinn wurde nicht abgeschafft, das Gewinnstreben vielmehr in den Dienst des Wirtschaftsplans gestellt. Die Arbeitslosigkeit ging von rund sechs Millionen im Winter 1932/33 auf 1,6 Millionen 1936 und hunderttausend 1939 zurück ... Die Wachstumsrate des realen Sozialprodukts lag bei knapp zehn Prozent, die Preissteigerung bei rund einem Prozent pro Jahr. ... Diese Zahlen sind ... aufregend ... Können wir auf Erfolgsrezepte nur deshalb ver-

zichten, weil Adolf Hitler sie angewandt hat? Wir verzichten schließlich auch nicht auf die Teilnahme an Olympischen Spielen, auf deutsche Schäferhunde und auf Chorgesang.«

Derartige Äußerungen zeigen, daß der deutsche Nationalismus, dessen Vertreter nach dem Untergang der DDR und dem Zusammenbruch der Sowjetunion Morgenluft wittern, nicht nur für die umliegenden Staaten und Völker, sondern auch für das deutsche Volk selbst und seine (nicht durch eigene Kraft erkämpfte) Demokratie eine gewaltige Bedrohung darstellt.

Heute befindet sich die Bundesrepublik in einer Hochkonjunktur. Es gibt zwar zwei Millionen Arbeitslose, aber im großen und ganzen geht es den Menschen zweifellos unvergleichlich besser als es ihnen in der Weimarer Republik gegangen ist und wahrscheinlich auch im Kaiserreich. Solange die Hochkonjunktur andauert, besteht keine Gefahr. Mein Referat handelte von »Gefahren des nationalen Selbstbestimmungsrechts«. Aber wir wissen, daß eine Konjunktur nicht ewig dauert. Sie kann in eine Krise umschlagen. *Wann* das geschieht, weiß ich nicht. Aber *daß* es geschieht, ist keine Kunst vorherzusagen. Dazu braucht man kein Prophet zu sein. Die Völker Europas haben aus zwei Gründen große Befürchtungen vor der Möglichkeit einer deutschen Machtentfaltung: erstens, weil dieselben sozialen und ökonomischen Strukturen existieren, wie vor dem Machtantritt der Nazis, und zweitens, weil die politische Misere der deutschen Geschichte, die ich Ihnen kurz skizziert habe, von der Französischen Revolution bis 1945, im historischen Bewußtsein weiterlebt.

Niemand weiß, was die Zukunft bringen wird. Eines ist aber sicher. Zweimal in diesem Jahrhundert, 1914 und 1933/39, hat bereits Deutschland versucht, sein nationales Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen. Beide Male war es eine Katastrophe für die anderen Völker Europas.

Anmerkung:

- * Am 17. Mai 1990 sprach der Historiker Walter Grab im Rahmen der Reihe »Wächst jetzt zusammen was zusammengehört« auf Einladung der Pupille und Schöne Neue Welt e.V. in der camera an der Goethe-Universität in Frankfurt/M. Der vorliegende Text ist die überarbeitete Fassung seines dort gehaltenen Vortrags.

Rainer Trampert

Die heutige Demonstration ist ermutigend

Rede auf der Demonstration »Nie wieder Deutschland« in Frankfurt am Main am 12. Mai 1990

Die Polizeiüberfälle heute waren ein Signal, wieviel antideutsch dieser Staat ertragen mag, egal, ob er nun blau-gelb, rot-grün oder schwarz-rot-gold regiert wird. Laßt uns darauf antworten: Wir werden alles versuchen, diesen Tag zum Beginn einer größeren Bewegung zu machen, gegen die Bestrebungen, unsere Lebensinteressen, unsere Entfaltung deutschnational zuschießen zu lassen.

Die heutige Demonstration ist ermutigend, insbesondere wenn wir bedenken, wer alles heute nicht mehr wagt, zu einer antideutschen Demonstration aufzuzufehen.

In dieser Zeit wird wieder viel Vaterland angeboten und dazu gibt es eine historische Faustregel: Immer wenn das Reich groß wurde und noch größeres vorhatte, gaben sie dem Volk »Vaterland«. Andersrum: Wenn's viel Vaterland gibt, soll den Menschen immer etwas genommen werden, Freiheiten, Versorgung, am Ende häufig das Leben. Deutschland hat Großes vor, u.a. die ökonomische und politische Eroberung des Ostens, und große Vorhaben lassen sich besser durchsetzen, wenn die Zentrale, die Operationsbasis »Deutschland«, in nationaler Gesinnung mitzieht.

Ich will das Zusammenspiel von nationaler Stimmungsmache und Eroberung einmal bebildern. Dazu ein Rückblick:

Kaum war im Bundestag das Deutschland-Lied verklungen – die Grünen Abgeordneten saßen schon wieder –, da rief der eilig entstaubte Willi Brandt: »Deutschland wird zusammenwachsen«, Johannes Rau rief: »Alle Deutschen müssen ein nationales Opfer bringen«, Kohl rief – wie immer –: »Vaterland«, und während dessen krepelte der VW-Chef Hahn die Ärmel hoch und sagte: »Die Welt ist in Bewegung. Osteuropa wird jetzt aufgeteilt. Wer nicht dabei ist, der verliert.«

Der Thyssen-Chef fügte hinzu: »Wir werden erleben, daß Europa die Chance hat, in einem Jahrzehnt die stärkste Region der Welt zu sein, wirtschaftlich und

vielleicht auch politisch. Und in diesem Haus Europa wird Deutschland nicht das Souterrain bewohnen. Das Haus reicht dann bis zum Ural.« Er sagt: Europa beherrscht die Welt, Deutschland beherrscht Europa und das ganze reicht dann endlich bis zum Ural. Ein alter Traum der Thyssens, der nur vorübergehend unterbrochen werden mußte. Das ist übrigens das Geheimnis vom europäischen Haus, über das so viele schwafeln.

Dann stiegen die Politiker in Berlin wieder auf das Gerüst, um dort die Deutschland-Hymne zu quälen, da schrieb der alte Chef der deutschen Bank, Christians, sein berichtigtes Konzept, wie die Region Kaliningrad, das – wie er schrieb – von den deutschen Ordensrittern gegründete Königsberg, zurückgewonnen werden könne. Mit der Sowjet-Union sei man schon gut vorangekommen, den Raum in eine Freihandelszone für deutsche Industrieansiedlungen zu verwandeln. Er fügte hinzu: »Wenn es zudem gelänge, einen Teil der ausreisearchenden Deutschstämmigen in dieser ... Kulturzone anzusiedeln«, stünden auch hochmotivierte Menschen zur Verfügung. Also: Erst erschließt das Kapital den Raum, dann wird völkisch besiedelt; irgendwann darf auch dort deutsches Selbstbestimmungsrecht verlangt werden.

Die Zeiten sind jedenfalls vorbei, in denen deutsche Kapitalisten es ratsam fanden, wegen vergangener Greuelthaten nach außen Zurückhaltung zu heucheln. Im allgemeinen Gesinnungswandel protzen sie wieder mit ihren Eroberungen. Die deutsche Größe wieder zur Schau stellen, ist kalkuliert, weil die Dummen sich daran aufrichten sollen und damit es zum deutschen Hordenverhalten kommt, das dem Symbol der Stärke hinterherläuft.

Die neue Offensive wird ihnen allerdings sehr leicht gemacht, weil diesmal der nichtkriegerische Einmarsch in den Osten in Gestalt des Retters, des Hilfreichen geschehen kann. Von Gorbatschow bis Walesa, von der DDR bis Ungarn wird die deutsche Wirtschaft angebettelt, sie möglichst zu besetzen. Und das läßt die sich nicht zweimal anbieten. Sie handelte so schnell, daß ein italienischer Unternehmer, der auf der Leipziger Messe noch etwas abbekommen wollte, feststellte: »Die Westdeutschen haben schon alles abgegrast. Gegen die kommen wir einfach nicht an.«

Wir müssen mit der historischen Tatsache leben, daß nicht nur der deutsche Kapitalismus reich und mächtig ist, sondern daß Trübseligkeit und Unterdrückung, die im Namen des Sozialismus angeboten wurden, nicht den Weg freimachten für die nächsthöhere, irgendwie klassenlose Gesellschaft, sondern den Wunsch nach Marktwirtschaft oder sogar nach engem Nationalismus beförderten.

Osteuropa läuft mit wehenden Fahnen zum Westen über und will von einer

linken Befreiungsidee nichts mehr wissen. In der DDR gibt es keine politische Organisation mit Aussichten auf mehr als 1 %, die nicht schnell ihr Programm auf »einig Vaterland« und »Marktwirtschaft« umgeschrieben hat. Und auch bei uns fragen sich Linke, ob nicht doch – angesichts eines bröckelnden Dachsimmes in Leipzig – Marktwirtschaft das Gegebene sei.

Wie nun funktioniert die Beglückung mit Marktwirtschaft? Ich will wieder zurückblicken, Herbst '89:

Die Hamburger SPD hatte noch alle Hände voll zu tun, Roma und Sinti verprügeln zu lassen, weil einige Hunderte von ihnen ein unerträglicher Anblick in der Stadt seien, da mußte sie unterbrechen, um das Begrüßungsfest für die Millionen mit deutschen Nasen zu organisieren. Die wurden mit 100 Mark zum Anfixen durch die Kaufhäuser geschleust und viele von ihnen schworen sich: »Wir wollen auch Marktwirtschaft haben.« Viele von ihnen hatten sich schon lange als Deutsche zweiter Klasse gefühlt und wollten endlich aufsteigen. Aber, die letzte Gehirnwäsche erfolgte im Kaufhaus, dem Monument der Marktwirtschaft.

Zu Hause hißten sie schwarz-rot-gold, brüllten »einig Vaterland«, »Gysi ist kein Deutscher«, in Betrieben hingen Transparente mit der Aufschrift: »Helmut, gib uns Arbeit und Lohn«. Die Oppositionellen der Frühzeit wurden an die Wand gedrückt und VietnamesInnen und MosambiquanerInnen zunehmend als undeutsche Schmarotzer ausfindig gemacht.

Halten wir für die Theorie fest: So etwas Revolution zu nennen, verbietet sich. Von Helmut Kohl beherrscht werden zu wollen, kann einfach nicht revolutionär sein, auch dann nicht, wenn der alten Staatsführung das Bett im Altersheim mißgönnt wird.

Stellen wir uns nebenbei vor, Millionen Türken, Kurden, Tamilen und andere Nicht-Deutsche wären eingedrungen. Die Phantasie, was dann passiert wäre, ist ein Barometer für Nationalismus und Rassismus hierzulande. Meine Prognose lautet: Statt 100 Mark zur Begrüßung hätte es einen Schießbefehl gegeben.

Dann kam das, was sich die meisten gewünscht hatten: Marktwirtschaft wie sie liebt und lebt. Die Großen machten sich über Bergwerke, Kraftwerke, Verlage, Schiffbau, Maschinenbau, Hoch- und Tiefbau her, also alles das, was so typisch ist für ein armes Land.

Sie übernehmen nicht nur, sie zerstören vieles, um deren Binnenmarkt und den Osthhandel in eigener Regie zu führen. Sie zerschlugen die Währung, die noch ein gewisser Schutz für die eigene Produktion gewesen wäre.

Wohnungshaie strömten in die Dörfer, um schon mal ihr künftiges Eigentum zu vermessen. Die Touristikbranche kaperte den Ostseestrand. Und im Gefolge

der Großen schwärmten die Kleinen aus: Spekulanten, Geldschieber, Zuhälter, Dealer, Heino, Lindenberg, die Parteien, die taz. Sogar brave deutsche Familien rissen sich schnell billige Wurst, Kinderkleidung und halbe Schweine unter den Nagel; alle marktwirtschaftlich ausgebildet.

Wir durften, wie in einer Theatervorführung, erleben, was Marktwirtschaft aus Menschen macht, aus Großen wie aus Kleinen. Eine einmalige Chance für jene Linke, die das System gar nicht mehr so richtig hassen, aber aus Routine weitermachen, wieder Ekel und Haß zu empfinden. Ich weiß nicht, ob sie die Chance genutzt haben.

Schon Christoph Kolumbus hatte etwas Wichtigeres entdeckt als Amerika. Er schrieb in einem Brief aus Jamaica, 1503: »Gold ist ein wunderbares Ding. Wer dasselbe besitzt, ist Herr von allem, was er wünscht. Durch Gold kann man sogar Seelen in das Paradies gelangen lassen.«

Wie so oft, hat dann Karl Marx die Sache etwas genauer analysiert. Mit der Marktwirtschaft sei es gelungen, sagte der, alles – einschließlich Menschen – in Ware zu verwandeln, die dazu da ist, das Geld der Eigentümer zu vermehren. Menschen, sagte Marx, würden sich nur noch als Charaktermasken ihrer ökonomischen Verhältnisse gegenüberstehen.

Und so stand die DDR-Bevölkerung diesem marktwirtschaftlichen Zwangscharakter ziemlich hilflos gegenüber. Und in wenigen Monaten wurde aus dem 10. größten Industrieland der Welt ein kollektiver Sozialfall: Betteln um Rente, Ersparnisse, Arbeitsplätze, erschwingliches Wohnen, Kindergartenplätze. Der siegreiche Deutsche aber, der noch vor Monaten von Freiheit, Selbstbestimmung und Glück sprach, verhöhnt heute – wie ein Kolonialherr – jeden abweichenden Gedanken und diktiert mit Staatsvertrag die Unterwerfung.

Umso mehr freue ich mich, wenn ich lese, daß Demonstrationen und Blockaden in der DDR anzeigen, daß einige aufwachen und gegen die Richtigen kämpfen, statt sich vermeintlich Schwächere zu suchen, ob Fremdenhaß oder ob Frauen aus ihrer Existenz vertrieben werden sollen.

Was ich allerdings nicht mehr hören mag, ist, wenn PDS, Grüne oder Bürgerrechtsgruppen Marktwirtschaft ausdrücklich wollen, aber die dazugehörigen Dinge nicht, wie Arbeitslosigkeit, Preisauftrieb, Geldgier. Wer Marktwirtschaft will, aber über ihr Wesen jammert, der ist blöde oder heuchelt. Die Mischung aus beidem heißt immer Sozialdemokratie.

Für andere osteuropäische Länder wird es mit Marktwirtschaft schlimmer kommen als für die DDR. In der Erkenntnis, daß der Kapitalismus in seiner marktwirtschaftlich vernetzten Welt überwiegend nur Armut anbieten kann, pro-

gnostiziere ich, daß Polen, Ungarn, Rumänien oder große Teile der Sowjet-Union mit Marktwirtschaft zwischen Portugal und Argentinien landen werden. Die werden nicht selber eine reiche BRD, wie sie hoffen, die werden Lieferanten für die Bereicherung Deutschlands.

Für mich ist eine wichtige Zukunftsfrage: Worin werden die vielen Enttäuschungen münden? In enge Nationalitäten, in Pogrome, Femdenhaß? Oder wendet sich die Enttäuschung gegen die Okkupanten, gegen das neue deutsche Reich?

Was aber läßt sich dann ein großdeutsches Imperium, das seine Siege förmlich geschenkt kriegt, wieder abnehmen, sei es von Aufständischen oder von Konkurrenten? Wie wird Deutschland zurückschlagen und in welche nationale Pflicht werden dann erst die Deutschen genommen?

Eines zeigt die deutsche Geschichte von Beginn an: Der deutsche Größenwahn wächst mit seiner materiellen Basis »Großes Reich« und wirtschaftliche Kraft, die nach außen drängt.

Schon 1846 schrieb der liberale Vorkämpfer für ein Vaterland, Friedrich List: »Es ist kaum einem Zweifel unterworfen, daß die germanische Rasse durch ihre Natur ... von der Vorsehung vorzugsweise zur Lösung der großen Aufgaben bestimmt ist, die Weltangelegenheiten zu leiten.«

In der nächsten großen Aufgabe, dem Krieg gegen Frankreich, wurde dann 1871 das erste deutsche Reich geschweißt. 1890 stand die große überseeische Aufgabe in China an und Kaiser Wilhelm II. sagte zu den Soldaten: »Mithin sind nur die alten Aufgaben, die das römische Reich nicht hat lösen können« vom deutschen Reich zu lösen. 1914 ging es vaterländisch um die Vormachtstellung in Europa und 1939 um das arische Weltreich.

Heute schreibt Augstein, Deutschland werde sich weder von Polen noch von Juden aufhalten lassen, Auschwitz sei von der Geschichte überholt, und wörtlich: »Deutschland muß wieder eine lebendige Funktion unter den Völkern gewinnen, die es, blutend entzweigerissen, nicht erringen kann.« Wieder steht das deutsche Wesen Pate bei Eroberungen.

Ich will festhalten: Mir genügen jeweils deutsche Geschichte, hemmungslose deutsche Gegenwart und die Zukunftsvision, um zu sagen: Für die Menschen überall auf der Welt ist ein zerhacktes Deutschland das beste. Wer sagt, das sei im Moment unrealistisch, hat wohl recht. Genauso mag »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus« und vieles andere unrealistisch sein. Aber, es ist gut, sich dafür stark zu machen, statt seine Kraft auf dem Friedhof der Realpolitik zu begraben.

Ich hielte es für den bedeutendsten Akt internationaler Solidarität, wenn es einmal gelänge, dieses deutsche Monstrum von innen zu schwächen.

Laßt uns deshalb alle unterstützen, die ihre eigenen Interessen gegen nationale Notopfer verteidigen und sie nicht gegen andere Menschen richten. Laßt uns Leute suchen und neue überzeugen, die das Vaterland nicht mitgestalten wollen, sondern ganz und gar destruktiv Sand ins Getriebe streuen wollen, und die sich aus vollem Herzen freuen, wenn sie als vaterlandslose Gesellinnen und Gesellen gelobt werden.

Andreas Fanizadeh

»Was soll denn das dumme Zeug hier?«

»Nie wieder Deutschland« und die politische Öffentlichkeit

Bereits im Vorfeld der Demonstration »Nie wieder Deutschland« beschworen Polizei und Medien bürgerkriegsähnliche Zustände herauf. Die Polizei bemühte sich am 12. Mai 1990 in Frankfurt/M redlich, die eigenen Prophezeiungen zu erfüllen. Auch einige Links-Intellektuelle kritisierten, daß unter »realitätsfernen« Parolen wie »Gegen deutschen Kolonialismus – Gegen die Kolonisierung Osteuropas – Gegen die Annexion der DDR« demonstriert würde. Der Hauptvorwurf der Kritiker lautete zusammengefaßt: Sektierertum. Zumindest in diesem Punkt hat die Demonstration sie blamiert. Immerhin rund 15 000 Menschen gingen in Frankfurt/M auf die Straße.

An der Reaktion der Öffentlichkeit läßt sich ablesen, wie schwer es eine außerparlamentarische Opposition hat, sich in dieser Gesellschaft überhaupt noch Gehör zu verschaffen. Die Demonstration »Nie wieder Deutschland« hatte sich gegen eine eigentümlich uniforme Front von Presse, Polizei und Parteien durchzusetzen. Polizei und Verfassungsschutz instruierten die Medien, das terroristische Umfeld von RAF und Revolutionären Zellen werde an der Demonstration teilnehmen, Krawalle seien vorhersehbar. Die Medien berichteten demgemäß, die Bevölkerung wurde entsprechend eingestimmt. In der *taz* war die Demonstration ein Tabu-Thema, vor dem 12. Mai durfte nur in bezahlten Kleinanzeigen berichtet werden. Die *Frankfurter Rundschau* schrieb in den fünf Zeilen ihrer Vorankündigung, DKP, MLPD und zwei grüne Fundis würden am Samstag auf die Straße gehen. Den Zweck unterschlug sie ebenso wie die Information, daß fast die gesamte radikale Linke in der Bundesrepublik diese Demonstration unterstützte.

Pünktlich vor der Tagesschau am 12. Mai passierte dann das, was der Einsatzleiter der Polizei und der Bundesgrenzschutzeinheiten der Demonstrationsleitung in Vorgesprächen bereits angekündigt hatte: nämlich die Demonstration zerschlagen zu können, wann es ihm passe. Die Abschlußkundgebung wurde von paramilitärischen Einheiten unter Wasserwerferbeschuß aufgerollt, eine Viertelstunde lang wurden mediengerechte Szenen produziert.

Am darauf folgenden Montag lauteten die Überschriften der Presse: Extreme Linke für den Kommunismus/Viele Verletzte (*FAZ*), Die Saat der Gewalt (*Neue Presse*), Randalen auf dem Römerberg (*FR*), So verhöhnen sie Deutschland (*Bild*) ... Die Frankfurter CDU und die rechte Presse bliesen zur Jagd auf bekannte DissidentInnen der Grünen, die sich an der Demonstration beteiligt hatten. Die bei ihnen hernach eingegangenen anonymen Drohungen belegen, daß die Signale verstanden wurden.

Eine Sternstunde politischer Kultur erlebte der Hessische Landtag in seiner Aktuellen Stunde zur Frankfurter Demonstration. Die Abgeordneten von CDU/FDP verfolgten die »Spur der Gewalt« von der Hafensstraße, der Startbahn-West über das Attentat auf Herrhausen bis zu den Realo-Grünen. Sie verlangten von den Realo-Grünen, sich von den »Linksextremisten« und einer Demonstration zu distanzieren, mit der die Armen nun wirklich nichts zu tun hatten. »Ich denke«, so erklärte der hessische Innenminister Gottfried Milde (CDU), »es ist schon unglaublich, daß es im Landtag keine gemeinsame Abwehr gibt, sondern daß Einzelne sich in höchst merkwürdiger Form noch *halb* auf die falsche Seite stellen.« So wurde aus Rupert von Plottnitz (Die Grünen) ein halber Verfassungsfeind und Agent »einer Plattform für Gewalt in Frankfurt«, obwohl er unter den Zwischenrufen von CDU-Abgeordneten erklärte:

»Die Grünen haben in Hessen und auf Bundesebene deutschlandpolitische Beschlüsse gefaßt, denen sie entnehmen können, daß wir nichts gegen Deutschland und die deutsche Einheit haben. (Dr. Jung, CDU: Distanzieren Sie sich doch einmal von der Gewalt!) ... Im übrigen verhalten wir uns anders als unsere Vordredner. Wir sind keine Staatsanwälte. Es kam dort zu Ausschreitungen, es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Wir wissen nicht, wer dafür die Verantwortung trägt, dafür sind die Staatsanwaltschaften zuständig. (Dr. Jung, CDU: Distanzieren Sie sich doch einmal wenigstens von der Gewalt) ... Der Union geht es überhaupt nicht um Gewalttätigkeiten, Ausschreitungen oder ähnliches. Sie wollen das alte Feindbild des vaterlandslosen Gesellen und Vaterlandsverrätters wieder salonfähig machen. (Sturmovski, CDU: Was soll den das dumme Zeug hier!) ...«

Halb stehen die Realo-Grünen schon auf der richtigen Seite, aber eben doch nicht ganz. Dazu fehlt ihnen noch der Schaum vorm Maul.

Beim Thema Vaterland und Innere Sicherheit gerät auch die Sozialdemokratie regelmäßig unter Rechtfertigungszwang. Unter dem unerbittlichen Druck einer hegemonialen Rechten hat sie immer wieder von neuem den Nachweis ordnungsliebender, patriotischer Gesinnung zu erbringen. Eine nie verjährende Erbschuld,

von der diesmal Ex-Innenminister Winterstein seine Partei zu entlasten versuchte. Den Angriff der CDU, der Frankfurter SPD-Bürgermeister hätte die Demo verbieten müssen, konterte und überbot der Sozialdemokrat auf folgende Weise: er warf dem CDU-Innenminister vor, dieser habe zu wenig Polizeitruppen in Marsch gesetzt. Winterstein empfahl sich selbst für die kommende Legislaturperiode:

»Ich lese in der Zeitung, daß etwas mehr als 2 000 Polizisten zum Einsatz gekommen seien. Wenn man weiß, daß das gesamte Gewaltpotential der Bundesrepublik in Frankfurt zusammenkommt, stellt sich die Frage, ob das Polizeiaufgebot hinreichend war oder nicht. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß bei einem höheren Polizeiaufgebot Eigentum besser geschützt worden wäre. Hätten wir ein höheres Polizeiaufgebot gehabt, hätten wir keine 27 verletzten Polizisten.«

Die größten Ausfälle erlaubten sich die Abgeordneten von der FDP. So pöbelte der Liberale Hahn:

»Ihre Parteifeunde, verehrter Kollege von Plottnitz, haben eine Demonstration mit organisiert. Ihre Parteifeunde haben die Geschäftsstelle des Umlandverbandes Frankfurt am Main für eine Demonstration mißbraucht ... Sie müssen zur Kenntnis nehmen – insbesondere die Grünen in diesem Hause, die sich gern als die Schickeria geben: Sie haben draußen Stoßtrupps, Schlägertrupps, und die haben sie nicht im Griff. – Nein! Diese Schlägertrupps nutzen sie. Sie organisieren Veranstaltungen für diese Schlägertrupps, damit die Demokratie gefährdet wird. (Fischer, Grüne: Sie haben einen Knall! Entschuldigung, Sie haben einen völligen Knall!) ...«

Der FDP-Abgeordnete Hielscher bemängelte, daß bei den Frankfurter Uni-Grünen Leute mit undeutschen Namen mitmachen dürften. Seine völkische Äußerung sicherte ihm den Beifall der KollegInnen von der CDU und FDP. Hielscher bezog sich auf eine polemische Äußerung der Uni-Grünen, die es dem Oberbürgermeister Hauff verübelten, daß er sich bei den prügelnden Polizisten wegen des 12. Mai bedankt und erklärt hatte: »Hier wurde Gewalt und Haß gegen Polizeibeamtinnen und Beamte gesät. Es gibt keine Sache auf der Welt, die dies rechtfertigt.«

Daraufhin fragten die Uni-Grünen in einem Leserbrief: »Wessen Bürgermeister ist er eigentlich, der Hauff?« Diese Frage geisterte dann durch den Landtag.

Insbesondere auf die CDU-Abgeordnete Roth machte sie Eindruck: »Die Frankfurter Bürger warten darauf, daß die SPD eine Distanzierung von der Gewalt vornimmt. Seit heute morgen wissen wir, daß auch die Vereinigte Linke, der AStA fragt: Wessen Oberbürgermeister ist Herr Hauff? Distanzieren Sie sich! Dann stehen wir an Ihrer Seite ...«

Demonstrationsparolen wie »Der größte Dreck, der uns bekannt, das ist das deutsche Vaterland«, sind gegenwärtig nicht sehr populär. Trotzdem reagierte die offizielle Öffentlichkeit nicht antidemokratischer als sonst. Der hessische Ministerpräsident Wallmann hat während seiner Amtszeit als OB von Frankfurt Demonstrationen verboten (Verbote, die allerdings von den Gerichten wieder aufgehoben wurden). Auch für die Demonstration am 12. Mai forderten CDU und FDP ein Verbot. Der Frankfurter CDU-Vorsitzende Tragesser begründete dies mit den »zu erwartenden Krawallen« und mit dem Verdacht auf Verfassungsbruch. Denn die Präambel des Grundgesetzes verpflichtete nicht nur Politiker, sondern alle Bürger, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Die von Polizei und Bundesgrenzschutz initiierte Randalie auf dem Römerberg ermöglichte es den Medien, viel von Gewalt und wenig über die Demonstration zu berichten.

An solchen Abläufen verdeutlicht sich der weitgehende Zerfall einer kritischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Prozesse einer Meinungsbildung, die nicht das Signum staatlicher Parteipolitik tragen und deren Absicht etwa darin bestehen könnte, der aktuellen Regierungspolitik zu widersprechen, werden routinemäßig marginalisiert und abgewürgt. Eine Entwicklung, die auch von liberalen Theoretikern erkannt und beschrieben wird.

»Im übrigen werden die Parteien über dem Geschäft, die soziale Befriedigung durch staatliche Interventionen herbeizuführen, selber von einem expandierenden Staatsapparat mehr und aufgesogen. Mit dieser Verstaatlichung der Parteien verlagert sich aber die demokratische Willensbildung in ein politisches System, das sich weitgehend selbst programmiert ... Die Massendemokratie westlichen Zuschnitts ist von Zügen eines gesteuerten Legitimationsprozesses geprägt« (Jürgen Habermas 1990). Eine Gesellschaft verliert so die Integrationsfähigkeit gegenüber außerinstitutionellen Bewegungen. Der Stabilisierung politischer Herrschaft dient bei versagender Massenintegration zunehmend der staatliche Gewaltapparat als Krisenreserve. »Die Repressionsmaßnahmen richten sich deshalb vorrangig ... (auch) ... gegen »autonome«, das heißt nicht in das bestehende institutionelle System von Massenintegration integrierbare Bewegungen und nicht konzessionierte Formen politischer und ökonomischer Interessenwahrnehmung. Insbesondere die harte Reaktion des staatlichen Gewaltapparates auf diese Bewegungen belegt deren politische Brisanz: Sie unterlaufen die institutionalisierten Formen von politischer Willensbildung und Interessenartikulation, deren Aufgabe die systemkonforme Filterung und Kanalisierung von Massenbedürfnissen und Ansprüchen ist (Partikularisierung, Zuständigkeitsregeln, Repräsentation, dele-

gierte Interessenwahrnehmung, Bürokratie). Damit bedrohen sie Formprinzipien, die für das Gelingen politischer Massenintegration unverzichtbar sind« (Joachim Hirsch 1986).

So haben sich die gewaltbereiten Truppen der Exekutive am 12. Mai nicht brutaler als zu ähnlichen Anlässen verhalten. Insbesondere die in Frankfurt stark vertretenen Autonomen Gruppen wissen, daß für sie die Bürgerrechte nur noch eingeschränkt gelten. Dieses Phänomen markiert allerdings eine allgemeine Tendenz der Verselbständigung des Staatsapparates. Sie ist keine bundesdeutsche Besonderheit und nicht eigens wegen der Autonomen (oder Radikalen Linken) erdacht.

Gegenteiliger Auffassung waren offensichtlich die meisten RednerInnen auf der »Nie wieder Deutschland«-Demonstration. Für Rainer Trampert waren »die Polizeiüberfälle heute ein Signal, wieviel antideutsch dieser Staat ertragen mag«. Und für Siggi Fries (MdB, Die Grünen) war es der »Versuch der Unterdrückung und Kriminalisierung von Positionen gegen die Wiedervereinigung«. Solche Einschätzungen verwechseln Ursache und Wirkung und basieren auf geschichtssophistischen Betrachtungen. Tramperts Rede war der Abgesang auf ein »großdeutsches Imperium«, ein »deutsches Monstrum«, basierend gerade nicht auf der Beschreibung einer »hemmungslosen deutschen Gegenwart« im Kontext ihrer Geschichte. So meinte er, daß es 1914 vaterländisch zuzuging, 1939 arisch und sich daraus ableiten lasse, daß heute wieder »das deutsche Wesen Pate bei Eroberungen« stehe. Siggi Fries tat es ihm gleich. Sie erwähnte, daß sie aus der Stadt der Mengeles käme, in der es heute immer noch reaktionäre Fabrikbesitzer gleichen Namens gebe. Dies ist ein Beleg für die personelle Kontinuität von Eliten, war aber von Fries als Beleg einer gesellschaftlichen Kontinuität des Faschismus in Deutschland angeführt.

Karl Heinz Roth verglich auf der Auftaktkundgebung am Opernplatz die Annexion der DDR mit dem Anschluß Österreichs von 1938 ans 3. Reich. »Und diese Geschichte besagt«, so Roth, »daß die sozialen und politischen Folgeprobleme einer Annexion sich am effektivsten dadurch lösen lassen, daß weiter expandiert und annektiert wird«. Solche historischen Vergleiche berücksichtigen nicht, daß die politisch-ökonomische Strategie des BRD-Kapitalismus nicht so ohne weiteres mit jener der NS-Zeit gleichzusetzen ist. Von 1933-45 sollten territoriale Eroberungen und militärische Sicherung der einheimischen Industrie die Märkte erst öffnen. Heute ist die Bundesrepublik eine Japan und den USA nahezu ebenbürtige Wirtschaftsgrößmacht. Für die Operationen des westdeutschen Kapitals existieren allenfalls protektionistische Grenzen. Für die weitere national-wirtschaftliche Expansion dürfte die Lateinamerikanisierung Ost-Europas das lukrati-

vste Modell sein. Eine Bedingung dieser Offensiv-Strategie ist gerade die Beibehaltung politischer Herrschaft in den bestehenden national-staatlichen Grenzen zum Osten. Die Prognose einer forcierten ökonomischen Expansionspolitik trifft die gegenwärtige Situation viel eher als die Gleichsetzung mit dem 3. Reich. Die eigene These schien Roth selbst nicht ganz geheuer. Gegen Schluß seiner Rede schränkte er ein, daß »sich die eingesetzten Machtmittel heute und vor 50 Jahren (unterscheiden), und auch die daran gekoppelten politischen Instrumente einen völlig anderen Charakter« haben. Insofern habe der deutsche Imperialismus gelernt, sich wie eine »normale Wirtschaftsgrößmacht zu verhalten«. Roth wäre nicht Roth, würde an diese Bemerkung nicht umstandslos der Satz anschließen: »Aber er (der deutsche Imperialismus, A.F.) verfolgt seit dem Herbst 1989 wieder – wie 1938/40 und wie im Ersten Weltkrieg – territoriale Ziele.« Und somit ist »der Anschluß der DDR Teil einer großangelegten Ost-Europa-Strategie« und »mit der Zerstörung der Produktionsstruktur (wird) – so ist die Absicht – Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung der DDR untergehen«. Die deutsche Arbeiterbewegung wurde nicht etwa 1933 zerschlagen, sondern erst 1990.

Daß es immer nur »die politischen Eliten« gewesen sein sollen, die den Massenkonsens »inszenierten«, scheint unplausibel. So war die Arbeiterbewegung nach dem Faschismus in Westdeutschland reif für die Sozialpartnerschaft und entzog diesem Modell die Zustimmung bislang nicht. Die ostdeutschen KollegInnen fordern derzeit das gleiche System für sich ein. In der DDR sind die Überbleibsel einer emanzipatorischen Arbeiterbewegung nach 1945 dem Stechschritt linientreuer Parteikommunisten zum Opfer gefallen. Dafür brauchte es nicht erst eine Wiedervereinigung.

Was dem Karl Heinz Roth die politische Elite, war den AnarchistInnen »das deutsche Volk«. Ob nun »die europäische Großraumplanung der Nazis, mit 40jähriger Verspätung, durchgesetzt« wird, oder »der run der DDR-Männer auf die Produkte westdeutscher Porno-Hersteller schon begonnen« hat, für alles gab es im anarchistischen Redebeitrag eine Erklärung: Deutschland. Die AnarchistInnen erklärten: »Der Begriff Deutschland gilt den Völkern der Welt nicht als Synonym für revolutionäre Umtriebe. Eigenständigkeit des Denkens ist keine deutsche Tugend. Speichelleckerei und Kadavergehorsam schon eher. Der deutsche Herrenmensch, buckelnd nach oben und nach unten tretend, bestimmt den Gang der deutschen Geschichte vom wilhelminischen Kaiserreich bis heute.«

Auffällig war der regressive Stil ihrer Rede, allein die Häufung dumpfer und organischer Sprachbilder ist merkwürdig: »ideologisches Gewaber, Brei, Suppe, Hirne überschwemmt, herzensverkleisternd, kriecherisch ...«

»Wir haben Probleme mit Staat und Obrigkeit«, stellten die AnarchistInnen zweifellos richtig fest. Für sie ist es ein und derselbe »Obrigkeitsstaat«, ob er monarchistisch, nazistisch oder bürgerlich verfaßt ist.

Die Parallele, die Lucienne Rombaut als Rednerin auf dem Römerberg zwischen der westdeutschen und nazistischen Polizei zog, ist subjektiv verständlich, aber deswegen nicht richtig (Lucienne Rombaut war Widerstandskämpferin in Belgien und überlebte, von den Nazis inhaftiert, das KZ). Für die Gleichsetzung erhielt sie von den DemonstrantInnen mit den größten Applaus. Denn sie erlaubte ihnen, sich als Opfer polizeilicher Überwachung mit den Verfolgten des Naziregimes zu identifizieren, und in Verkennung der eigenen Relevanz den Oppositionswillen moralisch statt politisch zu begründen (»Polizei-SA-SS«). Ganz zu schweigen davon, daß es angenehm ist, sich historisch überhöht zu sehen. Eine Selbstüberschätzung, die gerade die militante Linke in der Bundesrepublik zu fatalen Fehlurteilen verleitet hat.

Wie sehr ein moralischer Überhang den Blick auf die realen gesellschaftlichen Verhältnisse versperrt, zeigte der zweite Teil des autonomen Kundgebungsbeitrags. Hier übermittelte der antiimperialistische Flügel die »allergefühlvollste Umarmung« der in Spaniens Knästen »auf Leben und Tod« hungerstreikenden Gefangenen der GRAPO (Antifaschistische Gruppe 1. Oktober/Rekonstruierte kommunistische Partei Spaniens). Gegen barbarische Haftbedingungen einzutreten ist notwendig; ebenso nötig ist es, das, was da als revolutionärer Kampf ausgegeben wurde, zu kritisieren. Die GRAPO definiert den heutigen spanischen Staat als faschistisch, in den Sozialdemokraten sieht sie, getreu dem Kurswechsel der Kominternpolitik von 1928 (!), Sozialfaschisten.

Sicherlich lassen sich die Reden von Rainer Trampert und den AntiimperialistInnen oder von Karl Heinz Roth und Siggie Fries nicht als eine denken. Doch gab es bei mehr als den hier zitierten Stellen theoretische Überschneidungen und zumindest eine gemeinsame Konsequenz. Die RednerInnen lenkten von den Verhältnissen in der Bundesrepublik ab und belegten jede mißliebige gesellschaftliche Erscheinung mit der Mystifikation des »Deutschen«. Die Tabuisierung der BRD-Wirklichkeit (die auch einen Großteil jener in der DDR bestimmt) scheint sich auch aus den unverdrängten Niederlagen der westdeutschen Linken zu erklären.

So hätte eine starke Opposition gegen den Anschluß der DDR nur aus einer starken antikapitalistischen Opposition in der BRD hervorgehen können. Da es diese nicht gibt, hatte die anfänglich emanzipatorische Bewegung in der DDR nach dem Kollaps des SED-Regimes keine Entwicklungsmöglichkeit. Bei der

Aufrechterhaltung der Zwei-Staatlichkeit wäre es um die Konkretion der vielgeschmähten Suche nach einem »dritten Weg« gegangen. Und dies direkt vor der Haustür einer der Großmächte der Welt. Die BRD-Eliten hätten zwar nicht tatenlos zugesehen, wenn sich da eine gesellschaftliche Alternative zu ihrem System formiert und ihre Herrschaftslegitimation in Frage gestellt hätte. Dennoch hätte die Entfaltung einer entschiedenen inneren Opposition in der BRD der Massenbewegung in der DDR einen größeren Spielraum zur Entwicklung einer System-Alternative verschaffen können. Die ostdeutsche Bevölkerung hat sich nicht viel anders entschieden als kürzlich jene Mehrheit in Nicaragua. Mit dem feinen Unterschied, daß die einen im Hinterhof bleiben und die anderen diesen nun mitverwalten dürfen.

Der BRD-Kapitalismus dehnt sich auf das ostdeutsche Territorium aus, das Wohlstandsgefälle verschiebt sich an die Grenze zu Polen und ein vereinigt Deutschland könnte aus dem Schatten Hitlers treten, um schließlich auch außenpolitisch den Rang einzunehmen, den es wirtschaftlich schon länger ohne territoriale Expansion beanspruchen konnte.

Die Frankfurter Demonstration war bestimmt nicht der Anfang einer Bewegung gegen diese bedrohliche Tendenz. Dazu war sie inhaltlich zu ungenau, zu phrasenhaft und darin »sektiererisch«. Aber immerhin hat sie dokumentiert, daß eine sozialistische und internationalistische Linke mit Oppositionswillen in der Bundesrepublik noch existiert. Obgleich sie eine interventionsfähige Perspektive erst noch entwickeln muß, hat sie in Frankfurt wenigstens eines unter Beweis gestellt: Sie wird sich gewiß nicht über eine Verfassungsdiskussion in den herrschenden Konsens bürgerlicher Politik reintegrieren lassen.

Gerhard Fischer Vom Aussterben bedroht und doch übervölkert

Die Diskussion um ein Einwanderungsgesetz

Jedes Jahr, wenn in der Bundesrepublik nach den ersten sechs Monaten die um Asyl ersuchenden Flüchtlinge gezählt werden, ertönt der traditionelle Aufschrei »Das Boot ist voll«. Im Verlauf der 1991 verschärften Fremdenhatz meldeten sich auch die Verfechter der multikulturellen Gesellschaft mit dem Ruf nach einem Einwanderungsgesetz, einer Krisenlösung unter dem Motto »Auf Dauer ist das Boot zu leer«. Diese soll die Zahl der Asylsuchenden um die sogenannten »Wirtschaftsflüchtlinge« vermindern und so »den sozialen Frieden im Land erhalten« helfen. Als Vorbild dienen die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien. Gewichtigste »Argumente« sind der Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften und Konsumenten sowie die Vergreisung der Deutschen, die ein Loch in die Rentenkasse reißen würde.

Als Hauptakteure traten bekannte Vertreter der politischen Klasse auf, die zur Zeit realpolitisch in der Verantwortung stehen und als *Querdenker* gelten: Daniel Cohn-Bendit, Dezernent für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main (*Spiegel* 35/1991), Heiner Geißler, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (*Spiegel* 41/1991), Konrad Weiß, Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen (*Spiegel* 38/1991).

Gut eine Woche bevor Cohn-Bendit im *Spiegel*-Interview die Einwanderungsdebatte eröffnete, benannte Stefan Baron im Editorial der *Wirtschaftswoche* vom 16. August bereits die politstrategischen Argumente für ein Einwanderungsgesetz und den Hauptwidersacher: Bundesinnenminister Schäuble habe aus wahltaktischen Gründen »die Asylantenfrage ... ins Rampenlicht der Öffentlichkeit« geschoben und »die rot-grüne Opposition dagegen schlecht aussehen« lassen. Zwar werde sich dieses Jahr die Zahl der Flüchtlinge auf über 200.000 verdoppeln, diejenige der Aussiedler gehe aber von 400.000 im letzten Jahr auf circa die Hälfte zurück. »Macht unter dem Strich 100.000 weniger Zuwanderer. Wo ist das Problem?« fragt Baron, wo doch »die Zuwanderer ... zumindest ökonomisch betrachtet – durchaus willkommen« seien. »Deutschland braucht sie – als Arbei-

ter, Konsumenten und Stabilisatoren seines wackligen Rentensystems.« Dabei denkt der Leitartikler an die unbesetzten Lehrstellen »bei Malern, Klempnern, Frisören, Schneidern« und an »billige ausländische Arbeitskräfte ... in der Gastronomie und im Baugewerbe, bei der Müllabfuhr und im Bergbau, in der Kfz- und in der Schwerindustrie«, ohne die »so manche Dienstleistung ... für uns längst unerschwinglich geworden« wäre. Weiter hinten im selben Heft, unter der Überschrift »Noch Platz im Boot«, wird ökonomische Rationalität eingeklagt: »Eine sachliche Betrachtung, wie viele Ausländer mit Wirtschaft und Sozialstaat vereinbar sind, fehlt im Bonner Disput um Asyl- und Einwanderungsrecht.«

»Behalten wir mal einen kühlen Kopf«, fordert auch Cohn-Bendit, und Geißler bemängelt am Streit ums Asylrecht, daß sich keiner an die Fakten halte. Die demographische Entwicklung bundes- und europaweit und die weltweite Überbevölkerung und Flüchtlingsbewegung verlangten ein Einwanderungsgesetz. »Damit«, so Cohn-Bendit, »könnte die Bundesrepublik beispielsweise festlegen, wie viele Arbeitskräfte hereingelassen werden.« Diese Arbeit solle eine europäische Einwanderungsbehörde zusammen mit den Arbeitsämtern bewältigen, unterstützt von Außenstellen in Afrika, Asien und Osteuropa. Dort hätten dann alle Einwanderungswilligen ihre Anträge zu stellen, ausgenommen bereits abgelehnte Asylbewerber.

Geißler verlangt zusätzlich eine »moderne Einbürgerungspolitik, die das Staatsbürgerrecht nicht mehr völkisch, sondern republikanisch definiert«, und Cohn-Bendit will allen Ausländern, die in der Bundesrepublik geboren sind oder mehr als fünf Jahre hier leben, über die deutsche Staatsangehörigkeit »alle Bürgerrechte garantieren«. Die Flüchtlinge will er zwar nicht quotiert wissen, doch sei er bereit, über eine Neuformulierung des Artikels 16 zu debattieren, wenn eine neues Staatsangehörigkeits- und Einwanderungsrecht im Grundgesetz festgeschrieben würde. Eine »unabhängige Institution« von »gesellschaftlich unabhängigen Persönlichkeiten« zusammen mit »den Vereinten Nationen, der Flüchtlingshilfe, Amnesty International« usw. soll dann monatlich die Verfolgung in den Staaten der Welt feststellen und den Behörden Vorgaben machen. Entscheidend sei hierbei die Frage: »Handelt es sich um Demokratien? ... Und in Demokratien gibt es so etwas nicht, daß jemand aus politischen oder religiösen Gründen ernsthaft verfolgt wird.«

Im Kern geht Cohn-Bendits Argumentation auf die Verringerung der in der Bundesrepublik gestellten Asylanträge hinaus: »Wenn es echte Einwanderer gibt, dann gibt es weniger falsche Asylbewerber.« Hier trifft er sich mit Weiß, der den Artikel 16 »mit einem zusätzlichen Einwanderungsgesetz ... wieder klar und ein-

deutig« machen will, um den »sozialen Frieden im Lande« zu erhalten, weil »die Menschen ... nicht so ideal« seien. Das rechtfertige eine Quotierung der Einwanderungswilligen, und dafür sei auch die »bittere Sache« in Kauf zu nehmen, daß der Einzelne »vor der Tür stehenbleibt oder noch ein Jahr länger warten muß«. Geißler glaubt, daß die Flüchtlinge auf der Welt »diese Türen eines Tages einschlagen«, wenn die Ursachen der Flucht nicht beseitigt werden. Deshalb zählt er einen Forderungskatalog auf, der aus der Satzung von Pax Christi entnommen sein könnte: Soziale Marktwirtschaft auf der ganzen Welt, Entschuldung der Dritten Welt, Öffnung der Welt, Beseitigung der Handelshemmnisse, Einschränkung der Waffenexporte und weltweite Demokratisierung.

Geißler will die Einheimischen »geistig führen« und aufklären, »die Dinge nennen, wie sie sind«, damit begriffen würde, daß die Angst vor Ausländern, die es zwar gebe, unbegründet sei. Im Gegenteil bestehe die Gefahr für die deutsche Gesellschaft in der »mangelnde(n) Verjüngungs- und Anpassungsfähigkeit« und im »Anti-Immigrationsdenken«.

Obwohl die zwei aus der grünen Modernisierungsfraktion wie Geißler das völkische Staatsbürgerrecht der Bundesrepublik angreifen, reiten sie keine Attacke, sondern führen eine Abwehrschlacht gegen die Hegemonie der Konservativen in der Debatte um das Asylrecht, im Kampf um Wählerstimmen. Weiß' Fraktionskollegin Christine Schenk und ihre Mitarbeiterin Jutta Oesterle-Schwerin wandten im Oktober-Heft der *Kommune* ein, daß die Anzahl der potentiell von Rassismus Bedrohten unerheblich für den Rassisten ist. Wie das Beispiel des Antisemitismus nach 1945 in beiden deutschen Staaten zeigt, bilden sich rassistische Haltungen nicht als Folge von Erfahrungen mit den Opfern des Rassismus aus. Konrad Weiß' quotierte Einwanderung als »sozialverträgliche Regelung« wird den rechtsradikalen Mob auf der Straße genausowenig besänftigen wie die »nicht so ideal(en)« Fremdenfeinde vor den Fernsehapparaten.

Auch der Ruf der deutschen Wirtschaft nach billigen Arbeitskräften, dessen sich Geißler und Cohn-Bendit in taktisch ökonomistischer Absicht bedienen, um ihre Vorstellungen in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft diskutabel zu machen, ist im Nebeneffekt ein bevölkerungspolitisches Verschachern von Menschenmassen, damit die bedrohte Ethnie »deutsche Kulturnation« nicht ausstirbt. Zumindest die Vorschläge der *Wirtschaftswoche* laufen eher darauf hinaus, über billige Arbeitskräfte die Löhne zu drücken, als Einwanderer oder Flüchtlinge vor Ausgrenzung, Beleidigungen und Angriffen zu schützen. Die Erfahrungen der zum Teil seit Jahrzehnten hier lebenden Arbeitsimmigranten, die mit derselben Begründung angeworben wurden, bestätigen dies. Freilich könnte die Gewährung

der vollen Bürgerrechte über ein neues Staatsbürgerrecht nach französischem Muster und nicht nach Blutzugehörigkeit diesen und ihren Kindern das Leben hier erleichtern. Eine »Gastarbeiterrückführung« wie während der Rezession Anfang der siebziger Jahre wäre nicht so leicht möglich.

Geißler wie Cohn-Bendit überschätzen bei weitem die Kraft des kritischen Rationalismus, der erstmal tief durchatmet, die Wirklichkeit und ihre Probleme betrachtet und dann im Dreisatz die Lösung errechnet. Als wenn der christliche Soziallehrer nicht um die Probleme einer universalistischen Strategie wüßte, will er die sich vor den Fremden »fürchtenden« Deutschen aufklären, und wenn dies nicht klappt, »geistig führen«. Cohn-Bendit antwortete den *Spiegel*-Interviewern, die bezweifelten, daß die Jungnazis im Osten auf seine Argumente hören würden: »Ist mir egal. Irgendwann wird das staatlich durchgesetzt.« (Gemeint sind die »Mindestkriterien des sozialen und menschlichen Zusammenlebens«). Der starke Staat, republikanisch oder wie auch immer verfaßt, war noch nie ein brauchbares Mittel, um dem Rassismus beizukommen. Im Gegenteil steht der Nationalstaat mit der Konstruktion des »Staatsvolkes« für die Abgrenzung gegenüber den fremden Ethnien. Auch waren es die Institutionen der totalitären Version des modernen Staates, die auf Grundlage der Ideologie der Rassenkonstruktion planmäßig ausgrenzten und mordeten.

Die Handhabung der Einwanderungsgesetze in den Einwanderungsländern USA, Kanada und Australien ist selektiv und damit restriktiv. Das historische Bewußtsein der weißen US-Bürger speist sich zum großen Teil aus der Unabhängigkeitserklärung gegenüber den »Mutterländern« und der Errichtung von »Gods own country« durch die aus religiösen, politischen und wirtschaftlichen Gründen eingewanderten Europäer. Trotzdem legt das Einwanderungsgesetz der USA über feste Quoten und Fragebögen fest, wer einwandern darf und wer nicht. Berufliche Qualifikation, Sprachkenntnisse usw. spielen dabei eine wichtige Rolle. Investitionen in sechsstelliger Höhe berechtigen zur Einwanderung. Auch wenn Weiß beteuert, er wolle »den armen Ländern die Armen abnehmen«, spricht die Praxis von Einwanderungsgesetzen dagegen.

In Geißlers multikultureller Bundesrepublik mit geregelter Einwanderung sollen deutsche Staatsbürger unterschiedlicher Herkunft und Hautfarbe, die sich zu »unserer Verfassung bekennen«, mit Volksgenossen zusammen »in Toleranz und gegenseitiger Achtung« leben; die Bewahrung »unsere(r) deutschen Identität« vorausgesetzt. Der Leiter der Verfassungsabteilung im Bonner Innenministerium, Eckart Schiffer, präzisiert diese deutsche Identität als »ein übergreifendes Grundmuster von identitätsstiftenden gemeinsamen Erinnerungen, Werthaltungen und

Vorstellungen, die die (meisten) Deutschen als Angehörige einer Nation verbinden«. »Heimat im Sinne einer Erhaltung vertrauter Umwelt ist, nicht zuletzt im Hinblick auf die Kürze des Lebens, so etwas wie ein kollektives Menschenrecht.« (*Spiegel* 40/1991) Damit trifft er den Kern neokonservativer Politik in Westeuropa, die auf die Stärkung regionaler Identitäten innerhalb des gemeinsamen Marktes baut.

Trotz ständig sich internationalisierender Märkte (Europäischer Binnenmarkt) sowie abgebauter Grenzen und Handelsbarrieren, bekommt der Nationalstaat als »Ordnungsprinzip« in den letzten Jahren wieder stärkeres Gewicht. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft übernehmen auf der einen Seite die »Vereinigten Staaten von Europa« die Funktionen des Nationalstaates nach außen. Andererseits stehen die Regionen für die kulturellen Identitäten. Diese sieht Schiffer von einem »selbstsicheren religiösen Fanatismus fremder Provenienz« bedroht, und er fordert deshalb seine Landsleute dazu auf, »erforderlichenfalls den Anfängen der Intoleranz (zu) wehren«. Der fortgeschrittenen Intoleranz hoher deutscher Ministerialbeamter könnte sich auch ein eventuell europäisches Einwanderungsgesetz nicht erwehren. In diesem Fall würde eben an den Schlagbäumen und in den Herkunftsländern schon entschieden, wer »fanatisch« ist und deswegen außen vor zu bleiben hat. Wie sagt Schiffer doch ganz europäisch: »When in Rome, do as the Romans do.« Wo's doch auch ein knappes »Deutschland den Deutschen« tät'.

Jost Müller

Agonie ohne Ende

Vom unheimlichen Verschwinden der Nationen in Europa

Wenn gegenwärtig über die Zukunft der Nationen in einer »neuen Weltordnung« debattiert wird, kristallisieren sich schnell zwei grundlegende, scheinbar gegensätzliche Argumentationslinien heraus. Die erste Linie beschreibt die Tendenz zum Nationalstaat und zum Nationalismus im Übergang zum nächsten Jahrhundert, wie sie sich etwa in dem Zusammenbruch der staatskapitalistischen Regimes in Osteuropa zu bestätigen scheint, um dann entweder vor einem Rückfall in den Nationalismus des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zu warnen, oder den Primat des Nationalen, der »Nation« gegenüber der »Klasse« zu beschwören. Letzteres ist kennzeichnend für die nationale Ideologie, die nicht erst in den vergangenen zwei Jahren, sondern bereits seit über zehn Jahren von einem sich ausbreitenden Nationalismus in ganz Europa befördert wurde. In beiden Fällen, selbst wenn die negatorische Position bezogen wird, speist sich die Argumentation aus dem »nationalen Mythos« der Wiedergeburt feststehender Nationalcharaktere, gleichgültig ob sie als »Nationalwahn« verworfen oder als »Nationalgefühl« begrüßt werden. Im bisherigen anti-nationalistischen Kampf der Linken hat der gegenidentifikatorische Bezug auf den »nationalen Mythos« fatale Konsequenzen gehabt und es weitgehend unmöglich gemacht, den Primat der Nation und die Dominanz der nationalen Anrufungen zu unterminieren beziehungsweise zu desartikulieren. Am deutlichsten wird dies im historischen Moment des Umschlagens, wenn sich die nationalistischen Parolen nicht – wie geglaubt – als hohle Phrasen herausstellen, sondern als wirkungsmächtige nationale Anrufungen, denen selbst die anti-kapitalistische Linke unterworfen ist. Zu denken ist hierbei an die »Burgfriedenspolitik« der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien von 1914, an das Programm der »nationalen und sozialen Befreiung« der Kommunistischen Internationale, den nationalistischen Antifaschismus der Arbeiterorganisationen in den dreißiger Jahren und den anti-imperialistischen »Befreiungsnationalismus« nach 1945.

Die zweite Argumentationslinie bezieht sich auf supra-nationale Strukturen und auf die Relativierung der »nationalen Identität« durch andere, regionalistische

oder soziale »Identitäten«, also auf sogenannte »übernationale« und »unternationale« Einheiten, die, wie der marxistische Historiker Eric J. Hobsbawm in seiner jüngsten Studie über *Nationen und Nationalismus* meint, »den Niedergang des alten Nationalstaats als eines funktionsfähigen politischen Gebildes zum Ausdruck bringen«; Nationen und Nationalismen, so sieht er voraus, werden in Zukunft »von untergeordneter und vielfach sehr geringer Bedeutung sein« (Hobsbawm 1991:220). Seine Prognose ist unterfüttert durch eine historizistische Theorie zum Phänomen der »Nation«, die den historischen Aufstieg des Nationalismus von der Französischen Revolution bis zur Entkolonialisierung nachzeichnet. Den Höhepunkt des Nationalismus bildet nach Hobsbawm die Phase zwischen 1918 und 1950, in der sich das nationalistische Programm, »Nation« und »Staat« zur Deckung zu bringen, verallgemeinerte. Im faktischen Scheitern dieses »Nationalitätsprinzips« – eines Prinzips, wie es etwa im Wilsonschen Selbstbestimmungsrecht der Völker am Ende des Ersten Weltkrieges formuliert ist – überschreite die nationalistische Politik ihren historischen Zenit; sie fungiere »nicht mehr als eine Hauptkraft der historischen Entwicklung« (Hobsbawm 1991:194). Die Nationalisierung der Welt habe das Prinzip der Nationalität (Übereinstimmung von Staat und Nation) historisch nicht realisiert, so daß der Nationalismus zusammen mit dem Nationalstaat vergehen werde. Es handelt sich hierbei um eine teleologische Konstruktion des historischen Prozesses, nach der quasi automatisch verschwinden muß, was nicht zur vollen Entfaltung des logisch zugeordneten substantiellen Prinzips gelangt ist.

Die Metaphysik des Nationalstaates

Wollte man einer der beiden Argumentationslinien folgen, so wären die historischen Transformationen der »Nation-Form« (Balibar) notwendig ignoriert. Beide nämlich rekurrieren letztlich auf einen Begriff des Nationalstaates als Substanz des Politischen, zumindest für die »bürgerliche Politik« und den »bürgerlichen Staat« der vergangenen zwei Jahrhunderte. Bei der ersten Argumentation bewegte man sich dabei unweigerlich im Horizont der Vergangenheit: im Imaginären wird eine Schlacht um den »alten Nationalstaat« geschlagen, die längst historisch entschieden ist. Die »Nationalisierung der Welt« (Hobsbawm) hat tatsächlich zu keiner Zeit einen Nationalstaat hervorgebracht, dessen Konstitution »in der nationalen Gleichartigkeit seiner Bürger« (Schmitt 1989:231) bestanden hätte. Die »soziale Metaphysik des Nationalismus« dient, wie der liberale Sozialphilosoph Ernest Gellner zurecht feststellt, nicht zur Erklärung der Nationen und der Nationalstaaten. Und er fügt hinzu: »Kritiker des Nationalismus, die die politische

Bewegung kritisieren, die Existenz der Nationen jedoch stillschweigend akzeptieren, gehen nicht weit genug« (Gellner 1991:76f.). Die zweite Argumentation verschiebt den Horizont in die vermeintliche Zukunft; man wähnt sich gemäß der logischen Priorität in einem Zeitalter, in dem die Nationalstaaten verschwunden sind, so daß der Kampf gegen den gegenwärtig expandierenden Nationalismus als historisches Relikt erscheinen muß. Dabei wird folglich im Vertrauen auf die supra-nationalen Staatsstrukturen kaum noch berücksichtigt, daß auch die gegenwärtig existierenden Nationalstaaten das Arsenal zur Durchsetzung eines »Prinzips nationaler Homogenität«, das Carl Schmitt in seiner *Verfassungslehre* von 1928 verzeichnet hat, voll ausschöpfen: »allmähliche, friedliche Assimilierung an die herrschende Nation«, »Beseitigung des fremden Bestandteils durch Unterdrückung, Aussiedlung der heterogenen Bevölkerung und ähnlich radikale Mittel«, »Kontrolle fremden Zuzugs und Abweisung unerwünschter fremder Elemente durch die Einwanderungsgesetzgebung«, »Herausbildung besonderer Formen und Methoden der Beherrschung von Ländern mit heterogener Bevölkerung«, »Gesetze gegen Überfremdung, zum Schutz der nationalen Industrie, zum Schutz gegen die ökonomische und soziale Macht fremden Kapitals«, »Möglichkeit der Expatriierung, Denaturalisierung« (Schmitt 1989:232f.).

Ausgeblendet bleibt schließlich die Frage nach der aktuellen Problematik einer Verknüpfung der Tendenz zum Nationalstaat mit der Tendenz zu supra-nationalen Staatsgebilden. Ob die unbestreitbare Tendenz zu übernationalen Neuordnungen, wie sie sich im Vereinigungsprozeß der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der (Re)Kreation einer um die baltischen Staaten und Georgien verkleinerten, euro-asiatischen Staatengemeinschaft (GUS) niederschlägt (von den irredentistischen Bestrebungen vor allem in Moldawien einmal abgesehen), zur Herausbildung supra-nationaler Staaten oder nicht vielmehr zu Staatenbünden unter der Hegemonie eines Nationalstaates führen wird, ist noch keineswegs ausgemacht. Indiz für die zweite Alternative ist zumindest der Primat des Nationalstaates, der sich in der bundesrepublikanischen Annexion der DDR im Bereich der EG und in dem russischen Bestreben, außen- und militärpolitische Institutionen der zerfallenen UdSSR zu übernehmen, manifestiert. Hinzu kommt, daß zur Zeit eher Integrationsprobleme in und zwischen den jeweiligen »souveränen Nationalstaaten« bestehen, von deren Lösungen es abhängen wird, wie sich supra-nationale mit nationalen Staatsstrukturen verbinden. Die theoretische Bestimmung der Nation-Form ist vor diesem Hintergrund keine überflüssige Aufgabe, da sie einigen Aufschluß über die strukturellen und historischen Bedingungen der gegenwärtigen Veränderungen verspricht.

Bezogen auf nationale Anrufungen scheint die folgende Beschreibung des Nationalismus-Forschers Karl W. Deutsch von 1966 nichts an ihrer Gültigkeit verloren zu haben: »Der Nationalstaat bietet den meisten seiner Mitglieder ein stärkeres Gefühl an Sicherheit, Zugehörigkeit, Verbindlichkeit und sogar persönlicher Identität, als jede andere größere alternative Gruppe es vermag. Je größer das Bedürfnis der Bevölkerung für eine derartige Verbindlichkeit und Identität unter den Zwängen und Krisen der sozialen Mobilisierung und Entfremdung von einer vertrauten Umwelt ist, um so größer wird die potentielle Macht des Nationalstaates, deren Sehnsüchte und Widerstände zu kanalisieren und deren Haß und Liebe zu dirigieren« (Deutsch 1985:59). Andererseits aber beschreibt Deutsch, daß der Nationalstaat »für seine Bewohner in Friedenszeiten zu einer erkennbaren Gefahr und im Krieg zu einer Todesfalle« (ebd.) werden könne. Der beobachtete Gegensatz von Streben nach persönlicher oder individueller Identität und der Erkennbarkeit einer »Gefahr« bis hin zur »Todesfalle« deutet auf einen ideologischen Zusammenhang hin, der sich meines Erachtens nicht nach der ideologiekritischen Prämisse auf die Pole Irrationalismus und Rationalismus oder Ideologie und Erkenntnis verteilen läßt.

Für Nationalisten, für Subjekte, die in der nationalen Ideologie leben, ist dieser Gegensatz offenkundig nicht virulent: der »nationale Mythos« überspringt den Abgrund zwischen imaginärer »Sicherheit« und realer »Todesfalle«, indem er Rettung und Tod in der Metapher der »Wiedergeburt« verschmilzt. Er verheißt die »Wiederkehr eines ursprünglich goldenen Zeitalters«, für die es sich nicht allein zu töten, sondern auch in den Tod zu gehen lohne. Es gibt keine nationalistic Ideologie, die nicht diesen nekrophilen Charakter trüge. Anti-nationalistische und anti-militaristische Strategien, die den Nexus von Nationalismus und Krieg immer wieder betont haben, werden dergestalt leicht unterlaufen, sofern sie sich nicht auf die Macht der Nation als »imaginärer Gemeinschaft« – »vorgestellt als begrenzt und souverän« (Anderson 1988:15) – beziehen. Gegenüber dem ideologiekritischen Verfahren, das diese »imaginäre Gemeinschaft« als manipulativen Schein kennzeichnet, um – berechtigterweise – auf die Realität von Vernichtung, Krieg und Völkermord zu verweisen, bietet ein ideologietheoretisch angeleitetes Verfahren den Vorteil, Struktur und Funktion der nationalen Ideologie ebenso wie Ort und Modus ihrer Reproduktion analysierbar zu machen.

So hat etwa Etienne Balibar in seiner Studie *Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie* in Anknüpfung an die Theorie der Ideologie von Louis Althusser darauf aufmerksam gemacht, daß »jede soziale Gemeinschaft, die durch das Wirken von Institutionen reproduziert wird, imaginär« ist und daß durch die »Anru-

fung der Individuen als Subjekte« ein Prozeß in Gang gesetzt ist, »in dessen Verlauf die Affekte Liebe und Haß sowie die ›Selbst‹-Vorstellung fixiert werden«. Es handelt sich hierbei zugleich um »ein Massen- und ein Individuationsphänomen«, das heißt, die Ideologie integriert die individuelle in eine kollektive Identität, so daß sich die Individuen als Subjekte wechselseitig miteinander identifizieren, wechselseitig wieder- und anerkennen und in der Projektion kollektiver Geschichte, gemeinsamer Traditionen und eines vereinheitlichenden Namens als »reale Gemeinschaft« erleben. Mit Bezug auf die Nation-Form besteht das Imaginäre, laut Balibar, in der Konstruktion eines »Volkes«, das sich »von vornherein in der Institution Staat wiedererkennt« (Balibar/Wallerstein 1990:115f.; vgl. auch Althusser 1977). Die »Institution Staat« und die Konstruktion »Volk« bilden folglich die zentralen strukturellen und funktionalen Modi, durch welche sich die Reproduktion der Nation-Form vollzieht.

Der Chronotopos von Staat und Nation

Im Rahmen der neueren materialistischen Gesellschaftstheorie wird die »Institution Staat« als ein »institutionalisierter Kristallisationspunkt komplexer, sowohl legitimatorischer wie repressiver Beziehungen zwischen allen Klassen und Klassenfraktionen, als Terrain sozialer Konflikte und Kämpfe« (Hirsch 1990:44; vgl. vor allem Poulantzas 1978) interpretiert. Demnach ist der kapitalistische Staat weder Instrument der herrschenden Klasse oder Klassenfraktion noch Subjekt mit einer über den Klassen stehenden Schiedsrichterfunktion. Insofern die »Institution Staat« selbst das Produkt und Terrain von Klassenkämpfen und sozialen Konflikten bildet, ist darüber hinaus jede Vorstellung eines monolithischen Staatswesens in den kapitalistischen Gesellschaftsformationen irreführend. In seinem strukturellen Aufbau stellt sich der kapitalistische Staat vielmehr nicht als eine Institution, sondern als ein Ensemble verschiedener Apparate und Institutionen dar, die in einem funktionalen Verhältnis zu den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und ihren Fraktionen stehen.

Durch seine institutionelle Materialität und funktionale Ausdifferenzierung ist der kapitalistische Staat »in allen gesellschaftlichen Beziehungen präsent und zugleich ist die Art und Weise seines Wirkens von diesen geformt. Er ist daher immer schon ›Interventionsstaat‹, auch wenn sich die Art und Weise der Institutionalisierung der Klassenbeziehungen, der ökonomischen Regulation und der Massenintegration historisch verändert« (Hirsch 1990:49f.).

Analysiert man das staatliche Ensemble von Apparaten und Institutionen unter dem Aspekt politischer Herrschaft, so ergibt sich eine strukturelle Dominanz von

Kapitalinteressen, die ihn als Klassenstaat, eben als kapitalistischen Staat charakterisiert. Als Struktur und als soziales Verhältnis organisiert und repräsentiert der kapitalistische Staat, wie Gramsci festgestellt hat, in einer Verbindung von Konsens und Zwang die Hegemonie der herrschenden Klassen und ihrer Fraktionen und desorganisiert dergestalt die beherrschten Klassen. Diese hegemoniale Konstruktion gewährleistet schließlich die innere Kohärenz des Staates, während umgekehrt hegemoniale Instabilität zur Krise des Staates führt. Mit dieser Feststellung bewegt man sich bereits auf dem Terrain des Nationalstaates, denn auf diese Kohärenz, die Einheit des kapitalistischen Staates, formuliert als hegemoniales Projekt einer nationalen Politik, bezieht sich die Konstruktion des »Volkes«, die »imaginäre Gemeinschaft«, die sich in der »Institution Staat« wiedererkennt, »ihn angesichts anderer Staaten als den ›ihrigen‹ anerkennt und vor allem ihre politischen Kämpfe in seinen Horizont stellt: indem sie beispielsweise ihr Streben nach Reform und sozialer Revolution als Projekt formuliert, das ›ihren‹ Nationalstaat umgestalten soll« (Balibar/Wallerstein 1990:115). Umgekehrt ist Hegemonie ohne die Modulation eines »politischen Körpers Volk-als-Nation« (Poulantzas 1980:135ff.) nicht denkbar.

Um die Beziehung von Staat und Nation zu erläutern, hat Nicos Poulantzas in seiner *Staatstheorie* auf die »Transformation der Raum- und Zeitmatrizes« hingewiesen, welche »die Materialität der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, des Staatsaufbaus und der ökonomischen, politischen und ideologischen kapitalistischen Machttechniken« (Poulantzas 1978:90f.) bestimmen. In dem Bestreben des kapitalistischen Staates, die »Organisierungsverfahren des Raumes und der Zeit zu monopolisieren«, fällt die »moderne Nation«, laut Poulantzas, »tendenziell mit dem Staat zusammen in dem Sinne, daß der Staat sich die Nation einverleibt und die Nation in den Staatsapparaten Gestalt annimmt, denn sie wird zur Verankerung seiner Macht in der Gesellschaft und umreißt ihre Grenzen« (ebd.). In diesem Kontext entwickelt Poulantzas einen Chronotopos, der auf der kapitalistischen Arbeitsteilung und dem kapitalistischen Produktionsprozeß beruht. Der kapitalistische Produktionsprozeß hat ein Ziel, das Produkt als Ware, aber kein Ende, die Akkumulation des Kapitals als erweiterte Reproduktion des Kapitalverhältnisses; er ist teleologischer und unendlicher Progreß, der sich in der Maschinerie, der großen Industrie, dem Taylorsystem und der Fließbandproduktion räumlich und zeitlich zergliedert, um von einer Station zur anderen, von einem Intervall zum anderen überzugehen und fortzuschreiten. Im Unterschied zum konzentrischen Raum und zu der zyklischen Zeit der antiken Produktionsweise sowie zum hierarchischen Raum und zu der linearen Zeit der feudalen Produktionsweise

ist der kapitalistische Chronotopos durch eine »Homogenität zweiten Grades«, des Raumes mittels Grenzziehung und der Zeit mittels normierter Messung (Poulantzas 1978:96,103) charakterisiert. Die kapitalistische Raummatrix ist demnach durch »einen seriellen, fraktionierten, diskontinuierlichen, parzellierten, zellenförmigen und irreversiblen Raum« geprägt, und die kapitalistische Zeitmatrix durch eine »segmentierte, serielle, in gleiche Momente unterteilte, kumulative und irreversible, da auf das Produkt orientierte Zeit« (Poulantzas 1978:96,102). Der serielle, unterteilte und irreversible Chronotopos konstituiert die raum-zeitliche Ungleichmäßigkeit der erweiterten Reproduktion, die weder dem antiken und feudalen »Nicht-Ort« der »Barbaren« und »Heiden« noch der mythisch-religiösen Zeitlosigkeit vergleichbar ist. Er ermöglicht eine ungleichzeitige und kombinierte Entwicklung in den Formen der Territorialisierung und Deterritorialisierung sowie der differenziellen Historizität, wie sie sich in der Herausbildung von Zentren und Peripherien im Weltsystem darstellen (vgl. auch Mármora 1983:75ff.; Hirsch 1990:91ff.).

Dieser Chronotopos ist damit als Bedingungsmöglichkeit der Nation-Form und als konstitutives Moment des Nationalstaates anzusprechen: »Der kapitalistische Staat setzt die Grenzen, indem er das konstituiert, was innen ist – Volk und Nation –, und das Vorher und Nachher des Inhalts dieser Einfriedung homogenisiert. Die nationale Einheit, die moderne Nation, wird so zur Historizität eines Territoriums und zur Territorialisierung einer Geschichte, zur nationalen Tradition eines Territoriums, die sich im Nationalstaat materialisiert« (Poulantzas 1978:107).

In dieser doppelten Bewegung des Nationalstaates manifestiert sich der ambivalente Charakter der Nation-Form: die Partikularität (Eingrenzung/Ausgrenzung) und die Universalität (Homogenisierung) der Nation-Form, die auf der Grundlage des kapitalistischen Chronotopos die Fragmentierung von Raum und Zeit mittels territorialer Eingliederung bestimmter Segmente und die Assimilierung der eingegliederten Segmente in eine evolutionäre Einheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft produziert und erweitert reproduziert. Logisch wie historisch gehen bestimmte Aspekte des kapitalistischen Staates (zentralisierte Verwaltung, Doktrin der Staatsräson usw.) seiner nationalen Form voraus, aber erst der Prozeß der äußeren wie inneren Kolonialisierung im Rahmen eines kapitalistischen Weltsystems – im Sinne Wallersteins »historischem Kapitalismus« (Wallerstein 1984) – schafft »Nationen«, die sowohl das Zentrum als kolonisierende »Nationen« als auch die Peripherie als kolonisierte »Nationen« in einer Rangordnung gliedern (vgl. Balibar/Wallerstein 1990:103).

Die Konstruktion des Volkes

Die innere Kolonialisierung verlangt eine Homogenisierung und Universalisierung, die über die sozialen Ungleichheiten, Spaltungen und Differenzen hinweg die Konstruktion Volk-als-Nation ermöglicht. Nach Ernest Gellner ist dies das Produkt des Industrialismus, der in der neugeschaffenen Beziehung von Staat und Kultur eine »soziale Entropie« (Gellner 1991:98ff.) bewirke, welche die horizontalen wie vertikalen Differenzen der vorausgehenden agrarischen Gesellschaften auflöse. Denn: »Die industrielle Ordnung erfordert innerhalb politischer Einheiten eine Homogenität, die zumindest ausreicht, um einigermaßen reibungslose Mobilität zu gestatten und die ›ethnische‹ Identifikation von Vor- oder Nachteilen wirtschaftlicher und politischer Art auszuschließen« (Gellner 1991:162). In den Mittelpunkt seiner Analyse des Nationalismus stellt er das Erziehungssystem, das dieser Aufgabe gerecht zu werden habe. Das staatliche »Erziehungsmonopol« (Gellner 1991:57) produziere die erforderliche kulturelle Homogenität, eine Universalisierung der »schriftgestützten Hochkultur« (Gellner 1991:58ff.,115), die die Nation im Unterschied zu anderen Gemeinschaften kennzeichne. Die Konstruktion Volk-als-Nation wäre, wollte man Gellner folgen, durch die ausschließlich »kulturelle Identität« des modernen Menschen, seine Loyalität gegenüber der ihm im Erziehungssystem anerzogenen Kultur zu bestimmen.

Der Hinweis auf das Erziehungssystem ist ohne Zweifel von zentraler Bedeutung für die Konstruktion des Volkes, allerdings vernachlässigt Gellner die Artikulationen des Rassismus in der Nation-Form, die der Kulturbegriff geradezu transportiert (vgl. Müller 1990). Folgerichtig behandelt er die Rassismen als »entropie-resistente« oder »kontra-entropische« Identitäten, was seine Typologie der Nationalismen zu einem formalisierten Modell der Gegenüberstellung von »kultureller Einheit« und »kultureller Dualität« im Zugang zur Macht und zur Ausbildung werden läßt (Gellner 1991:139ff.).

Ausgeblendet bleibt somit das Bestreben der Nationalismen, die Konstruktion Volk-als-Nation mit einem genealogischen Mythos zu verknüpfen: mit einer »Abstammung«, wie sie etwa Sieyes in seiner Schrift *Qu'est-ce que le Tiers-état?* von 1789 für die von der »fränkischen« Aristokratie »gereinigte Nation«, »nur aus Abkömmlingen der Gallier und Römer zusammengesetzt«, annahm (Sieyes 1988:35), oder mit einem »Urvolk«, wie es beispielsweise Fichte 1808 seinem Programm einer Nationalerziehung für die Deutschen unterlegte (Fichte 1978:106ff.). Volksgenealogien dieser Art lassen sich in allen Nationalismen des 19. und des 20. Jahrhunderts auffinden.

Der Nationalstaat stellt diese Verknüpfung von Nationalismus und Rassismus her, indem er ein raum-zeitliches Kontinuum schafft, um das »eigene Volk« territorial zu homogenisieren und historisch zu universalisieren, die »fremden« oder »unterentwickelten« Traditionen innerhalb des nationalen Territoriums und der nationalen Geschichte dagegen tendenziell zu isolieren, zu negieren oder auszulöschen. Sowohl in sozialer als auch in kultureller Hinsicht zerstört der Nationalstaat andere Muster der Traditionsbildung, indem er sie entweder der nationalen Tradition assimiliert oder im Namen dieser Tradition annihiliert. Die beiden wichtigsten historischen Kontrahenten des Nationalismus, der Regionalismus und der Internationalismus, sind bisher vor allem an dieser Konstruktion des »eigenen Volkes«, des Staatsvolkes gescheitert: wo sie nicht selbst zum Staat, etwa in Form des Separatismus/Irredentismus oder des »sozialistischen Vaterlandes«, und damit dem Nationalismus völlig symmetrisch geworden sind, treten regionalistische und internationalistische Artikulationen im Volk lediglich diskontinuierlich auf.

Für die Artikulationen des Rassismus in der Volksgenealogie gilt umgekehrt, daß sie eine ungebrochene Kontinuität besitzen und sich in unterschiedlichen Formen (impliziter und expliziter Rassismus, kulturalistischer und biologistischer Rassismus) und verschiedenen historischen Modi (universeller, superiorer, differentieller Rassismus) reproduzieren. Die Konstruktion Volk-als-Nation beruht folglich ideologisch auf einer »wechselseitige(n) Determination von Nationalismus und Rassismus« (Balibar/Wallerstein 1990:67) und einer »fluktuierende(n) Differenz« (ebd.:69) zwischen den Polen Universalität und Partikularität, wie sie Etienne Balibar herausgearbeitet hat (Vgl. Balibar/Wallerstein 1990:49ff.; Balibar 1991). Die Artikulationen des Rassismus können die Homogenisierung und Universalisierung des »eigenen Volkes« ebenso gut unterlaufen wie überbieten. Sie heften sich an die Territorialisierung einer Geschichte, um sie rassistisch zu substantialisieren, und an die Historizität eines Territoriums, um sie rassistisch zu spezifizieren; sie können sich zugleich oberhalb und unterhalb der Ebene des Nationalstaates bewegen; sie spalten tendenziell das Volk-als-Nation im Diesseits und transzendieren die Volksgenealogie im Jenseits der nationalen Grenzen.

Da kein Nationalstaat eine ethnische Basis besitzt, produziert er zur Modulation des »Volkskörpers«, laut Balibar, eine »fiktive Ethnizität«, die zwei komplementäre Wege, sich »Volk« als eine »absolut autonome Einheit vorzustellen« (Balibar/Wallerstein 1990:119), einschließt: die sprachliche Gemeinschaft und die rassistische Gemeinschaft. Balibar rekurriert damit zunächst auf die Nationalsprache, die im linguistisch-philologischen Nationalismus als »natürliche Spra-

che« artikuliert ist, und sich tatsächlich in staatlich organisierten Prozessen der Alphabetisierung, Schriftreformierung, Sprachplanung und Sprachnormierung vereinheitlicht (vgl. Calvet 1978; Coulmas 1985). Die sprachliche Gemeinschaft ist insofern eine Fiktion, als ihr – linguistisch gesprochen – ein gemeinsamer »Code« zwischen Senderinnen und Empfängern unterstellt wird, der jenen sozial kommensurabel und völlig transparent erscheint. Die von Gellner aufgezeigte »kulturelle Homogenität« hat in dieser Sprachgemeinschaft ihren Platz. Aber die sprachliche Gemeinschaft bleibt eine prekäre nationalstaatliche Homogenisierung, denn sie assimiliert tendenziell alle kompetenten Sprecherinnen und Sprecher und ihr Ausschlußmodus reicht kaum eine Generation zurück.

Allerdings geht die sprachliche Praxis darüber auch hinaus: die imaginäre Gemeinschaft der Kommunizierenden beharrt möglicherweise auf der Identifizierbarkeit der »Muttersprache« als dem konstitutiven Merkmal der Spaltung des ›Selbst‹ von den ›Anderen‹, die so zum »Ideal eines gemeinsamen Ursprungs« und zur »Metapher für die gegenseitige Liebe der Staatsangehörigen wird« (Balibar/Wallerstein 1990:121). Obgleich sie einer grundsätzlichen Unwägbarkeit der nationalen Zuschreibung ausgesetzt ist, liefert sie das Material einer rassistischen Zuordnung. Die »sprachliche Gemeinschaft« gleitet über zur »rassistischen Gemeinschaft«, da sie rassistisch überdeterminiert ist. Aber auch umgekehrt: in ihr artikuliert sich die rassistische Gemeinschaft, deren konstitutives Merkmal die »ursprüngliche Verwandtschaft«, die Eingliederung der Individuen in die Volksgenealogie bildet, wie sie in der Metapher der Nation als der »großen Familie« verdichtet ist (vgl. Balibar/Wallerstein 1990:123). Die rassistische Gemeinschaft fußt im Unterschied zur Sprachgemeinschaft auf einer fiktiven Kette der Generationen, die sich quasi beliebig in Vergangenheit und Zukunft verlängern läßt, aber Integration und Assimilation per se reduziert oder sogar ganz ausschließt.

Die imaginäre Gemeinschaft der Rassisten und Rassistinnen, so läßt sich vermuten, findet ihre Praxis in den reglementierten Formen des Heiratsverhaltens (vgl. Demirović 1991:49), das sie auf den Nationalstaat projiziert, der es wiederum postwendend in der Einrichtung von Standesämtern, durch die Familienberatung und die national-rassistisch fixierte Familienpolitik und Sozialfürsorge bestätigt. Balibar zumindest geht davon aus, daß das »Paar Familie-Schule« als institutionelles Ensemble einen ideologischen Staatsapparat bildet, der unter anderem die fiktive Ethnizität von »Sprache« und »Rasse« reproduziert, so daß »die heutige Bedeutung der allgemeinen Schulpflicht und der Familienzelle nicht nur in dem funktionalen Stellenwert liegt, den sie für die Reproduktion der Arbeitskraft haben, sondern darin, daß sie diese Reproduktion der Bildung einer

fiktiven Ethnizität unterordnen, d.h. der Artikulation einer sprachlichen und einer rassistischen Gemeinschaft, die implizit in der Bevölkerungspolitik vorhanden ist« (Balibar/Wallerstein 1990:126). Entscheidende Orte der Konstruktion Volk-als-Nation hat der Nationalstaat folglich in der »zivilgesellschaftlichen« und in der vermeintlich »privaten« Einrichtung, in denen die Vermittlung von Kompetenz in der jeweiligen Schriftsprache und die Einübung generativen Verhaltens stattfindet und welche die staatliche Bevölkerungsplanung lediglich antizipierend und koordinierend einzusetzen hat.

Die »Nation Europa«

Vor dem Hintergrund solcher staats- und ideologietheoretischer Überlegungen läßt sich ermesen, welchen Schwierigkeiten und Gefahren die Konstruktion einer »Nation Europa« ausgesetzt ist. Die Herausbildung eines vereinigten Europas kapitalistischer Staaten vollzieht sich nicht in einem Prozeß der self-fulfilling prophecy, die das Zeitalter der Nationalstaaten einfach für beendet erklärt. Deklarationen der europäischen Integration im Rahmen einer nationalen Politik, wie etwa der gegenwärtigen Bundesregierung, bestätigen vielmehr den Verdacht, daß es sich dabei um ein hegemoniales Projekt »Deutschland im Herzen Europas« handelt, welches der Dominanz der BRD im Europäischen Währungssystem, ihrer Rolle als »Wirtschaftsminister Gesamteuropas« (Lipietz 1989:56) eine politisch-strategische Machtdimension hinzufügt: Indem die erweiterte BRD die »neue Aufgabe einer Schaniermacht zwischen West und Ost übernimmt« (Zieburga 1991:138), kommt ihr eine zentrale Rolle bei der Umstrukturierung und Neuordnung Europas, insbesondere bei der Festlegung der wichtigen Grenzziehungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu. Nicht zuletzt an der Nötigung anderer EG-Staaten, Slowenien und Kroatien als »souveräne Nationalstaaten« anzuerkennen, hat sich dabei gezeigt, nach welchem Muster die BRD diese Aufgabe erfüllt. Die Anerkennungspolitik folgt der Prämisse, der »ethnisch-sprachlichen Gemeinschaft« einen Primat gegenüber der Schaffung supra-nationaler Strukturen einzuräumen, also neue Nationalstaaten zu etablieren und die Konsequenzen rassistisch-nationalstaatlicher Homogenisierung zu forcieren. Die Tendenz zum Primat des Nationalstaates, welche die Annexion der DDR dominierte, wird somit auch EG-außenpolitisch durch die Dominanz der BRD gestärkt.

Der Prozeß der sozialen und ökonomischen Integration des »neuen Deutschland« ist jedoch noch lange nicht abgeschlossen, ja sogar nicht einmal richtig in Gang gekommen (vgl. Esser 1991). Der Primat des deutschen Nationalstaates wirkt in dieser Hinsicht dem vorgegebenen Ziel entgegen, die nationalstaatlichen

Ungleichzeitigkeiten und Ungleichmäßigkeiten in der EG zu koordinieren. Weder das Ensemble der europäischen Institutionen und supra-nationalen Staatsapparate noch die Konstruktion eines »europäischen Volkes« hat bisher eine Kohärenz erreicht, welche den Nationalstaat und die nationale Hegemonie der Kapitalfraktionen ersetzen könnte. Das Beispiel der Angliederung der ehemaligen DDR hat die Schwäche der supra-nationalen Institutionen und Apparate im Bereich der EG gegenüber dem Nationalstaat BRD verdeutlicht: sie haben weder die Dynamik der Annexion noch die nationalstaatlichen Imperative, unter denen sie stattfand, verhindert oder auch nur koordinierend abgefedert. Obgleich daher die Etablierung eines »Superstaates« EG und der »Nation Europa« kaum absehbar ist, wäre der Umkehrschluß einer Restituierung der »alten Nationalstaaten« aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg eine trügerische Vorstellung. Tatsächlich ist die Stellung der Nationalstaaten durch die Internationalisierung der Produktion und die Dominanz der multinationalen Kapitalfraktion von einem grundlegenden Widerspruch durchzogen: »Ihre Kapazität zur politischen Modifikation der Kapitalverwertungsbedingungen und zur Durchsetzung eigenständiger kapitalistischer Entwicklungs- und Wachstumsmodelle, damit aber auch ihre Fähigkeit zur Vermittlung von Hegemonie nimmt ab und wird zugleich notwendiger« (Hirsch 1990:55). In diesem Widerspruch verknüpfen sich die Tendenz zum Nationalstaat autoritärer Prägung bei geringer werdender Massenintegration (vgl. die Analyse des »autoritären Etatismus« in Poulantzas 1978) und die Tendenz zu supra-nationalen Staatsstrukturen.

Die bisherige Konsolidierung der Nationalstaaten war gekennzeichnet durch eine »Demokratisierung der Politik« als »Nationalisierung der Massen«, wie Nationalisten und Faschisten sie stets propagierten, das heißt als staatlich-reglementierte Formierung der Massen in unterschiedlichen politischen und ideologischen Formen und Institutionen: in Wahlen, Wahlkämpfen und Volksabstimmungen, in der Armee und der Militarisierung der Politik, in Militärparaden und semi-militärischen Aufmärschen, in Massen- oder Volksparteien, im Sport und in den Massenmedien wie Presse, Film, Rundfunk und Fernsehen (vgl. Hobsbawm 1991:131,167). Die »Demokratisierung« bedeutet in dieser Hinsicht eine »Nationalisierung der Gesellschaft«, die sich erst im 20. Jahrhundert durch den nationalen Sozialstaat beziehungsweise den »sozialen Nationalstaat«, der die gesamte Reproduktion seiner StaatsbürgerInnen in der »öffentlichen« und »privaten« Sphäre gewährleistet und reguliert, in Europa realisierte (vgl. Balibars These der »verspäteten Nationalisierung der Gesellschaft«; Balibar/Wallerstein 1990:113f.). Der Zwang zu supra-nationalen Strukturen schwächt die für die nationale Hege-

monie der Kapitalfraktionen im Verhältnis zu den beherrschten Klassen lebenswichtige Tendenz zum »sozialen Nationalstaat«, durch die soziale Kämpfe und Konflikte, Widersprüche und Spaltungen, Ungleichzeitigkeiten und Ungleichmäßigkeiten kanalisiert, umgeformt und homogenisiert werden; er bewirkt zudem ein Schwinden der »nationale(n) Souveränität; nicht nur in der Politik der europäischen Regierungen, sondern auch der institutionellen Materialität der verschiedenen Staaten« (Poulantzas 1978:222). Umgekehrt aber verstärkt er eine sekundäre Nationalisierung der Gesellschaft im Ideologischen, nämlich die nationalen Anrufungen, in denen sich die Bekräftigung »nationaler Identität« mit den Artikulationen des differentiellen Rassismus (Neo-Rassismus) verbindet: die Bedrohungs- und Ausgrenzungsdiskurse über die invarianten Differenzen zwischen den Kulturkreisen, über deren Unüberwindbarkeit und Unvereinbarkeit, über den Fundamentalismus, die Intoleranz und die Kriminalität der »Anderen«. Das institutionelle Muster, wie beides zusammengeht, liefern die Polizeiministerkonferenzen und Gruppen der TREVİ (»Terrorism, Radicalism, Extremism, Violence International«) sowie die »Ad Hoc-Gruppe Migration«, welche innerhalb der EG die Leitlinien für die »Innere Sicherheit« ausarbeiten, und schließlich die Planung eines »Europäischen Kriminalamtes« im gleichen Kontext.

Die Grenzen der Festungsmetaphorik

Unverkennbar kristallisiert sich die Transformation der Nation-Form – in ihren ökonomischen, politischen und ideologischen Dimensionen – um die Migrationsprozesse und den Aufbau eines europäischen Sicherheitsstaates mit geschlossenen Grenzen. In der Kritik an der Migrations-, Ausländer- und Asylpolitik im Bereich der EG hat sich nicht ohne Grund die Metapher von der »Festung Europa« leicht eingestellt, um die »Abschottung des reichen Westeuropas gegen die verarmten Massen der »Dritten Welt« (Voss 1992) oder die Maßnahmen zur »Abschirmung« gegen eine vermeintliche Migrationsbewegung aus dem »Osten« (Stöltzing 1991) zu charakterisieren. Doch mit dieser Metapher sollte behutsamer umgegangen werden, den sie produziert neben dem Sinneffekt der Abschottung und Abschirmung auch noch den der Befestigung und der Belagerung, wie er in der nationalsozialistischen Kriegspropaganda diskursiv vorkonstruiert ist (vgl. Klemperer 1985:171ff.). Die Wirkung der Festungsmetapher kann sich umkehren, nicht nur, indem sie das Menetekel des »Vierten Reiches« hervorruft, sondern in einer Bestätigung jener planungstechnokratischen Imperative, die gerade in Zweifel zu ziehen und zu kritisieren wären. Mehr noch, sie suggeriert eine innere Homogenität der »Nation Europa«, mit allen Konsequenzen der Historizität eines europäi-

schen Territoriums und der Territorialisierung einer europäischen Geschichte, die sich schnell als ein unsicherer Wechsel des Europäismus auf die Zukunft herausstellen kann. Daß etwa Historiker als konzeptive Intellektuelle an beidem arbeiten (vgl. etwa Pomian 1991) und so die planungstechnokratischen Vorschläge und Maßnahmen durch Legendenbildungen über historische Stufen der europäischen Einigung und die Einheit eines »europäischen Geistes« begleiten, ist kein neues Phänomen und demonstriert, daß der Europäismus ein ideologisch umkämpftes Feld ist. Bisher sind jedoch weder die Grenzen Europas bereits fixiert, noch ist die Geschichte der »Nation Europa« bereits geschrieben. In dieser Hinsicht wirkt die Metapher »Festung Europa« desorientierend, weil sie bestimmte äußere Grenzziehungen invers bestätigt und innere Grenzziehungen ignoriert. Die gegenwärtige Situation ist dagegen meines Erachtens vor allem durch ein Changieren zwischen einer imaginären Gemeinschaft der EuropäerInnen und einer solchen mit »nationaler Identifikation« gekennzeichnet, worin sich die hegemoniale Instabilität und zugleich die hegemonialen Machtansprüche, die Schwächung des Nationalstaates und seine Versteifung im autoritären Etatismus zeigen.

Die radikale Linke kann sich auf das damit verbundene Spiel zwischen der Option für die Vereinigten Staaten von (West-)Europa unter der Dominanz des multinationalen Kapitals und dem Prinzip der Nationalität nicht einlassen; politisch kann sie sich weder einem europäisierten Verfassungspatriotismus als stets unzufriedener Juniorpartner andienen, noch sich in der Illusion einer besseren, machtpolitisch geläuterten »nationalen Identität« wiegen. Die Metapher »Festung Europa« steht ihr vielmehr dafür, eine Politik der offenen Grenzen und des Humanismus einzuklagen, die in der Tradition der Kritik an Patriotismus wie Nationalismus bis auf die linkshegelianischen Intellektuellen zurückgeht. 1844 formulierte Arnold Ruge: »Nicht die Fremden (les étrangers) sind ins Auge zu fassen, sondern die Gegner (les ennemis), wo sie auch sind. (...) Der Patriotismus hat den Feind in der Fremde und vergißt über dieser Vorstellung den einheimischen Feind, den er vor sich und den principiellen Freund, den er in der Fremde hat« (Ruge 1990:48f.). Unter dem Eindruck des Vormarsches der industriellen Bourgeoisie und der Entstehung der proletarischen Bewegung hat Marx dann den abstrakten Humanismus von Ruge in die Bestimmung eines sozialen Verhältnisses, des Klassenkampfes umgearbeitet und historisch konkretisiert. Die Verwendung der Metapher »Festung Europa« signalisiert die Schwierigkeit, vom abstrakten Humanismus zu einer Theorie der sozialen Widersprüche und Spaltungen überzugehen, welche erst dazu beitrüge, die Artikulationen sozialer Ungerechtigkeit und Unterdrückung ihrer nationalen Formierung zu entwinden. Zu einer Kri-

tik der Politik überzugehen, die den Nationalismus desartikuliert, ohne dem Mythos des Sozialen, der selbstgerechten Evidenz einer »Einheit des internationalen Klassenkampfes« zu verfallen, welche die Aporien des traditionellen Antinationalismus und Internationalismus der radikalen Linken markieren.

Literatur

- Althusser, Louis 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg, Westberlin
- Anderson, Benedict 1988: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt/M, New York
- Balibar, Etienne 1991: Der Rassismus: auch noch ein Universalismus. In: Bielefeld, Uli (Hrsg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg 1991
- Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel 1990: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg, Berlin
- Calvet, Louis-Jean 1978: Die Sprachenfresser. Ein Versuch über Linguistik und Kolonialismus. Berlin
- Coulmas, Florian 1985: Sprache und Staat. Studien zur Sprachplanung. Berlin, New York
- Demirović, Alex 1991: Vom Vorurteil zum Neo-Rassismus. Das Objekt »Rassismus« in Ideologiekritik und Ideologietheorie. In: *diskus* 4/1991 (In diesem Band)
- Deutsch, Karl W. 1985: Nation und Welt. In: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Nationalismus. 2. Aufl. Königstein/Ts. 1985
- Esser, Josef (1991): Das neue Deutschland – zwei Gesellschaften in einem Staat. In: *links* 285 u. 286
- Fichte, Johann Gottlieb 1978: Reden an die deutsche Nation. 5.Aufl. Hamburg
- Gellner, Ernest 1991: Nationalismus und Moderne. Berlin
- Hirsch, Joachim 1990: Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute. Hamburg
- Hobsbawm, Eric J. 1991: Nationen und Nationalismus, Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt/M, New York
- Klemperer, Victor 1985: LIT. Notizbuch eines Philologen. 3. Aufl. Frankfurt/M
- Lipietz, Alain 1989: Europa als letztes Aufgebot für einen weltweiten Wirtschaftsaufschwung? In: *Das Argument* 173
- Mármora, Leopoldo (1983): Nation und Internationalismus. Probleme und Perspektiven eines sozialistischen Nationbegriffs. Bremen, Lüdinghausen
- Müller, Jost 1990: Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus. In: *diskus* 2/1990 (In diesem Band)
- Pomian, Krzysztof 1991: Europa und seine Nationen. Berlin
- Poulantzas, Nicos 1978: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg
- Poulantzas, Nicos 1980: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. 2.Aufl. Frankfurt/M
- Ruge, Arnold 1990: Patriotismus. Frankfurt/M
- Schmitt, Carl 1989: Verfassungslehre. 7.Aufl. Berlin

Jost Müller

Sieyes, Emmanuel Joseph 1988: Was ist der Dritte Stand. Essen

Stölting, Erhard 1991: Festung Europa. Grenzziehungen in der Ost-West-Migration. In: *Prokla* 83

Voss, Eckhard 1992: Back to the Future. In: *konkret* 1/1992

Wallerstein, Immanuel 1984: Der historische Kapitalismus. Berlin

Zieburg, Gilbert 1991: Golfkrieg, »neue Weltordnung« und die Folgen für Deutschland. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 3/1991

Texthinweise

Außer dem Vorwort erschienen sämtliche Beiträge erstmals in der Frankfurter StudentInnenzeitung *diskus*. Für diese Publikation wurden sie durchgesehen und zum Teil überarbeitet.

Andreas Fanizadeh

Die multikulturellen Freunde und ihre Gesellschaft (2/1990)

Jost Müller

Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus (2/1990)

Dagmar Ganßloser

»Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen« (3/1990)

Stephan Bundschuh

»Bist du Jude? Wieso lebst du dann?« (1/1991)

Andreas Fanizadeh

Staatlich regulierter Rassismus (4/1991)

Alex Demirovic

Vom Vorurteil zum Neo-Rassismus (4/1991)

Cornelia Eichhorn

»Frauen sind die Neger aller Völker« (2/1992)

Stefan Gandler

Was passiert in Alemania? (2/1990)

Walter Grab

Gefahren des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen (3/1990)

Rainer Trampert

Die heutige Demonstration ist ermutigend (3/1990)

Andreas Fanizadeh

»Was soll denn das dumme Zeug hier?« (3/1990)

Gerhard Fischer

Vom Aussterben bedroht und doch überbevölkert (4/1991)

Jost Müller

Agonie ohne Ende (1/1992)

Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG)

1935 wurde das Institut gegründet, um die Geschichte der sozialen Bewegungen der Nachwelt zu erhalten. Während der Zeit des Faschismus konnte das Institut viel Material retten.

Aufgrund der langjährigen Geschichte des IISG befinden sich heute dort unter anderem Nachlässe und Materialien von Karl Marx, Friedrich Engel, Michail Bakunin, Karl Korsch, Max Nettlau, Otto Rühle, Rosa Luxemburg, Augustin Souchy. Das IISG ist eines der wenigen europäischen Institute dieser Größenordnung, welches unabhängig von den politischen Konjunkturen das gesamte Spektrum der linken Geschichte dokumentiert. Es besitzt mehr als 1000 Archivkollektionen, die ca. vier Kilometer Regalfläche in Anspruch nehmen. Die Präsenzbibliothek umfasst gut eine halbe Millionen Bücher, ungefähr 60000 Zeitschriftentitel und eine große Sammlung Flugschriften, Flugblätter und anderes Gedruckte.

ID-Archiv im IISG

Seit Juni 1988 befindet sich das ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte. Es existiert seit 1981 und ist aus der Frankfurter Wochenzeitung „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten“ (1973-1981) hervorgegangen. Aus vielfältigen Gründen konnte das ID-Archiv seine Arbeit in Frankfurt nicht mehr fortsetzen.

Die Aufgabenstellung des ID-Archiv ist die Dokumentation der neueren linken Geschichte. Es umfasst eine Alternativzeitungssammlung von mehr als 100.000 Einzelexemplaren sowie ein Textarchiv mit Flugblättern, Broschüren etc.

Das ID-Archiv entwickelte sich aus der Erfahrung, daß viele Alternativzeitungen über kein eigenes Archiv verfügten und es nur wenige institutionelle Archive gab, die die Materialien der sozialen Bewegungen überhaupt dokumentationswürdig hielten.

Das ID-Archiv ist eine eigenständige Abteilung innerhalb des IISG und für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich. Um die Arbeit aber vernünftig fortsetzen zu können, ist das ID-Archiv auf die Zusammenarbeit mit politischen Gruppen angewiesen. Sendet uns deshalb bitte Eure Publikationen, Zeitschriften, Flugblätter etc. oder sagt Bescheid, wenn wir Materialien abholen sollen. Die Kontinuität und Integrität des IISG ermöglicht es auch größere Nachlässe bzw. Bestände aufzunehmen. Materialien, die nicht für eine breite Öffentlichkeit bestimmt sind (Protokolle oder politisch sensible Unterlagen) können sicher gelagert und auf Wunsch unter Verschuß gehalten werden.

Edition ID-Archiv

Die Edition ID-Archiv ist ein ökonomisch und inhaltlich eigenständiger Verlag, der Beiträge zur wissenschaftlichen Forschung linker Geschichte bzw. sozialer Bewegungen und Dokumente für die heutige Diskussion publiziert. Der Verlag ist an Vorschlägen von und Zusammenarbeit mit politischen Gruppen und Einzelpersonen interessiert.

Weitere Informationen:

ID-Archiv
im IISG/Amsterdam
Cruquiusweg 31
NL-1019 AT Amsterdam

Edition ID-Archiv
c/o AurorA
Knobelsdorffstr.8
W-1000 Berlin 19

Edition ID-Archiv Berlin – Amsterdam

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.)

Drahtzieher im braunen Netz

Der Wiederaufbau der NSDA

Materialien aus dem, bisher in der BRD von Fernsehanstalten nicht ausgestrahlten, Dokumentarfilm »Wahrheit macht frei« und weitere Recherchen des antifaschistischen Autorenkollektivs Berlin.

176 Seiten (B5), rund 200 Fotos, 20,-DM

Frauenkollektiv

»Unser Weinen führt zu nichts«

Frauen gegen Kolonialismus - Texte und Materialien

Die Herausgeberinnen sehen diesen Band als einen Beitrag zu den Diskussionen für eine neue feministische internationalistische Solidarität.

ca. 200 Seiten, ca. 20,-DM

Ingrid Strobl

Strange Fruit

Bevölkerungspolitik: Ideologien, Ziele, Methoden, Widerstand

Die ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema Bevölkerungspolitik beinhaltet eine grundsätzliche Konfrontation mit der herrschenden Norm, mit dem Wertesystem, das diese Gesellschaft prägt und den meisten Menschen quasi zur zweiten Natur geworden ist.

100 Seiten, 10,-DM

Projektgruppe (Hg.)

Metropolen (Gedanken) und Revolution?

Texte zur Patriarchats-, Rassismus-, und Internationalismuskussion

Mit Beiträgen von Ingrid Strobl, Klaus Viehmann, der autonomen LUPUS-Gruppe, den Revolutionären Zellen u.a.

168 Seiten, 16,-DM

Wolfgang Rüdtenklau (Hg.)

Störenfried

DDR - Opposition 1986 bis 1989

Eine umfassende Darstellung der DDR-Oppositionsbewegung vor der »Wende« im Herbst 1989, dokumentiert aus dem Untergrundblatt »Umweltblätter« und mit vielen Kommentierungen versehen.

Gemeinschaftsausgabe mit dem basisdruck-Verlag, Berlin

384 Seiten, 24,80 DM

Agentur Bilwet

Bewegungslehre

Botschaften aus einer autonomen Wirklichkeit

Bewegung, Masse und Medien sind die drei zentralen Elemente mit denen die Amsterdamer Agentur BILWET ihre illegale Wissenschaft gegen die tägliche Langeweile, das Selbstmitleid und die Polit-Strategien setzt.

200 Seiten, 25,-DM

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.)

aufruhr – widerstand gegen repression und §129a

Texte und Materialien

Beiträge von JuristInnen, Journalisten und politischen Gruppen zur Geschichte, Funktion und den konkreten Auswirkungen der politischen Unterdrückung in der BRD.

300 Seiten, 28,-DM

ID-Archiv im IISG (Hg.)

Schwarze Texte

Politische Zensur in der BRD 1968 bis heute

Dokumente - Analysen - Diskussionen

Das Standardwerk zur staatlichen Repression gegen linke Zeitschriften, Buchläden,

Infoläden, Verlage und Druckereien

160 Seiten (A4), 20,-DM (3. Auflage)

Geronimo u.a.

Feuer und Flamme II

Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen

ca. 192 Seiten, 20,-DM

Geronimo

Feuer und Flamme

Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen

Ein Abriß

»Wer sich intensiver mit Strukturen und Theorien der linksradikalen Bewegung seit 1968 auseinandersetzen möchte, dem sei diese sehr fundierte Darstellung empfohlen.«

Klaus Farin im Berliner Stadtmagazin Tip 5/91

256 Seiten, 25,-DM (3. Auflage, August '92)

Alle Bücher sind in engagierten Buchläden erhältlich

Direktbestellungen und weitere Informationen bei:

Edition ID-Archiv, Schliemannstr. 23, O - 1058 Berlin